

Bericht der Bundesregierung zur Bildung für nachhaltige Entwicklung – 19. Legislaturperiode –

Inhalt

Vorbemerkung	2
1 Ausgangslage/Einordnung Internationale Ebene: UNESCO-Weltaktionsprogramm Bildung für nachhaltige Entwicklung (WAP BNE) (2015–2019) und Nachfolgeprogramm „Education for Sustainable Development: Towards achieving the SDGs (ESD for 2030)“	3
2 Einordnung Nationale Ebene: Strukturen schaffen für Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE)	6
2.1 Der nationale Prozess zu Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE).....	6
2.2 Auszeichnungen zu Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE).....	12
2.3 Die wissenschaftliche Beratung und das Monitoring von Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) in Deutschland.....	13
3 Aktivitäten der Bundesregierung, der Länder, der Kommunen und gesellschaftlichen Akteurinnen und Akteure.....	17
3.1 Übergreifende Themen.....	19
3.2 Frühkindliche Bildung.....	45
3.3 Schule.....	58
3.4 Berufliche Bildung	93
3.5 Hochschule	117
3.6 Non-formales und informelles Lernen/Jugend.....	139
3.7 Kommunen.....	169
4 Ausblick	183
Anhang: Grafiken.....	184
Index der Autorinnen und Autoren.....	191
Literaturverzeichnis.....	199
Abbildungsverzeichnis.....	200
Abkürzungsverzeichnis	203

Vorbemerkung

Auf der Grundlage des Beschlusses des Deutschen Bundestages vom 29. Juni 2000 (Bundestagsdrucksache 14/3319) legt die Bundesregierung einmal pro Legislaturperiode den Bericht zur Bildung für nachhaltige Entwicklung (*im Folgenden: BNE-Bericht*) vor. Der vorliegende siebte Bericht befasst sich mit dem Stand und der Entwicklung von BNE in Deutschland im Zeitraum von Mitte 2017 bis Mitte 2021. Somit umfasst er die letzten zwei Jahre des auf fünf Jahre angelegten UNESCO-Weltaktionsprogramms Bildung für nachhaltige Entwicklung (WAP BNE) (2015–2019) und den Anfang des Nachfolgeprogramms „Education for Sustainable Development: Towards achieving the SDGs (ESD for 2030)“.

Die Gesellschaft muss sich mit zunehmenden globalen Herausforderungen auseinandersetzen: Ungleichheiten, Klimawandel, Ressourcenknappheit, Pandemien sind einige Beispiele davon. Eine Antwort darauf bilden die 17 Nachhaltigkeitsziele aus der Agenda 2030 der Vereinten Nationen (Sustainable Development Goals, SDGs). Denn eine nachhaltige Gesellschaft ist offener, resilienter und gerechter. Dieser Gedanke steht im Zentrum der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie und ihrer Neuauflagen sowie des Klimaschutzprogramms 2030 der Bundesregierung. Das ist auch der Hintergrund der europäischen Vorschläge für den European Green Deal. Dieser Ansatz eines nachhaltigen Europas fand sich außerdem im Programm der deutschen Ratspräsidentschaft im zweiten Semester 2020 wieder.

Nachhaltigkeit unserer Gesellschaft gelingt nur gemeinsam. Und dafür brauchen wir eine Bildung, die auf nachhaltige Entwicklung ausgerichtet ist. Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) verfolgt das Ziel, die Menschen zu zukunftsfähigem Denken und Handeln zu befähigen: Sie ermöglicht einen kritischen, aber dennoch empathischen und umfassenden Blick. Wie beeinflussen meine Entscheidungen und mein Verhalten Menschen nachfolgender Generationen oder in anderen Erdteilen? Welche Auswirkungen hat es, wie ich konsumiere, welche Fortbewegungsmittel ich nutze oder welche und wie viel Energie ich verbrauche? BNE ermöglicht es jeder und jedem Einzelnen und in jedem Alter, die Auswirkungen des eigenen Handelns auf die Welt zu verstehen und verantwortungsvolle Entscheidungen zu treffen. Mit dem Unterziel 4.7 der SDGs wird BNE explizit als eigenständiges Handlungsfeld aufgeführt.

Im vorliegenden Bericht werden die BNE-Aktivitäten der Bundesregierung, der Länder und Länderkonferenzen sowie der Kommunen in der 19. Legislaturperiode abgebildet. Es werden außerdem die BNE-Aktivitäten weiterer gesellschaftlicher Akteurinnen und Akteure aus dem Bereich der nachhaltigen Entwicklung aufgeführt. Er führt die Berichte der Bundesregierung zu diesem Thema von Januar 2002 (Bundestagsdrucksache 14/7971), Oktober 2005 (Bundestagsdrucksache 15/6012), Juli 2009 (Bundestagsdrucksache 16/138009), Dezember 2011 (Bundestagsdrucksache 17/8099), Juli 2013 (Bundestagsdrucksache 17/14325) und September 2017 (Bundestagsdrucksache 18/13665) fort.

Im Unterschied zu den vorherigen Berichtsversionen, die sich nach den Aktivitäten der Ressorts und weiteren Akteurinnen und Akteuren gliederten, ist der siebte Bericht analog zum Nationalen Aktionsplan Bildung für nachhaltige Entwicklung (NAP BNE) nach Inhalten entlang der Bildungsbereiche strukturiert: Frühkindliche Bildung, Schule, Berufliche Bildung, Hochschule, Non-formales und informelles Lernen/Jugend sowie Kommunen. Dadurch werden die Aktivitäten des Bundes, der Länder, der Kommunen und weiterer gesellschaftlicher Akteure thematisch zusammenhängend dargestellt. Auch wird kenntlich gemacht, welchen Beitrag BNE zur Erreichung der 17 SDGs leistet.

Der Fokus der Darstellungen innerhalb des BNE-Berichts der Bundesregierung 2021 liegt auf der Vorstellung von Programmen und Maßnahmen, von Rahmenprogrammen bzw. Förderschwerpunkten sowie Strategien. Entsprechend der Ziele des WAP BNE und ESD for 2030 werden die Fortschritte bei der *strukturellen* Verankerung von BNE – „vom Projekt zur Struktur“ – aufgezeigt.

Zusätzlich zu dieser Druckversion liegt der BNE-Bericht der Bundesregierung auch als digitale, datenbankgestützte Version auf dem [BNE-Portal](#) vor. Dadurch soll eine möglichst breite Öffentlichkeit erreicht werden.

1 Ausgangslage/Einordnung Internationale Ebene: UNESCO-Weltaktionsprogramm Bildung für nachhaltige Entwicklung (WAP BNE) (2015–2019) und Nachfolgeprogramm „Education for Sustainable Development: Towards achieving the SDGs (ESD for 2030)“

Das UNESCO-Weltaktionsprogramm Bildung für nachhaltige Entwicklung (WAP BNE) (2015–2019)

Das UNESCO-Weltaktionsprogramm Bildung für nachhaltige Entwicklung (WAP BNE), das 2015 an die UN-Dezade Bildung für nachhaltige Entwicklung anschloss, trug erfolgreich dazu bei, BNE „vom Projekt zur Struktur“ zu bringen. Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen (VN) initiierten und intensivierten im Rahmen des WAP BNE weltweit die Aktivitäten zu Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE).

Um Aktivitäten in den fünf prioritären Handlungsfeldern des WAP BNE – politische Unterstützung, ganzheitliche Transformation von Lern- und Lehrumgebungen (Whole Institution Approach, WIA), Kompetenzentwicklung bei Lehrenden und Multiplikatorinnen und Multiplikatoren, Stärkung und Mobilisierung der Jugend und Förderung nachhaltiger Entwicklung auf lokaler Ebene – voranzutreiben, arbeitete die UNESCO mit einem Netzwerk von sogenannten Key-Partnern aus mehr als 130 Ländern eng zusammen. Im Rahmen des von der UNESCO initiierten „Climate Action Projects“ haben sich rund 250 internationale UNESCO-Projektschulen zusammengeschlossen und Nachhaltigkeits- und Klimaschutzthemen in ihren Schulalltag integriert – vom Unterricht bis in die Bewirtschaftung der Schule. Deutschland gehörte zu den Pilotländern und 26 Schulen sämtlicher Schulformen beteiligten sich daran.

Wie Deutschland den internationalen Prozess unterstützt

Fünf Institutionen aus Deutschland arbeiteten in einem der jeweiligen Handlungsfelder mit den anderen Key-Partnern der UNESCO zusammen. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) engagierte sich im Handlungsfeld politische Unterstützung auch bei der Koordinierung der deutschen Partner untereinander. Das Netzwerk Education for Sustainable Development Expert Net (ESD Expert Net) von Engagement Global brachte seine Expertise in den Bereich Stärkung und Mobilisierung der Jugend ein, die Freie und Hansestadt Hamburg war als Co-Vorsitzende des Netzwerks in der Förderung von nachhaltiger Entwicklung auf lokaler Ebene maßgebend aktiv. Das Unternehmen rootAbility sowie der UNESCO-Lehrstuhl „Hochschulbildung für nachhaltige Entwicklung“ an der Universität Lüneburg förderten mit ihren internationalen Partnerinnen und Partnern die ganzheitliche Transformation von Lehr- und Lernumgebungen. Durch diese umfassende Beteiligung ist es Deutschland gelungen, BNE auf internationaler Ebene maßgeblich mitzugestalten.

Die UNESCO führte im Rahmen des Weltaktionsprogramms BNE (WAP BNE) erstmalig einen internationalen Preis zu BNE ein. Seit 2015 erhalten jährlich drei Preisträgerinnen und Preisträger den mit 50.000 US-Dollar dotierten UNESCO-Japan Preis. Im Jahr 2019 ging der UNESCO-Japan Preis zum zweiten Mal nach Deutschland: Die Freie und Hansestadt Hamburg wurde für ihr Engagement, BNE fest in die Stadtentwicklung zu integrieren, ausgezeichnet.

Der internationale Berater des WAP BNE / ESD for 2030, Minister a.D. Walter Hirche, Vorsitzender des Fachausschusses Bildung der Deutschen UNESCO-Kommission e.V. (DUK), sichert die Schnittstelle zu weltweiten BNE-Prozessen, setzt sich fortlaufend für BNE in den UNESCO-Gremien ein und gestaltet die Umsetzung der Globalen Bildungsagenda 2030 auf internationaler Ebene mit. Darüber hinaus bekleidet er den Sitz für Deutschland in der durch die UNESCO einberufenen Steuerungsgruppe Agenda Bildung 2030. In diesem politischen Gremium der U-

NESCO arbeiten Vertreterinnen und Vertreter fast aller Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen (VN; United Nations, UN) sowie internationale Stakeholder koordinierend zusammen, um die internationale Verankerung des globalen Bildungsziels (UN-Nachhaltigkeitsziel 4; Sustainable Development Goal 4, SDG 4) zu fördern. Zugleich informiert und berät der internationale Berater die Gremien der Nationalen Plattform Bildung für nachhaltige Entwicklung (NP BNE) und BNE-Akteurinnen und -Akteure regelmäßig zu aktuellen internationalen BNE-Entwicklungen. Unterstützt wird er dabei bereits seit 2015 von einer BMBF-geförderten Geschäftsstelle, die bei der Deutschen UNESCO Kommission e.V. (DUK) angesiedelt ist.

BNE 2030 – Auftaktkonferenz in Deutschland

Seit 2020 setzt die UNESCO ihre Arbeit zu Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) mit ihrem neuen Programm „Education for Sustainable Development: Towards achieving the SDGs (ESD for 2030)“ fort.

Als ein wichtiger Treiber für die Agenda 2030 knüpft das Folgeprogramm eng an die Agenda und ihre 17 UN-Nachhaltigkeitsziele, die Sustainable Development Goals (SDGs). Wie die Agenda läuft auch „ESD for 2030“ bis 2030. Dabei will das neue Programm zeigen, welchen Beitrag BNE zu jedem einzelnen der nachhaltigen Entwicklungsziele leistet und Zielkonflikte zwischen den einzelnen SDGs stärker in den Fokus nehmen. Zahlreiche Initiativen, die sich im Weltaktionsprogramm Bildung für nachhaltige Entwicklung (WAP BNE) bewährt haben, führt das Folgeprogramm fort, wie etwa den UNESCO-Japan Preis für BNE oder die fünf prioritären Handlungsfelder. Das neue Programm erkennt aber auch die sozialen und psychologischen Voraussetzungen als wichtige Bedingungen für Transformation an und rückt diese stärker in den Mittelpunkt. Die Befähigung von Lernenden für die notwendig erachtete gesellschaftliche Transformation soll gezielt adressiert werden. Ein wichtiges Ziel wird außerdem sein, Menschen weltweit für BNE zu mobilisieren und als zukunftsfähiges Bildungskonzept auf politischer Ebene weiter voranzubringen.

Deutschland setzte sich im Berichtszeitraum in mehreren Konferenzen im In- und Ausland für ein starkes neues Programm der UNESCO zu BNE ein. Weltweit wird der partizipative nationale Umsetzungsprozess als vorbildlich anerkannt. Das BMBF stellte dieses Engagement im Rahmen der UNESCO Veranstaltung zur Veröffentlichung ihrer Roadmap zum neuen Programm für die Region Europa und Nordamerika im Dezember 2020 vor.

Deutschland ist Gastgeber für die globale Auftaktkonferenz des Programms (17.–19. Mai 2021). Die Corona-bedingte Verschiebung der Auftaktkonferenz nach 2021 ermöglichte der UNESCO in Kooperation mit BMBF und DUK die Umsetzung einer höchstrelevanten und sehr erfolgreichen Online-Workshopreihe zur transformativen Kraft von BNE in Zeiten von Covid-19 und darüber hinaus. Expertinnen und Experten diskutierten hier über aktuelle Diskurse rund um Corona und Nachhaltigkeit, die Folgen der Corona-Pandemie für BNE und die Schwerpunkte des neuen UNESCO-Programms BNE 2030. In der ersten Hälfte der Workshop Reihe von September bis Dezember 2020 präsentierten Praktikerinnen und Praktiker zum Beispiel innovative Methoden und Technologien für (digitale) BNE aus dem schulischen und außerschulischen Kontext. Zudem berichteten Jugendliche von ihrem Engagement für BNE in Krisenzeiten und erörterten, wie BNE dabei hilft, Resilienz zu fördern. Darüber hinaus diskutierten hochrangige Expertinnen und Experten wie die Gesundheit von Mensch und Planet zusammenhängt und wie BNE das Bewusstsein für den notwendigen Schutz der planetaren Gesundheit stärkt.

Als zentrales Ergebnis der Konferenz werden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Konferenz eine „Berliner Erklärung“ zur Bedeutung von BNE für die kommenden zehn Jahre (Aktionsdekade der Agenda 2030) verabschieden. Die Erklärung wird zudem die Rolle von BNE zur Stärkung von individueller und gesellschaftlicher Resilienz aufgrund ihrer Kompetenzorientierung hervorheben.

Deutschland wird sich weiter aktiv in den internationalen Umsetzungsprozess von BNE 2030 einbringen, und u.a. im Sommer 2021 einen internationalen Workshop durchführen, um die Ergebnisse der Konferenz aufzugreifen und weiterzuentwickeln und somit das Momentum und den Dialog zu BNE im direkten Anschluss an die Auftaktkonferenz aufrecht zu erhalten.

Deutschland förderte BNE in weiteren internationalen Prozessen

Parallel beteiligte sich Deutschland kontinuierlich an den Aktivitäten zu Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) der Wirtschaftskommission für Europa der Vereinten Nationen (United Nations Economic Commission for Europe, UNECE). Das Steuerungskomitee für BNE der UNECE fördert – in Abstimmung mit der UNESCO – BNE in der UN-Region Europa. Die jährlichen Treffen des Steuerungskomitees dienen dem Erfahrungsaustausch und der politischen Fürsprache für BNE. Mit Deutschlands Unterstützung konnte ein neuer „Implementierungsrahmen“ zur Fortsetzung der Arbeit des Gremiums bis 2030 entwickelt werden.

Ein weiteres Ziel Deutschlands ist es, BNE auch bei der Umsetzung des Pariser Klimaabkommens weiter zu stärken. Dies gelang insbesondere bei der 23. UN-Klimakonferenz, die 2017 in Bonn stattfand. Deutschland nahm dabei die Rolle des technischen Gastgebers ein und ermöglichte somit u.a. eine erhöhte Sichtbarkeit von BNE im Rahmen diverser Veranstaltungen wie zum Beispiel des Education Days. Viele deutsche BNE-Akteurinnen und -Akteure brachten sich aktiv mit Beiträgen in die Konferenz ein. 2020 und 2021 unterstützt Deutschland die Entwicklung eines Folgeprogramms zum Doha-Arbeitsprogramm für „Action for Climate Empowerment“ und setzt sich für enge Synergien mit BNE im Rahmen des künftigen Bildungsprogramms der Klimakonvention der Vereinten Nationen (United Nations Framework Convention on Climate Change, UNFCCC) ein.

Auch bei der Universität der Vereinten Nationen (UNU) trägt Deutschland maßgeblich zur Umsetzung von BNE bei. UNU hat 2005 in Nagoya, Japan, regionale Netzwerke (Regional Centres of Expertise, RCEs) ins Leben gerufen. Zielsetzung dieser regionalen Netzwerke ist es, BNE über die Vernetzung von Gruppen, Institutionen und Personen aus den verschiedenen Bildungsbereichen, der Wissenschaft, der Wirtschaft und den Nichtregierungsorganisationen (NRO) in der formalen und non-formalen Bildung zu verankern. Jedes regionale Netzwerk definiert konkrete Ziele und Visionen mit Blick auf die regionalen Herausforderungen. Die regionalen Netzwerke tauschen ihre Erfahrungen untereinander und international aus. Koordiniert werden sie vom Institute of Advanced Studies der UNU mit Sitz in Yokohama. Die Arbeit der RCEs wird alle zwei Jahre evaluiert. Dem Netzwerk gehören weltweit 175 RCEs an. Davon arbeiten mit den Standorten Hamburg, München, Nürnberg, Oldenburger Münsterland, Ostwürttemberg, Südschwarzwald, Stettiner Haff und Ruhr acht in Deutschland (Stand 2020).

Das Hochrangige Politische Forum für Nachhaltige Entwicklung (HLPF) ist das zentrale UN-Gremium für nachhaltige Entwicklung. Seit 2016 überprüft das HLPF unter der Schirmherrschaft des Wirtschafts- und Sozialrats der Vereinten Nationen (Economic and Social Council, ECOSOC) die Umsetzung der Agenda 2030 und ihrer 17 globalen Nachhaltigkeitsziele (Sustainable Development Goals, SDGs). Nach einem ersten Bericht auf freiwilliger Basis 2016, darunter auch zu SDG 4, wird Deutschland 2021 erneut berichten und dabei auch seine Fortschritte bei der Umsetzung von BNE in den Vordergrund stellen.

In den vergangenen Jahren hat die Europäische Union (EU) das Ziel einer nachhaltigen Entwicklung in zahlreiche politische Strategien aufgenommen. Darunter hat der Europäische Rat in seinen Schlussfolgerungen vom 19. November 2010 zum Thema Bildung für nachhaltige Entwicklung (2010/C 327/05) die Notwendigkeit der Kooperation mit Institutionen wie UNESCO und UNECE in dem Bereich der BNE betont. Mit der Vorstellung des Europäischen Green Deal Ende 2019 bekräftigte die Europäische Union ihr Commitment zu Nachhaltigkeit mit dem Ziel, bis 2050 in der Europäischen Union die Netto-Emissionen von Treibhausgasen auf null zu reduzieren und somit als erster Kontinent klimaneutral zu werden. Deutschland stärkte während seiner EU-Ratspräsidentschaft 2020 BNE als Schlüssel zur Erreichung dieses Ziels. Dafür initiierte Deutschland einen Austausch zwischen den Mitgliedstaaten und einen gemeinsamen Aufruf („Call for Action“) zur Sammlung von Beispielen für bewährte BNE-Maßnahmen und neuen Commitments der Mitgliedsländer für das neue UNESCO Programm „BNE2030“. Dieser Aktionsaufruf wird auch dazu beitragen, BNE auf europäischer Ebene voranzutreiben. Die „EU-Aktionen für BNE 2030“ ermöglichen den EU-Mitgliedstaaten, eine gemeinsame Position und ein starkes Zeichen der Unterstützung bei der globalen Auftaktveranstaltung der UNESCO im Mai 2021 in Berlin zu präsentieren.

Die Teilnehmenden des im Rahmen der deutschen Ratspräsidentschaft durchgeführten „European Forum on Science & Education for Sustainability“ (EFSES) verabschiedeten darüber hinaus ein Konferenzpapier, um BNE entlang der fünf prioritären Handlungsfelder bei der Weiterentwicklung der europäischen Bildungs- und Wissenschaftsprogramme ERASMUS+ und Horizont Europa zu berücksichtigen.

2 Einordnung Nationale Ebene: Strukturen schaffen für Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE)

2.1 Der nationale Prozess zu Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE)

In der 19. Legislaturperiode haben sich die in der vorherigen Legislaturperiode eingerichteten nationalen Strukturen zur Umsetzung des UNESCO-Weltaktionsprogramms Bildung für nachhaltige Entwicklung (WAP BNE) (2015–2019) in Deutschland etabliert und weiterentwickelt. Das Hauptziel bleibt auch über das WAP BNE hinaus, BNE im Bildungssystem fest zu verankern.

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) setzt die UNESCO-Programme zu BNE federführend für die Bundesregierung um und hat dazu einen breiten, partizipativen Multi-Akteurs-Prozess angelegt, der sowohl weitere Ressorts (insbesondere Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU), Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) und Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), die Länder und Kommunen als auch Akteurinnen und Akteure aus Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft einbezieht. Gemeinsam beteiligen sich mehr als 300 Organisationen und Institutionen am Ziel, BNE strukturell zu verankern. Dies erfolgt mit Hilfe des 2017 beschlossenen Nationalen Aktionsplans Bildung für nachhaltige Entwicklung (NAP BNE), einer umfassenden BNE-Strategie. Nur mit einem gemeinsamen Bekenntnis aller relevanten Akteurinnen und Akteure zu BNE, so der Grundgedanke, wird es gelingen, Nachhaltigkeit in der Bildung sowie Bildung in Nachhaltigkeitsdiskursen und Aktivitäten zu verankern.

Im Fokus der BNE-Verankerung in Deutschland stehen die UNESCO-Programme und ihre fünf priorisierten Handlungsfelder (siehe Kapitel 1).

2.1.1 Die nationalen Gremien

Die BNE-Gremien umfassen, wie schon im Bericht zur 18. Legislaturperiode dargestellt, die vom BMBF eingerichtete Nationale Plattform Bildung für nachhaltige Entwicklung (NP BNE) und begleitende Gremien in Form von Foren und Partnernetzwerken. Ihr Ziel ist es, die Ziele zur strukturellen Verankerung von BNE in allen Bildungsbereichen im Rahmen des Nationalen Aktionsplans BNE (NAP BNE) in die flächendeckende Umsetzungsphase zu überführen. Sie verfolgen und unterstützen eine durchgängige Verankerung von BNE in der formalen und non-formalen Bildung, eine umfassende Stärkung der Kooperation von schulischen und außerschulischen Bildungsträgern, die Umsetzung von partizipativen Methoden und die systematische Verbindung, Weiterentwicklung und Gewinnung neuer Adressatengruppen.

Die BNE-Gremien bringen vielfältige gesellschaftliche Akteurinnen und Akteure wie Gewerkschaften, Wirtschaftsverbände, Bundesressorts und Zivilgesellschaft (z.B. Greenpeace, bevez – Behinderung und Entwicklungszusammenarbeit e.V., netzwerk n e.V. – Studierende für eine nachhaltige Hochschullandschaft) zusammen.

2.1.2 Nationale Plattform Bildung für nachhaltige Entwicklung (NP BNE)

Die Nationale Plattform Bildung für nachhaltige Entwicklung (NP BNE), unter Vorsitz von Staatssekretär Christian Luft (BMBF), ist das oberste Lenkungsorgan dieses BNE-Prozesses. Ihr gehören circa 40 Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger aus Bund, Ländern, Kommunen, Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft an. Die Mitglieder der NP BNE tragen in ihren jeweiligen Institutionen dazu bei, BNE und die Umsetzung des Nationalen Aktionsplans BNE (NAP BNE) voranzubringen.

Mit der Kompetenz ihrer Mitgliedsinstitutionen und dem Input der BNE-Foren und -Partnernetzwerke definiert sie strategische Ziele, um BNE „vom Projekt zur Struktur“ zu entwickeln und dazu konkrete Beiträge zu verabreden und Initiativen zu starten. Das BMFSFJ, das BMU und das BMZ sind in der NP BNE auf Staatssekretärscherebene vertreten, sowie auch die Ministerkonferenzen Umweltministerkonferenz (UMK), Jugend- und Familienministerkonferenz der Länder (JFMK) und Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland (Kultusministerkonferenz, KMK) (auch auf Staatssekretärscherebene) und die kommunalen Spitzenverbände. Die NP BNE¹ wurde gegen Ende des Berichtszeitraums um neue Mitglieder ergänzt, die weitere relevante Bereiche in die NP BNE einbringen sollen, wie beispielsweise die Bereiche der Digitalisierung, der Integration oder der Inklusion.

Die NP BNE trifft sich seit der Verabschiedung des NAP BNE einmal pro Jahr auf Ebene der benannten Mitglieder und einmal pro Jahr auf Arbeitsebene. Im Laufe der 19. Legislaturperiode gab es sieben Treffen. An den Sitzungen nehmen auch seit einer 2020 erfolgten Änderung der Gremienstruktur² Foren-Vorsitzende sowie das Partnerforum (Zusammensetzung der Partnernetzwerke) mit Stimmrecht teil.



Abbildung 1: Gemeinschaft, Vielfalt und Aktion: Das youpaN (BNE-Jugendforum) zeigt, wie Beteiligung und BNE gelingen, Copyright: youpaN 2021 – Stiftung Bildung

2.1.3 Die Berater

Die Nationale Plattform BNE (NP BNE) wird von einem internationalen Berater und einem wissenschaftlichen Berater unterstützt:

Der internationale Berater, Minister a.D. Walter Hirche, Vorsitzender des Fachausschusses Bildung der Deutschen UNESCO-Kommission e.V. (DUK), setzt sich fortlaufend für BNE in den UNESCO-Gremien ein (siehe Kapitel 1).

¹ Siehe aktueller Stand der Nationalen Plattform auf dem BNE-Portal: [Mitglieder der Nationalen Plattform BNE \(PDF\)](#) (abgerufen am 10.03.2021).

² Aktueller Stand der Gremienstruktur auf dem BNE-Portal: [Eckpunktepapier der BNE-Gremienstruktur \(PDF\)](#) (abgerufen am 10.03.2021).

Der wissenschaftliche Berater, Prof. Dr. Gerhard de Haan, Professor für Zukunfts- und Bildungsforschung und Leiter des Instituts Futur an der Freien Universität Berlin (FU Berlin), ist langjähriger Experte zu BNE. Er leitet das nationale BNE-Monitoring (siehe Kapitel 2). Bis 2020 war an der Arbeitsstelle des wissenschaftlichen Beraters auch die Beratung zur Auszeichnungspraxis angesiedelt, die in Kooperation mit der DUK und dem BMBF realisiert wird.

2.1.4 Die Foren

Der Nationalen Plattform BNE (NP BNE) arbeiten sechs Foren zu. Fünf Foren decken die unterschiedlichen Bildungsbereiche ab, ein Forum die lokale Umsetzungsebene. Diese sind: Frühkindliche Bildung, Schulische Bildung, Berufliche Bildung, Hochschulbildung, Non-formales und Informelles Lernen/Jugend sowie Kommunen. Die Foren sind die Arbeitsgremien des BNE-Prozesses: Sie erstellen Expertisen und Handlungsempfehlungen und tagen durchschnittlich 3–4 Mal pro Jahr.

Mit der Erstellung des Nationalen Aktionsplans BNE (NAP BNE) im Jahr 2017 haben sie wesentliche Handlungsfelder (HF), Ziele und Maßnahmen für die strukturelle Verankerung von BNE in den jeweiligen Bildungsbereichen definiert. Weiterhin geben die Foren Impulse für Studien, fertigen Stellungnahmen an, initiieren Veranstaltungen, verfassen Orientierungshilfen oder vernetzen sich mit relevanten Akteurinnen und Akteuren zur weiteren Umsetzung von BNE.

2.1.5 Die Partnernetzwerke – das Partnerforum

Die Partnernetzwerke vernetzen Bildungsakteurinnen und -akteure aus allen gesellschaftlichen Bereichen untereinander. Sie sind Impulsgeber für die Umsetzung vor Ort. Sie fördern damit die Akzeptanz und Sichtbarkeit von BNE, organisieren dazu Veranstaltungen oder erstellen Good-Practice-Beispiele für BNE. Sie befassen sich mit Teilbereichen der BNE und arbeiten eng mit den Foren zusammen. Die Partnernetzwerke sind in folgende Themenbereiche unterteilt: „Frühkindliche Bildung“, „Berufliche Aus- und Weiterbildung“, „Hochschule“, „Medien“, „Biologische Vielfalt“, „Außerschulische Bildungswelten“, „Kulturelle Bildung und Kulturpolitik“, „Ökonomie und Konsum“ und „Kommunen und BNE“.

Mit der Änderung der Gremienstruktur 2020 wurde mit dem Partnerforum ein Zusammenschluss aller Partnernetzwerke ins Leben gerufen, der eine bedarfsorientierte Vernetzung untereinander und die Zusammenarbeit an gemeinsamen Arbeitsschwerpunkten oder Projekten ermöglichen soll.

Zur Vorbereitung der Nationalen Plattform BNE und des forenübergreifenden Austauschs treffen sich die Vorsitzenden der Foren und die Vertretungen der Partnernetzwerke zweimal jährlich. Auf diesen Treffen werden z.B. die Themen für die Jahresplanung vorberaten und forenübergreifend gemeinsam Vorschläge für Maßnahmen (etwa Studien oder Veranstaltungsformate) besprochen.

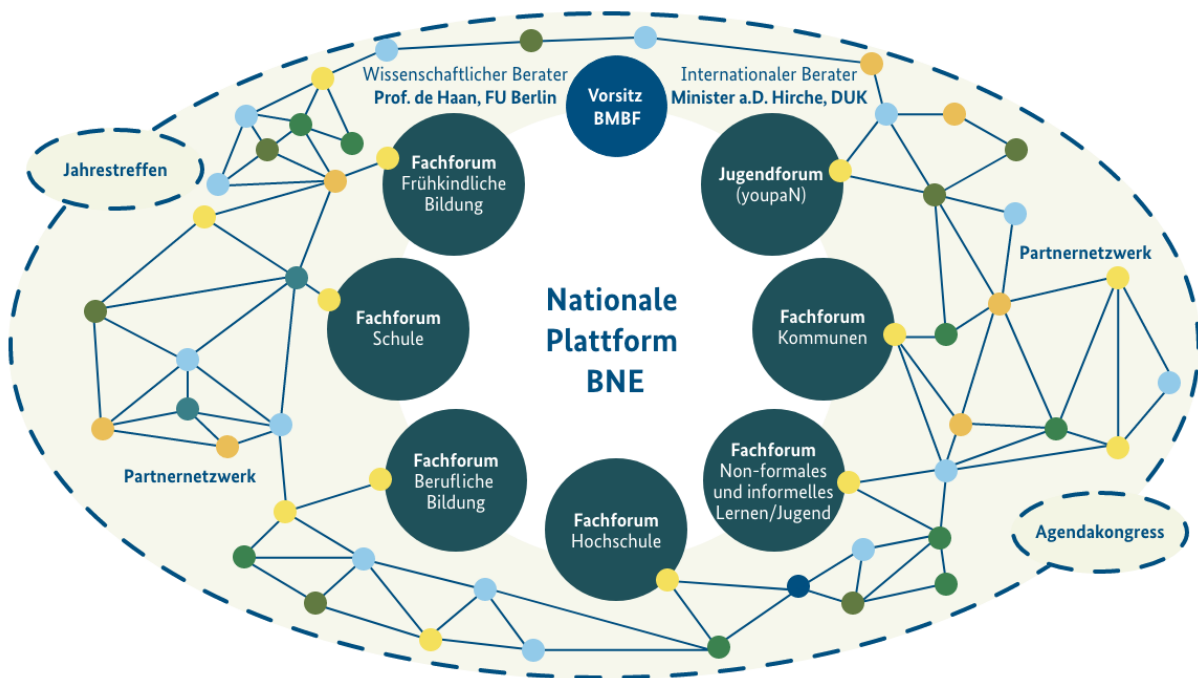


Abbildung 2: Grafik Gremienstruktur im Rahmen des UNESCO-Weltaktionsprogramms Bildung für nachhaltige Entwicklung (WAP BNE) (bis 2020)

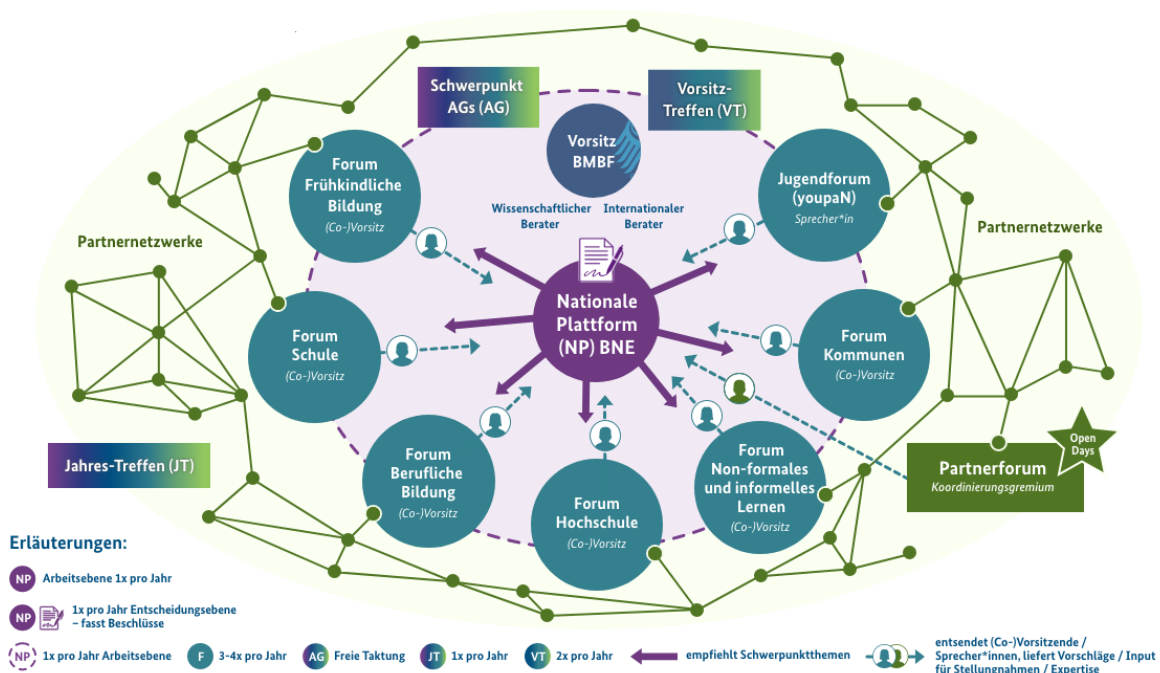


Abbildung 3: Grafik Gremienstruktur im Rahmen des ESD for 2030 (ab Ende 2020)

2.1.6 AG Digitalisierung

Gegen Ende des Berichtszeitraums wurde im Kreis der BNE-Gremien eine Arbeitsgruppe „BNE und Digitalisierung“ gegründet. Ihr gehören circa 40 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus der Nationalen Plattform BNE (NP BNE), den Foren und Partnernetzwerken an. Gemeinsam erarbeiten sie strategische Empfehlungen, identifizieren Materialien zu digitaler BNE und entwerfen Konzepte für BNE-Weiterbildungen, damit BNE zum Leitmedium für die Digitalisierung des Lernens wird.

2.1.7 Der Nationale Aktionsplan Bildung für nachhaltige Entwicklung (NAP BNE)

Ein wesentlicher Schwerpunkt in der ersten Phase des UNESCO-Weltaktionsprogramms BNE (2015–2019) war es, zunächst ambitionierte kurz-, mittel- und langfristige Ziele zur strukturellen Verankerung von BNE in den sechs Bildungsbereichen Frühkindliche Bildung, Schule, Berufliche Bildung, Hochschule, Non-formales und informelles Lernen/Jugend sowie Kommunen zu formulieren. Diese Ziele haben einen Horizont über das Ende des WAP BNE im Jahr 2019 hinaus bis zum Jahr 2030 – dem Zieljahr der Nachhaltigkeitsagenda der Vereinten Nationen.

Am 20. Juni 2017 wurde der Nationale Aktionsplan BNE (NAP BNE) von der Nationalen Plattform BNE (NP BNE) verabschiedet. Er ist der wesentliche Meilenstein in der Umsetzung des UNESCO-Weltaktionsprogramms BNE. Ihn haben die circa 300 Organisationen des BNE-Prozesses – insbesondere die BNE-Foren – zwischen Ende 2015 und Mitte 2017 gemeinsam erarbeitet. Auch die breite Öffentlichkeit gestaltete in einer Online-Konsultation den NAP BNE mit. Mit ihm besteht erstmals in Deutschland eine umfassende BNE-Strategie, die von Bund, Ländern und Kommunen, Vertreterinnen und Vertretern aus Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft gemeinsam verabschiedet wurde und nun umgesetzt wird.

Der NAP BNE umfasst insgesamt 130 kurz-, mittel- und langfristige Ziele und 349 Handlungsempfehlungen für alle Bildungsbereiche. Ziele sind beispielsweise, BNE stärker in Lehrpläne, in die Curricula oder Ausbildungsordnungen zu integrieren sowie BNE in den Aus-, Fort- und Weiterbildungen pädagogischer Fachkräfte zu verankern. Dies betrifft auch Angebote von ehrenamtlich Aktiven und Nichtregierungsorganisationen (NRO), die nachmittags in Schulen und an unzähligen Orten des non-formalen und informellen Lernens – vom Museum über den Bürgerpark bis hin zum Sportverein – Nachhaltigkeitskompetenzen vermitteln.

Durch die partizipative Einbindung der zentralen staatlichen und nichtstaatlichen Akteurinnen und Akteure ist der NAP BNE ein sowohl fachlich fundierter als auch politisch legitimer Handlungsrahmen. Der NAP BNE trägt ganz wesentlich dazu bei, das Unterziel 4.7 der 17 UN-Nachhaltigkeitsziele (Sustainable Development Goals, SDGs) zu erreichen, d.h. bis 2030 alle Lernenden zu befähigen, eine nachhaltige Entwicklung gestalten zu können. Organisationen sind aufgerufen, kontinuierlich seit Verabschiedung des NAP BNE sogenannte Commitments (Selbstverpflichtungen) zur Umsetzung spezifischer Ziele und Maßnahmen einzureichen.

Das Bundeskabinett begrüßte die Verabschiedung am 20. September 2017 in einer eigenen Stellungnahme und legte gleichzeitig den sechsten BNE-Bericht der Bundesregierung vor.

In der 2020 veröffentlichten Zwischenbilanz des NAP BNE machten mehr als 300 Commitments verschiedener Organisationen zum NAP BNE bereits deutlich: Die Umsetzung des NAP BNE schreitet voran. „Diese erste Zwischenbilanz dient als Wegmarke und soll Orientierung geben, um die Umsetzung des NAP BNE in den nächsten Jahren gezielt und, wo erforderlich, schneller voranzutreiben“ (Die Mitglieder der NP BNE am 21. November 2019).

2.1.8 Jugendbeteiligung – das youpaN

Jungen Menschen mehr Einflussmöglichkeiten bei der Nachhaltigkeitstransformation des Bildungssystems zu geben, ist das vierte prioritäre Handlungsfeld der UNESCO-Programme zu BNE. Um dies in der Umsetzungsphase des Nationalen Aktionsplans BNE (NAP BNE) zu stärken, fördert das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) seit 2017 zusätzlich die direkte Jugendbeteiligung im nationalen BNE-Prozess.

Das BNE-Jugendforum „youpaN“ ist ein Zusammenschluss von 25 jungen Menschen im Alter von 16 bis 25 Jahren, die sich in die BNE-Gremien einbringen, Stimmrecht in der Nationalen Plattform BNE (NP BNE) haben, um so die Perspektiven der jungen Generation stark zu machen, und auch selbst Projekte zur Realisierung von BNE durchführen. Die Jugendlichen werden dabei von einem Beteiligungsbüro – der youboX – begleitet. Weiterhin gibt es jährlich einen Jugendkongress, die „youcoN“, auf dem sich die jungen Menschen austauschen, vernetzen, zu BNE weiterbilden oder Forderungen an die Politik und Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger aufstellen.



Abbildung 4: Upcycling: Beim Zukunftsfest des BNE-Jugendkongresses (youcoN) wurden neu gewonnene Lieblingsstücke der Kleidertauschparty in der Siebdruckwerkstatt mit Statements versehen, Copyright: Christopher Zentgraf, youpaN 2021 – Stiftung Bildung

Im Sommer 2020 initiierte und koordinierte das youpaN eine Resolution der NP BNE anlässlich der Corona-Pandemie: „Bildung für nachhaltige Entwicklung als Weg aus der Corona-Krise“. Die Resolution forderte die Stärkung der Bildung für nachhaltige Entwicklung, mehr Bildungsgerechtigkeit und ein zukunftsfähiges Bildungssystem für alle³.

2.1.9 BNE in die Gesellschaft tragen

Für die vielen Akteurinnen und Akteure aus der Praxis ist das vom BMBF geförderte Internetportal [BNE-Portal.de](https://www.bne-portal.de) eine wichtige Informationsquelle rund um BNE. Es beinhaltet eine Landkarte der verschiedenen BNE-Akteurinnen und -Akteure, zeigt eine Übersicht über ausgezeichnete BNE-Lernorte, -Kommunen und -Netzwerke und liefert eine Zusammenstellung aktueller Veranstaltungen und Publikationen. Auch Bildungsmaterialien für BNE sind auf dem Portal eingestellt. Das Portal wurde von der Deutschen UNESCO-Kommission e.V. (DUK) betrieben und ist 2020 an das BMBF übergegangen.

Um BNE in die Breite zu tragen und die Verankerung von BNE deutschlandweit zu stärken, fanden 2017 ein BNE-Agendakongress mit knapp 700 Teilnehmerinnen und Teilnehmern und 2019 eine Herbsttagung statt. Im Jahr 2018 organisierte das BMBF zudem gemeinsam mit Akteurinnen und Akteuren aus unterschiedlichen Bildungsbereichen eine deutschlandweite BNE-Tour mit über 25 Veranstaltungsstationen, in deren Rahmen der Nationale Aktionsplan BNE (NAP BNE) vorgestellt und diskutiert wurde. Die Tour lieferte zahlreiche Anknüpfungspunkte und Impulse für neues Engagement zur Umsetzung des NAP BNE.

³ Die Resolution befindet sich auf dem BNE-Portal: [Resolution der NP BNE: „Bildung für nachhaltige Entwicklung als Weg aus der Corona-Krise“ \(PDF\)](#) (abgerufen am 10.03.2021).

Ein geplantes Projekt des 2020 neu gegründeten Partnerforums sind die sogenannten ‚Open days‘ (offene Thementage), ein regional ausgerichtetes Veranstaltungsformat, das zusätzliche Aufmerksamkeit erzeugen und neue Zielgruppen für BNE erschließen soll. Ebenso soll dadurch die Gründung neuer Partnernetzwerke unterstützt und BNE damit stärker in der Fläche verankert werden. Inhaltlich orientieren sich die regelmäßigen ‚Open days‘ an den Schwerpunktthemen der Nationalen Plattform BNE (NP BNE) und des UNESCO-Programms „Education for Sustainable Development: Towards achieving the SDGs (ESD for 2030)“. Diese offenen Thementage sollen an bestehende regionale Veranstaltungen, wie die Auszeichnungsveranstaltungen (DUK/BMBF), zeitlich und räumlich angebunden werden. Sie binden Partnernetzwerke-Mitglieder der jeweiligen Regionen ein und machen eine Nutzung kommunaler Infrastruktur und Ressourcen möglich.

Werden diese Aktivitäten zusammengefasst, wird deutlich, dass bei der Umsetzung der UNESCO-BNE-Programme ein integrativer Ansatz verfolgt wird, der eine hohe Zahl von Akteurinnen und Akteuren, von Strukturen und Prozessen umfasst.

Ein entscheidendes Gremium der Nachhaltigkeitspolitik-Architektur der Bundesregierung ist der Staatssekretärsausschuss für nachhaltige Entwicklung. Unter Leitung des Bundeskanzleramtes wirken alle Ministerien an der gemeinsamen Umsetzung der nationalen Nachhaltigkeitspolitik mit. Den Handlungsrahmen bildet die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie, in der auch Bildung für nachhaltige Entwicklung eine wichtige Rolle einnimmt.

Auf der Sitzung am 14. Dezember 2020 hat daher der Staatssekretärsausschuss Bildung für nachhaltige Entwicklung in Verbindung mit dem Engagement junger Menschen für Nachhaltigkeitsbildung auf die Tagesordnung gesetzt. Der Beschluss des Staatssekretärsausschusses unterstreicht die Verpflichtung der Bundesregierung, sich auch im neuen Rahmenprogramm der UNESCO „ESD for 2030“ für die Verankerung von BNE einzusetzen, damit alle Lernenden befähigt und unterstützt werden, die Welt nachhaltiger zu machen. Und er unterstützt das Engagement junger Menschen für Nachhaltigkeit ausdrücklich. Auch wird die Umsetzung des Nationalen Aktionsplans BNE gemeinsam und mit neuen Maßnahmen fortgeführt.

2.2 Auszeichnungen zu Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE)

Von 2016 bis 2019 zeichneten das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) und die Deutsche UNESCO-Kommission e.V. (DUK) im UNESCO-Weltaktionsprogramm Bildung für nachhaltige Entwicklung (WAP BNE) (2015–2019) jährlich Kommunen, Lernorte und Netzwerke für ihre qualitativ hochwertige Umsetzung von BNE aus. Das Verfahren schloss an die Auszeichnungen von beispielhaften BNE-Projekten der UN-Dekade BNE an (2005–2014).

In den drei Bewerbungsrunden im Berichtszeitraum, in den Jahren 2017 bis 2019, wurden deutschlandweit 244 Auszeichnungen verliehen, darunter 116 Lernorte, 107 Netzwerke und 21 Kommunen. Ziel war, BNE im Sinne eines Whole Institution Approach (ganzheitlicher BNE-Ansatz, WIA) „vom Projekt zur Struktur“ zu führen und Vorreiterinnen und Vorreiter der BNE sichtbar zu machen. Eine Ehrung erfolgte häufig mehrfach und je nach Entwicklungsgrad in drei Stufen. Insgesamt erreichten 105 Auszeichnungen und somit 43 Prozent aller Auszeichnungen als sogenannte „BNE-Leuchttürme“ die höchste Stufe.

Alle BNE-Ausgezeichneten des Weltaktionsprogramms leisten einen bedeutenden Beitrag, Menschen zu zukunftsorientiertem, verantwortungsvollem Handeln zu befähigen. Sie agieren als Vorbilder, die mit viel Experimentierfreude, Kooperation, kritischem Denken und Gestaltungsmut neue Handlungsräume und Lernumgebungen schaffen und Gestaltungskompetenzen in unsere Gesellschaft hineintragen.⁴

⁴ Über Herausforderungen und Gelingensbedingungen in der praktischen Umsetzung von BNE berichten fünf ausgezeichnete BNE-Akteurinnen und Akteure in der Publikation: DUK/BMBF (2020): Starke Strukturen. Ausgezeichnete BNE vor Ort. Zu Besuch bei ausgezeichneten Lernorten, Netzwerken und Kommunen des UNESCO-Weltaktionsprogramms Bildung für nachhaltige Entwicklung, [Publikation "Starke Strukturen. Ausgezeichnete BNE vor Ort" \(PDF\)](#) (abgerufen am 10.03.2021).

Dabei ist auch die Vielfalt der ausgezeichneten BNE-Akteurinnen und -Akteure hervorzuheben: Kitas, Museen, Vereine, Schulbauernhöfe, Kommunen, Berufsschulen, Studierenden- oder Schulnetzwerke, Unternehmen und viele weitere Akteurinnen und Akteure entlang der Bildungskette engagieren sich maßgeblich für die BNE.

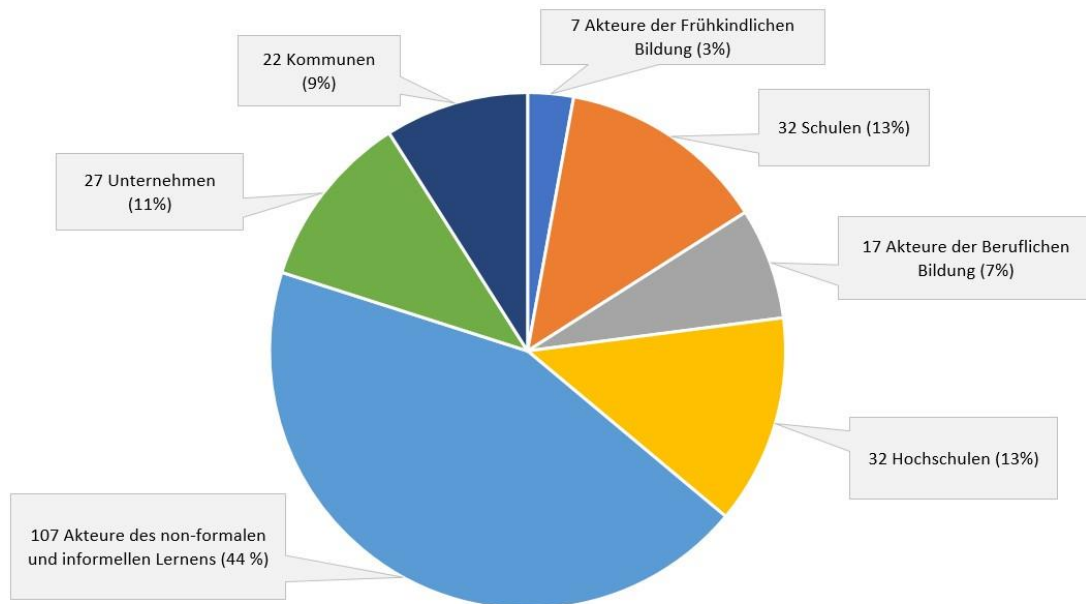


Abbildung 5: Auszeichnungen nach Bildungsbereichen (2017-2019) / Quelle: Deutsche UNESCO Kommission e.V. (DUK)

Mit dem Ziel, die hervorragende Qualität vieler BNE-Akteurinnen und -Akteure auch weiterhin zu würdigen und BNE in der Breite zu verankern, führen BMBF und DUK die BNE-Auszeichnungspraxis ab 2020 im neuen UNESCO-Programm „Education for Sustainable Development: Towards achieving the SDGs (ESD for 2030)“ fort und entwickeln diese weiter.

Die Neugestaltung orientiert sich dabei eng an den 17 UN-Nachhaltigkeitszielen (Sustainable Development Goals, SDGs) der Agenda 2030 und sieht zwei Auszeichnungsformate vor.

In einem ersten Format sollen BNE-Akteurinnen und Akteure in bis zu vier jährlichen, regionalen Veranstaltungen ausgezeichnet werden, um BNE lokal zu verankern. Eine erste Auszeichnungsveranstaltung wird im Frühjahr 2021 stattfinden.

Ein zweites Format soll herausragende BNE-Praxis in einem hochrangigen Bildungspreis würdigen. Dieser Preis soll ab 2022 einmal jährlich besonders gelungene und strukturell-ganzheitliche BNE-Umsetzung bundesweit und international sichtbar machen.

2.3 Die wissenschaftliche Beratung und das Monitoring von Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) in Deutschland

2.3.1 Zielsetzung und Aufbau des Monitorings

Bereits seit 2015 fördert das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) die wissenschaftliche Beratung und ein nationales Monitoring zu Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE).

Die Ziele des Forschungsprojektes, das sich mittlerweile in der 3. Förderphase (2020–2022) befindet, sind, den Stand von BNE regelmäßig und im Längsschnitt zu erfassen, Erkenntnisse zu den Zielgruppen sowie den Multiplikatorinnen und Multiplikatoren von BNE zu gewinnen und Bedarfe für die Weiterentwicklung von Strategien in den einzelnen Bildungsbereichen des Nationalen Aktionsplans Bildung für nachhaltige Entwicklung (NAP BNE) festzustellen. Das Monitoring besteht aus verschiedenen Teilstudien, deren Vorgehen in der folgenden Grafik zusammengefasst sind: Dokumentenanalysen erfassen Trends in der Verankerung von BNE auf Ebene von Lehrplänen und anderen wichtigen Dokumenten; qualitative Studien analysieren die Verbreitung von BNE aus Sicht von beteiligten Akteurinnen und Akteuren; quantitative Studien legen den Untersuchungsschwerpunkt auf die Ebene der Bildungspraxis.



Abbildung 6: Wissenschaftliche Beratung der BNE-Gremien & Knowledge Mobilization / Quelle: Institut Futur, FU Berlin

Basierend auf den Forschungsergebnissen berät das Monitoring-Team die Gremien des nationalen Prozesses zur Stärkung von BNE. Dank einer „Wissens-Mobilisierung“, also der Aktivierung und Übersetzung wissenschaftlichen Wissens für die Praxis, erhalten die beteiligten Akteurinnen und Akteure Informationen zum internationalen und nationalen Forschungsstand zur Implementierung von BNE. Neben den regelmäßigen Impulsen in Gremiensitzungen werden spezifische Kommunikationsformate erstellt, beispielsweise Fachbeiträge in Zeitschriften und Politikpapiere für Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger.

2.3.2 Zentrale Ergebnisse des BNE-Monitorings

Die hier dargestellten Ergebnisse des BNE-Monitorings ergänzen die Ergebnisse aus der Zwischenbilanz des NAP BNE. Dort erscheinen sie aufgeschlüsselt nach den verschiedenen Bildungsbereichen, während hier eine zusammenfassende Darstellung aller Ergebnisse erfolgt. Die regelmäßigen Dokumentenanalysen von Lehr- und Bildungsplänen, Gesetzen und anderen Orientierung gebenden Dokumenten des deutschen Bildungssystems zeigen, dass BNE zunehmend im deutschen Bildungssystem verankert ist. Zwar sind zwischen den verschiedenen Bundesländern, Bildungsbereichen und analysierten Dokumententypen deutliche Unterschiede erkennbar, übergreifend ergibt sich jedoch ein klarer Trend der verstärkten Aufnahme von Nachhaltigkeit, BNE und verwandten Bildungskonzepten. Dieser Trend spiegelt sich insbe-

sondere in den jüngeren Dokumenten wider, zum Beispiel in den revidierten Lehrplänen der Schulen oder Zielvereinbarungen der Hochschulen (Holst/Brock 2020; Holst/Singer-Brodowski 2020a; Holst/Singer-Brodowski 2020b; Holst/von Seggern 2020).⁵

Weiterentwicklungsbedarf besteht hingegen bei der Aus- und Weiterbildung von Pädagoginnen und Pädagogen in den formalen Bildungsbereichen, wie Schule und berufliche Bildung (Grund/Brock 2018).⁶ Sowohl in den Lehrplänen für die Ausbildung frühpädagogischer Fachkräfte, als auch in den Modulbeschreibungen der Lehramtsausbildung für die allgemeinbildenden wie beruflichen Schulen lässt sich ein geringerer Verankerungsgrad von BNE konstatieren. Dies steht im Kontrast zu 1) den Zielen und Maßnahmen des NAP BNE, 2) der zunehmenden Verankerung von BNE in den Bildungs-, Lehr- und Rahmenplänen und 3) deren eigenem Wunsch nach mehr BNE (Brock/Grund 2018).⁷

Die Umsetzung einer hochwertigen und an aktuelle Herausforderungen angepassten BNE scheint jedoch nicht nur notwendig, sondern auch erfolgreich. Dort, wo sie bereits umgesetzt wird, steht BNE in Zusammenhang mit mehr nachhaltigkeitsbezogenem Verhalten. Zudem zeigte eine Untersuchung mit jungen Menschen im Alter von 14 bis 24 Jahren (n > 2500) eine wichtige Herausforderung: 50 Prozent der Befragten sind zwar nachhaltigkeitsaffin, also überzeugt im Hinblick auf Wissen, Einstellungen und Emotionen als wesentliche Voraussetzungen für Transformationsprozesse. Sie sind aber gleichzeitig hoffnungslos, ihnen fehlt die Einschätzung, dass eine nachhaltige Zukunft erwartbar ist (Grund/Brock 2018),⁸ weswegen sie sich nicht verstärkt für Nachhaltigkeit engagieren. Daher sind Bildungsprozesse bei dieser Zielgruppe mit einer besonders hohen Sensibilität für die vorherrschenden Emotionen zu planen und realisieren, um junge Menschen zu befähigen, aktiv und selbstwirksam Zukunft gestalten zu können. Insbesondere Multiplikatorinnen und Multiplikatoren aus dem non-formalen Bildungsbereich sind dafür durch ihren hohen Qualifikationsgrad und ihre didaktische Expertise gut vorbereitet (Brock/Grund 2020).⁹ Allerdings sind aufgrund prekärer Beschäftigungsverhältnisse (mehr Ehrenamt, Teilzeitstellen etc.) strukturelle Limitationen vorhanden (ebd.). Ebenso zeigte sich die Umsetzung des Whole Institution Approach (WIA) als eine wichtige Komponente für konsequente BNE als noch deutlich ausbaufähig in formalen und non-formalen Bildungskontexten (Brock/Grund 2020, Brock/Grund 2018).¹⁰

Im Hinblick auf den seit 2015 vom BMBF koordinierten bildungsbereichsspezifischen Multiakteursprozess ergab die Auswertung zahlreicher Interviews mit Expertinnen und Experten, dass neue Akteurinnen und Akteure in den Prozess eingebunden werden konnten und staatliche Akteurinnen und Akteure mehr Verantwortung übernahmen (Singer-Brodowski 2019).¹¹ Der Prozess ist in seiner Struktur international einzigartig. Er ist von einer hohen Komplexität der

⁵ Holst, J., & Brock, A. (2020). Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) in der Schule: Strukturelle Verankerung in Schulgesetzen, Lehrplänen und der Lehrerbildung. Berlin.

Holst, J., & Singer-Brodowski, M. (2020a). Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) in der Frühkindlichen Bildung: Strukturelle Verankerung in Bildungsplänen, Rahmendummenten und der Ausbildung von pädagogischen Fachkräften. Berlin.

Holst, J., & Singer-Brodowski, M. (2020b). Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) in der Beruflichen Bildung: Strukturelle Verankerung zwischen Ordnungsmitteln und Nachhaltigkeitsprogrammatis. Berlin.

Holst, J., & von Seggern, J. (2020). Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) an Hochschulen: Strukturelle Verankerung in Gesetzen, Zielvereinbarungen und Dokumenten der Selbstverwaltung. Berlin.

⁶ Brock, A., & Grund, J. (2018). Executive Summary – Bildung für nachhaltige Entwicklung in Lehr-Lernsettings – Quantitative Studie des nationalen Monitorings – Befragung von LehrerInnen. Berlin.

⁷ Brock, A., & Grund, J. (2018). Executive Summary – Befragung von LehrerInnen. Berlin.

⁸ Grund, J., & Brock, A. (2018). Executive Summary – Bildung für nachhaltige Entwicklung in Lehr-Lernsettings – Quantitative Studie des nationalen Monitorings – Befragung junger Menschen. Berlin.

⁹ Brock, A. & Grund, J. (2020). Non-formale Bildung für nachhaltige Entwicklung: Divers, volatil und dabei feste Säulen der Nachhaltigkeitstransformation. Berlin.

¹⁰ Brock, A. & Grund, J. (2020). Non-formale Bildung für nachhaltige Entwicklung. Berlin.

Brock, A., & Grund, J. (2018). Executive Summary – Befragung von LehrerInnen. Berlin.

¹¹ Singer-Brodowski, M. (2019): Governance des UNESCO-Weltaktionsprogramm Bildung für nachhaltige Entwicklung in Deutschland. In: Mandy Singer-Brodowski, Nadine Etkorn und Theresa Grapentin-Rimek (Hg.): Pfade der Transformation. Die Verbreitung von Bildung für nachhaltige Entwicklung im deutschen Bildungssystem (Schriftenreihe „Ökologie und Erziehungswissenschaft“ der Kommission Bildung für nachhaltige Entwicklung der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft (DGfE), S. 375-426-347.

Governance-Prozesse im deutschen Bildungssystem als Mehrebenensystem und mit unterschiedlichen Bildungsbereichen sowie daraus folgenden Transformationspfaden geprägt (Singer-Brodowski et al. 2019).¹² Die Analysen zeigten aber auch, wie stark die Implementierung von BNE von den einzelnen bildungsbereichsspezifischen Strukturen, Kulturen und Kontexten abhängig ist. Fokusgruppendifkussionen machten deutlich, dass sich die verschiedenen beteiligten Akteurinnen und Akteure in dem Bestreben, BNE vom Projekt zur Struktur zu bringen, in permanenter Bewegung befinden zwischen dem Modus Strukturen zu erhalten und Strukturen zu transzendieren (Singer-Brodowski et al. 2020).¹³ Einerseits verfolgen sie Aktivitäten, die BNE in vorhandene Strukturen integrieren, andererseits arbeiten sie daran, neue Strukturen zwischen verschiedenen Organisationen, Netzwerken und Sektoren aufzubauen. Dieser Prozess ist nicht immer frei von Differenzen. Insbesondere für die Aushandlung von Zielkonflikten, unterschiedlichen Erwartungen und Interessen braucht es daher eine hohe Reflexivität über Rollen und individuelle wie kollektive Handlungsmöglichkeiten der beteiligten Akteurinnen und Akteure.

Zentrale Ergebnisse und aktuelle Publikationen finden sich auf der Webseite des BNE-Monitorings ([BNE-Monitoring des Institut Futur an der Freien Universität Berlin](#)).

Die zentralen Ergebnisse des Monitorings hat das Institut Futur formuliert. Die Bundesregierung nimmt diese Ergebnisse zur Kenntnis.

¹² Singer-Brodowski, M.; Etkorn, N.; von Seggern, J. (2019): [One Transformation Path Does Not Fit All-Insights into the Diffusion Processes of Education for Sustainable Development in Different Educational Areas in Germany](#). Sustainability 11 (1), 269.

¹³ Singer-Brodowski, M.; von Seggern, J.; Etkorn, N.; Duveneck, A. (2020). [Moving \(Reflexively within\) Structures. The Governance of Education for Sustainable Development in Germany](#). Sustainability. 12. 10.3390/su12072778.

3 Aktivitäten der Bundesregierung, der Länder, der Kommunen und gesellschaftlichen Akteurinnen und Akteure

In diesem Kapitel berichten die Bundesregierung, die Länder, die Kommunen und gesellschaftliche Akteurinnen und Akteure über ihre Aktivitäten und Maßnahmen zur Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE).

Die einzelnen Berichte ordnen sich nach den im Nationalen Aktionsplan Bildung für nachhaltige Entwicklung (NAP BNE) aufgeführten sechs Bildungsbereichen – Frühe Bildung, Schule, Berufliche Bildung, Hochschule, non-formales und informelles Lernen/Jugend und Kommunen – und den jeweils zugeordneten Handlungsfeldern. Die unterschiedlichen Handlungsfelder innerhalb der einzelnen Bildungsbereiche wurden im Rahmen des partizipativen Erstellungsprozesses des NAP BNE von den Expertinnen und Experten der Foren definiert. Des Weiteren werden übergreifende Aktivitäten und Maßnahmen, die mehrere Bildungsbereiche betreffen bzw. in den einzelnen Unterkapiteln zu den Bildungsbereichen mehrere Handlungsfelder bedienen, übergeordnet aufgeführt.

Innerhalb jedes Bildungsbereichs gilt es hervorzuheben, dass sich die Zusammenstellung der Beiträge der Ressorts, Kommunen und gesellschaftlichen Akteurinnen und Akteure stark von der Zusammenstellung der Beiträge der Länder unterscheidet, die innerhalb ihrer Länderkonferenzen zusammengefasst wurden und insofern nicht gleichzustellen sind.

Die folgende Grafik zeigt, wie sich die Beiträge auf die sechs Bildungsbereiche zzgl. übergreifender Bereich verteilen. Im Anhang finden sich darüber hinaus bildungsbereichsspezifische grafische Analysen dahingehend, wie sich die Beiträge auf die jeweiligen Handlungsfelder verteilen.

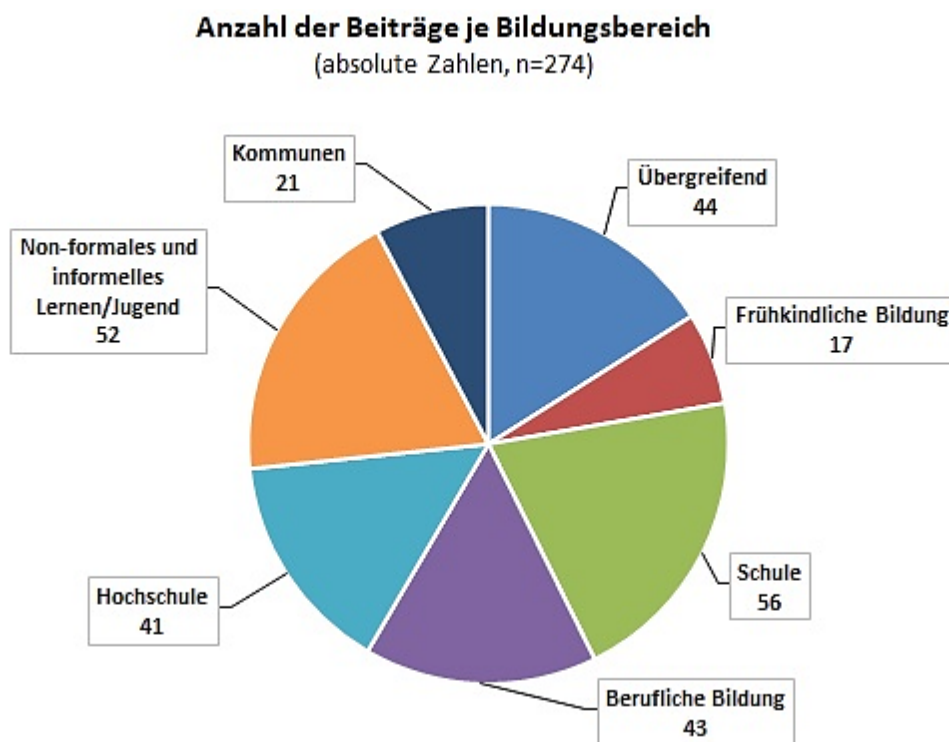


Abbildung 7: absolute Häufigkeit der Zuordnungen der einzelnen Beiträge nach Bildungsbereichen (n=274) (alle Bildungsbereiche inkl. Übergreifend)

SDG-Zuordnung

Bei den einzelnen Beiträgen ist kenntlich gemacht, zu welchem/welchen der 17 UN Nachhaltigkeitsziel(e) (Sustainable Development Goals, SDGs) diese einen Beitrag leisten. Eine Zuordnung zum Bildungs-SDG Nr. 4 und somit dem BNE-Unterziel 4.7. war dabei Ausschlusskriterium zur Aufnahme in diesen Bericht. Indem Querbezüge zu weiteren SDGs hergestellt werden, soll dieser Bericht eines der zentralen Ziele des „ESD for 2030“ unterstützen: Nämlich aufzuzeigen, welchen Beitrag BNE zur Agenda 2030 insgesamt leistet. BNE/SDG 4 hat eine Sonderstellung bei den Nachhaltigkeitszielen inne, indem es sowohl Ziel als auch Motor für die Erreichung aller anderen Ziele ist. Ohne Bildung als Fundament ist beispielsweise die Erfüllung des Ziels 12 „Nachhaltiger Konsum“ nur schwerlich zu erreichen.



Abbildung 8: 17 UN-Nachhaltigkeitsziele (Sustainable Development Goals, SDGs)

Die folgende Grafik bietet einen Überblick darüber, wie sich die SDG-Zuordnungen aller Beiträge insgesamt im Bericht verteilen. Detaillierte Auswertungen pro Bildungsbereich sind im Anhang zu finden.

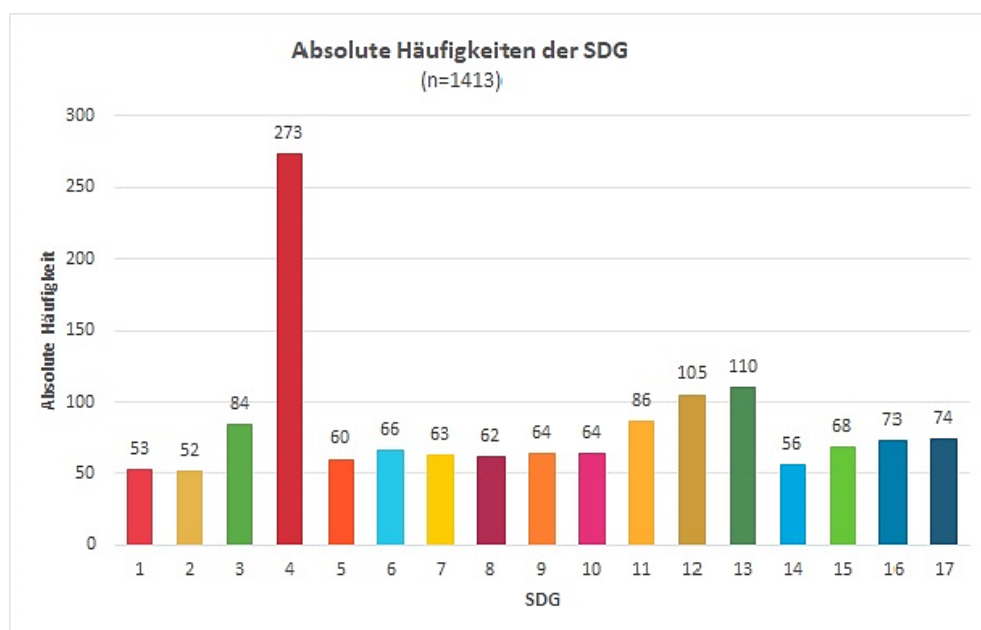


Abbildung 9: absolute Häufigkeit der SDG-Zuordnungen in den einzelnen Beiträgen (n=1.413) (alle Bildungsbereiche inkl. Übergreifend)

3.1 Übergreifende Themen

3.1.1 Ressorts

Auswärtiges Amt (AA)

Bildung für nachhaltige Entwicklung in der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik (AKBP)

Das Auswärtige Amt (AA) ist federführendes Ressort für die Koordinierung der deutschen Politik in der UNESCO und fördert die Deutsche UNESCO-Kommission e.V. (DUK) als Mittlerorganisation der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik. Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) zählt programmübergreifend zu den Prioritäten der DUK.

Das AA stärkt unter anderem mit der Arbeit der Ständigen Vertretung Deutschlands bei der UNESCO in Paris multilaterale Initiativen für BNE. In den Programmen des AA wie dem Partnerschulnetzwerk (vgl. Kapitel 3.3.4.2, Initiative „Schulen: Partner der Zukunft“, PASCH), oder den Freiwilligendiensten „kulturweit“ und „naturweit“ (vgl. Kapitel 3.6.5.1, Freiwilligendienste „kulturweit“ und „naturweit“) ist das Thema Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) verankert. Die Außenwissenschaftspolitik des AA unterstützt BNE etwa im Rahmen bilateraler Hochschulkooperationsprojekte, der Deutschen Akademischen Flüchtlingsinitiative (DAFI) oder der Philipp-Schwartz-Initiative (PSI; s. für beide Kapitel 3.5.6.1). Auch durch die Unterstützung nationaler Gremien zur Umsetzung der Kultur- und Wissenschaftsprogramme der UNESCO und die Förderung von Projekten und Veranstaltungen mit Bezug zu BNE (bspw. die des Netzwerks der deutschen UNESCO-Projektschulen, vgl. Kapitel 3.3.4.2) treibt das AA die Erreichung von SDG 4 und seinem Unterziel 4.7 voran.

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS)

Einführung der „Lebensbegleitenden Berufsberatung“ durch die Bundesagentur für Arbeit (BA)

Alle Personen, die am Arbeitsleben teilnehmen oder teilnehmen wollen, haben grundsätzlich die Möglichkeit, sich in der örtlich zuständigen Agentur für Arbeit zur beruflichen Entwicklung beraten zu lassen. Mit dem Qualifizierungschancengesetz wurde das Recht auf Weiterbildungsberatung als Teil der Berufsberatung gestärkt. Ziel einer Weiterbildungsberatung ist es, frühzeitig und präventiv die Beschäftigungsfähigkeit der oder des Einzelnen zu stärken und dem Eintritt von Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken. Um diesem Auftrag gerecht zu werden, hat die Bundesagentur für Arbeit (BA) mit der Einführung der „Lebensbegleitenden Berufsberatung“ (LBB) begonnen. Ziel der LBB ist, junge Menschen und Erwachsene über das gesamte Erwerbsleben hinweg mit beruflicher Orientierung und Beratung zu unterstützen.

Die LBB wurde im Zeitraum März 2017 bis Dezember 2018 in den vier Agenturen für Arbeit Düsseldorf (unter Einbeziehung des Sozialgesetzbuchs II (SGB II) Rechtskreises), Kaiserslautern-Pirmasens, Leipzig und Regensburg pilotiert. Die LBB umfasst persönliche Beratung und Online-Angebote. Sie setzt sich zusammen aus: LBB vor dem Erwerbsleben, LBB im Erwerbsleben und Online-Angeboten.

Seit dem 01.01.2019 führt die BA in allen Agenturen für Arbeit die LBB vor dem Erwerbsleben sukzessive ein. Dies beinhaltet u.a. den Ausbau des Angebots für Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufen I und II an allgemeinbildenden Schulen. Die Berufsorientierung an den Schulen findet ein Jahr früher als bisher statt und bindet stärker interaktive Formate ein. Insbesondere wird die Präsenz der Berufsberaterinnen und Berufsberater an den Schulen verstärkt. Zudem werden die Instrumente im Rahmen der Berufsorientierung und Berufsberatung eng verzahnt.

Der Einführungsprozess der LBB im Erwerbsleben hat am 01.01.2020 mit dem Aufbau regionaler Verbünde, Personalisierung und Qualifizierung begonnen. Die LBB im Erwerbsleben richtet sich insbesondere an Beschäftigte mit niedriger Qualifikation, in oft wechselnden Arbeitsverhältnissen, vor beruflichem Wieder- oder Neueinstieg oder mit besonderer Betroffenheit des digitalen Wandels.

Die persönlichen Angebote der LBB im Erwerbsleben sollen eng mit dem von der BA geplanten Selbsterkundungstool für Menschen im Erwerbsleben NewPlan (vormals SET-E) verknüpft werden. Das Online-Tool soll Testverfahren zu Fähigkeiten, Kompetenzen und beruflichen Interessen der Teilnehmenden umfassen. Mitte Dezember 2020 wird es ein erstes Go-Live von NewPlan geben. Die BA plant, das Modell stetig weiterzuentwickeln.

[Check-U](#) zur beruflichen Orientierung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen steht bereits zur Verfügung.

Weiterführender Link:

[Check-U – Erkundungstool der Bundesagentur für Arbeit zur Arbeitssuche](#)

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF)

Bürgerforschung

Citizen Science (CS), der Beitrag von Bürgerinnen und Bürgern zu wissenschaftlichen Aktivitäten, kann die Erreichung der 17 UN-Nachhaltigkeitsziele (Sustainable Development Goals, SDGs) unterstützen – durch Bereitstellung von Daten und Erkenntnissen, aber auch durch Anpassung und Priorisierung von Forschungsfragen. Citizen Science erhöht die öffentliche Verfügbarkeit wissenschaftlicher Erkenntnisse und ihre Akzeptanz. Durch die Beteiligung am Forschungsprozess erhalten Bürgerinnen und Bürger Einblick, welchen Beitrag Forschung für die Lösung alltäglicher Probleme aber auch globaler Herausforderungen leistet.

Seit 2013 unterstützt und fördert das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) die Bürgerforschung. Zentrale Anlauf- und Vernetzungsstelle dafür ist die vom BMBF geförderte Online-Plattform [Bürger schaffen Wissen](#). Die Plattform ist ein Gemeinschaftsprojekt von Wissenschaft im Dialog und dem Museum für Naturkunde Berlin. Jede und jeder, die und der selbst forschen möchte, kann dort nach dem passenden Projekt suchen. Insbesondere im Bereich Vernetzung ist es Ziel der Plattform, den Aspekt Citizen Science und Schule auszubauen. Dafür gibt es eine eigene Arbeitsgruppe, welche mit unterschiedlichen Akteuren aus Bildung, Wissenschaft und Nachhaltigkeit u.a. darüber diskutiert, wie Citizen Science-Ansätze insbesondere zum Thema Nachhaltigkeit stärker in Schulen verankert werden können. Im Rahmen der EU-Ratspräsidentschaft wurde die Citizen Science Aktion „Plastic Pirates: Go Europe!“, eine gemeinsame Initiative des deutschen Bundesministeriums für Bildung und Forschung mit dem portugiesischen Ministerium für Wissenschaft, Technologie und Hochschulbildung und dem slowenischen Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Sport, durchgeführt. Bei der länderübergreifenden Aktion setzen sich Jugendliche zwischen zehn und 16 Jahren mit dem Thema Plastikmüll in der Umwelt – insbesondere in und an Meeren und Flüssen – auseinander. Geplant ist zudem in 2021 die bundesweite Citizen Science Aktion Expedition Erdreich durchzuführen, bei der Bürgerinnen und Bürger gemeinsam mit der Wissenschaft Daten zur Bodengesundheit erheben. Im Oktober 2019 wurde eine zweite Förderrichtlinie ausgeschrieben. Hier konnten erstmals auch Projekte, die von Nichtregierungsorganisationen (NROs, Non-governmental organizations, NGOs) koordiniert werden, gefördert werden können. Die ersten der insgesamt fünfzehn Projekte starten im Januar 2021. Seit Herbst 2020 wird eine Begleitforschung zu allen bisher umgesetzten Fördermaßnahmen im Bereich Bürgerforschung, durchgeführt, welche die Zielerreichung und Wirksamkeit der Projekte in den Fokus stellt. Im Oktober 2020 beteiligt sich das BMBF an der Ausgestaltung der von der Europäischen Union (EU) geförderten Konferenz

„A Citizen Science Decade (2020–2030) in support to the Sustainable Development Goals“ und fördert das öffentliche Citizen Science Festival „Mitforschen“, das von Wissenschaft im Dialog, der European Citizen Science Association und dem Museum für Naturkunde organisiert wird. Ausgewählte Projekte aus Deutschland und Europa präsentieren sich virtuell und vor Ort auf Marktständen und laden Besuchende zur Interaktion und Teilnahme ein.

Weiterführender Link:

[Bürger schaffen wissen](#)

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



BMBF-Grundsatzpapier Partizipation

Das 2016 veröffentlichte Grundsatzpapier des BMBF zur Partizipation bietet Orientierung, wie die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern wirksam umgesetzt werden kann. Es fasst die Leitlinien der Bürgerbeteiligung sowie die wesentlichen Partizipationsprozesse im BMBF zusammen und führt in die Typologie der Partizipation im Bereich Forschung ein. Das Grundsatzpapier wird gegenwärtig in einem partizipativen Prozess weiterentwickelt.

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



UNESCO-Internetseite zum SDG4-Monitoring

Das BMBF förderte 2019 die Einrichtung einer [Monitoring-Internetseite](#) der UNESCO („SCOPE – Scoping Progress in Education“), um die Fortschritte bei der Erreichung von SDG 4 weltweit zu dokumentieren. Auf dieser Internetseite werden wichtige Fakten und Trends in der Bildung weltweit zu fünf Themenbereichen zusammengefasst: 1. Zugang, 2. Chancengerechtigkeit, 3. Lernen, 4. Qualität und 5. Finanzierung. Sie ergänzt die Angaben und Informationen der Druckfassung des Weltbildungsberichts, dem Werkzeug der internationalen Gemeinschaft zur Überwachung und Messung von Fortschritten auf dem Weg zur Erreichung des Bildungsziels SDG 4.

Weiterführender Link:

[Monitoring-Internetseite der UNESCO](#)

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



Forschungsschwerpunkt „Inklusive Bildung“

Die „Inklusive Bildung“ ist ein Forschungsschwerpunkt des BMBF in der Bildungsforschung (Rahmenprogramm empirische Bildungsforschung). Denn für eine erfolgreiche Realisierung und Gestaltung inklusiver Bildung, benötigen die Verantwortlichen in Bildungspolitik, -verwaltung und -praxis notwendiges Wissen. Dieses Wissen stellt das BMBF durch Forschungsförderung bereit. Ziel ist es, allen Lernenden eine gleichberechtigte Teilhabe an hochwertiger Bildung zu ermöglichen und somit nachhaltig zu einer inklusiven Gesellschaft beizutragen.

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



Forschungsförderrichtlinie „Qualifizierung der pädagogischen Fachkräfte in der inklusiven Bildung“

Ziel der Forschungsförderrichtlinie „Qualifizierung der pädagogischen Fachkräfte in der inklusiven Bildung“ ist es, pädagogische Fachkräfte entlang der gesamten Bildungsbiografie besser auf inklusive Bildungssettings vorzubereiten. Hierfür werden u.a. Rahmenbedingungen sowie Vor- und Nachteile unterschiedlicher (inklusive und exklusive) Förderbedingungen im Hinblick auf Kompetenzerwerb und -zuwachs geklärt sowie in der breiten Praxis anwendbare Instrumente und Methoden entwickelt.

Weiterführender Link:

[Forschungsförderrichtlinie „Qualifizierung der pädagogischen Fachkräfte in der inklusiven Bildung“](#)

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



Förderrichtlinie „Förderbezogene Diagnostik in der inklusiven Bildung“

Der Diagnostik und der diagnosebasierten Förderung kommt in der inklusiven Bildung eine zentrale Funktion zu, um z.B. die vielfältigen – auch persönlichen und lebensweltlichen – jeweiligen Lernausgangslagen aller Lernenden zu erfassen sowie Lernverläufe zu dokumentieren. Ziel der Förderrichtlinie „Förderbezogene Diagnostik in der inklusiven Bildung“ ist es, einen Beitrag zur (Weiter-)Entwicklung einer alltagsintegrierten Diagnostik und ihrer Rahmenbedingungen zu leisten, um die Voraussetzung für inklusive Bildung für Kinder, Jugendliche und Erwachsene über alle Bildungsetappen hinweg sowie in den Übergängen zu verbessern.

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



Geschäftsstelle BNE bei der Deutschen UNESCO-Kommission e.V.

Das BMBF fördert eine bei der Deutschen UNESCO-Kommission e.V. (DUK) angesiedelte Geschäftsstelle Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) (siehe Details in Kapitel 1 und 2).

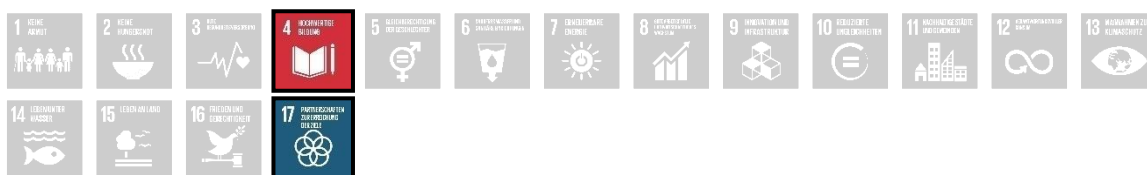
Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



Wissenschaftliche Beratung und Nationales Monitoring zu BNE (FU Berlin)

Das BMBF fördert die wissenschaftliche Beratung und ein nationales Monitoring zu BNE, angesiedelt am Institut Futur der Freien Universität Berlin (siehe Kapitel 2).

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



Entwicklung von Indikatoren im Bereich Bildung für nachhaltige Entwicklung

Der Nationale Aktionsplan Bildung für nachhaltige Entwicklung (NAP BNE) definiert als Ziele in allen Bildungsbereichen die Entwicklung von BNE-Indikatoren. Diese sollen Implementation, Entwicklung sowie Umsetzungshürden von BNE systematisch und kontinuierlich erfassen. In den bestehenden Datenpools des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Eurobarometer und Eurostat fehlen bislang entsprechende empirische Zugänge. Indikatoren, Messgrößen und Ansätzen sollen für BNE sowie in der Forschung für nachhaltige Entwicklung eine signifikante Dynamik auslösen (siehe auch FONA³ – Rahmenprogramm des BMBF). Der Entwicklung eines Indikators bzw. eines Indikatoren-Sets zur Erfassung von BNE – als inhaltliche und institutionelle Querschnittsaufgabe – kommt deshalb auf nationaler wie internationaler Ebene eine zentrale Bedeutung zu.

Das BMBF trägt mit der Förderbekanntmachung „Entwicklung von Indikatoren im Bereich Bildung für nachhaltige Entwicklung“ vom 17. August 2017 dazu bei, fundierte Erkenntnisse zu Fragen der Indikatorenentwicklung in Bezug auf BNE in den Bildungsbereichen zu generieren. Im Zeitraum von 2019 bis 2021 fördert das BMBF hierfür insgesamt vier Verbundvorhaben. Drei Vorhaben sind im schulischen Bereich verortet, eines im Bereich der beruflichen Bildung. Sie erforschen Input, Output und Outcome Indikatoren, um BNE im allgemeinbildenden und berufsschulischen Bereich integrationsfähig zu machen, auf nationaler Ebene die Anforderungen an BNE in der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie zu messen, die Umsetzung des NAP BNE zu überprüfen und die Berichterstattung für bzw. über BNE zu sichern. Eines der Vorhaben entwickelt zudem ein Testverfahren zur Erfassung der Systemkompetenz als möglichem BNE-Indikator. Alle Verbundpartner entwickeln und diskutieren kontinuierlich – gemeinsam mit weiteren Beteiligten u.a. der statistischen Ämter – Vorschläge für einen Pars pro toto-Indikator und einen übergreifenden Indikator. Die Forschungsergebnisse können somit bei der Konzeption neuer Programme Berücksichtigung finden und bei Bedarfsanalysen zur Planung von BNE-Angeboten helfen, auch über die untersuchten Bildungsbereiche Schule und Berufliche Bildung hinaus. Auch international, im Kontext der Entwicklung eines globalen Indikators für das Unterziel 4.7. der 17 UN-Nachhaltigkeitsziele (Sustainable Development Goals, SDGs), stoßen die deutschen Aktivitäten zur BNE-Indikatorik-Forschung auf großes Interesse: Die UNESCO hat an Netzwerktreffen mitgewirkt, 2021 ist ein deutscher Input auf dem Global Forum on Education for Sustainable Development and Global Citizenship Education der UNESCO geplant.

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



Bridging in Biodiversity Science (BIBS)

Das Verbundprojekt „Bridging in Biodiversity Science“ (BIBS) versucht, die seit Langem bestehende Trennung der Biodiversitätsforschung in einzelne Fachdisziplinen, Skalen und Systeme zu überwinden; in diesem Brückenkonzept werden verschiedene sich schnell verändernde Ökosysteme untersucht und Empfehlungen für politische Entscheidungsträgerinnen und -träger und die breite Öffentlichkeit erarbeitet. Innerhalb BIBS spielt die Verknüpfung von Wissenschaft und Gesellschaft eine große Rolle. Ein vielversprechendes Werkzeug ist dabei die Bürgerwissenschaft (Citizen Science, CS). Hier können „Nicht-Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler“ aktiv an Forschungsprojekten teilnehmen. Eine Citizen Science-Koordination wurde daher am Leibniz-Institut für Zoo- und Wildtierforschung (IZW) im Forschungsverbund Berlin e.V. angelegt, welche die Etablierung von Citizen Science-Projekten unterstützt. Die Kommunikationsplattform „Stadtwildtiere“ soll die Gesellschaft über Stadtwildtier-Themen informieren und Bürgerinnen und Bürger dazu motivieren, sich aktiv an Forschungsprojekten zu beteiligen.

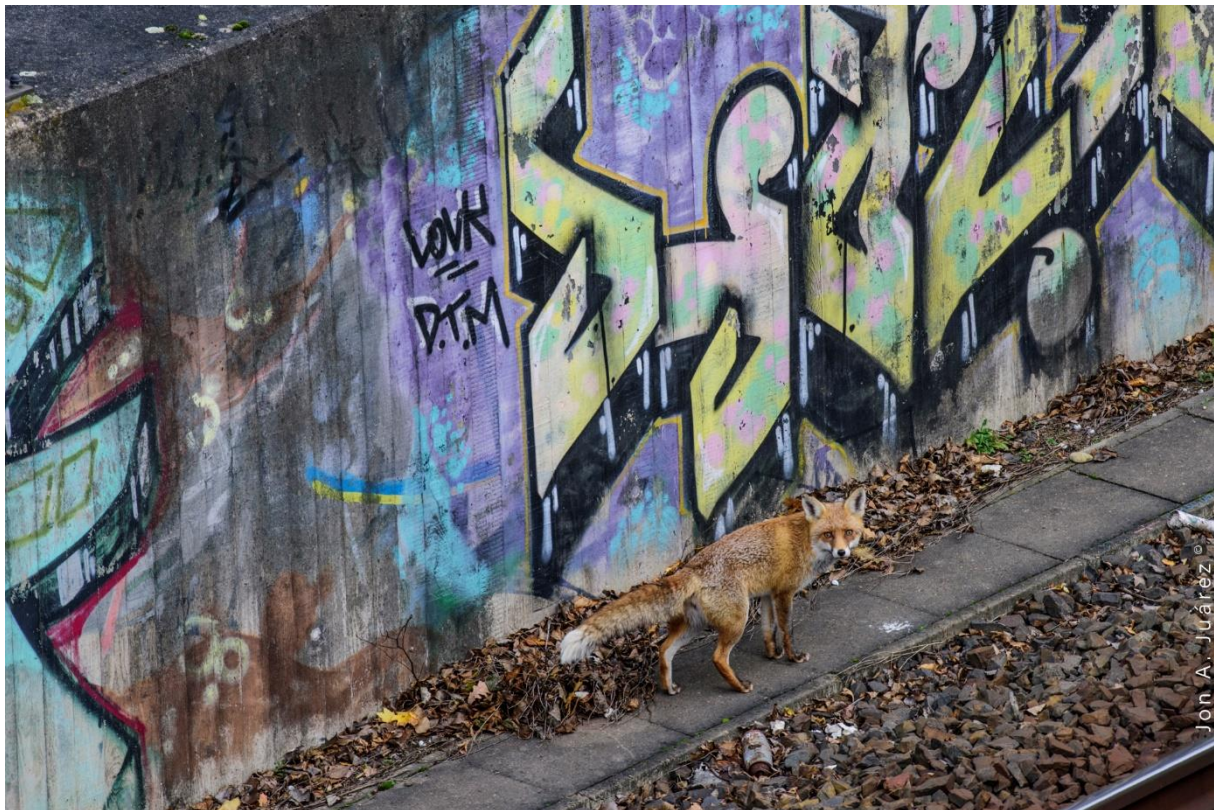
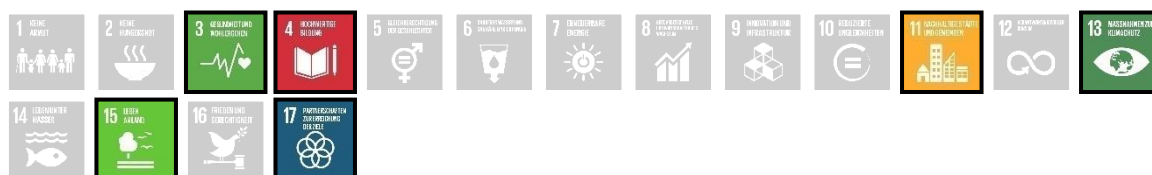


Abbildung 10: Rotfuchs (*Vulpes vulpes*) im urbanen Lebensraum / Quelle: Jon A. Juárez

Insgesamt wurden sieben Citizen Science-Projekte innerhalb von BIBS initiiert, an denen man sich derzeit noch aktiv beteiligen kann. Es besteht eine enge Kooperation mit dem Leibniz-Netzwerk Citizen Science und der Plattform BürgerSchaffenWissen, an dem auch der BIBS-Partner Museum für Naturkunde Leibniz-Institut für Evolutions- und Biodiversitätsforschung beteiligt ist und zu der „BürgerWissen-AG Citizen Science Berliner Raum“. Auf europäischer Ebene kooperiert BIBS in der European Citizen Science Association (ECSA). Durch BIBS-Engagement an den verschiedensten Veranstaltungen wurden neue Bürgerwissenschaftlerinnen und Bürgerwissenschaftler angeworben, so auf der Woche der Umwelt des Bundespräsidenten und der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU)

2016 und bei sich jährlich wiederholenden Veranstaltungen: a. Lange Nacht der Wissenschaften, b. Langer Tag der Stadtnatur, c. Mind the Lab, d. Berliner Science Week, e. Girls Day und f. Geo-Tag der Natur. In diversen Artikeln von Kulturprogrammzeitschriften der Stadt Berlin wurde dafür geworben, sich als Bürgerwissenschaftlerin bzw. Bürgerwissenschaftler zu engagieren. Auch Seniorinnen und Senioren wurden bei einer Veranstaltung der Seniorenuniversität Lichtenberg und bei einem Vortrag in einer Seniorenresidenz als Bürgerwissenschaftlerinnen und Bürgerwissenschaftler angeworben. Durch Workshops „Wie man CS richtig macht“ bei der Stiftung Naturschutz und am Potsdam Graduate School wurden die anwesenden Teilnehmerinnen und Teilnehmer als zukünftige Multiplikatorinnen und Multiplikatoren geschult. Im Rahmen des Lehr-Lern-Laborprogramms „NatLab“ der Freien Universität Berlin und durch das in 2019 etablierte BIBS-Programm „Schools go Science“ wurden zudem Schülerinnen und Schüler für die BIBS-Themen interessiert und zum eigenen Engagement aufgefordert.

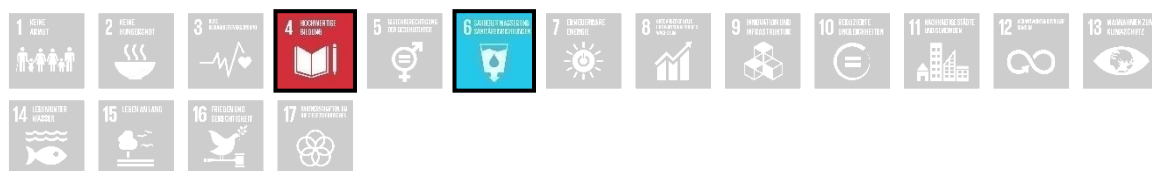
Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



Fördermaßnahme „GRoW – Globale Ressource Wasser“

Auch im Rahmen von internationalen Forschungsvorhaben und Kooperationen sind Bildungsmaßnahmen für die relevanten Akteurinnen und Akteure vor Ort ein entscheidender Faktor zur Sicherstellung des Erfolgs der Projekte. So werden zum Beispiel in der Fördermaßnahme „GRoW – Globale Ressource Wasser“ Aus- und Weiterbildungsprogramme für eine verbesserte und vorausschauende Bewirtschaftung der globalen Wasserressourcen entwickelt. Ziel ist es, die Steuerungskompetenz im Wassersektor international zu verbessern. Damit wird auch ein wichtiger Beitrag zur Umsetzung der nachhaltigen Entwicklungsziele der Vereinten Nationen im Wassersektor geleistet.

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



Forschungsschwerpunkt „Plastik in der Umwelt – Quellen, Senken, Lösungsansätze“

Mit dem Forschungsschwerpunkt „Plastik in der Umwelt – Quellen, Senken, Lösungsansätze“ nimmt sich das BMBF des Problems der zunehmenden Plastikverschmutzung in der Umwelt und der dazu bestehenden Wissenslücken an. Bei den zu entwickelnden Lösungsansätzen steht auch die Rolle der Verbraucherin und des Verbrauchers im Fokus: Um den sorglosen Umgang mit Plastik zu verändern, die Akzeptanz von Substituten zu prüfen und zu einer höheren Recyclingquote beizutragen, entstehen auch vielfältige Bildungsprodukte für unterschiedliche Zielgruppen: Für die Jüngsten wurde das Pixi-Buch „Heddi und die Plastikhelden“ herausgegeben, für Schülerinnen und Schüler werden Unterrichtsmaterialien entwickelt und die Citizen Science-Aktion „Plastikpiraten“ durchgeführt. Das Fachpublikum wird mit themen- und zielgruppenspezifischen Workshops und Informationsmaterialien angesprochen, ebenso die Öffentlichkeit, z.B. durch eine Wanderausstellung und Beteiligung an Langen Nächten der Wissenschaft.

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



Fördermaßnahme „WavE – Zukunftsfähige Technologien und Konzepte zur Erhöhung der Wasserverfügbarkeit durch Wasserwiederverwendung und Entsalzung“

Im Rahmen der Fördermaßnahme „WavE – Zukunftsfähige Technologien und Konzepte zur Erhöhung der Wasserverfügbarkeit durch Wasserwiederverwendung und Entsalzung“ werden nachhaltige Systemlösungen entwickelt, um dem steigenden Wasserbedarf weltweit zu begegnen. Zur erfolgreichen Umsetzung der Technologien und Konzepte in die Praxis und zur Förderung des Bewusstseins für einen nachhaltigen Umgang mit der Ressource Wasser sind Maßnahmen zur Aus- und Weiterbildung (Capacity Development) sowie zum Wissenstransfer unerlässlich. In „WavE“ werden beispielsweise zielgruppenorientierte Workshops und Fachseminare durchgeführt (etwa mit Vertreterinnen und Vertretern aus Wissenschaft, Industrie, Behörden, Kommunen sowie Anwenderinnen und Anwendern), Materialien für die schulische und außerschulische Bildung konzipiert (z.B. Lehr- und Lernportal zum Thema Wasser) sowie öffentlichkeitswirksame Medien zur Wissensvermittlung erstellt und eingesetzt (u.a. Informationsfilme und interaktive Präsentationsmedien).

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) und Bundesministerium für Gesundheit (BMG)

Nationaler Aktionsplan „IN FORM – Deutschlands Initiative für gesunde Ernährung und mehr Bewegung“

Der Nationale Aktionsplan „IN FORM – Deutschlands Initiative für gesunde Ernährung und mehr Bewegung“ verfolgt das Ziel, das Ernährungs- und Bewegungsverhalten in Deutschland nachhaltig zu verbessern und dadurch Übergewicht und damit zusammenhängenden Erkrankungen vorzubeugen. Damit leistet IN FORM einen wichtigen Beitrag zur Erreichung des SDG 3. Er wurde im Jahr 2008 vom Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) und Bundesministerium für Gesundheit (BMG) ins Leben gerufen.

Kinder sollen in Deutschland gesünder aufwachsen, Erwachsene gesünder leben und alle von einer höheren Lebensqualität und einer gesteigerten Leistungsfähigkeit profitieren. Die Aktivitäten des Aktionsplans zielen sowohl auf die Veränderung von Rahmenbedingungen als auch auf eine nachhaltige Veränderung des individuellen Verhaltens in allen Lebenswelten ab. Das Themenfeld Bildung ist hierbei von zentraler Bedeutung.

IN FORM richtet sich an Multiplikatorinnen und Multiplikatoren, die Ernährungs- und Bewegungskompetenzen an alle Altersgruppen (von den ersten 1.000 Tagen bis ins Seniorenalter) vermitteln.

Da die Nachhaltigkeit ein Bestandteil der Ernärungskompetenz ist, wird dieses Thema konsequent in Projekten und Ernährungsbildungsmaßnahmen im Rahmen von IN FORM berücksichtigt.

Auch präsentiert sich IN FORM öffentlichkeitswirksam auf verschiedenen Fach- und Besuchermessen, wie z.B. auf der didacta, Europas größter Bildungsmesse, oder auf den Kitaleitungskongressen.

Die IN FORM-Internetseite in-form.de informiert sowohl Bürgerinnen und Bürger als auch Fachkräfte über Aktuelles und Wissenswertes rund um die Themen Ernährung, Bewegung und Gesundheit und trägt so zur Gesundheitsbildung dieser Zielgruppen bei. In der ersten Jahreshälfte 2020 nutzte mehr als eine halbe Million Besucherinnen und Besucher das Internetportal. Während Artikel mit praxisnahen Informationen und Tipps zur Umsetzung eines gesunden Lebensstils im Alltag in erster Linie die Verbraucherinnen und Verbraucher direkt erreichen, richten sich wissenschaftliche Publikationen, Online-Angebote sowie Berichte von Förderprojekten des Aktionsplans eher an Multiplikatorinnen und Multiplikatoren. Diese unterstützen die Ziele des Nationalen Aktionsplans, indem sie in den Lebenswelten dazu beitragen, dass die Menschen zu gesunder Ernährung und täglicher Bewegung motiviert werden. Ein Beispiel hierfür ist die Veröffentlichung der Broschüre „Menschen in Bewegung bringen“ im Jahr 2019, die Akteurinnen und Akteure aus Kita, Schule, Sportverein, Betrieb, Seniorenheim und Arztpraxis anspricht mit dem Ziel, die Bewegungsempfehlungen in diesen Lebenswelten bekannt zu machen.

Aber auch Präventionsprojekte in Deutschland, die sich für die Ziele von IN FORM engagieren, und Logopartnerinnen und -partner tragen zur Ernährungs- und Gesundheitsbildung bei: Im Berichtszeitraum, das heißt seit 2017 bis Dezember 2020, wurden 77 Projekte im Bereich der Ernährung und Bewegungsförderung ausgezeichnet. Es handelt sich dabei um praxisnahe Aktivitäten, die in Kitas, Schulen, Betrieben, Stadtteilen, Sportvereinen und Senioreneinrichtungen umgesetzt werden.

Die in den Jahren 2017/2018 durchgeführte Evaluation des Nationalen Aktionsplans hat ergeben, dass mit den durchgeführten Aktivitäten insgesamt ein Beitrag zur Erreichung aller im Aktionsplan formulierten Ziele geleistet werden konnte. Positiv wird anerkannt, dass im Rahmen der IN FORM-Projekte die Themen Ernährung und Bewegung sowie verhaltens- und verhältnispräventive Ansätze eng miteinander verzahnt sind. Bei den Zielgruppen (z.B. Kinder, Jugendliche, ältere Menschen) in den unterschiedlichen Lebenswelten konnte ein erhöhtes Bewusstsein hinsichtlich der Bedeutung von gesunder Ernährung und ausreichender Bewegung nachgewiesen werden. Viele Multiplikatorinnen und Multiplikatoren konnten durch die IN FORM-Projekte ausreichend sensibilisiert und befähigt werden, ihr neu erworbenes Wissen zielgruppenspezifisch weiterzuvermitteln.

Qualifizierung von Fachkräften sowie Vermittlung von Gesundheitskompetenz für Bürgerinnen und Bürger sind auch zentrale Ziele der Forschungsaktivitäten des BMG im Rahmen von IN FORM. Im Rahmen des Förderschwerpunktes Prävention von Übergewicht bei Kindern und Jugendlichen wurden seit 2015 bereits 30 Maßnahmen umgesetzt. Zuletzt rückten zwei Zielgruppen in den Fokus der Aktivitäten: Jugendliche und Familien. Ziel ist es, Erkenntnisse zu erlangen, wie diese Zielgruppen bei der Umsetzung eines gesundheitsförderlichen Lebensstils noch besser unterstützt werden können. Um das Potential von körperlicher Aktivität als einem zentralen Faktor der Gesundheit in der gesamten Bevölkerung bekannt zu machen und Menschen zu mehr Bewegung zu motivieren, startete beim BMG 2019 ein Förderschwerpunkt Bewegung und Bewegungsförderung. Hierzu werden aktuell zehn Maßnahmen umgesetzt. Praxisnahe Implementationsforschung der Bewegungsförderung steht dabei im Mittelpunkt. Die Ernährungsbildungsmaßnahmen des BMEL im Rahmen von IN FORM richten sich aktuell verstärkt an vulnerable Gruppen, so zum Beispiel das Projekt „Lebensweltorientierte klimafreundliche & gesundheitsfördernde Ernährungsbildung vulnerabler Bevölkerungsgruppen“ der Universität Flensburg zur Unterstützung der Ernährungsbildung im Hinblick auf eine gesundheitsförderliche und nachhaltige Ernährung. Mit der IN FORM-Projektförderung wird aktuell auch die Tafelakademie bei der Umsetzung von Ernährungsbildungsmaßnahmen in der Tafellandschaft unterstützt. U.a. wird Tafelkundinnen und -kunden und ihren Kindern der Umgang mit saisonalen Lebensmitteln vermittelt. („Erprobung von Bildungsformaten zur Stärkung der Ernährungskompetenz in der Tafel-Landschaft“). Beide Projekte leisten einen Beitrag zur Erreichung von SDG 12.

Weiterführender Link:

[Nationaler Aktionsplan „IN FORM – Deutschlands Initiative für gesunde Ernährung und mehr Bewegung“](#)

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL)

„Zu gut für die Tonne!“

Im Februar 2019 hat das Bundeskabinett die Nationale Strategie zur Reduzierung der Lebensmittelverschwendung verabschiedet. Ziel ist die Halbierung der Lebensmittelabfälle auf Einzelhandels- und Verbraucherebene und die entlang der Produktions- und Lieferkette entstehenden Nahrungsmittelverluste einschließlich Nachernteverluste zu verringern. So sieht es auch das Unterziel 12.3 der 17 UN-Nachhaltigkeitsziele (Sustainable Development Goals, SDGs) der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung vor.

Die Umsetzung dieses Ziels wird als gesamtgesellschaftliche Aufgabe gesehen, die nur gelingen kann, wenn sich alle Akteurinnen und Akteure entlang der Lebensmittelversorgungskette mit eigenen, möglichst konkreten Beiträgen beteiligen und das gesellschaftliche Bewusstsein für den Wert von Lebensmitteln fördern. Mit *Zu gut für die Tonne!* wird das Bewusstsein für die Wertschätzung unserer Lebensmittel über gezielte Information der Öffentlichkeit erhöht. Denn was man achtet, wirft man nicht weg. Zentrale Bausteine sind dabei bildungspolitische Aspekte wie Aufklärungs- und Informationsmaßnahmen, z.B. über die Internetseite zugutfuertonne.de, ausgewählte Aktionen in sozialen Medien, Pressearbeit und Messebeteiligungen.

Die Arbeit mit Multiplikatorinnen und Multiplikatoren ist im Rahmen von *Zu gut für die Tonne!* von besonderer Relevanz. Mit dem *Zu gut für die Tonne!*-Bundespreis zeichnet das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) deshalb jährlich herausragende Projekte aus, die sich in besonderer Weise für mehr Lebensmittelwertschätzung und eine Reduzierung der Lebensmittelabfälle einsetzen. Eine weitere Plattform für Aktivitäten von engagierten Privatpersonen, Verwaltungen, Vereinen, Verbänden und Unternehmen bietet die bundesweite Aktionswoche „Deutschland rettet Lebensmittel!“, welche durch die Bündelung vielfältiger Aktivitäten für mehr Lebensmittelwertschätzung werben soll. Sie fand erstmals 2020 statt.

Außerdem werden seit Oktober 2015 kostenfrei Unterrichtsmaterialien für die Klassenstufen 3 bis 6 sowie 7 bis 9 zu Verfügung gestellt, um bereits Schülerinnen und Schüler für mehr Lebensmittelwertschätzung und die Reduzierung der Lebensmittelabfälle zu sensibilisieren.

Im Rahmen der Umsetzung der nationalen Strategie wird ferner ein partizipativer Ansatz verfolgt, der die gesamte Lebensmittelversorgungskette – also neben den privaten Haushalten auch Produktion, Verarbeitung, Groß- und Einzelhandel sowie die Außer-Haus-Verpflegung – in den Blick nimmt. In sektorspezifischen Dialogforen werden Maßnahmen entwickelt, um die in diesen Sektoren entstehenden Lebensmittelabfälle wirksam zu reduzieren. Dazu gehört u.a. auch die Entwicklung von Informationsmaterialien, welche z.B. für die Aus- und Weiterbildung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern verwendet werden können. Eine wichtige Rolle nimmt in diesem Zusammenhang das „Dialogforum Private Haushalte“ ein, das auf der Grundlage neuester wissenschaftlicher Erkenntnisse der Verhaltensforschung Maßnahmen entwickeln und testen wird, die nachhaltig zu Verhaltensänderungen führen können.

Weiterführender Link:

[„Zu gut für die Tonne!“](http://zugutfuertonne.de)

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



Projekt „Gut Essen macht stark“

Im Zeitraum vom 01.10.2017 bis zum 30.09.2019 förderte das BMEL im Rahmen von IN FORM das Vorhaben der Verbraucherzentralen „Gut Essen macht stark“. Schwerpunkt des Projekts ist die Förderung der gesundheitlichen Chancengleichheit für Kinder und Jugendliche durch mehr Integration und Teilhabe an der Gemeinschaftsverpflegung sowie an Ernährungsbildungsaktionen. Alle Aktivitäten des Projektes fanden in der Gebietskulisse der „Sozialen Stadt“ statt. Ziel des Projektes war es, die Kitas bei der Etablierung eines gesundheitsförderlichen Verpflegungsangebots, Ernährungsbildungsmaßnahmen und einer gelingenden Elternarbeit im Ernährungsbereich zu unterstützen. Die jeweiligen Angebote richteten sich dabei nach dem Bedarf der Kitas. In den Schulen lag der Schwerpunkt auf der Ernährungsbildung. Dabei werden Aspekte der Nachhaltigkeit als Teil der Ernährungsbildung berücksichtigt. Entsprechend der Ressortvereinbarung zwischen BMEL und Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI) wird das Projekt im Rahmen der „Ressortübergreifenden Strategie Soziale Stadt“ bis zum Jahr 2024 weitergeführt.

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



Ernährungsinformationen und Ernährungsbildungsmaßnahmen des Bundeszentrums für Ernährung (BZfE)

Das Anfang 2017 vom BMEL in der Bundesanstalt für Landwirtschaft eingerichtete Bundeszentrum für Ernährung (BZfE) leistet mit seinen Ernährungsinformationen und Ernährungsbildungsmaßnahmen einen wesentlichen Beitrag zur Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE). So wird das Thema Nachhaltigkeit bei allen Konzepten und Materialien konsequent mitgedacht. Denn Nachhaltigkeit in der Ernährung ist ein wichtiger Bestandteil der Ernährungskompetenz. Die vom BZfE entwickelten Materialien unterstützen Lehrkräfte bei einer praxisorientierten Ernährungsbildung. Beispiele sind der „Ernährungsführerschein“ für die Grundschulen, „SchmExperten“ für weiterführende Schulen oder „Was hat mein Essen mit dem Klima zu tun?“. Neben der schulischen Ernährungsbildung wurden auch Materialien für den Bereich der Erwachsenenbildung in Zusammenarbeit mit der Europauniversität Flensburg entwickelt. Zielgruppen sind dabei Personen mit eingeschränkten Deutschkenntnissen. Mit verschiedenen Aufgaben werden stets das Lesen und Schreiben trainiert und das Bewusstsein für Ernährung, Bewegung und Gesundheit gefördert. Darüber hinaus stellt das BZfE zahlreiche Verbraucherinformationen zum Thema nachhaltiger Konsum zur Verfügung.

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



Projekt „Nachhaltigkeit in der Waldbewirtschaftung“

Mit dem Projekt „Nachhaltigkeit in der Waldbewirtschaftung“ (Laufzeit 2013–2015) wurden die gesellschaftliche und volkswirtschaftliche Bedeutung des Waldes und einer nachhaltigen Forstwirtschaft für Arbeitsplätze, Wertschöpfung und die Umwelt stärker herausgestellt. Hierzu wurden mehrere Informationsmedien entwickelt, darunter das Webportal waldkulturerbe.de und die Broschüren des BMEL „Unser Wald – Natur aus Försterhand“, „Unsere Waldbäume“ sowie „Der Wald in der Weltgeschichte“. Diese finden bei den Zielgruppen reges Interesse und werden auch nach Abschluss des Projektes in aktualisierter Form weiterhin erfolgreich eingesetzt.

Weiterführender Link:

[Waldkulturerbe](http://waldkulturerbe.de)

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



Projekt „Waldfibel“

Zum internationalen Waldjahr 2011 hat das BMEL eine Taschenbroschüre mit dem Titel „Entdecke den Wald – Die kleine Waldfibel“ herausgegeben. Die Waldfibel erklärt wichtige Pflanzen und Tiere unserer Wälder, Themenseiten geben Hinweise zum richtigen Verhalten im Wald, erklären die Aufgaben des Waldes und die Arbeitsweise einer nachhaltigen Forstwirtschaft. Eine inhaltlich identische Waldfibel-App greift die Möglichkeiten der neuen digitalen Medien auf und macht die Waldfibel mit ihren Inhalten für Smartphones und Tablets zugänglich. Für Lesanfänger und Kinder mit Förderbedarf gibt es die kleine Waldfibel in einfacher Sprache. Sämtliche Publikationen sind stark nachgefragt und werden fortlaufend aktualisiert.

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



Demonstrationsbetriebe Ökologischer Landbau

Von Apfelanbau bis Ziegenhof: Das Netzwerk stellt sich vor

Woher kommen eigentlich unsere Lebensmittel? Immer mehr Menschen möchten wissen, wo und wie Obst, Gemüse, Fleisch, Wurst, Käse und Co. erzeugt werden. Einblicke in eine nachhaltige Landwirtschaft bieten die Höfe des bundesweiten Netzwerks „Demonstrationsbetriebe Ökologischer Landbau“.

Mehr als 34.000 Betriebe in Deutschland wirtschaften nach ökologischen Richtlinien. Aus dieser Vielfalt hat das BMEL zuletzt im November 2019 290 Bio-Betriebe, die Demonstrationsbetriebe Ökologischer Landbau, ausgewählt. Sie gewähren allen Interessierten einen Einblick in die Öko-Landwirtschaft.

Die 290 Betriebe präsentieren sich in großer Vielfalt: vom kleinen Rosenhof bis zum großen Ackerbaubetrieb mit über tausend Hektar Fläche, von der Bio-Imkerei bis zum Stutenmilch-Familienbetrieb, vom Erlebnisbauernhof bis zu direktvermarktenden Betrieben. Sie bündeln Expertise über Besonderheiten, Vorzüge und Herausforderungen des Öko-Landbaus und öffnen ihre Türen und Tore für alle Interessierten, bieten Dialog und Vernetzung.

Führungen, Seminare und Hoffeste bieten allen – ob Verbraucherinnen und Verbrauchern, Familien, Schulklassen, Umstellungsinteressierten oder Praktikerinnen und Praktikern des Öko-Landbaus – Einblicke in die ökologische Landwirtschaft: in mobile Hühnerställe, die muttergebundene Kälberaufzucht, Saatgutvermehrung, Maßnahmen zum Umwelt- und Gewässerschutz, in Solidarische Landwirtschaft, alte Gemüsesorten und seltene Tierrassen.

Weiterführender Link:

[Demonstrationsbetriebe Ökolandbau](#)

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



BIOSpitzenköche – Kochen, genießen, bewahren: Bio als Lebensgefühl

In Deutschland einmalig: eine Kochvereinigung, die eine Gourmetküche aus nahezu ausschließlich ökologisch erzeugten Lebensmitteln anbietet. Seit 2003 sind die „BIOSpitzenköche“ Teil des Bundesprogramms Ökologischer Landbau und andere Formen nachhaltiger Landwirtschaft (BÖLN). Profiköchinnen und -köche aus verschiedenen Regionen Deutschlands setzen sich im Namen des guten Geschmacks für ökologisch und fair erzeugte Lebensmittel ein. In ihren Restaurants, ihren Kochschulen, in Großküchen, Mensen, Schulen und Kliniken, in TV-Shows und auf Veranstaltungen zeigen die BIOSpitzenköche, wie gut Genuss, Lebensfreude und eine verantwortungsvolle Lebensweise zusammenpassen.

Mit ihrer Kochkunst begeistern sie für den natürlichen Geschmack frischer Bio-Zutaten. Ihre Lieferanten kennen sie oft persönlich, denn von der Qualität und der Erzeugung der Produkte überzeugen sie sich am liebsten direkt vor Ort. Neben ökologischen bevorzugen sie saisonale, regionale und fair gehandelte Lebensmittel. So unterstützen die BIOSpitzenköche eine schonende und nachhaltige Landwirtschaft die Tiere, Natur und Klima schützt.

Die BIOSpitzenköche wollen noch mehr: Mit ihrem Beispiel überzeugen. Denn sie haben es sich zur Aufgabe gemacht, möglichst viele Menschen vom Geschmack und der Qualität von Bio-Lebensmitteln zu überzeugen. Sie beraten gastronomische Betriebe, öffnen ihre Küchen für Hospitationen und schreiben Kochbücher.

Im Rahmen des BÖLN-Programms stehen die BIOSpitzenköche für Interviews, Podiumsdiskussionen oder Medienkooperationen zur Verfügung und entwickeln passende Rezepte zu jedem Anlass: mal vegan, mal vegetarisch, mal mit Bio-Fleisch. Sie inspirieren in Workshops und im TV und kochen auf großen und kleinen Bühnen bei Messen und Events.

Weiterführende Links:

- [BIOSpitzenköche](#)
- [BIOSpitzenköche-Blog](#)

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



Wissenstransfer- und Fachveranstaltungen innerhalb des Bundesprogramms Ökologischer Landbau und anderer Formen nachhaltiger Landwirtschaft (BÖLN)

Das Bundesprogramm Ökologischer Landbau und andere Formen nachhaltiger Landwirtschaft (BÖLN) legt einen besonderen Fokus auf den zeitnahen Wissenstransfer zwischen Forschung und Praxis. Die Maßnahme „Wissenstransfer- und Fachveranstaltungen zur ökologischen und nachhaltigen Landwirtschaft“ dient der praktischen Umsetzung der Forschung und der Erschließung des Forschungsbedarfs und beinhaltet zwei Veranstaltungsreihen mit unterschiedlichen Zielen:

Wissenstransfer Veranstaltungen

Diese Veranstaltungen dienen dazu, aktuelle Forschungsergebnisse zeitnah sowie zielgruppengerecht in die Praxis zu vermitteln. Das Ziel ist daher der Wissensdialog zwischen Forschung und Praxis. Zielgruppe sind Erzeugerinnen, Erzeuger und weitere Akteure der Beratung der ökologischen und nachhaltigen Landwirtschaft. Es werden Schulungen, Praxis-Workshops und Seminare sowie weitere interaktive Veranstaltungsformate mit starkem Praxisbezug für die o. g. Zielgruppe durchgeführt. Die hier vorgestellten Forschungsergebnisse sollen direkt in der Praxis anwendbar sein und Lösungsansätze für aktuelle Herausforderungen der Praxis aufzeigen. Es finden circa 80 Veranstaltungstage pro Jahr in ganz Deutschland statt.

Dialogorientierte Fachveranstaltungen

In Form von Fachgesprächen, Konferenzen, Tagungen, Messe- und Dialogforen werden aktuelle Fragestellungen und Forschungsbedarfe zur Weiterentwicklung des ökologischen Sektors mit Fachgruppen der Branche diskutiert. Zielgruppe sind Akteure und Multiplikatoren der Wertschöpfungskette der ökologischen und nachhaltigen Landwirtschaft; abhängig von der Veranstaltung können dies Vertreter aus der Forschung, der Praxis, der Anbauverbände oder der Politik sein. So setzte sich ein im Jahr 2020 durchgeführtes digitales Seminar mit der Umsetzung von Verhaltensregeln auf Grund der Corona Situation insbesondere bei der Schulobstbelieferung auseinander mit dem Ziel, Forschungsbedarfe abzuleiten Bundesweit finden jährlich circa 40 Fachveranstaltungstage statt.

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



Bundeswettbewerb Ökologischer Landbau

Der ökologische Landbau zeichnet sich durch eine besonders umweltverträgliche, ressourcenschonende und tiergerechte Wirtschaftsweise aus. Damit trägt er zu einer nachhaltig bewirtschafteten und vielfältigen Kulturlandschaft bei. Charakteristisch für den Ökolandbau ist ein geschlossener Nährstoffkreislauf. Dieser fördert und bewahrt die Artenvielfalt der Agrar-Ökosysteme in besonderer Weise. Das dient auch dem Schutz der heimischen Fauna und Flora.

Das gesellschaftliche Interesse an dieser Bewirtschaftungs- und Lebensform wächst zunehmend. So genießen Produkte und Dienstleistungen des ökologischen Landbaus eine besondere Wertschätzung. Mehr und mehr Verbraucherinnen und Verbrauchern kaufen Bioprodukte. Gleichzeitig schafft oder sichert der ökologische Landbau Arbeitsplätze in der Landwirtschaft und in den ländlichen Regionen.

Die Bundesregierung setzt sich daher für den ökologischen Landbau ein. In diesem Zusammenhang schreibt das BMEL den Bundeswettbewerb Ökologischer Landbau zur Auszeichnung von beispielhaften Innovationen im Bereich des ökologischen Landbaus aus.

Ausgezeichnet werden ökologisch wirtschaftende Betriebe, die beispielsweise mit einem besonderen gesamtbetrieblichen Konzept in punkto Nachhaltigkeit Vorreiter sind. Landwirtschaftliche Betriebe können sich auch im Verbund mit Verarbeitungs- und Vermarktungsbetrieben bewerben. Wichtig dabei ist, dass die Leistungen der Preisträgerinnen und Preisträger auf andere Betriebe übertragbar sind. All das erhöht die Akzeptanz für den ökologischen Landbau und ebnet so den Weg für eine Ausdehnung ökologisch bewirtschafteter Flächen in Deutschland. Zugleich bietet der Wettbewerb die Chance, Verbraucherinnen und Verbraucher an den Ökolandbau heranzuführen und so die Nachfrage nach Produkten der ökologisch wirtschaftenden Betriebe weiter zu erhöhen.

Die Auszeichnung ist mit insgesamt bis zu 22.500 Euro dotiert. Interessierte Betriebe können sich in den Monaten Mai bis Ende Juni bewerben. Die Preisträgerinnen und Preisträger werden im Januar im Rahmen einer besonderen Veranstaltung auf der Internationalen Grünen Woche in Berlin geehrt.

Weitere Informationen zum Bewerbungsverfahren sowie zu den bisherigen Preisträgerinnen und Preisträgern sind abrufbar unter:

[Bundeswettbewerb Ökologischer Landbau](#)

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



Eiweißpflanzenstrategie (EPS)

Unterrichtskonzepte für den Anbau und die Verwertung von Sojabohnen in Deutschland

Im Rahmen des bundesweiten Soja-Netzwerks wurden Unterrichtsmaterialien für unterschiedliche Zielgruppen entwickelt. Die Förderung des Vorhabens erfolgte durch die Eiweißpflanzenstrategie des BMEL.

Das Unterrichtskonzept „Soja – Anbau und Verwertung“

Das Konzept „Soja – Anbau und Verwertung“ wurde für Fachlehrerinnen und Fachlehrer an Berufs- und Fachschulen im Bereich Landwirtschaft entwickelt. Mit der praxisnahen Handreichung können sich Lehrkräfte in kurzer Zeit einen Gesamtüberblick zum Themenbereich Soja aneignen. Ergänzend dazu wurden Unterrichtseinheiten zum Thema Sojaanbau, Markt und Wirtschaftlichkeit für Berufs- und Fachschulen ausgearbeitet.

Das Unterrichtskonzept „Soja – Vom Acker auf den Teller“

Das Unterrichtskonzept wurde entwickelt, damit Schülerinnen und Schülern ein sachgerechtes Bild zum Sojaanbau in Deutschland und zur Bedeutung von Sojaprodukten als Lebensmittel und im Viehfutter für eine nachhaltige Ernährungsweise gewinnen können: Die Sojabohne ist inzwischen eine heimische Kulturpflanze in der konventionellen und in der ökologischen Landwirtschaft in Deutschland. Ihr Anbau weist positive Effekte auf die Biodiversität der Nutzpflanzen, die Bodenqualität, die Reduzierung des Einsatzes von Stickstoffdüngern und die Schließung der Eiweißlücke auf. Die geernteten Sojabohnen können in regionalen Wertschöpfungsketten zu pflanzlichen Lebensmitteln und zu Viehfutter verarbeitet werden. Die Unterrichtsmaterialien richten sich an allgemeinbildende und berufliche Schulen.

Unterrichtsmaterialien können heruntergeladen werden unter:

[Unterrichtskonzept „Soja – Vom Acker auf den Teller“](#)

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



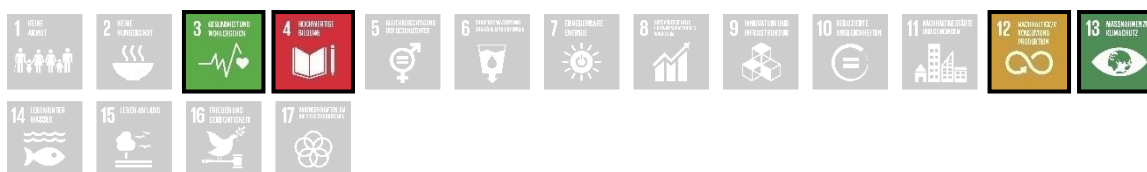
Bundesweite Informationskampagne „Bio kann jeder“

„Bio kann jeder – nachhaltig essen in Kita und Schule“ lautet das Motto der bundesweiten Informationskampagne für mehr Bioprodukte und nachhaltige Ernährung in der Außer-Haus-Verpflegung von Kindern und Jugendlichen. Ziel des Aktionsprogramms ist es, die Verantwortlichen in der Verwaltung und den Kantinen sowie Erzieherinnen und Erzieher, Lehrerinnen und Lehrer und Eltern auf den Wert einer gesunden und kindgerechten Ernährung aufmerksam zu machen.

Weiterführender Link:

[„Bio kann jeder – nachhaltig essen in Kita und Schule“](#)

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)

Patenschaftsprogramm „Menschen stärken Menschen“

Mit dem Patenschaftsprogramm „Menschen stärken Menschen“ hat das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) Anfang 2016 ein Programm ins Leben gerufen, das mit Hilfe von bürgerschaftlichem Engagement die Integration und gesellschaftliche Teilhabe fördert. Seit 2018 unterstützt das Programm neben Geflüchteten auch Patenschaften für Menschen, die sich in benachteiligten Lebenssituationen befinden.

Das Patenschaftsprogramm „Menschen stärken Menschen“ soll für die vielen engagierten Bürgerinnen und Bürgern gute Rahmenbedingungen fördern und zugleich Menschen unterstützen, ihr Leben selbstbestimmt zu gestalten und ihre Potenziale entfalten zu können. Insbesondere junge Menschen, denen eine Perspektive für die Zukunft fehlt, werden unterstützt, damit sie gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Im Berichtszeitraum seit 2017 konnten über 96.000 Patenschaften (Stand Dezember 2020) gestiftet werden.

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



Initiative „Gutes Aufwachsen mit Medien“

Die Initiative Gutes Aufwachsen mit Medien unterstützt Eltern und pädagogische Fachkräfte bei ihrer Erziehungsverantwortung im digitalen Zeitalter. Sie bietet Kindern und Jugendlichen altersgerechte Zugänge zur Medienwelt. Übergreifendes Ziel der Initiative ist es, Rahmenbedingungen für ein gutes Aufwachsen mit Medien zu schaffen.

Gefördert vom BMFSFJ ist die Initiative ein bundesweiter Zusammenschluss relevanter Akteure. Die Akteure entwickeln Angebote zur Stärkung der Medienkompetenz; forschen praxisorientiert, um den bestehenden Kenntnisstand zu erweitern; qualifizieren Fachkräfte und unterstützen sie in der Medienarbeit vor Ort, zum Beispiel durch lokale Netzwerke; beraten Familien zu Themen der Medienerziehung und Medienbildung; bieten eine digitale Landschaft mit guten und sicheren Kindermedien; schaffen mit Wettbewerben und Jugendredaktionen Möglichkeiten für Kinder und Jugendliche, kreativ und offen Medien einzusetzen. Ein Initiativbüro bündelt Informationen, macht die Angebote der Akteure sichtbarer und regt zum öffentlichen Austausch und zur Weiterentwicklung im Bereich des erzieherischen Kinder- und Jugendmedienschutzes an.

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



Bundesministerium für Gesundheit (BMG)

Frauengesundheitsportal

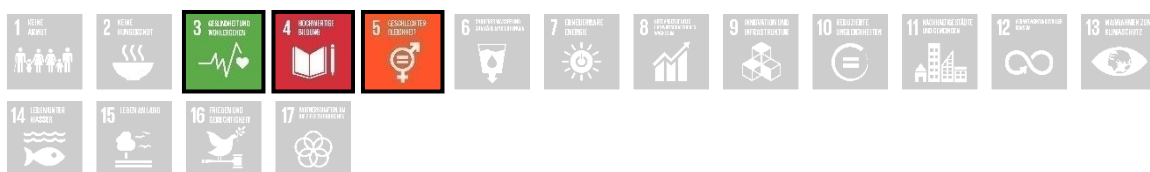
Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA): Das Frauengesundheitsportal frauengesundheitsportal.de der BZgA bietet aktuelle und fachlich geprüfte frauenspezifische Gesundheitsinformationen, Tipps und Anregungen. Das Online-Angebot präsentiert einen systematischen Überblick über zahlreiche Informationen und Wissenszugänge und regt einen Austausch zu Fragen der frauenspezifischen Gesundheitsförderung an. Themenbereiche sind unter anderem Medikamente, körperliche Aktivität, gesunde Ernährung, Alkohol, Rauchen, psychische Gesundheit, Stressbewältigung, Brustkrebs, Wechseljahre, Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Endometriose und viele mehr.

Das Internetangebot richtet sich an Frauen im mittleren Lebensalter sowie Multiplikatorinnen und Multiplikatoren aus dem Feld der Frauengesundheit. In ihrem begleitenden Newsletter FRAUENGESUNDHEIT informiert die BZgA regelmäßig über Aktuelles im Themenfeld, über Daten, Termine, neue Projekte und Publikationen.

Weiterführende Links:

- [Frauengesundheitsportal](https://frauengesundheitsportal.de)
- [Newsletter des Frauengesundheitsportals](#)

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



Männergesundheitsportal

BZgA: Zur Förderung der Männergesundheit und zur Steigerung der männlichen Lebenserwartung ist ein gesundheitsförderlicher Lebensstil mit körperlicher Bewegung, ausgewogener Ernährung und positiver Stressbewältigung wichtig. Informationen sowie Anregungen und Tipps stellt die BZgA über maennergesundheitsportal.de zur Verfügung. Die Internetseite bietet seriöse und fachlich geprüfte männerspezifische Gesundheitsinformationen, u.a. zu folgenden Themen: Bewegung und Fitness, gesunde Ernährung, Alkohol, Rauchen, psychische Gesundheit, Stress-

bewältigung, Psychische Erkrankungen, Früherkennungsuntersuchungen, Darmkrebs, Medikamente und urologische Erkrankungen. Das Angebot richtet sich an Männer ab 35 Jahren sowie Multiplikatoren und Multiplikatorinnen aus dem Feld der Männergesundheit.

Darüber hinaus informiert der Newsletter MÄNNERGESUNDHEIT der BZgA regelmäßig über Aktuelles im Themenfeld, über Daten, Tagungen, neue Projekte und Publikationen.

Weiterführende Links:

- [Männergesundheitsportal](#)
- [Newsletter des Männergesundheitsportals](#)

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



Nationales Gesundheitsportal

Mit dem Nationalen Gesundheitsportal gesund.bund.de erhalten Bürgerinnen und Bürger in Deutschland seit dem 1. September 2020 wissenschaftlich fundierte, neutrale und gut verständliche Informationen zu ausgewählten Gesundheits- und Pflegethemen.

Eine solche Plattform ist wichtig, weil sich heutzutage immer mehr Menschen im Internet über Gesundheitsthemen informieren und die Mehrheit zugleich Schwierigkeiten hat, die Zuverlässigkeit und Vertrauenswürdigkeit der Informationen zu beurteilen. Den Arztbesuch selbst wird und soll das Gesundheitsportal jedoch nicht ersetzen. Natürlich muss die Behandlung von Krankheiten auch in Zukunft in der Hand von Ärztinnen und Ärzten liegen. Die Bürgerinnen und Bürger werden in die Lage versetzt, gemeinsam mit ihrer Ärztin bzw. ihrem Arzt informierte Entscheidungen treffen zu können. Ziel ist es, nachhaltig das Wissen um Gesundheit zu steigern und dazu beizutragen, die Gesundheitskompetenz und die Patientensouveränität zu stärken.

Weiterführender Link:

[Nationales Gesundheitsportal](https://gesund.bund.de)

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



Stärkung der Gesundheitskompetenz in der Bevölkerung

Das BMG hat sich zur Aufgabe gesetzt, Bürgerinnen und Bürger darin zu unterstützen, sich besser in den Strukturen des Gesundheitswesens zurecht zu finden sowie Gesundheitsinformationen zu finden, zu verstehen und für die eigene Gesundheitssituation nutzen zu können.

Das BMG hat dafür bereits im Jahr 2017 zusammen mit den Spitzen der Selbstverwaltung des deutschen Gesundheitswesens die „Allianz für Gesundheitskompetenz“ ins Leben gerufen.

Partnerinnen und Partner der Allianz sind neben dem BMG, der Gesundheitsministerkonferenz der Länder und der Patientenbeauftragten bzw. dem Bevollmächtigten der Bundesregierung für Pflege 14 Spitzenorganisationen der Selbstverwaltung des deutschen Gesundheitswesens. Alle Mitglieder haben sich dazu verpflichtet die Gesundheitskompetenz in der Bevölkerung zu stärken. Vier übergreifende Themenfelder stehen dabei im Vordergrund: die digitale Gesundheitskompetenz, gesundheitskompetente Organisationen, die Gesundheitsbildung vulnerabler Zielgruppen und die Kommunikation zwischen Gesundheitsberufen und Patientinnen und Patienten. Darüber hinaus fördert das BMG praxisorientierte Forschung zur Stärkung der Gesundheitskompetenz in Schulen, Betrieben, im Krankenhaus und bei arbeitslosen Menschen sowie Menschen mit Behinderung.

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV)

Projekt „Nachhaltiger Konsum 2030 – Narrative für die Transformation“

Das BMJV hat beim Thema „Nachhaltiger Konsum“ ein Projekt der Szenarienbildung und Entwicklung von Narrativen für die notwendigen Transformationen der Produktions- und Konsumstrukturen von der Linearwirtschaft zur Kreislaufwirtschaft gewidmet. Das Institut für prospektive Analysen (IPA) hat in einem partizipativen Prozess anhand von Szenarien bzw. zukunftsbezogenen Narrativen unterschiedliche Handlungsebenen und Wege zur Verwirklichung eines nachhaltigen Konsums bis zum Jahr 2030 in einem größeren Gesamtbild zusammengeführt.

Weiterführender Link:

[„Nachhaltiger Konsum 2030 – Narrative für die Transformation“, Werkstattbericht zum ersten Projektzyklus \(PDF\)](#)

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU)

Internationale Klimaschutzinitiative (IKI)

Im Rahmen der Internationalen Klimaschutzinitiative (IKI) werden von der Renewables Academy AG (RENAC) mit nationalen und internationalen Partnerinnen und Partnern vorrangig Bildungsangebote zur Weiter- und Höherqualifizierung von Fachkräften im Energie- und Finanzsektor in Partnerländern Lateinamerikas, der Middle East and North Africa-Region (MENA-Region) und Südostasiens erarbeitet. Hochschulische Studiengänge, berufliche Bildungsmaßnahmen und non-formale Bildungsorte vermitteln Multiplikatorinnen und Multiplikatoren das Wissen und die Kompetenzen zur Entwicklung, Einführung und Anwendung von nachhaltigen Energietechnologien und befähigen, Barrieren für Energieeffizienz und erneuerbare Energien zu beseitigen.

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)

Förderprogramm Entwicklungspolitische Bildungsarbeit (FEB)

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) bringt im Rahmen seiner Zuständigkeit für entwicklungspolitische Bildung mit seinen Programmen des Globalen Lernens – als wesentlicher Teil von Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) – die globale Perspektive von BNE ein. Entwicklungspolitische Bildungsarbeit folgt dem Leitbild einer global nachhaltigen Entwicklung. Auf der Grundlage des Konzepts von BNE wird angestrebt, entwicklungspolitische Fragestellungen zu formulieren und entsprechendes Wissen zu vermitteln. Die Menschen sollen ermuntert werden, sich kritisch mit entwicklungspolitischen Themen auseinanderzusetzen und dabei befähigt werden, globale Auswirkungen ihres eigenen Handelns zu verstehen. Sie sollen ermutigt werden zu nachhaltigem Engagement für eine global gerechtere Welt.

Als wichtige Akteurinnen und Akteure der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit werden zivilgesellschaftliche Gruppen und Vereine durch die Förderprogramme zur entwicklungspolitischen Inlandsbildung des BMZ in ihren Maßnahmen und Aktivitäten unterstützt. Gefördert werden Vorhaben, die zu einem besseren Verständnis der deutschen Öffentlichkeit für die Lage in Ländern des Globalen Südens und zu einem partnerschaftlichen Verhältnis mit ihnen beitragen. Die Bildungsarbeit zivilgesellschaftlicher Akteurinnen und Akteure trägt dazu bei, die globalen Herausforderungen bildungsbereichsübergreifend einer breiten Öffentlichkeit nahezubringen, konkrete Auswirkungen auf den Einzelnen sowie Möglichkeiten des persönlichen Engagements aufzuzeigen. Zivilgesellschaftliche Organisationen erreichen Menschen in ihrem unmittelbaren Lebensumfeld. Sie schaffen Angebote zur Information und Diskussion, lebensnahe Lernorte und Möglichkeiten zu entwicklungspolitischem Engagement. Zentrales Förderinstrument ist das „Förderprogramm Entwicklungspolitische Bildung“ (FEB), das Engagement Global im Auftrag des BMZ durchführt. In zahlreichen Projekten, die durch das FEB gefördert werden, werden Bildungsmaterialien zu globalen Bezügen in unterschiedlichen Bildungsbereichen erstellt, es finden Fort- und Weiterbildungen statt, die zu einer curricularen Verankerung von BNE beitragen können, und es wird die wirksame Beteiligung junger Menschen gefördert. Besondere Schwerpunktthemen sind die Agenda 2030, fairer Handel, Handel und Wirtschaft, Klima und Migration.

Weiterführender Link:

[Engagement Global](#)

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



Aktionsgruppenprogramm

Eine niedrigschwellige Maßnahme zur Förderung zivilgesellschaftlicher entwicklungspolitischer Inlandsbildungsarbeit ist das „Aktionsgruppenprogramm“ (AGP), das von Engagement Global im Auftrag des BMZ durchgeführt wird. Mit Förderzuschüssen unterstützt das AGP Initiativen, Schulen, Vereine, Stiftungen und andere Träger, die sich mit entwicklungspolitischen Themen beschäftigen, dabei, ihr Wissen über die Zusammenhänge der Einen

Welt zu vertiefen und weiterzuvermitteln. Hierzu gehört beispielsweise die finanzielle Unterstützung für Informationsveranstaltungen, Podiumsdiskussionen, Workshops, Projekttag, Ausstellungen mit Begleitprogramm.

Weiterführender Link:

[„Aktionsgruppenprogramm“ \(AGP\)](#)

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



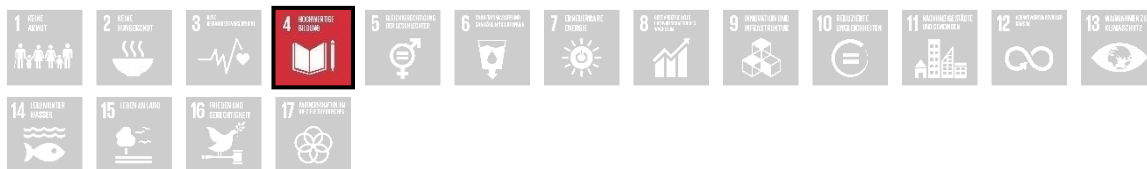
Programm zur Förderung entwicklungspolitischer Qualifizierungsmaßnahmen (PFQ)

Das „Programm zur Förderung entwicklungspolitischer Qualifizierungsmaßnahmen“ (PFQ), das Engagement Global im Auftrag des BMZ durchführt, richtet sich an Nichtregierungsorganisationen in Deutschland, die ihre in der Praxis erworbene entwicklungspolitische Fachexpertise zu sektoralen Themen und in methodischen Bereichen im Rahmen von Qualifizierungsmaßnahmen an andere entwicklungspolitische Akteure der deutschen Zivilgesellschaft, insbesondere Mitarbeitende anderer Nichtregierungsorganisationen, weitergeben wollen. Als Formate sind hierfür klassische Schulungs- und Fortbildungsangebote, die Bereitstellung von E-Learning-Plattformen oder eine Kombination aus beidem möglich. Dadurch soll ein Beitrag dazu geleistet werden, die Handlungsmöglichkeiten der qualifizierten Akteure zu erweitern, die Qualität der von ihnen durchgeführten entwicklungspolitischen Projekte im In- und Ausland zu verbessern und sie dazu zu befähigen, an den maßgeblichen internationalen fachlichen Diskussionen partizipieren zu können.

Weiterführender Link:

[„Programm zur Förderung entwicklungspolitischer Qualifizierungsmaßnahmen“ \(PFQ\)](#)

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



SDG Kommunikationsoffensive

Für die Erreichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung auf nationaler und internationaler Ebene gilt es, bei Akteuren aus allen gesellschaftlichen Bereichen, also aus – Staat, Wirtschaft und Gesellschaft – eine neue Kultur der Nachhaltigkeit zu fördern und sie zum gemeinsamen, nachhaltigen Handeln zu bewegen. Aus Sicht des BMZs besteht daher insbesondere im non-formalen Bereich eine große Chance, die Agenda 2030 bekannter zu machen, vor Ort zu verankern und in konkrete Lern- und Handlungsmöglichkeiten zu übertragen.

Mit seiner SDG Kommunikationsoffensive leistet das BMZ einen Beitrag dazu, die Agenda 2030 in die Breite zu tragen und verschiedene gesellschaftliche Akteure zu nachhaltigem Handeln zu motivieren. Hierzu gehört die Zusammenarbeit mit reichweitenstarken zivilgesellschaftlichen Organisationen wie dem Naturschutzbund Deutschland (NABU), der Arbeiterwohlfahrt (AWO), Transfair e.V., der World Benchmarking Alliance (WBA) oder dem Deutschen Roten Kreuz (DRK). Diese Organisationen tragen die Kommunikation zur Agenda 2030 sowohl in die breite Öffentlichkeit als auch in ihre internen Strukturen und stellen dort Verbindungen zwischen der Agenda 2030 und dem konkreten (Verbands-) Handeln her. Der Fokus liegt dabei stets auf handlungsorientierter Kommunikation und dem Beitrag jeder und jedes Einzelnen zu der globalen nachhaltigen Entwicklung.

Im Rahmen der Kommunikationsoffensive wurden beispielsweise auch mehrere Stopps der „Tour der Nachhaltigkeit“ in verschiedenen deutschen Städten gestaltet. Bei jeder Veranstaltung stand die Bedeutung der Agenda 2030 für das tägliche Leben und Handeln im Zentrum. Der Fokus lag dabei auf niedrigschwelligen Mitmachaktionen, die Begeisterung für die Agenda 2030 schaffen sollen. Weitere Anknüpfungspunkte der Kampagne sind die Zusammenarbeit mit der UN SDG Action Campaign sowie die Vergabe des Deutschen Nachhaltigkeitspreis, die gute Beispiele für die Umsetzung der Agenda 2030 prämiieren und die allgemeine Bevölkerung informieren.

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



Der Beauftragte der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen

Verwirklichung von Inklusion auf allen Ebenen des Bildungssystems

Für den Beauftragten der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen stellt die Verwirklichung von Inklusion auf allen Ebenen des Bildungssystems einen Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung dar. Alle Lernenden müssen die Möglichkeit haben, die notwendigen Kenntnisse und Qualifikationen für nachhaltige Entwicklung und nachhaltige Lebensweisen einschließlich der Bedeutung von Menschenrechten, Gleichstellung und Inklusion zu erlangen. Dies wird in einem mehrgliedrigen Bildungssystem nur partiell gelingen. Obwohl bei der schulischen Inklusion punktuelle Fortschritte zu verzeichnen sind und der Anteil der an Förderschulen unterrichteten Kinder zurückgegangen ist, hat Deutschland auf dem Weg zu einem inklusiven Bildungssystem im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention noch ein weites Stück vor sich.

Auf Länderebene gilt es daher weiterhin Bildungsstrukturen aufzubauen, in der Kinder und Jugendliche mit Behinderungen ihr Recht auf Chancengleichheit, Selbstbestimmung und gesellschaftliche Teilhabe verwirklichen und ihre Fähigkeiten entfalten können. Dazu gehört es auch, einen anerkannten Schulabschluss erwerben zu können. Noch immer sind fast die Hälfte aller Schulabgehenden ohne Abschluss Förderschülerinnen und -schüler.

Der Beauftragte setzt sich für ein inklusives Schulsystem und die gleichberechtigte Bildungsteilnahme von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit Behinderungen an Bildung ein. Gemeinsam mit der Deutschen UNESCO-Kommission e.V. (DUK) und der Bertelsmann-Stiftung als weitere Projektträger des Jakob Muth-Preises für inklusive Schule hat er im Berichtszeitraum insgesamt neun Preisträgerinnen und Preisträger für außerordentliche Leistungen im Bereich schulischer Inklusion ausgezeichnet.

Mit seinem Kulturprogramm „Kultur im Kleisthaus“ trägt der Beauftragte zudem zur Bildung für nachhaltige Entwicklung bei. Regelmäßig finden hier barrierefreie Ausstellungen, (Hör-) Filmvorführungen, Lesungen, Konzerte und Podiumsdiskussionen statt. Die Veranstaltungen sind ausdrücklich inklusiv, also für alle Menschen zugänglich. Die Werke von Künstlerinnen und Künstlern mit Behinderungen erhalten dabei einen ebenso großen Raum wie die Arbeiten anderer Kulturschaffender.

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration

Interkulturelle Öffnung und Diversitätsförderung in der Bundesverwaltung

Toleranz, die Wahrung von Menschenrechten und interkultureller Austausch sind zentrale Elemente einer Bildung für nachhaltige Entwicklung. Wenn Menschen mit verschiedenen Kulturen, Hintergründen und Glauben zusammenkommen, um für ein gemeinsames Ziel zu arbeiten, wird oftmals nicht nur die Kreativität erhöht, sondern es können auch neue Lösungsansätze für bestehende Herausforderungen gefunden werden – sei es in der Gesellschaft oder am Arbeitsplatz. Ziel interkultureller Öffnung ist es, Menschen unabhängig von Herkunft Teilhabe an gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Prozessen zu ermöglichen. Ein wichtiges Element interkultureller Öffnung ist die Befähigung von Personal, mit Menschen unterschiedlicher Herkunft wertschätzend und diskriminierungsfrei umzugehen. Interkulturelle Öffnung bedeutet auch im Rahmen von Personalpolitik dafür Sorge zu tragen, dass die Vielfalt unserer Gesellschaft unter den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern abgebildet wird.

Die Bundesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, Diversität im öffentlichen Dienst zu fördern und Diversitätsmanagement als wichtige Aufgabe in den Organisationen zu verankern. Chancengerechtigkeit, Fairness und Vielfalt sollen den öffentlichen Dienst auszeichnen. Als eine zentrale Maßnahme fanden 2014 und 2015 auf freiwilliger Basis in den Bundesministerien und weiteren Bundesbehörden Beschäftigtenbefragungen statt, mit denen erstmalig der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund an den Beschäftigten des Bundes erhoben wurden. In einem weiteren Schritt wurde im Zeitraum 2018–2020 ein breit angelegtes Forschungsprojekt von Integrationsbeauftragter und Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BiB) zu Diversität und Chancengleichheit in insgesamt 55 Behörden der Bundesverwaltung durchgeführt. Damit wurden nicht nur belastbare und repräsentative Daten zur Diversität der Beschäftigten, sondern auch zu den individuellen und organisatorischen Konsequenzen einer vielfältigen Belegschaft in der öffentlichen Verwaltung in Deutschland erhoben ([Diversität & Chancengleichheit Survey 2019](#)). Der durchschnittliche Anteil der Beschäftigten mit Migrationshintergrund in der Bundesverwaltung beträgt danach zwölf Prozent, ist also deutlich geringer als ihr Anteil von circa 26 Prozent an der Gesamtbevölkerung. Die Ergebnisse zeigen auf, worin die Potenziale von Vielfalt und Vielfaltsmanagement liegen. Darüber hinaus geben die Daten Aufschluss über die konkreten Handlungsbedarfe und Herausforderungen, um Chancengleichheit und Repräsentanz tatsächlich zu verwirklichen. Auf Grundlage der Ergebnisse, die Anfang Dezember 2020 veröffentlicht wurden, wurden sechs konkrete Handlungsempfehlungen formuliert, die auf eine veränderte Personalgewinnung und Personalentwicklung sowie auf den Ausbau von Diversitätsmanagement in den Behörden abzielen. Angesichts des Ziels der Vielfaltsförderung und des Diversitätsmanagements besteht zugleich ein mögliches Monitoringinstrument, welches in der Lage ist auch Veränderungsprozesse nachzuzeichnen. Das Projekt ist eng eingebettet in den Nationalen Aktionsplan Integration, mit dem im März 2021 eine neue Gesamtstrategie zur Förderung von Diversität in der Bundesverwaltung vorgestellt wurde.

Weiterführender Link:

[Broschüre: Kulturelle Diversität und Chancengleichheit in der Bundesverwaltung \(PDF\)](#)

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



3.1.2 Länder

Umweltministerkonferenz (UMK)

BNE als zentrale Querschnittsaufgabe und Treiber für die gesamte Agenda 2030

Der Vertreter der Umweltministerkonferenz (UMK) in der Nationalen Plattform Bildung für nachhaltige Entwicklung (NP BNE) auf Arbeitsebene, Herr Horst Cürette, Saarland, hat im Sommer 2020 eine Abfrage zu den BNE-Aktivitäten der Umweltressorts der Länder durchgeführt. Rückmeldungen aus 15 Ländern sind erfolgt und bilden die Basis der folgenden komprimierten Darstellung. Bei der Aufführung der Länderaktivitäten entlang der Bildungsbereiche und Handlungsfelder des Nationalen Aktionsplans Bildung für nachhaltige Entwicklung (NAP BNE) ist eine Auswahl vorgenommen worden. Dabei werden exemplarische Maßnahmen genannt, ohne Anspruch auf Vollständigkeit, als Illustration der vielfältigen Projekte in den verschiedenen Ländern. Daneben sei auf die Ausführungen der UMK in der Zwischenbilanz zum Nationalen Aktionsplan Bildung für nachhaltige Entwicklung (Berlin 2020, S. 67–69) verwiesen.

Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) wird in allen Bundesländern als wichtige Querschnittsaufgabe verstanden. Die wesentlichen Rückmeldungen der Umweltressorts beziehen sich auf den Bildungsbereich non-formales und informelles Lernen/Jugend (siehe Kapitel 3.6). Eine große Maßnahmenvielfalt gibt es auch im Bereich der Fort- und Weiterbildung in der frühkindlichen Bildung (siehe hierzu Kapitel 3.2. dieses Berichts). Im Bereich Schule kooperieren die Umweltressorts der Länder bei zahlreichen Auszeichnungssinitiativen mit den Kultusministerien und weiteren Akteurinnen und Akteuren (siehe hierzu Kapitel 3.3). Auch in der beruflichen Bildung für nachhaltige Entwicklung gibt es Förderaktivitäten der Länder, u.a. das bayrische Vorhaben „egal war gestern – Richtung Nachhaltigkeit an beruflichen Schulen“, welches Auszubildende als BNE-Multiplikatorinnen und -Multiplikatoren weiterbildet. Die Verbindung zum Bildungsbereich Hochschule wird z.B. durch die „Fortbildung von Hochschuldozierenden und Seminarlehrkräften der Lehrerbildung in BNE in Bayern“ und „BNE in der Lehramtsausbildung“ an der Bergischen Universität Wuppertal (Nordrhein-Westfalen), dokumentiert. Zu den Maßnahmen der Länder im Bereich Kommunen (siehe Kapitel 3.7).

Häufig liegen die strategisch-strukturellen Schwerpunkte der BNE-Ziele und -Maßnahmen der Umweltressorts der Länder bei der Qualitätsentwicklung und der BNE-Zertifizierung von Einrichtungen der außerschulischen Bildung/Weiterbildung sowie in einer weiteren Vernetzung der Bildungsbereiche untereinander. Unter Federführung des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU) hat die Plattform „Bund-Länder-Treffen BNE“ das Ziel, zwischen Bund und Ländern einen Austausch und die Information zu bundesweiten BNE-Aktivitäten zu gewährleisten. Ein gemeinsamer Beitrag zur Umsetzung des NAP BNE ist ein Bericht zur Situation und zu den Erfahrungen der Länder mit etablierten Zertifizierungen sowie Eckpunkte für die Ausgestaltung von Zertifizierungen als Instrumente der BNE-Qualitätsentwicklung. Beides hat eine länderoffene Ad-hoc-Arbeitsgruppe unter der Federführung Nordrhein-Westfalens erarbeitet und Ende 2017 der UMK vorgelegt.

Inhaltlich lassen sich durch eine Thematisierung globaler Zusammenhänge viele Querbezüge zur gesamten Agenda 2030 herstellen. Zusätzlich zum Unterziel 4.7. der 17 UN-Nachhaltigkeitsziele (Sustainable Development Goals, SDGs) zielen viele Maßnahmen im Berichtszeitraum daher auch auf die Umsetzung weiterer SDGs ab. Die Länder beziehen sich auf BNE/SDG 4 bei der Erstellung bzw. Fortschreibung von Landesnachhaltigkeitsstrategien, u.a. indem sie eigene BNE-Indikatoren hinterlegen (Brandenburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein). Sie erstellen bzw. schreiben BNE-Landesstrategien fort, mit eindeutigem Bezug zum BNE-Prozess der UNESCO und zur Agenda 2030 (Brandenburg, Hamburg, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Schleswig-Holstein). Auch betten sie den Bildungsaspekt in thematisch verwandte Landesstrategien, Förderprogramme und Wettbewerbe ein, wodurch neben SDG 4 weitere SDGs angesprochen werden, z.B. die Themenkomplexe Ernährung, Wasser, Energie, Kreislaufwirtschaft, Klima, Biodiversität, Menschenrechte. Baden-Württemberg stellt beispielsweise kostenlose Themenhefte für den Unterricht bereit, die sich inhaltlich mit den SDGs beschäftigen (z.B. Biodiversität, Wasser). Klima- und Ernährungsbildung im Sinne einer BNE sind prioritäre Maßnahmen im „Integrierten Klimaschutzplan Hessen 2025“. Sachsen-Anhalt plant die

Einrichtung einer Datenbank von Bildungsmodulen zu allen SDGs, während Bremen plant, formale und non-formale Bildungsakteurinnen und -akteure bezüglich einer ganzheitlichen Umsetzung aller SDGs im Sinne des Whole Institution Approaches (WIA) zu beraten. Zudem vermitteln manche Länder BNE innerhalb der entwicklungspolitischen Informations- und Bildungsarbeit (u.a. Bremen, NRW, Rheinland-Pfalz).

In Nordrhein-Westfalen wurde die BNE-Agentur NRW als zentrale Fach- und Koordinierungsstelle für BNE in Nordrhein-Westfalen in der Natur- und Umweltschutz-Akademie NRW (NUA) eingerichtet und seit 2016 kontinuierlich ausgebaut und verstetigt. Sie unterstützt den Umsetzungsprozess der BNE-Landesstrategie in Nordrhein-Westfalen und arbeitet dabei sowohl mit der Landesregierung und -verwaltung als auch mit zivilgesellschaftlichen Aktiven, Kommunen, Wissenschaft und Wirtschaft zusammen. Zu ihren Aktivitäten gehören u.a. Bildungs- und Beratungsangebote, Auszeichnungen und Zertifizierungen sowie die zentrale Internetplattform für BNE in NRW (bne.nrw.de).

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



3.1.3 Gesellschaftliche Akteure

Parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung (PBnE)

Bildung als Schlüssel für eine nachhaltige Entwicklung

Im Frühjahr 2004 wurde der Parlamentarische Beirat für nachhaltige Entwicklung (PBnE) erstmalig durch den Deutschen Bundestag eingesetzt. Zu den Aufgaben des Beirats zählt nicht nur die parlamentarische Begleitung der nationalen und europäischen Nachhaltigkeitsstrategie, sondern auch der Arbeit der Bundesregierung und des Bundestages mit Blick auf Fragestellungen der Nachhaltigkeit. Zum einen bringt der Beirat Vorschläge zur Fortentwicklung der Nachhaltigkeitsstrategie ein und nimmt Stellung zu verschiedenen Nachhaltigkeitsthemen, zum anderen bewertet er bei Gesetzentwürfen und Verordnungen die Nachhaltigkeitsprüfung der Bundesregierung im Rahmen der Gesetzesfolgenabschätzung und leitet selbstständig entsprechende gutachterliche Stellungnahmen an die federführenden Ausschüsse des Bundestages weiter. Zum anderen sorgt der Beirat mit öffentlichen Anhörungen für den notwendigen gesellschaftlichen Dialog und stößt mit regelmäßig veröffentlichten Positionspapieren wichtige Debatten zum Thema „Nachhaltige Entwicklung“ an.

Bereits im Jahr 2010 hatte der Beirat in einer Entschließung zur Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) an die Bundesländer appelliert, BNE strukturell in der schulischen und beruflichen Bildung zu verankern. 2012 betonte der Beirat in einer Unterrichtung zum „Fortschrittsbericht 2012 zur nationalen Nachhaltigkeitsstrategie“ erneut die Rolle der Bildung im gesellschaftlichen Transformationsprozess in Richtung Nachhaltigkeit.

Auch in der 19. Wahlperiode setzt sich der Beirat intensiv mit Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) auseinander. In seinem Positionspapier „Nachhaltigkeit: Bildung und Engagement – Bildung als Schlüssel für nachhaltige Entwicklung stärken“ (Ausschussdrucksache 19(26)55) hat der Beirat die Bedeutung von BNE als Schlüssel für eine zukunftsfähige Gesellschaft unterstrichen. Im Rahmen von zwei öffentlichen Fachgesprächen hatten die Mitglieder des Beirats zudem die Gelegenheit, sich mit Sachverständigen zu diesem Themenkreis auszutauschen (37. Sitzung am 29. Januar 2020 zum Thema „Lebenslanges Lernen – Lerninhalte für Bildung für nachhaltige Entwicklung“ und 39. Sitzung am 12. Februar 2020 zum Thema „Strukturanforderungen an ein zukunftsfähiges Bildungssystem“). Dabei wurde insgesamt deutlich, dass in Hochschulen, Berufsschulen, Bildungsstätten, Betrieben, Schulen, Kindertagesstätten und Kommunen, ebenso wie an zahlreichen Orten des informellen Lernens das Bewusstsein für die Bedeutung sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit stetig wächst. Nicht nur Schülerinnen und Schüler protestieren für mehr Klimaschutz, auch Lehrkräfte, Erzieherinnen und Erzieher sowie Auszubildende zeigen großes

Interesse an Ideen und Strategien zur Vermittlung von Nachhaltigkeit. Umso wichtiger ist es aus Sicht des Beirats, diese Themen langfristig in den Bildungsstrukturen zu verankern und somit verantwortungsbewusstes Denken und Handeln zu ermöglichen.

Für alle Bildungsbereiche gilt es, den Grundgedanken von BNE einer nachhaltigeren Ausgestaltung der Bildungsinstitutionen zugrunde zu legen, nach dem Bildung für alle Kinder, Jugendlichen und Erwachsenen ungeachtet ihres sozioökonomischen Hintergrunds, ihres Geschlechts oder anderer Faktoren inklusiv zugänglich sein soll. Der PBnE weist darauf hin, dass die Indikatoren „Frühe Schulabgängerinnen und Schulabgänger“ sowie „Ausländische Schulabsolventinnen und -absolventen“ der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie bisher einen nicht zielkonformen Trend aufweisen. Die Bundesregierung sollte gemeinsam mit den Ländern, der Zivilgesellschaft und der Wissenschaft weiterhin darauf hinwirken, dass die entsprechenden Ziele der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie rechtzeitig erreicht werden.

Weiterführender Link:

[Positionspapier „Nachhaltigkeit: Bildung und Engagement – Bildung als Schlüssel für nachhaltige Entwicklung stärken“ \(PDF\)](#)

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



Rat für Nachhaltige Entwicklung (RNE)

Regionale Netzstellen Nachhaltigkeitsstrategien (RENN)

Der Rat für Nachhaltige Entwicklung (RNE) fördert mit den Regionalen Netzstellen Nachhaltigkeitsstrategien (RENN) seit 2016 das Nachhaltigkeitsengagement von Akteurinnen und Akteuren aus der Zivilgesellschaft, der Politik und der Verwaltung über die Grenzen der Bundesländer hinweg. Die RENN verknüpfen bundesweit bestehende Nachhaltigkeits-Initiativen, begeistern neue Akteurinnen und Akteure für das Thema und strukturieren den Austausch von Erfahrungen und Meinungen. Jedes Jahr organisieren die RENN über 100 Veranstaltungen zu den brennenden Fragen der Nachhaltigkeit und geben in zahlreichen Publikationen praktische Tipps zur Umsetzung der 17 UN- Nachhaltigkeitsziele (Sustainable Development Goals, SDGs) vor Ort. Beim „Projekt Nachhaltigkeit“ zeichnen die RENN in Kooperation mit dem RNE jedes Jahr 40 Initiativen und Projekte aus, die sich besonders erfolgreich für eine nachhaltige Entwicklung in der gesamten Breite der Gesellschaft einsetzen. Seit Ende 2019 verantwortet RENN.süd den Nachhaltigen Warenkorb. Dieser bietet Konsumalternativen und Tipps für nachhaltige Lebensweise.

Weiterführender Link:

[Regionale Netzstellen Nachhaltigkeitsstrategien \(RENN\)](#)

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



3.2 Frühkindliche Bildung

3.2.1 Einleitung

Die Implementierung von Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) in Kindertageseinrichtungen gelingt dann, wenn ihre Inhalte verbindlich in den Strukturen des Arbeitsfeldes verankert sind. Die Ziele, Aktivitäten und Maßnahmen zu BNE in der frühkindlichen Bildung werden in diesem BNE-Bericht entsprechend des Nationalen Aktionsplans Bildung für nachhaltige Entwicklung (NAP BNE) in fünf Handlungsfelder (HF) aufgliedert, welche die wesentlichen Strukturbereiche des Elementarbereichs abbilden. Dazu gehören die Bildungspläne der Bundesländer (HF I), die Leitbilder und Qualitätsmanagementkonzepte der Träger (HF II), die Aus- und Fortbildung pädagogischer Fachkräfte (HF III), die pädagogischen Konzepte der Kindertageseinrichtungen (HF IV) sowie die Vernetzungsstrukturen der Einrichtungen im Sozialraum (HF V).

Die Ziele, Aktivitäten und Maßnahmen korrespondieren mit einem ganzheitlichen Bildungsverständnis. Auf dessen Grundlage werden Kinder darin gestärkt, zukunftsfähig zu denken und zu handeln. Zu unterstützen ist ein Lernen, das nicht nur Wissen vermittelt, sondern auch eine Veränderung von Haltungen und Verhaltensweisen bewirkt.

3.2.2 Übergreifende Themen

3.2.2.1 Ressorts

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)

Ausbau der Kindertagesbetreuung

Mit dem Sondervermögen Kinderbetriebsausbau werden über vier Investitionsprogramme den Ländern seit 2008 Finanzhilfen in Höhe von insgesamt 4,4 Milliarden Euro für die Schaffung neuer Kita-Plätze zur Verfügung gestellt. Mit dem Konjunkturpaket „Corona-Folgen bekämpfen, Wohlstand sichern, Zukunftsfähigkeit stärken“ stellt der Bund zusätzlich eine Milliarde Euro in den Jahren 2020 und 2021 für den Ausbau der Kindertagesbetreuung bereit (5. Investitionsprogramm).

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



Steigerung der Qualität in der Kindertagesbetreuung

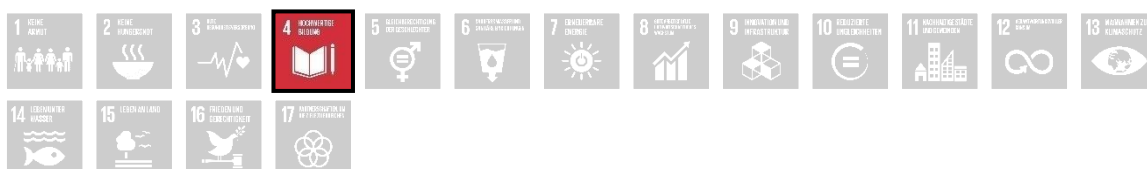
Mit dem Gute-KiTa-Gesetz unterstützt der Bund die Länder von 2019 bis 2022 mit rund 5,5 Milliarden Euro dabei, die Qualität in der Kindertagesbetreuung in zehn möglichen Handlungsfeldern weiterzuentwickeln und die Teilhabe von Kindern zu verbessern. Im Handlungsfeld „Vielfältige pädagogische Arbeit“ des Gesetzes können u.a. Maßnahmen gefördert werden, die BNE in der Kindertagesbetreuung stärken.

Darüber hinaus unterstützen Bundesprogramme die Qualität in der Kinderbetreuung:

- Das Programm „Sprach-Kitas: Weil Sprache der Schlüssel zur Welt ist“ richtet sich an Kitas, die von einem überdurchschnittlich hohen Anteil von Kindern mit besonderem sprachlichen Förderbedarf besucht werden.

- Im Bundesprogramm „Kita-Einstieg: Brücken bauen in frühe Bildung“ werden niedrigschwellige Angebote gefördert, die den Zugang zur Kindertagesbetreuung vorbereiten und unterstützend begleiten.
- Mit der „Fachkräfteoffensive Erzieherinnen und Erzieher: Nachwuchs gewinnen, Profis binden“ werden Länder und Träger dabei unterstützt, pädagogische Fachkräfte zu gewinnen, langfristig im Beruf zu halten und Aufstiegschancen zu ermöglichen.

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



3.2.2.2 Länder

Jugend- und Familienministerkonferenz der Länder (JFMK)

BNE-Aktivitäten in den Bundesländern

Der Vertreter der Jugend- und Familienministerkonferenz der Länder (JFMK) in der Nationalen Plattform Bildung für Nachhaltige Entwicklung (NAP BNE), Dr. Dirk Bange (Hamburg), hat im Sommer 2020 über die Bund-Länder-AG „Kindertagesbetreuung“ eine Abfrage zu den BNE-Aktivitäten der Bundesländer durchgeführt. Rückmeldungen aus 14 Bundesländern sind erfolgt und bilden die Basis der folgenden Ausführungen. Daneben sei auf die Ausführungen der JFMK in der „Zwischenbilanz zum Nationalen Aktionsplan Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (Berlin 2020, S. 55–57) verwiesen.

BNE in der frühkindlichen Bildung hat in allen Bundesländern gerade vor dem Hintergrund der gesellschaftlichen und globalen Entwicklungen eine wachsende Bedeutung. Mit ihrem Augenmerk auf Wertebildung und Partizipation unterstützt sie die Kinder darin, Beteiligungs- und Gestaltungskompetenzen zu erlangen und damit bewusst handelnde Akteurinnen und Akteure zu sein.

Bei der Verankerung der BNE wird vor allem Wert daraufgelegt, die Kindertagesbetreuungseinrichtungen zu Lernorten nachhaltiger Entwicklung werden zu lassen und den Kindern damit ein gutes Fundament für ihren weiteren Lebensweg zu bieten. Das Bildungskonzept der BNE trägt zur Qualitätssteigerung der Bildungsangebote bei.

Einige Bundesländer haben Gesamtstrategien zur BNE und Nachhaltigkeitsstrategien bzw. entwerfen diese zurzeit (z.B. Baden-Württemberg, Hamburg, Hessen, Nordrhein-Westfalen, Sachsen, Schleswig-Holstein).

In Hessen wurde im Rahmen der landesweiten Nachhaltigkeitsstrategie ein Kooperationsprojekt durchgeführt, das der umfassenden Information diene. Ziel war die Verankerung von BNE im Lehrplan für sozialpädagogische Fachschulen.

In diversen Gestaltungs- und Entscheidungsgremien wird die strukturelle Verankerung von BNE in der frühkindlichen Bildung auf Länderebene vorangetrieben. Dabei wird auf die Beteiligung vielfältiger Akteurinnen und Akteure aus Regierung, Verwaltung und Zivilgesellschaft geachtet, also eine breite Basis mit unterschiedlichen Sichtweisen sichergestellt.

Es gibt überall Initiativen und Projekte, die die Notwendigkeit zur Verankerung von BNE als übergreifendes Konzept in der frühkindlichen Bildung beispielhaft unterstützen.

In Nordrhein-Westfalen (NRW) wird seit 2019 ein Projekt durch das Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen (MULNV) gefördert, dass die „Stärkung und Unter-

stützung von Bildung für nachhaltige Entwicklung in der Elementarbildung“ in NRW zum Ziel hat und ressortübergreifend durch das Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen (MKFFI) unterstützt wird. Der Projektträger, die Innowego eG, organisiert Fachveranstaltungen und Diskussionen mit Vertreterinnen und Vertretern von Kitas, Trägern, den Landschaftsverbänden sowie aus dem Aus- und Weiterbildungsbereich. Außerdem soll ein Fachpapier zur Fortschreibung der Landesstrategie NRW für BNE bezogen auf den Elementarbereich entwickelt werden.

Weiterführender Link:

[Publikationen auf dem BNE-Portal](#)

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland (Kultusministerkonferenz, KMK), Frühe Bildung

BNE als Querschnittsaufgabe in der Frühpädagogik

Die frühe Kindheit ist eine entscheidende und sensible Phase in der Entwicklung von Kindern. Hier eignen sie sich bestimmte Grundfertigkeiten, Werthaltungen und Überzeugungen für die Zukunft an. Die Entwicklung entsprechender Kompetenzen und Einstellungen entscheidet darüber, wie sie sich selbst in ihrem weiteren Leben ihren Mitmenschen und der Umwelt gegenüber verhalten.

Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) wird damit zu einer Querschnittsaufgabe in der Frühpädagogik, die auf die Persönlichkeitsentwicklung sowie soziales Denken und nachhaltiges Handeln gerichtet ist. Zur Umsetzung dieser Zielstellung ist das in der Kindertagesbetreuung tätige Personal entsprechend zu qualifizieren. Die Kultusministerkonferenz (KMK) hat sich hierzu im „Handlungsfeld (HF) III: BNE in die Aus- und Weiterbildung von pädagogischen Fachkräften integrieren“ zum Ziel gesetzt, den Themenbereich Bildung für nachhaltige Entwicklung BNE als Bestandteil in die Ausbildung an Fachschulen und Fachakademien aufzunehmen.

Mit dem „Kompetenzorientierten Qualifikationsprofil für die Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern an Fachschulen und Fachakademien“ (Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 1. Dezember 2011 i.d.F. vom 24. November 2017) wird der Rahmen definiert, der für die Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern an Fachschulen und Fachakademien für Sozialpädagogik in den Ländern verbindlich zugrunde zu legen ist. Dieses definiert das Anforderungsniveau des Berufes und enthält die Formulierung der beruflichen Handlungskompetenzen, über die eine qualifizierte Fachkraft verfügen muss, um den Beruf dem Anforderungsniveau entsprechend kompetent ausüben zu können.

Um der besonderen und übergreifenden Bedeutung zu entsprechen, wurde die Thematik „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ in den Bereich der Querschnittsaufgaben integriert. Hierzu wurde der Abschnitt „Wertevermittlung“ mit folgender Aussage ergänzt:

„Neben die Entwicklung sozial verantwortlichen Denkens und Handelns tritt die Förderung der Bildung für nachhaltige Entwicklung BNE. Sozialpädagogische Fachkräfte sind fähig, das Bewusstsein für die Verantwortlichkeit zu ökologisch nachhaltigem Handeln bei Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu entwickeln und zu fördern.“

Darüber hinaus besteht im HF 5 „Institution und Team entwickeln“ 29 ein weiterer Anknüpfungspunkt zur Gesamthematik (der auf das pädagogische Prinzip der Vorbildfunktion abzielt):

„Sie (Anm.: die Erzieherinnen und Erzieher) gestalten und organisieren ihre eigene Arbeit in Abstimmung mit den institutionellen Vorgaben und unter Beachtung arbeitsrechtlicher Aspekte. Sie vollziehen betriebswirtschaftliche Vorgänge der Einrichtung nach und handeln ökonomisch und ökologisch bewusst sowie dienstleistungsorientiert.“

Zur weiteren Konkretisierung der inhaltlichen Ausgestaltung der Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern hat die Kultusministerkonferenz am 18.06.2020 den „Rahmenlehrplan für die Fachschule für Sozialpädagogik“ beschlossen. Dieser enthält verbindliche Anknüpfungspunkte, um das Prinzip der Nachhaltigkeit, das eine Vielfalt von sozialen, ökologischen, kulturellen sowie ethischen Fragen berührt, in der Ausbildung von frühpädagogischen Fachkräften zu verankern.

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



3.2.3 Handlungsfeld I: BNE in den Bildungsplänen verankern

3.2.3.1 Länder

Jugend- und Familienministerkonferenz der Länder (JFMK)

BNE in den Bildungsplänen – Status Quo

Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) ist in allen Bildungsplänen als Querschnittsaufgabe verankert. Bei anstehenden Überarbeitungen oder Neufassungen soll sie – wo dies notwendig erscheint – perspektivisch noch deutlicher und grundlegender positioniert werden.

Darüber hinaus gibt es in einigen Bundesländern gesetzliche Grundlagen und Rahmenbedingungen, die eine breite Verstärkung der engagierten BNE-Frühpädagogik in der Kindertagesbetreuung unterstützen. Letzteres wird bei den folgenden Handlungsfeldern thematisiert.

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



3.2.4 Handlungsfeld II: BNE im Sinne eines institutionellen Auftrags von Trägern etablieren

3.2.4.1 Ressorts

Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL)

Projekte „Stärkung des Themenbereichs Ernährung in der Erzieherinnen- und Erzieherausbildung“

Förderung des Projektes „Stärkung des Themenbereichs Ernährung in der Erzieherinnen- und Erzieherausbildung“ im Rahmen von IN FORM (Deutschlands Initiative für gesunde Ernährung und mehr Bewegung): Ziel des Vorhabens ist die Stärkung des Themenbereichs Ernährung in der zweiten Phase der Erzieherinnen- und Erzieher-Ausbildung an den Fachschulen für Sozialpädagogik und vergleichbaren Einrichtungen. Alle Aspekte rund um Essen und Trinken, Ernährungsbildung und Verpflegung sollen dabei berücksichtigt werden. Der Schwerpunkt des Projekts liegt in der Identifizierung von Anknüpfungspunkten an verschiedene, bereits bestehende Fächer und Handlungsfelder und in der Entwicklung von Unterstützungsinstrumenten für die Vermittlung der oben genannten Inhalte. Das Projekt wird durchgeführt vom Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz in Baden-Württemberg. Die Ergebnisse sollen bundesweit nutzbar sein.

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



3.2.4.2 Länder

Jugend- und Familienministerkonferenz der Länder (JFMK)

Träger etablieren BNE

Bei der Ausgestaltung eines institutionellen Auftrags von Trägern muss berücksichtigt werden, dass die Träger ihre pädagogische Ausrichtung im Rahmen der in den Bundesländern jeweils gültigen gesetzlichen Grundlagen für die Kindertagesbetreuung gestalten.

Demnach fungieren die Länderministerien hierbei steuernd, aber nicht anordnend.

Es gilt also, die Träger für die Etablierung von Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) in ihren Einrichtungen zu motivieren, sie ausreichend zu beteiligen und ggf. gesetzliche Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass die Verankerung in institutionellen Konzepten als sinnvoll erkannt und vollzogen wird.

Dies vorausgeschickt ergeben sich aus den Rückläufen der Bundesländer unterschiedliche Ansatzpunkte, um die Träger zur institutionellen Verankerung der frühkindlichen BNE zu veranlassen.

In Hamburg soll dazu beispielsweise perspektivisch u.a. ein Beschluss der Vertragskommission Kindertagesbetreuung (VK Kita) herbeigeführt werden: ein Entscheidungs- und Steuerungsgremium, in dem die Kita-Verbände vertreten sind. Eine Selbstverpflichtung der Träger soll durch eine Änderung des Landerahmenvertrages Kita als bindendes Element dienen. Darüber hinaus soll es, initiiert von der zuständigen Sozialbehörde (dem Länderministerium), begleitend unterstützende und beratende Maßnahmen wie Handreichungen, Fortbildungen und ggf. Fachtagungen geben. Außerdem sollen Regelungen und Vorschriften gemeinsam mit den Trägern auf fördernde und hemmende Aspekte überprüft werden, damit ggf. eine BNE-fördernde Anpassung erfolgen kann.

Brandenburg gibt an: „Die Aufgabe der Kita, mit den Kindern alltagsintegriert verantwortungsvoll mit der Umwelt umzugehen, ist bereits im Brandenburgischen Kita-Gesetz verankert. Eine explizite Nennung der BNE wird im Rahmen der Kita-Rechtsreform in Brandenburg geprüft und ggf. ab 2023 gesetzlich verankert“.

Dazu gibt es sicher noch eine Vielzahl anderer Möglichkeiten, über die in den einschlägigen Bund-Länder-Gremien beraten werden könnte. Ein anregender Austausch hierzu wäre dienlich und könnte zu einer Best Practice-Praxis beitragen.

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



3.2.5 Handlungsfeld III: BNE in die Aus- und Weiterbildung von pädagogischen Fachkräften integrieren

3.2.5.1 Ressorts

Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF)

Weiterbildungsinitiative Frühpädagogische Fachkräfte (WiFF)

Die Weiterbildungsinitiative Frühpädagogische Fachkräfte (WiFF) widmet sich auf unterschiedlichen Wegen der naturwissenschaftlichen Bildung in der frühen Bildung und stellt dabei die Aus-, Fort- und Weiterbildung der Pädagoginnen und Pädagogen in den Mittelpunkt. Kita-Fachkräften in Studium, Aus- und Weiterbildung sowie Lehrenden an Fach- und Hochschulen und Weiterbildnerinnen und Weiterbildnern wird durch unterschiedliche Publikations- und Veranstaltungsformate vielfältiges Wissen zur Verfügung gestellt und zugleich Impulse für die Umsetzung naturwissenschaftlicher Bildung im pädagogischen Alltag gegeben. So ging bspw. eine Expertengruppe unter anderem den Fragen nach: Was lässt sich über Natur erfahren, welches „Naturwissen“ vermitteln? Welche Kompetenzen benötigen Kita-Fachkräfte dafür? Nicht zuletzt damit wurde die Basis für einen Wegweiser Weiterbildung gelegt, der Grundlagen früher naturwissenschaftlicher Bildung und deren Stellenwert für die Aus- und Weiterbildung frühpädagogischer Fachkräfte beschreibt. Aber auch die Praxis wird auf Veranstaltungen in den Blick genommen, so wie bspw. bei der Tagung „Frühe naturwissenschaftliche Bildung! (Wie) Geht das?“ im Jahr 2018. Der Austausch zwischen Wissenschaft und Praxis stellt so auch wiederkehrend bei allen Formaten der WiFF einen wichtigen Aspekt dar. Mit dem seit 2014 erscheinenden „Fachkräftebarometer frühe Bildung – FKB“, einem Projekt der WiFF, werden auf Basis amtlicher Daten umfassende Informationen über Personal, Arbeitsmarkt, Erwerbssituation sowie Ausbildung und Qualifizierung in der Frühpädagogik geliefert.

Weiterführender Link:

[Fachkräftebarometer](#)

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



Bundesministerium für Gesundheit (BMG)

Internetportal zur Kindergesundheit

Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA): Das Internetportal kindergesundheit-info.de ist ein Informationsangebot der BZgA. Die BZgA ist eine Fachbehörde im Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit (BMG) und übernimmt für den Bund Aufgaben der Gesundheitsförderung und Prävention. Ein Schwerpunkt ist hierbei die Förderung der gesunden kindlichen Entwicklung. Damit sich Kinder entfalten können, brauchen sie eine zugewandte und kompetente Begleitung in ihrer Familie und Lebenswelt. Mit unserem Onlineangebot werden Eltern dabei unterstützt, dass Kinder sich gesund entwickeln können.

Auf kindergesundheit-info.de werden Informationen, hilfreiche Empfehlungen und Tipps:

- zu Alltagsthemen wie Ernährung, Schlafen, Spielen oder Medien,
- zu Gesundheitsthemen wie z.B. häufige Krankheiten im Kindesalter, Verhütung von Unfällen, Impfen, Früherkennungsuntersuchungen, Allergien, Passivrauchen, Zahngesundheit,
- zu den einzelnen Entwicklungsbereichen mit den wichtigsten Entwicklungsschritten der ersten sechs Lebensjahre, zu Fragen der Gesundheits- und Entwicklungsförderung und der Unterstützung bei Problemen der kindlichen Entwicklung bereitgestellt.

Fachkräfte und Einrichtungen des Gesundheitswesens, der Frühpädagogik und der Kinder- und Jugendhilfe stehen jungen Familien helfend zur Seite und unterstützen Kinder in ihrer Entwicklung. Für sie bietet das Onlineportal weitere Praxismaterialien und Hintergrundinformationen für ihre Arbeit mit Eltern und Kindern an.

Weiterführender Link:

[Internetportal zur Kindergesundheit](http://kindergesundheit-info.de)

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



3.2.5.2 Länder

Jugend- und Familienministerkonferenz der Länder (JFMK)

BNE in der Aus- und Weiterbildung pädagogischer Fachkräfte

Bei der Integration der frühkindlichen Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) in die Aus- und Weiterbildung beschreiten die Bundesländer unterschiedliche Wege.

Am Ende wird es darauf ankommen, BNE in den Ausbildungs-Curricula langfristig als eigenständiges Modul und als Querschnittsbereich zu etablieren. Nur damit wäre eine strukturelle, wirksame Verankerung in der Ausbildung möglich.

Kurzfristig setzen die Länder aber erst einmal andere Maßnahmen um. Meistens sind sie in der Fort- und Weiterbildung aktiv.

Brandenburg setzt auf Fortbildungen, „welche auf die Entwicklung der Gestaltungskompetenzen der Kinder abzielen (u.a. Partizipation, Heterogenität und Upcycling). (...) BNE-Fortbildungen selbst werden frühestens ab 2023 gefördert.“

Auch Hessen legt seinen Handlungsschwerpunkt auf Fortbildungen. „Im Kontext des Bildungs- und Erziehungsplans (BEP) für Kinder von 0 bis 10 Jahren wurde ein BNE/BEP-Fortbildungsmodul entwickelt, das seit dem 01.04.2020 von Fachkräften in Anspruch genommen werden kann.“ Das Modul heißt „BEP to the Future: Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE)“ und schafft eine Verbindung zum BEP.

In Bayern bietet das Staatsinstitut für Frühpädagogik (IFP) Fortbildungen zu den Themenschwerpunkten an ([ifp.bayern.de](https://www.ifp.bayern.de/fortbildung.php)<https://www.ifp.bayern.de/fortbildung.php>). Daneben „findet (alljährlich) ein bayernweiter Fachtag zu BNE im Elementarbereich am Staatsinstitut für Frühpädagogik statt.“

Auch in Sachsen-Anhalt werden Fort- und Weiterbildungen angeboten. Hier geschieht dies über das Fortbildungsprogramm des Landesjugendamtes.

Hamburg bietet BNE-Fortbildungen in seinem Sozialpädagogischen Fortbildungszentrum (SPFZ) an und fördert die Bildungsinitiativen KITA21 und KLIMAFUCHS, die die Fachkräfte durch verschiedene Angebote unterstützen (kita21.de und klimafuchs-kita.de).

Auch Schleswig-Holstein setzt auf die Förderung der Qualifizierung von Fachkräften, pädagogische Fachberatungen und Tagespflegepersonen durch mehrtägige Veranstaltungen, die durch die Bildungsinitiative KITA21/Stiftung S.O.F. und das Bildungszentrum für Natur, Umwelt und ländliche Räume des Landes Schleswig-Holstein (BNUR) durchgeführt werden. Das Land hat darüber hinaus eine BNE-Handreichung veröffentlicht und unterstützt die Bildungsinitiative KITA21.

In Bremen werden im Rahmen von trägerübergreifenden Fortbildungen Veranstaltungen zu BNE angeboten. Zur Weiterentwicklung von BNE im Land Bremen besteht eine Kooperation mit der Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau.

Weiterführende Links:

- [Bayerisches Staatsinstitut für Frühpädagogik \(IFP\)](#)
- [Hamburger Bildungsinitiative "kita21"](#)
- [Hamburger Bildungsinitiative \(klimafuchs-kita\)](#)

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



BNE als Gesamtstrategie

In Schleswig-Holstein wurde „Nachhaltige Entwicklung (...) im § 19 Abs. 4 des neuen KiTaG (ab Januar 2021) als Querschnittsthema und Fördervoraussetzung berücksichtigt.“

Baden-Württemberg ist dabei, die frühkindliche Bildung im Entwurf der BNE-Gesamtstrategie des Landes zu verankern, die es auch in Schleswig-Holstein gibt.

Gesetzliche Grundlagen zur Förderung von frühkindlicher BNE existieren in mehreren Bundesländern.

In Mecklenburg-Vorpommern ist Umweltbildung und BNE z.B. in § 3 Abs. 1 Kindertagesförderungsgesetz (KiföG M-V) festgeschrieben.

Thüringen hat die „Form der ‚Kindermitwirkung‘ (...) gesetzlich geregelt“. Sie wurde im Kindertagesbetreuungsgesetz (§12, Abs. 6 und 7, ThürKigaG) verankert.“ Damit ist dort „eine zentrale Komponente im Konzept von BNE, die Kultur der Partizipation“ berücksichtigt.

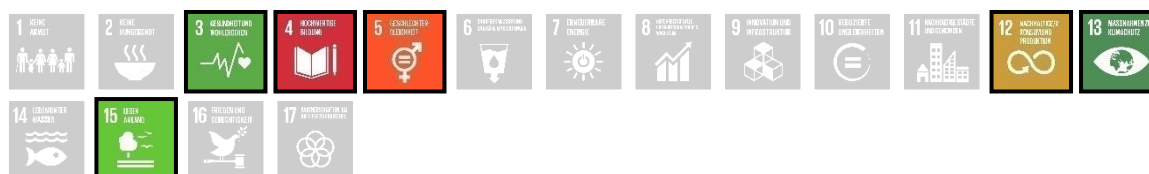
Am Projekt BNE, das im Rahmen der Bildungsinitiative „Haus der kleinen Forscher“ angeboten wird, beteiligen sich Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Bremen, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Thüringen. In Thüringen wurde gar eine Kooperationsvereinbarung zwischen „dem Thüringer Ministerium für Bildung, Jugend und Sport (TMBJS), der Stiftung Bildung für Thüringen, der Stiftung für Technologien, Innovation und Forschung Thüringen und der Stiftung Haus der kleinen Forscher“ geschlossen. Im Jahr 2017 startete die Stiftung Haus der kleinen Forscher ein „Thüringer Modellnetzwerk BNE“.

Die Ausbildung der Fachkräfte im eingangs beschriebenen, wünschenswerten Sinne vollzieht z.B. Niedersachsen, das die Verankerung von BNE als Querschnittsaufgabe in den dafür vorgesehenen Rahmenrichtlinien festgeschrieben hat.

Weiterführender Link:

[Stiftung Haus der kleinen Forscher](#)

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



Umweltministerkonferenz (UMK)

BNE als fester Bestandteil von Fort- und Weiterbildungen

Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) ist in vielen Ländern mittlerweile fester Bestandteil des Angebots von Fort- und Weiterbildungen im Bereich der frühkindlichen Bildung.

Baden-Württemberg verbindet den BNE-Ideenwettbewerb „Kleine Helden“ mit der Erzieherinnen- und Erzieher-Weiterbildung. Bayern bietet BNE-Workshops und Fachtage für pädagogische Fachkräfte von Kita-Trägerinnen und -Trägern, die das landeseigene Qualitätssiegel „ÖkoKids“ tragen, an. Das bayrische Pilotvorhaben „Kita im Aufbruch – Prozessbegleitung Richtung Nachhaltigkeit“ verfolgt das Ziel einer strukturellen und ganzheitlichen Verankerung von BNE in allen Bereichen einer Kindertageseinrichtung. Bremen setzt bei trägerübergreifenden Fortbildungsangeboten für Erzieherinnen und Erzieher einen Schwerpunkt beim Thema Klimaschutz. Eine Aus- und Weiterbildung zur BNE-Fachkraft ermöglicht die Landeszentrale für Umweltaufklärung Rheinland-Pfalz. Rheinland-Pfalz fördert zudem durch die Ausbildungen zum „Naturtrainer“ oder „KinderGartenpaten“ das ehrenamtliche Engagement in der Kita, vor allem von Seniorinnen und Senioren. Schleswig-Holstein bietet sowohl eine Fortbildungsreihe für Erzieherinnen und Erzieher als „BNE-Begleiterinnen und -Begleiter im Elementarbereich“ an wie auch BNE-Weiterbildungen für Kitas durch das „Bildungszentrum für Natur, Umwelt und Ländliche Räume“. Das Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung (MELUND) und das Ministerium für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren (MSGJFS) (Schirmherrschaft durch den Minister im MSGJFS) unterstützen in Schleswig-Holstein als Kooperationspartner die „S.O.F. Save Our Future – Umweltstiftung“ bei der Zertifizierung von Kitas durch die „Bildungsinitiative KITA 21“.

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



3.2.6 Handlungsfeld IV: BNE als Basis professionellen Handelns unterstützen

3.2.6.1 Ressorts

Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF)

BNE-Förderung Stiftung Haus der kleinen Forscher

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) fördert seit 2016 das Projekt „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ bei der Stiftung Haus der kleinen Forscher (HdkF), um die Kompetenzentwicklung zu Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) bei pädagogischen Fachkräften zu stärken und Kinder im Alter von drei bis zehn Jahren beim Erreichen der Zieldimensionen einer BNE zu unterstützen. Die Förderung trägt somit unmittelbar zur Festigung von BNE als Grundlage professionellen Handelns bei.

Bei seiner Arbeit orientiert sich das HdkF u.a. an den Ergebnissen des BNE-Monitorings an der Freien Universität Berlin (siehe Kapitel 2) und an den Empfehlungen der Expertengruppe „Zieldimensionen einer BNE für Kinder, pädagogische Fachkräfte und Leitungskräfte“.¹⁴

Im Kern der Arbeit stehen die Entwicklung und Umsetzung von Fortbildungsangeboten und Materialien für Fachkräfte an Kitas und Grundschulen, um BNE praxisnah und somit wirksam zu vermitteln. Leitungspersonal frühpädagogischer Einrichtungen befähigt das HdkF dazu, ihre Einrichtungen systematisch zu Orten nachhaltiger Bildung entsprechend des Whole Institution Approachs (WIA) zu entwickeln. Die Fortbildungsangebote „Tür auf! Mein Einstieg in BNE“ für pädagogische Fach- und Lehrkräfte und für Kita-Leitungen sowie „Macht mit! BNE in der Praxis“ für pädagogische Fach- und Lehrkräfte und „für Kita-Leitungen bieten mittlerweile knapp 150 Netzwerkpartnerinnen und -partner an.

Ab 2021 wird es weitere BNE-Fortbildungen geben, die sich konkreten SDGs widmen. Dabei wird zunächst das SDG 12 (Nachhaltiger Konsum und Produktion) im Fokus stehen. Über die BNE-Fortbildungen stellt die Stiftung Querverbindungen zu ihrem vielfältigen Bildungsangebot im Themenkomplex Mathematik-Informatik-Naturwissenschaft-Technik (MINT) her, denn entdeckendes, forschendes Lernen ermöglicht es Kindern, Sachverhalte oder naturwissenschaftliche Phänomene zu erkunden, komplexen Fragen nachzugehen und dadurch handlungsrelevantes Wissen aufzubauen. Durch zielgruppengerechte, digital-analog verknüpfte Bildungsangebote trägt die Stiftung somit BNE sowohl in die Breite wie auch in die Strukturen und befördert die fachliche Fundierung von BNE im Bereich der frühen Bildung.

Die Erkenntnisse aus dem Fördervorhaben fließen in die Beratung der Nationalen Plattform Bildung für nachhaltige Entwicklung (NP BNE), des BMBF und weiterer Gremien, insbesondere des Bildungsbereichs Frühkindliche Bildung, ein.

¹⁴ Stiftung Haus der kleinen Forscher (2019). Frühe Bildung für nachhaltige Entwicklung– Ziele und Gelingensbedingungen. Wissenschaftliche Untersuchungen zur Arbeit der Stiftung „Haus der kleinen Forscher“ (Band 12). Opladen, Berlin, Toronto: Verlag Barbara Budrich [o.g. Publikation \(PDF\)](#) (abgerufen am 10.03.2021).

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



3.2.6.2 Länder

Jugend- und Familienministerkonferenz der Länder (JFMK)

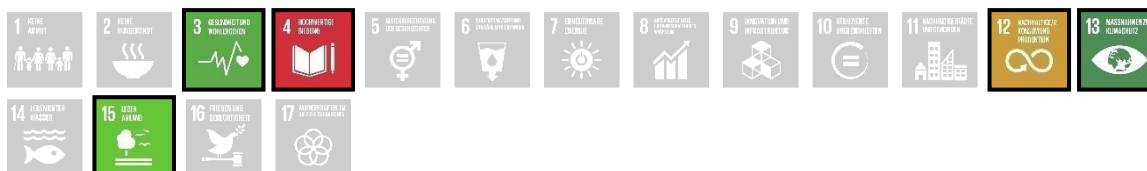
Nachhaltigkeitsaspekte bei Bewirtschaftung und Beschaffung

Damit Kindertageseinrichtungen die Bildungsarbeit im Sinne von Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) umsetzen können und Nachhaltigkeitsaspekte auch bei der Bewirtschaftung und Beschaffung berücksichtigen können, gibt es unterschiedliche Möglichkeiten der Unterstützung.

So werden Handreichungen oder Leitfäden erstellt und den Einrichtungen zur Verfügung gestellt (Baden-Württemberg, Bayern, Hamburg und Schleswig-Holstein).

Thüringen forciert auch in diesem Handlungsfeld die Partizipation. „Mit Unterstützung fachlicher Empfehlungen des Thüringer Ministerium für Bildung, Jugend und Sport (TMBJS) (...) werden (...) vielfältige Mitbestimmungsmöglichkeiten für Kinder und Eltern (...) etabliert.“

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



Steuerungselemente zur Fachkräfte-Unterstützung

Hessen setzt an mehreren Stellen an. Das dort konzipierte Projekt „Initiative von Anfang an – Bildung für nachhaltige Entwicklung in der frühen Kindheit“ gliedert sich in vier Bausteine. Baustein 1 „Mehr Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) in den Bildungs- und Erziehungsplan (BEP)“, Baustein 2 „Auf die Eltern kommt es an“, Baustein 3 „Mehr BNE in die Ausbildung“ und Baustein 4 „Zukunfts(t)räume: Lernorte der Zukunft“ als Auszeichnungsveranstaltung sind die Komponenten des Projektes. Darüber hinaus erhalten „Bildungsträger der BNE (...) die Möglichkeit einer Zertifizierung. (...) Eine Zertifizierungskommission der beteiligten Ministerien Hessisches Ministerium für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (HMUKLV), Hessisches Kultusministerium (HKM) und Hessisches Ministerium für Soziales und Integration (HMSI) begutachtet die Angebote, die Zertifikate werden durch die jeweiligen Ministerinnen und Minister erteilt.“

Auch Bayern hat Maßnahmen umfangreicher Art ergriffen. Das Staatsinstitut für Frühpädagogik hat einen Orientierungsrahmen zur Konzeptentwicklung erstellt, der online verfügbar ist ([Orientierungsrahmen 2018, PDF](#)). Daneben gibt es Projekte wie „ÖkoKids – KindertageseinRICHTUNG NACHHALTIGKEIT“ oder „Eine Welt Kita: fair und global“ ([Eine Welt Kita](#)), die vielfältige Anregungen und Unterstützungsangebote beinhalten.

Auf Projektausrichtung setzen auch Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen. Mecklenburg-Vorpommern fördert durch das Ministerium für Soziales, Integration und Gleichstellung „derzeit das Modellprojekt ‚Kita 2030 – Nachhaltigkeit erleben, Zukunft gestalten‘“.

In Sachsen gibt es einen Kinder-Garten-Wettbewerb „Unser Kinder-Garten – Ein nachhaltiger Bildungsraum“, der ein Begleitprogramm vorhält.

Hamburg hat in der zuständigen Sozialbehörde (Länderministerium) die Koordinierungsstelle Bildung für nachhaltige Entwicklung eingerichtet, die die BNE-Aktivitäten des Landes im frühkindlichen Bildungsbereich ministeriell begleitet und BNE-Akteurinnen und -Akteure sowie -Interessierte koordinierend berät und unterstützt.

In Bremen unterstützt die „Koordinierungsstelle Umwelt Bildung Bremen“ die BNE-Aktivitäten für den frühkindlichen Bereich.

Weiterführende Links:

- [Orientierungsrahmen 2018 des Bayerischen Staatsinstituts für Frühpädagogik \(PDF\)](#)
- [Eine Welt Kita](#)

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



3.2.7 Handlungsfeld V: Vernetzungsstrukturen zu informellen und formellen Bildungsorten aufbauen

3.2.7.1 Ressorts

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)

Elternchance II – Familien früh für Bildung gewinnen

Das Programm „Elternchance II – Familien früh für Bildung gewinnen“ fördert von 2015 bis 2021 die Qualifizierung von Fachkräften aus der Eltern- und Familienbildung zu zertifizierten Elternbegleiterinnen und Elternbegleitern. Die (weiter-)qualifizierten Fachkräfte stehen Eltern und Familien in Einrichtungen der Familienbildung oder anderen Einrichtungen mit eltern- bzw. familienbezogenen Angeboten als kompetente Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner in Fragen kindlicher Bildungs- und Entwicklungsprozesse zur Seite und entwickeln niedrigschwellige Angebote zur Stärkung von Erziehungskompetenzen und Alltagsbildung. Eltern und Familien mit besonderem Unterstützungsbedarf im Hinblick auf die Bildung und Entwicklung der Kinder finden in Elternbegleiterinnen und Elternbegleitern fachkundige Vertrauenspersonen vor Ort. Das ESF-Bundesprogramm „Elternchance II – Familien früh für Bildung gewinnen“ setzt mit der Förderung der Qualifizierung von Fachkräften zu Elternbegleiterinnen und Elternbegleitern auf die präventive Wirkung von Familienbildung und leistet einen Beitrag zum Wohlergehen der Familien sowie zur Verringerung von Chancenungleichheit, Armutsrisiko und sozialer Exklusion.

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



3.2.7.2 Länder

Jugend- und Familienministerkonferenz der Länder (JFMK)

Best-Practice-Beispiele

Flankierend zu den in den Handlungsfeldern I–IV beschriebenen Aktivitäten und generell kommt es für die Erreichung des Zieles einer strukturellen Verankerung von Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) in der frühkindlichen Bildung darauf an, Vernetzungsstrukturen zu etablieren. Austausch, Anregungen und Symbiosen sind förderlich für eine verbesserte Implementation des Konzeptes der BNE. Das Best Practice-Prinzip, ein Profitieren und Lernen von anderen, ist nützlich auf dem Weg „Vom Projekt zur Struktur“.

Beispiele gelungener Praxis und Vorhaben in diesem Sinne gibt es in allen Bundesländern.

So plant Mecklenburg-Vorpommern Konsultationskitas mit BNE-Schwerpunkt; in Berlin gibt es eine solche Kita bereits. Auch die Bildungsinitiative KITA21 hat so genannte „Leuchtturmkitas“, die als herausragend ausgezeichnet werden und für Hospitationen zur Verfügung stehen.

Baden-Württemberg unterstützt das Projekt „KITA.weltbewusst.2030“ und führt dazu aus: „Ziel: (...) Bildung für nachhaltige Entwicklung stärken bzw. stärker verankern und sichtbar machen. Vernetzung unterschiedlicher Organisationen, kommunale Politik und Verwaltung, Trägerinstitutionen, Bildungsanbieter, aktive Kitas etc.; Entwicklung regionaler Bildungslandschaften; Förderung von Kompetenzen der pädagogischen Fachkräfte, Multiplikatorinnen und Multiplikatoren, Lehrenden und Studierenden.“

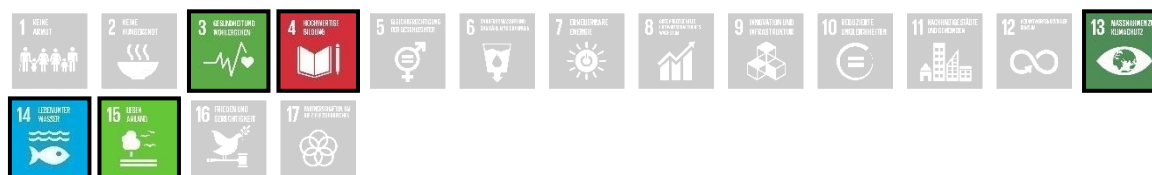
Niedersachsen hat die „Richtlinie BRÜCKE“. „Die Richtlinie unterstützt Vorhaben zur Unterstützung und Begleitung des Übergangs von der Kindertagesbetreuung in die Grundschule unter Berücksichtigung der individuellen Lern- und Entwicklungsvoraussetzungen von Kindern.“ Damit „soll die Zusammenarbeit zwischen Kindertagesstätten und Grundschulen gestärkt und nachhaltig verankert werden.“

Nordrhein-Westfalen will in dem ressortübergreifenden Projekt „Stärkung und Unterstützung von Bildung für nachhaltige Entwicklung in der Elementarbildung“ den Austausch und die Vernetzung für Akteurinnen und Akteure der Kinder- und Jugendhilfe berücksichtigen.

In Hamburg gibt es seitens der Koordinierungsstelle Bildung für nachhaltige Entwicklung einen E-Mail-Verteiler, über den Informationen rund um BNE und darüber hinaus weitergeleitet werden. Adressaten sind Anbietende, Akteurinnen und Akteure, Interessierte, Träger, die an KITA21 beteiligten Kitas sowie alle im Bereich Kindertagesbetreuung der Sozialbehörde (des Länderministeriums) arbeitenden Kolleginnen und Kollegen. Die Informationsweiterleitung beinhaltet z.B. auch Veranstaltungseinladungen und Newsletter aus dem Kreis der Adressaten. So ist über die Jahre ein reger Austausch entstanden, der die Vernetzung im Bereich frühkindlicher BNE unterstützt.

In Bremen unterstützt das „Netzwerk Natur/Umwelt/Technik“ den Austausch für Fachkräfte aus dem Elementar- und Primarbereich im Rahmen einer jährlich stattfindenden Fachtagung.

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



3.3 Schule

3.3.1 Einleitung

Wenn es darum geht, Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) erfolgreich im Bildungswesen zu verankern, kommt der schulischen Bildung durch ihren prägenden Einfluss auf individuelle Bildungsbiografien eine besondere Bedeutung zu. Angesichts der ökologischen, gesellschaftlichen, ökonomischen und politischen Herausforderungen sollte schulische Bildung zentrale Fragestellungen nachhaltiger Entwicklung aufnehmen. Die handelnden Akteurinnen und Akteure in den Schulen wie in der Bildungsverwaltung sind hierbei herausgefordert, BNE als ein orientierendes Bildungskonzept auf den unterschiedlichen Handlungsebenen zu verankern.

Für die Berichte zu den Aktivitäten und Maßnahmen in der schulischen Bildung wurden die im Nationalen Aktionsplan Bildung für nachhaltige Entwicklung (NAP BNE) formulierten Handlungsfelder (HF) ausgewählt: „BNE als Aufgabe des Bildungswesens“ (HF I), Lehr- und (pädagogische) Fachkräfteausbildung für eine nachhaltige Entwicklung“ (HF II), „Lernort/Sozialraum, Kooperation und BNE“ (HF III), Strukturelle Verankerung von BNE in Lehr- und Bildungsplänen“ (HF IV) und „Partizipation und BNE“ (HF V).

Aufgrund der Länderkompetenz im Bildungsbereich Schule sind die Beiträge der Länder in diesem Kapitel jeweils zu Anfang jedes Unterkapitels aufgeführt.

3.3.1.1 Länder

Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland (Kultusministerkonferenz, KMK), Schule¹⁵

Umsetzung des NAP BNE durch die Länder im schulischen Bereich

Im Nationalen Aktionsplan Bildung für nachhaltige Entwicklung (NAP BNE) wurden für den Bereich der schulischen Bildung die fünf genannten Handlungsfelder sowie prioritäre Ziele und geeignete Maßnahmen formuliert, die eine zielgerichtete Implementierung von BNE im schulischen Bereich ermöglichen können. Hierbei geht es insbesondere darum, das Konzept der nachhaltigen Entwicklung als selbstverständliche Aufgabe der Bildungsverwaltung und des Bildungswesens zu verstehen, BNE in der Lehr- und (pädagogischen) Fachkräftebildung zu integrieren und strukturell in den Lehr- und Bildungsplänen sowie am Lernort und im Sozialraum Schule zu verankern und dabei die Partizipation von Kindern, Jugendlichen und Zivilgesellschaft als (Mit-)Gestaltungsinstrument sinnvoll zu berücksichtigen.

Die Länder entscheiden im Rahmen ihrer Zuständigkeit, wie sie diese fünf Handlungsfelder mit Maßnahmen hinterlegen.

Seit der Verabschiedung des Nationalen Aktionsplans Bildung für nachhaltige Entwicklung (NAP BNE) im Juni 2017 haben die Länder eine kontinuierliche, detaillierte und umfangreiche Berichterstattung ihrer BNE-Maßnahmen etabliert, deren aktueller Stand auch die Grundlage für diesen Bericht darstellt. Es ist festzustellen, dass BNE im Bereich Schule deutlich an Bedeutung gewonnen hat. Die Verankerung in den Bildungssystemen der Länder ist auf durchaus unterschiedliche Art und Weise und unterschiedlich stark vorangeschritten. Auffallend ist, dass neben der Einbindung in bereits bestehende Strukturen und Projekte zum Teil auch neue Strukturen etabliert wur-

¹⁵ Die Textbeiträge der KMK im Kapitel Schule basieren auf dem Beschluss des 421. Schulausschusses der KMK, 26./27.11.2020, TOP 21. Für diesen Zweck wurde eine umfangreiche Befragung aller Länder hinsichtlich der Implementierung von BNE in den Schulen durchgeführt, in der die Länder ihre BNE-Aktivitäten aufgeführt haben.

den (z.B. Koordinierungsstellen, Unterstützungsagenturen, Arbeitskreise, Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner in der Schulverwaltung und den Landesinstituten sowie regionale und schulstandortbezogene Fachberatungssysteme).

Die Kultus- und Schulministerien erachten den Kompetenzerwerb von Schülerinnen und Schülern im Sinne einer BNE verstärkt als wichtige Aufgabe des Bildungssystems Schule. Diese Entwicklung ist vor dem Hintergrund zunehmender gesellschaftlicher Diskussionen um die Notwendigkeit einer nachhaltigen Entwicklung in Wirtschaft und Gesellschaft zu betrachten, an denen sich auch die Schülerinnen und Schüler lebhaft beteiligen.

Es hat sich daher durchgesetzt, neben der weiterhin vorhandenen Förderung bzw. Unterstützung von Wettbewerben, Veranstaltungen und Einzelaktionen BNE als Querschnittsaufgabe im schulischen Lernen zu verankern. Immer mehr Länder erachten gesetzliche oder untergesetzliche Verankerungen von BNE für wesentlich. Zunehmend entwickeln sie Konzepte, die die Grundlage für die Implementierung von BNE etwa in die Lehrplanerstellung und die schulische Fortbildung bilden. Alle Länder unterstützen Programme für Vorreiterschulen bzw. Schullabel für BNE, z.T. gefördert als landeseigene Initiativen, die außerschulische Bildungsakteurinnen und -akteure als Schulpartnerinnen und -partner beteiligen und Netzwerke bilden. Auch im Lehramtsstudium ist BNE zunehmend verankert, wenn auch noch nicht durchgehend, da abhängig von länderspezifischen Bedingungen, Studienstandort und Fakultät. Viele Länder nutzen bei der fachlichen Umsetzung von BNE den „Orientierungsrahmen für den Lernbereich Globale Entwicklung im Rahmen einer Bildung für nachhaltige Entwicklung“. Auf Initiative des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) und der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland (Kultusministerkonferenz, KMK) wird der Orientierungsrahmen derzeit um die gymnasiale Oberstufe erweitert. Die erweiterte Fassung soll bis 2022 vorliegen.

Außerdem sind im Berichtszeitraum weitere BNE-Landesstrategien entstanden, zum Teil mit ausdrücklichen Bezugnahmen auf die jeweiligen Landesnachhaltigkeitsstrategien. Einige Länder haben erste (zählbare) Indikatoren für den Grad der Verankerung von BNE festgelegt.

Damit ist die systematische und auf Dauer angelegte Verankerung von BNE, wie sie der NAP BNE fordert, im Bildungsbereich Schule deutlich vorangeschritten. Insbesondere in den Handlungsfeldern I bis IV gelang es, Erträge zu erzielen, die maßgeblichen Akteursgruppen im Bereich Schule zu Gute kommen.

Mit den entlang der Handlungsfelder des NAP BNE aufgeführten Länderaktivitäten ist keine Hervorhebung verbunden. Es handelt sich um eine exemplarische Nennung ohne Anspruch auf Vollständigkeit, die der Illustration der vielfältigen Projekte und Maßnahmen in den verschiedenen Ländern dienen soll.

3.3.2 Handlungsfeld I: BNE als Aufgabe des Bildungswesens

3.3.2.1 Länder

Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland (Kultusministerkonferenz, KMK), Schule

BNE als Aufgabe der Bildungssysteme der Länder: Gesetzliche und untergesetzliche Verankerung von BNE

Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) wird im Jahr 2020 von den Kultus- und Schulministerien verstärkt als wichtige Aufgabe des Bildungssystems Schule verstanden. Die meisten Länder haben BNE als Querschnittsaufgabe des schulischen Lernens gesetzlich und untergesetzlich verankert: u.a. ressortübergreifende „*Gesamtstrategie Bildung für nachhaltige Entwicklung*“ in Baden-Württemberg, BNE als fächerübergreifendes Bildungs- und Erziehungsziel („*LehrplanPLUS*“) in Bayern, Verankerung von „nachhaltiger Entwicklung/Lernen in globalen Zusammenhängen“ in den Schulgesetzen von Berlin (insbesondere § 3 Abs. 3) und Brandenburg, BNE als Aufgabe des Bildungssystems in der Landesverfassung Brandenburgs, „Hamburger Masterplan BNE“, BNE als „besondere Bildungs- und Erziehungsaufgabe“ im hessischen Schulgesetz (Neufassung 30.6.2017, § 6 Abs. 4), Verwaltungsvorschrift „Bildung für nachhaltige Entwicklung an allgemeinbildenden Schulen“ und Verankerung von BNE im

Schulgesetz (§§ 3 und 5) in Mecklenburg-Vorpommern, für Anfang 2021 geplanter BNE-Erlass in Niedersachsen, Verankerung von BNE in den Schulgesetzen des Landes (§ 1: „Verantwortungsbewusstsein (...) für die globalen Nachhaltigkeitsziele fördern“) sowie „Zukunftskonzeption Bildung für Nachhaltige Entwicklung 2015+“ in Rheinland-Pfalz., Sachsen vom 26.4.2017 (§ 1 Abs. 6), Sachsen-Anhalt (§ 1 Abs 2 (7)).

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



Landesstrategien BNE

Außerdem wurden weitere Landesstrategien BNE entwickelt: „Rahmenlehrplan 1-10“ in Berlin, „Hamburger „Masterplan BNE“, Novellierung der Landesstrategie „Bildung für nachhaltige Entwicklung – Zukunft Lernen NRW (2016–2020)“ geplant für 2020/21 in Nordrhein-Westfalen, „Zukunftskonzeption BNE 2015+“ in Rheinland-Pfalz, „Sächsische Landesstrategie BNE“ 2019, Schleswig-Holstein (in Entwicklung), „Thüringer Aktionsplan Bildung für nachhaltige Entwicklung“ 2019, im Saarland sind BNE und Globales Lernen Teil der entwicklungspolitischen Leitlinien des Landes.

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



Einbindung von BNE in Landesnachhaltigkeitsstrategien der Länder

Viele Länder stellen – parallel zum Vorgehen im Bund – Bezüge zu den landeseigenen Nachhaltigkeitsstrategien her oder verweisen auf die Länderaktivitäten im Rahmen von UN-Nachhaltigkeitszielen 4 (Sustainable Development Goals, SDGs) bzw. Unterziel 4.7; u.a. in Baden-Württemberg, Brandenburg (BNE als einer der fünf Schwerpunkte), Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Saarland, Sachsen (Ausweisung von BNE als landespezifisches Politikfeld), Sachsen-Anhalt, Rheinland-Pfalz, Thüringen; Mecklenburg-Vorpommern in Vorbereitung (Grundlage: „BNE-Eckpunktepapier für Schulen in Mecklenburg-Vorpommern“).

Erstmals wird BNE mit Indikatoren mit Bezug zu SDG 4 bzw. SDG 4.7 in einigen Landesnachhaltigkeitsstrategien der Länder hinterlegt, so in Nordrhein-Westfalen 2020 (Anzahl an SDG-Schulen, MINT-Schulen, BNE-zertifizierte außerschulische Bildungs- und Weiterbildungsanbieter), Rheinland-Pfalz (Kriterium: im Bereich Nachhaltigkeit zertifizierte Schulen); geplant in Berlin (Kriterium: SDG-Schulen).

Auch beziehen die Länder BNE und Globales Lernen in die entwicklungspolitische Arbeit ein, so u.a. in Bremen, Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen-Anhalt.



Abbildung 11: Schülerinnen und Schüler freuen sich mit ihrer Lehrerin über die Auszeichnung ihrer Schule im Rahmen des NRW-Landesprogramms „Schule der Zukunft“ / Copyright Wattendorf 2020

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



Landeskoordinationen BNE und Globales Lernen

Elf Länder erfahren zurzeit Unterstützung durch die Förderung (finanzierte Stellen) von Landeskoordinationen für BNE durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) mit Unterstützung von Engagement Global (Baden-Württemberg bis August 2020, Berlin, Bremen, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Schleswig-Holstein). Zudem sind Fachpromotoren für das Globale Lernen in den meisten Bundesländern aktiv und unterstützen schulische Bildungsarbeit auf Ebene der Zivilgesellschaft.

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



Landeseigene BNE-Agenturen

Einige Länder haben auch landeseigene Agenturen zur Umsetzung von BNE geschaffen, u.a. „Fach- und Koordinierungsstelle BNE“ in Nordrhein-Westfalen, „Koordinierungs- und Servicestelle BNE“ in Sachsen-Anhalt. In vielen

Ländern ist eine ressortübergreifende Zusammenarbeit der Schul- und Kultusministerien sowohl mit den Umweltministerien der Länder, die auf Landesebene häufig die Federführung für BNE besitzen, wie auch den Staatskanzleien der Länder zu verzeichnen.

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



Einbindung der schulischen Landesinstitute der Schul- und Kultusministerien

Zunehmend werden auch die schulischen Landesinstitute bei der Implementierung von BNE beteiligt, u.a. in Baden-Württemberg (Durchführung von Modellprojekten, Koordinierung des BNE-Schulnetzwerks etc.), Bremen (Lehrkräftefortbildung zu den SDGs), Nordrhein-Westfalen (Arbeitsschwerpunkte BNE in der Lehrplanentwicklung und Lehrkräftefortbildung), Saarland (Zentrum BNE), Sachsen-Anhalt (Pädagogische Arbeitsstelle BNE).

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



3.3.2.2 Ressorts

Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF)

Die SchulKinoWochen von Vision Kino in den Wissenschaftsjahren

Mit jährlich über 900.000 angemeldeten Schülerinnen und Schülern sowie deren Lehrkräften sind die SchulKinoWochen von Vision Kino eines der größten Filmbildungsprojekte Europas. Durchschnittlich nehmen circa 25 Prozent aller allgemeinbildenden Schulen in Deutschland am Projekt teil. Die SchulKinoWochen arbeiten eng mit den Kultusministerien und Bildungsinstituten der Länder zusammen. Schülerinnen und Schüler ab der 1. Jahrgangsstufe sollen durch das „Sehen von Filmen im Kino“ in ihrer Film- und Medienkompetenz gestärkt werden sowie den Film und das Kino als ein gesellschaftliches wie kulturelles Gut schätzen lernen. Im Filmpool sind circa 280 Spiel-, Animations- und Dokumentarfilme und Filmklassiker, pädagogisch geeignet für alle Schularten und Jahrgangsstufen. Zusätzlich werden die Filmvorführungen durch Kinoseminare, Workshops oder Filmgespräche bereichert. Das Angebot der SchulKinoWochen wird zum größten Teil in der Primarstufe sowie der Sekundarstufe I in Anspruch genommen. Zu den Wissenschaftsjahren 2010 bis 2020 (ausgenommen 2013) realisierte Vision Kino, gefördert durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung, im Rahmen der bundesweiten SchulKinoWochen ein gesondertes Filmprogramm zum jeweiligen Themenschwerpunkt des Wissenschaftsjahres. Insgesamt meldeten sich in diesem Zeitraum über 420.000 Schülerinnen und Schüler sowie deren Lehrkräfte für die Spiel-, Dokumentar- und Animationsfilme an. Alle Themenschwerpunkte der vergangenen Wissenschaftsjahre haben dabei einen starken Fokus auf die Bereiche der nachhaltigen Entwicklung (Energie, Gesundheit, Nachhaltigkeit, digitale Gesellschaft, Zukunftsstadt, Meere und Ozeane, Arbeitswelten der Zukunft, Künstliche Intelligenz und Bioökonomie). Ergänzt wurde das Filmprogramm durch Sonderveranstaltungen mit renommierten Forscherinnen und Forschern aus der Forschungsbörse der Wissenschaftsjahre, die direkt im Anschluss an die Filmvorführung in den Dialog mit den Schülerinnen und Schülern getreten sind.

Weiterführende Links:

- [SchulKinoWochen](#)
- [Forschungsbörse](#)

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



Die Forschungsbörse des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF)

Über die Onlineplattform [Forschungsbörse](#) des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) werden seit 2010 bundesweit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler an Schulen vermittelt. Ein großer Teil der Forschenden kommt dabei aus Forschungsbereichen zu nachhaltiger Entwicklung.

Lehrkräfte können in der Forschungsbörse nach Expertinnen und Experten suchen und diese in den Unterricht, zu Projekttagen oder Workshops einladen. Die Vermittlung der Forschenden ist für die Schulen kostenfrei. Schülerinnen und Schüler treten durch die Forschungsbörse in direkten und persönlichen Kontakt mit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern. Sie lernen aktuelle Wissenschaft aus erster Hand – und jenseits der Lehrbücher und des Curriculums – kennen und bekommen konkrete Einblicke in die Berufspraxis, die aktuellen Themen und die Methoden wissenschaftlichen Arbeitens. Die Rückmeldungen von Lehrkräften und von Schülerinnen und Schülern zur Forschungsbörse sind durchgehend positiv und lassen erkennen, dass durch die persönliche Vermittlung wissenschaftliche Fragestellungen, Methoden und Ziele von den Schülerinnen und Schülern mit Neugierde aufgenommen und reflektiert werden. Viele Lehrkräfte nutzen regelmäßig den Service der Forschungsbörse, etwa zur Gestaltung von Themenschwerpunkten und Projektwochen. Im Schnitt finden pro Jahr rund 150 Unterrichtsbesuche statt. Im Zeitraum von Mitte 2017 bis Mitte 2021 wurden über die Forschungsbörse rund 15.000 Schülerinnen und Schüler erreicht.



Abbildung 12: Forschungsbörse / Copyright: BMBF/Forschungsbörse

Bundesweit beteiligen sich derzeit über 1.000 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler ehrenamtlich in der Forschungsbörse. Im Austausch mit jungen Menschen können sie hier ihre Vermittlungskompetenz ausbauen und so einen persönlichen Beitrag zum Dialog zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit leisten. Zudem bekommen sie die Möglichkeit ihre eigene Forschungsarbeit vorzustellen und durch die Reflexion mit den Schülerinnen und Schülern neue Perspektiven auf diese zu gewinnen. Beeindruckt sind viele Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler nach dem Besuch an den Schulen insbesondere von der Aufgeschlossenheit der Schülerinnen und Schüler und deren Bereitschaft, sich eingehend und auch kritisch mit Themen aus der Forschung zu befassen. Die Forschungsbörse konnte in den letzten Jahren ein breites Netzwerk an Partnern aufbauen. In der Kommunikation wird sie von wissenschaftlichen Institutionen und Bildungsverbänden unterstützt. Neben der überregionalen medialen Bewerbung der Onlineplattform [Forschungsbörse](#) werden ausgewählte Schultermine von lokaler und regionaler Pressearbeit begleitet.

Weiterführender Link:

[Forschungsbörse](#)

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL)

GemüseKlasse – Praktische Ernährungsbildung im Sachunterricht

Mit dem im Rahmen von IN FORM-geförderten Vorhaben „GemüseKlasse – Praktische Ernährungsbildung im Sachunterricht“ der Ackerdemia e.V. wird deutschlandweit jährlich rund 300 Schulklassen der Klassenstufen 3 und 4 eine praktische Ernährungsbildung ermöglicht. Die Schulkinder begleiten den Anbau von verschiedenen Gemüsesorten im Klassenzimmer. Ergänzt wird diese praktische Anschauung durch Bildungsbausteine, die sich an den Themen des Lehrplans orientieren und in den Unterricht integriert werden. Diese ganzheitliche Erfahrung tragen die Schulkinder anschließend auch in ihre Familien. Die Kinder entwickeln einen Bezug zu dem selbst angebauten Gemüse auf, wodurch der Gemüseverzehr anhaltend erhöht werden soll.

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



Bundesprogramm Ökologischer Landbau und andere Formen nachhaltiger Landwirtschaft (BÖLN): Lehrmaterialien zum Ökologischen Landbau für allgemeinbildende Schulen

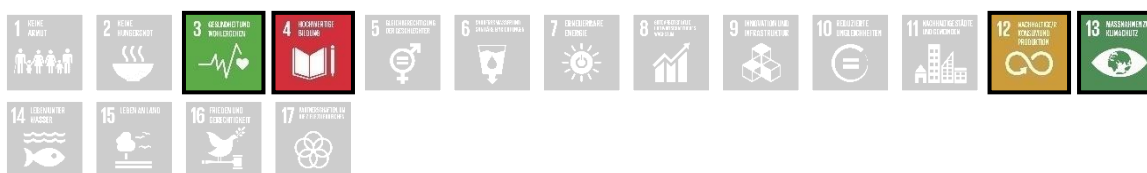
Die ökologische Land- und Lebensmittelwirtschaft liefert zahlreiche pädagogische Ansätze zum Verständnis der Nachhaltigkeit. Das Bundesprogramm Ökologischer Landbau und andere Formen nachhaltiger Landwirtschaft (BÖLN) liefert allgemeine, jahrgangsstufengerechte Informationsmaterialien für alle Schulformen, aber auch Aktionsmaterialien für den erlebnisorientierten Kontext und Anleitungen für Aktionen und Unterrichtseinheiten für Pädagoginnen und Pädagogen. Kinder und Jugendliche mit einem Thema bekannt zu machen, funktioniert am besten spielerisch oder über eine Aktion. So bietet das Lernmaterial bspw. eine Anleitung zum Bau einer Wildbienen-Nisthilfe und stellt darüber hinaus Hintergrundwissen über Bienen und Bestäuber zur Verfügung. Lernen an einem außerschulischen Lernort ermöglicht Schülerinnen und Schülern einen intensiveren Praxisbezug als es das Arbeiten in der Schule vermag. In authentischer Umgebung können sie mit allen Sinnen erfahren und erleben, wie

Landwirtinnen und Landwirte arbeiten, wie Tiere auf dem Hof leben, welche Pflanzen wie angebaut werden und welchen Einfluss die Natur auf die Landwirtschaft hat. Lernmaterial hilft diese Exkursionen vor- und nachzubereiten. Weitere Unterrichtsmaterialien beantworten z.B. die Frage: Wann ist Saison für eine Obst- oder Gemüseart? Seit 2020 werden pädagogische Projekte über die „Richtlinie über die Förderung von Projekten zur Information von Verbraucherinnen und Verbrauchern über regionale Wertschöpfungsketten zur Erzeugung von Bioprodukten sowie zur Umsetzung von begleitenden pädagogischen Angeboten (RIGE)“ des BÖLN unterstützt. Dort erstellte pädagogische Informationsmaterialien werden zukünftig auf der Internetseite [Ökolandbau in der Schule](#) bereitgestellt.

Weiterführender Link:

[Lehrmaterialien zum Ökolandbau](#)

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU)

Bildungsservice

Der Bildungsservice bereitet das vielfältige Themenspektrum des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU) mit Bildungsmaterialien und Projektangeboten für die Zielgruppen Kinder, Jugendliche, junge Erwachsene und Lehrkräfte auf. Mit dem Bildungsservice erhalten die Bildungsaktivitäten des BMU ein gemeinsames kommunikatives Dach. Die Qualitätssicherung und Abstimmung der Angebote wird durch ein übergeordnetes Bildungskonzept als Referenzrahmen für den Geschäftsbereich des BMU gewährleistet.

Seit Start des Bildungsservice 2008 erscheint ein monatlicher Newsletter, der Neuestes aus den Aktivitäten des BMU und zu Projekten, Terminen, Publikationen rund um die Bildungslandschaft im Bereich nachhaltige Entwicklung zusammenstellt. Auf der zentralen Internetseite des Bildungsservice werden Termine, Wettbewerbe und Materialien aus verschiedenen Bereichen präsentiert. Damit trägt der Bildungsservice zu einer wirksamen Netzwerkkommunikation bei.

Weiterführender Link:

[Bildungsservice des BMU](#)

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



Umwelt im Unterricht

Das seit 2011 integrierte Onlineportal „Umwelt im Unterricht“ veröffentlicht alle zwei Wochen ein „Thema der Woche“ mit Unterrichtsmaterialien zu aktuellen Fragen aus den Themenfeldern Umwelt, Naturschutz, nachhaltige Entwicklung und aus anderen Arbeitsbereichen des BMU. Die Plattform wendet sich an Lehrkräfte. Die aktuellen Bezüge dienen jeweils als Beispiel, um langfristig relevante Fragen zu diskutieren.

Ein „Thema der Woche“ enthält jeweils einen Text mit Hintergrundinformationen sowie Unterrichtsvorschläge für Sekundarstufe und Grundschule. Darüber hinaus werden für die meisten Unterrichtsvorschläge Arbeitsmaterialien wie Arbeitsblätter, Handreichungen, Methodentipps, Bilderserien, Infografiken beziehungsweise Recherchehinweise für geeignete kostenlose Quellen im Internet angeboten. Die Materialien sind vollständig kostenlos und ohne Registrierung nutzbar. Die Texte dürfen verändert und für eigene Projekte verwendet werden.

Die Materialien orientieren sich am Konzept der Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) sowie am Orientierungsrahmen der Kultusministerkonferenz für den Lernbereich Globale Entwicklung.

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)

Schulprogramm

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) fördert über Engagement Global im Rahmen seines Schulprogramms die Zusammenarbeit mit den deutschen Ländern und der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland (Kultusministerkonferenz, KMK), um zur strukturellen Einbindung von Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) in die Curricula, in die Lehr- und Bildungspläne, in die Aus-, Fort- und Weiterbildung von Lehrkräften und zur Einbeziehung von BNE in die Schul- und Unterrichtsentwicklung beizutragen. Ein Kernstück des Programms ist das Angebot an die Länder, in jedem Kultusministerium die Einrichtung einer Landeskoordinatorenstelle BNE zu unterstützen.

Seit Frühjahr 2017 wurden in elf Bundesländern Landeskoordinationsstellen eingerichtet: Baden-Württemberg (Kooperation bis 30.09.2020), Berlin, Bremen, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Schleswig-Holstein und Sachsen. Die Landeskoordinationen sind überwiegend bei den obersten Kultusbehörden des jeweiligen Bundeslands angesiedelt. In einzelnen Ländern wurde aufgrund des Zuschnitts von Zuständigkeiten für übergreifende Themen ein gewisser Stellenanteil an einem Landesinstitut angesiedelt.

Im Zentrum der Arbeit der Landeskoordinationen steht die BNE-Verankerung in normsetzenden Dokumenten und curricularen Vorgaben, den Angeboten der Länder zur Lehrkräfteaus- und -fortbildung sowie zur Schulentwicklung. Weitere Arbeitsschwerpunkte sind Materialentwicklung und die Intensivierung der Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Bildungsträgern. Aus detaillierten Übersichten der BNE-Maßnahmen der einzelnen Bundesländer, wie sie auch dem aktuellen KMK-Bericht zur Umsetzung des UNESCO-Weltaktionsprogramms und zum Nationalen Aktionsplan zugrunde liegen, geht hervor, dass der Einsatz von Landeskoordinationen vor allem im zentralen Handlungsfeld "BNE als Aufgabe des Bildungswesens" zu einem deutlichen Anstieg von Aktivitäten der Bundesländer geführt hat. Durch die Einrichtung einer an den Schwerpunktsetzungen der Länder orientierten zentralen koordinierenden Stelle für BNE in der schulischen Bildung konnte in der Mehrzahl der Bundesländer die strukturelle Verankerung von BNE gezielt im Sinne von Bildung für Nachhaltige Entwicklung vorangetrieben und vertieft werden. Durch einen Ausbau von Austauschformaten für den wachsenden Kreis hieran beteiligter Akteure konnten Synergiepotentiale bei der Umsetzung des Nationalen Aktionsplans – gerade auch hinsichtlich der Zusammenarbeit staatlicher und zivilgesellschaftlicher Akteure – deutlich stärker genutzt werden als zuvor.

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



Schulwettbewerb zur Entwicklungspolitik „alle für Eine Welt – Eine Welt für alle“ mit Begleitmaßnahme Song Contest: Dein Song für Eine Welt!“

Das BMZ fördert über Engagement Global durch den Schulwettbewerb zur Entwicklungspolitik (SWB) und den Song Contest (SC) die Verankerung von BNE an Schulen, die Qualitätsentwicklung sowie individuelle BNE-Kompetenzen von Schülerinnen und Schülern.

Der SWB „Alle für EINE WELT für alle“ wird seit 2003 im Zweijahresrhythmus durchgeführt. Er hat zum Ziel, den Lernbereich Globale Entwicklung im Unterricht aller Jahrgangsstufen und Schulformen zu verankern und Kinder und Jugendliche für die Eine Welt zu sensibilisieren und zu aktivieren. Jede Wettbewerbsrunde steht hierbei unter einem thematischen Schwerpunkt. Theoretische Grundlage ist der Orientierungsrahmen Globale Entwicklung; Lernende demonstrieren durch ihre Teilnahme Kompetenzen auf den drei Ebenen Erkennen, Bewerten und Handeln.

Die Begleitmaßnahme des SWB, der SC „Dein Song für EINE WELT!“, der 2015 erstmals durchgeführt wurde, fand 2019/2020 zum dritten Mal statt. Er hat die Erweiterung der Zielgruppe des Schulwettbewerbs auf Jugendliche zwischen zehn und 25 Jahren und somit eine Vergrößerung der Reichweite zum Ziel. Ausgezeichnet werden selbst komponierte Lieder rund um Themen globaler Entwicklung.

Der SC spricht sowohl musikbegeisterte Jugendliche mit geringen inhaltlichen Vorkenntnissen als auch inhaltlich engagierte Jugendliche mit geringer musikalischer Vorerfahrung an. Beide Wettbewerbe verzeichnen konstant hohe Teilnehmendenzahlen. In seiner neunten Runde 2019/2020 erreichte der SWB circa 28.500 Schülerinnen und Schüler, die 494 Beiträge einreichten. Die Wettbewerbe kooperieren mit einem Netzwerk aus Fach- und Medienpartnern sowie Partnern aus der Zivilgesellschaft. Ein Schwerpunkt beider Wettbewerbe ist die didaktische Begleitung durch rundenspezifische sowie rundenübergreifende Unterrichtsmaterialien, Fortbildungen und Workshops für Lernende sowie eine eigene Ausstellung, die aus in den verschiedenen Wettbewerbsrunden eingereichten Beiträgen besteht.



Abbildung 13: Finale des Song Contests 2018/ Copyright: Engagement Global, Fotografin Lena Siebrasse

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



Jährliche Fachtagung zum Orientierungsrahmen für den Lernbereich Globale Entwicklung

Das BMZ veranstaltet über Engagement Global jährlich eine Fachtagung zur Umsetzung und Weiterentwicklung des BMZ/KMK-Orientierungsrahmens für den Lernbereich Globale Entwicklung durch. Die Fachtagung wird mit der KMK durchgeführt. Themen der Tagung in den Jahren 2017 bis 2020 waren: BNE im Kontext der Digitalisierung; BNE im Kontext des neuen UNESCO-Weltaktionsprogramms „ESD for 2030“; Engagement für nachhaltige Entwicklung im Schulbereich, der Umgang mit Komplexität und Unsicherheit im Rahmen von BNE sowie die Erweiterung des Orientierungsrahmens auf die gymnasiale Oberstufe. An der Tagung im November 2020 nahmen 200 Personen aus Ministerien, Wissenschaft, Lehrerbildung, Schulen und Zivilgesellschaft teil. Wie auch auf der Fachtagung im Jahr 2019 wurde wieder großer Wert auf die Beteiligung von Schülerinnen und Schülern gelegt. Es nahmen rund 20 Schülerinnen und Schüler an der Fachtagung 2020 teil.



Abbildung 14: KMK/BMZ Fachtagung zum Orientierungsrahmen Globale Entwicklung, Foto: Engagement Global

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



Handbuch Schulbücher für nachhaltige Entwicklung

Das BMZ fördert über Engagement Global in Kooperation mit dem Mahatma Gandhi Institut der UNESCO die Erstellung eines internationalen Handbuchs zur Verankerung (Embedding) von BNE in Schulbüchern und Curricula.

Im Juni 2019 wurde die Publikation „Schulbücher für nachhaltige Entwicklung“ ein „Handbuch für die Verankerung von Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE)“ veröffentlicht. Das Handbuch ist die deutsche Übersetzung des „Textbooks for Sustainable Development – A Guide to Embedding“, das 2017 vom UNESCO Mahatma Gandhi Institute of Education for Peace and Sustainable Development (MGIEP) herausgegeben wurde. Engagement Global war als strategischer Partner an Konzeption und Erstellung beteiligt. Das Handbuch bietet Anleitung, wie BNE insbesondere in Schulbüchern und anderen Lern- und Lehrmaterialien aber auch insgesamt im Bildungsprozess verankert werden kann.



Abbildung 15: Schulbücher für nachhaltige Entwicklung / Foto: Engagement Global

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):

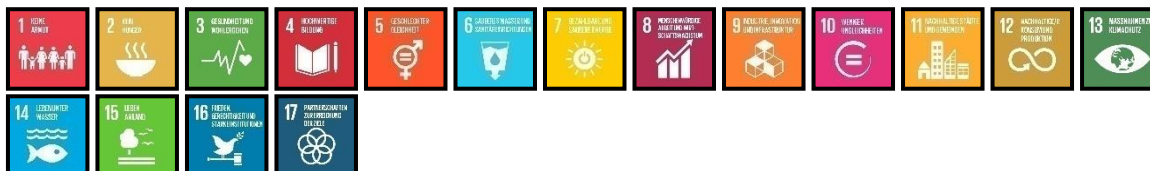


Qualifizierungsprogramm im Rahmen des BNE-Expertennetzwerks

Das BMZ fördert über Engagement Global die Qualifizierung von BNE-Multiplikatorinnen und -Multiplikatoren von Staat und Zivilgesellschaft, unter anderem im Rahmen des BNE-Expertennetzwerks (Deutschland, Indien, Südafrika, Mexiko). Zu den Produkten des Netzwerks zählen u.a. ein internationales „Mentoring for ESD-Leadership“-Programm, sowie die Aus- und Fortbildung von Multiplikatoren und Multiplikatorinnen (Training-of-Trainers bzw. ToT).

Inhalte des ToT wurden in Bundesländern (Mecklenburg-Vorpommern, Hamburg, Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz) unmittelbar sowie im Rahmen der Implementierung des Orientierungsrahmens in Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Thüringen bundesländerübergreifend in verschiedenen Formaten ein- und umgesetzt.

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



3.3.2.3 Gesellschaftliche Akteure

Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU)

Schulbücher

Aufgreifen von Arbeiten des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) in Schulbüchern: Ein wichtiger Begleitnutzen der Arbeit des WBGU ist das Aufgreifen der Gutachtenthemen in Schulbüchern.

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



3.3.3 Handlungsfeld II: Lehr- und (pädagogische) Fachkräfteausbildung für eine nachhaltige Entwicklung

3.3.3.1 Länder

Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland (Kultusministerkonferenz, KMK), Schule

Lehr- und (pädagogische) Fachkräfteausbildung für eine nachhaltige Entwicklung

In der Lehramtsausbildung ist Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) in der fachlichen und allgemeindidaktischen Ausbildung zunehmend verankert. Je nach Hochschulgesetzgebung der Länder differieren die Hebel hinsichtlich der verpflichtenden Implementierung von BNE in den Studiengängen der Lehrämter bzw. dem Studium Universale. Zu nennen sind u.a. Baden-Württemberg (verpflichtender Erwerb von BNE-Querschnittskompetenzen in allen Lehramtsstudiengängen), Bayern (BNE in Lehramtsprüfungsordnung LPO I, Erstes Staatsexamen), Hamburg (BNE im erziehungswissenschaftlichen Studium der Lehrämter), Hessen (Implementierung von BNE an den fünf Lehrkräfte ausbildenden Universitäten), Rheinland-Pfalz (u.a. als Querschnittsthema in den Bildungswissenschaften), Thüringen (integraler Bestandteil der Lehrkräftebildung gemäß § 2 Abs. 2 Thüringer Laufbahngesetz, ThürLbG).

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



Hochschulnetzwerke im Rahmen der Lehramtsstudien

Vierorts haben sich neben dem bundesweit agierenden „Deutschsprachigen Netzwerk LehrerInnenbildung für eine nachhaltige Entwicklung“ (LeNa) landesbezogene BNE-Hochschulnetzwerke gebildet, z.B. in Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen. In Mecklenburg-Vorpommern werden BNE-Zertifikatskurse an den Universitäten in Rostock und Greifswald durchgeführt. In Rheinland-Pfalz ist BNE Querschnittsthema für alle Lehramtsstudierenden. Im Saarland wird ein BNE-Grundlagenkurs über das Zentrum für Lehrerbildung angeboten. Das Projekt „BNE in der Lehramtsausbildung in NRW“ der Bergischen Universität Wuppertal ermöglicht den systematischen

Austausch zu BNE zwischen den lehramtsausbildenden Hochschulen in NRW. Es wird durch das Landesumweltministerium finanziell gefördert und am Institut für Geografie und Sachunterricht (Lehrstuhl Prof. Dr. Keil) durchgeführt. Inzwischen wirken Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler von allen elf lehramtsausbildenden Universitäten in NRW in dem Netzwerk mit. Sie bringen ihre Expertise aus unterschiedlichen Fachrichtungen ein (u.a. Didaktik für Geografie, Biologie, Deutsch, Mathematik, Politik/Ökonomie). Auch Zentren für schulpraktische Lehrerbildung (ZfsL), Studierende und außerschulische Bildungseinrichtungen mit BNE-Schwerpunkt sind beteiligt.

Weiterführender Link:

[BNE-Hochschulnetzwerk in der Lehrkräftebildung in NRW](#)

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



Zweite Phase der Lehrkräfteausbildung

In der zweiten Phase der Lehrkräfteausbildung zeigt sich eine geringere systematische Verankerung. Es überwiegen Modellprojekte, u.a. in Baden-Württemberg („Whole Seminar Approach“ zum Orientierungsrahmen Globale Entwicklung), Integration von BNE und Globalem Lehren am Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung in Hamburg, BNE-Fortbildungen an 17 hessischen Studienseminaren durch einen pädagogischen Tag, BNE-Einführungsveranstaltungen für Referendarinnen und Referendare in Mecklenburg-Vorpommern und im Saarland.

Neben Modellprojekten besteht in Baden-Württemberg ein BNE-Netzwerk im Bereich der Seminare für Ausbildung und Fortbildung der Lehrkräfte.

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



Lehrkräftefort- und -weiterbildung

Im Bereich der Lehrkräftefort- und -weiterbildung gibt es neben den vielfältigen Angeboten privater Träger inzwischen ein breites Angebot staatlicher Programme, u.a. Online-Fortbildung als „Massive Open Online Course“ (MOOC) zu den Leitperspektiven und Fortbildungsangebote im Rahmen des „Bildungsplans“ in Baden-Württemberg, Fortbildungsangebote (Verankerung im Schwerpunktprogramm für die Lehrkräftefortbildung) in Bayern, jährlicher Fachtag für Lehrkräfte zu BNE in Berlin, Qualifizierung von Lehrkräften durch das Beratungs- und Unterstützungssystem (BUSS) der staatlichen Schulämter zu Nachhaltigkeitsthemen in Brandenburg, SDG-Fortbildungen in Bremen, phasenübergreifendes Konzept der Implementierung von BNE in der Lehrkräftebildung in Hamburg, BNE-Fortbildungen in Hessen, u.a. landesweiter virtueller BNE-Kongress „BNE-Schule der Zukunft Hessen 2030“, jährliche BNE-Fortbildungsangebote innerhalb der Führungskräftebildung, der Inklusionsfortbildung, der Sommerakademie für Lehrkräfte durch das Institut für Qualitätsentwicklung Mecklenburg-Vorpommern (IQ M-V) und BNE-Sommerkurse des IQ M-V und des Landesinstituts für Schulqualität und Lehrerbildung Sachsen-Anhalt (LISA) für Lehrkräfte aus Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt, BNE-Zertifikate in Vorbereitung bei der Leuphana-Universität in Niedersachsen, gemeinsame Fortbildungsinitiative „BNE und Lehrerfortbildung“ der fünf Bezirksregierungen und des Ministeriums für Schule und Bildung Nordrhein-Westfalen, Fortbildung im Rahmen des Orientierungsrahmens Globale Entwicklung und der Klimaschutzinitiative in Sachsen, schulinterne

Lehrerfortbildungen (SCHILF) in Sachsen-Anhalt, BNE-Fortbildungen durch das Institut für Qualitätsentwicklung an Schulen Schleswig-Holstein (IQSH).



Abbildung 16: „Klima@Helgo - du kannst es ändern!“ an der Oberschule Helgolander Straße: Schüler:innen drehen einen Stop-Motionfilm zum Thema Car-Sharing / Copyright: LIS = Landesinstitut für Schule, Bremen

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



Unterrichtshilfen und Handreichungen

Weiterhin werden im Auftrag der Länder zum Teil detaillierte Unterrichtshilfen und Handreichungen herausgegeben, u.a. in Baden-Württemberg, Berlin („Nachhaltige Entwicklung in globalen Zusammenhängen“), Rheinland-Pfalz (Handreichungen „Globale Entwicklung konkret“, GEko) und Sachsen-Anhalt.

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



BNE-Moderatorinnen und -Moderatoren

Unter anderem in Baden-Württemberg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen (für den Orientierungsrahmen Globale Entwicklung) und Schleswig-Holstein werden BNE-Moderatorinnen und -Moderatoren bzw. -Multiplikatorinnen und -Multiplikatoren ausgebildet.

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



3.3.3.2 Ressorts

Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF)

„Roberta – Lernen mit Robotern“

Spielerisch und intuitiv: Mit ihrem Konzept vermittelt die Initiative „Roberta – Lernen mit Robotern“ des Fraunhofer-Instituts für Intelligente Analyse- und Informationssysteme (IAIS) wichtige Kompetenzen zur Gestaltung der digitalen Welt im Bildungsbereich – von der Grundschule bis zur beruflichen Ausbildung. Seit 2002 schafft es das Fraunhofer IAIS, Kinder und Jugendliche für Themen der Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik (MINT) zu begeistern, sie digital mündig zu machen und ihnen Selbstvertrauen im Umgang mit Technik zu vermitteln. Dazu bildet Fraunhofer IAIS Lehrkräfte in der gendergerechten Gestaltung von Programmierkursen aus. Mit mehr als 2.700 geschulten und aktiven Lehrkräften hat die Roberta-Initiative über 500.000 Schülerinnen und Schüler erreicht.

Im Laufe der letzten Jahre avancierte das Bildungsprogramm zu einer der größten MINT-Initiativen Europas. Einen wesentlichen Beitrag dazu leistet die 2014 vom Fraunhofer IAIS entwickelte Programmierplattform „Open Roberta Lab“, dessen Entstehung im Rahmen einer Kooperation mit der „Zukunftswerkstatt“ von Google Deutschland gefördert wurde. Als cloudbasierte Open-Source-Software aus Deutschland ist Open Roberta jederzeit kostenfrei verfügbar und ermöglicht auf höchstem Datenschutzniveau den Einstieg in die Programmierung ohne Vorkenntnisse.

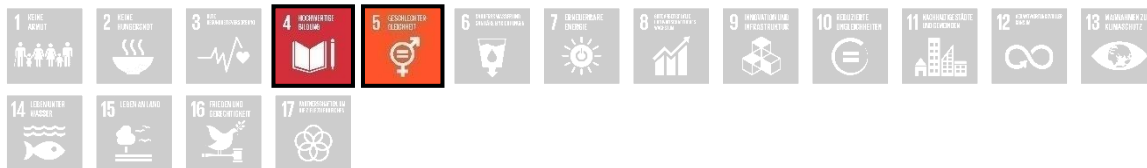
So können im Lab 13 verschiedene Robotiksysteme und ein virtueller Roboter programmiert werden. Der intuitive Ansatz von Open Roberta kommt weltweit gut an. In mehr als 20 Sprachen verfügbar, verzeichnet das Lab seit 2017 einen enormen Zuwachs aus über 100 Ländern weltweit. Wurden 2017 insgesamt 100.000 Menschen erreicht, sind es aktuell (Stand 08/20) über 200.000 Menschen monatlich. Open Roberta kam bis August 2020 auf 1,5 Millionen Nutzerinnen und Nutzer.

National profitieren Lehrkräfte besonders vom Engagement der Initiative. Mithilfe von Kooperationen mit Bundesländern und Wirtschaftspartnern wurden kostenfreie Roberta-Schulungen ermöglicht. Allein 2018 konnten dadurch 700 Lehrkräfte zu Roberta-Teachers geschult werden.

Darüber hinaus entstanden zwischen 2018 und 2020 rund 30 Open Roberta Coding Hubs, die dem Nachwuchs bundesweit an außerschulischen Lernorten kostenfreie Programmierkurse anbieten. Mit Sitz am Fraunhofer IAIS, einem der führenden Wissenschaftsinstitute auf den Gebieten Künstliche Intelligenz (KI) und Maschinelles Lernen in Europa, möchte die Roberta-Initiative aktuelle Themen wie KI und Cybersecurity bereits den Jüngsten begreifbar machen. So findet auch das wichtige Thema Cybersicherheit als gemeinsames Projekt „Cybersecurity4Schools“ mit dem Projekt des Europäischen Instituts für Innovation und Technologie (EIT) EIT Digital den Weg ins Klassenzimmer. Bis Ende 2020 sollen europaweit 3.000 Lehrkräfte online und kostenfrei zum Thema Cybersecurity ausgebildet werden.

Um insbesondere Mädchen frühzeitig für MINT zu begeistern, wurde gemeinsam mit der Stiftung „Erste deutsche Astronautin“ der Grundschulwettbewerb „Code4Space“ initiiert. Dafür programmieren Teams mit mindestens 50 Prozent Mädchenanteil ein Experiment, das 2021 auf der ISS ausgeführt wird.

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL)

Bildungsprojekt „SOKO Wald“

Das speziell für Schulen entwickelte Bildungsprojekt „SOKO Wald“ soll Kindern die Bedeutung des Waldes nahebringen. Hierzu besuchten ausgebildete Waldpädagoginnen und -pädagogen die Schulen. Das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) hat dieses von der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald (SDW) entwickelte Konzept gemeinsam mit der SDW erstmalig im Internationalen Jahr der Wälder 2011 erprobt. Flankierend zu den Schulbesuchen wurden Schulungen für Lehrkräfte und andere Multiplikatorinnen und Multiplikatoren angeboten, die das Thema Wald in ihrem Unterricht selbst aufgreifen bzw. vertiefen möchten. Das Projekt wurde 2012 von der deutschen UNESCO-Kommission als Projekt der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ ausgezeichnet. Aufgrund der großen Resonanz wird die Maßnahme in modifizierter Form fortgeführt.

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)

Maßnahmen zur Förderung von BNE in der Aus- und Fortbildung von Lehrkräften

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) fördert über Engagement Global im Rahmen der Länderinitiativen zum BMZ/Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland (Kultusministerkonferenz, KMK)-Orientierungsrahmen für den Lernbereich Globale Entwicklung Maßnahmen zur Kompetenzentwicklung von Lehrkräften, u.a. auch im internationalen Austausch.

Seit 2017 wurden 22 Projekte und Initiativen in Bundesländern gefördert, die BNE und Globale Entwicklung in die Aus- und Fortbildung von Lehrkräften integrieren. Dies geschieht in unterschiedlichem Maße von kleinen Pilotprojekten bis hin zu weitreichenden Landesstrategien über alle drei Phasen der Lehrkräftebildung (von der Universität über die Studienseminare bis hin zur Fortbildung für bereits ausgebildete Lehrkräfte) hinweg. In der ersten Phase der Lehrkräftebildung waren bzw. sind Universitäten in Berlin, Bayern, Niedersachsen und Hessen Kooperationspartner von Länderinitiativen.

In der dritten Phase der Lehrkräftebildung sind sowohl Bildungsministerien, Landesinstitute für Lehrkräftebildung als auch Universitäten Projektträger von Länderinitiativen. In diesem Feld sind Baden-Württemberg, Bayern, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein Westfalen, Rheinland-Pfalz, das Saarland und Sachsen aktiv. Als weitreichendes Beispiel für die Zusammenarbeit kann Nordrhein-Westfalen genannt werden. Im März 2019 startete dort die landesweite Fortbildungsinitiative des Schulministeriums zur Implementierung von BNE als Querschnittsaufgabe in die staatliche Lehrerfortbildung.

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



Bundesweites Netzwerk zur Förderung von BNE in der Lehrkräftebildung

Das BMZ fördert über Engagement Global das bundesweite Netzwerk Lehrkräfte(fort)bildung zur Umsetzung des BMZ/KMK-Orientierungsrahmens für den Lernbereich Globale Entwicklung in der zweiten und dritten Phase der Lehrerbildung.

Seit 2019 sind alle Bundesländer in dem Netzwerk Lehrkräftefortbildung mit Institutionen der Lehrkräftebildung, den entwicklungspolitischen Landesnetzwerken sowie den BNE-Landeskoordinationen vertreten. Das Themenspektrum der jährlichen Netzwerktagungen umfasste Grundsatzfragen von BNE in der Lehrkräftebildung (Speyer 2017), Erfahrungen mit der Umsetzung modularer BNE-Fortbildungsstrukturen (Göttingen 2018), Digitalisierung und BNE (Hamburg 2019) sowie Reflexions- und Erfahrungsräume in der BNE (Speyer 2020).

Wichtiges Ergebnis ist die Erarbeitung einer Handreichung für die Qualifizierung von BNE-Multiplikatorinnen und -Multiplikatoren, die 2021 veröffentlicht werden soll. Sie umfasst neben der Beschreibung von sieben BNE-Qualifikationsmodulen zur Lehrkräfteausbildung die Auswertung einer exemplarischen modularen Fortbildungsmaßnahme in Niedersachsen.

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



3.3.4 Handlungsfeld III: Lernort/Sozialraum, Kooperation und BNE

3.3.4.1 Länder

Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland (Kultusministerkonferenz, KMK), Schule

Lernort/Sozialraum, Kooperation und BNE

In allen Ländern beruht Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) auf der engen Kooperation mit außerschulischen Bildungspartnerinnen und -partnern. Landesregierungen unterstützen deren Qualitätsentwicklung durch Auditierung und Zertifizierung, u.a. „NUN (norddeutsch und nachhaltig)-Zertifizierung“ von außerschulischen Bildungseinrichtungen als gemeinsame Länderinitiative von Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein, Zertifikat „Bildungsträger für nachhaltige Entwicklung“ in Hessen, BNE-Zertifizierung von außerschulischen Bildungs- und Weiterbildungsanbietern in Nordrhein-Westfalen, „LernOrte Nachhaltigkeit“ in Rheinland-Pfalz, „Zukunft bilden – BNE zertifiziert“ als gemeinsame Zertifizierungsstelle in Rheinland-Pfalz und Saarland und „Thüringer Qualitätssiegel BNE“.



Abbildung 17: Baumpflanzaktion an der Gretel-Bergmann-Schule in Hamburg im Rahmen von CREATIV für Klimagerechtigkeit / Copyright: Jan Laackmann

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



Vorreiterschulen für BNE und Globales Lernen

Initiativen für Vorreiterschulen für BNE und Globales Lernen, die sich insbesondere im Rahmen der Unterrichts- und Schulentwicklung die 17 UN-Nachhaltigkeitsziele (Sustainable Development Goals, SDGs) zur Leitschnur ihres pädagogischen Handelns machen, werden in allen Ländern unterstützt. Kennzeichen sind die Beteiligung von Nichtregierungsorganisationen als Schulpartnerinnen und die Bildung von Netzwerken. Zu unterscheiden sind länderspezifische und bundesweit agierende Initiativen.

- a. Landeseigene Initiativen: Modellprojekt „Nachhaltigkeitsorientierte Schulentwicklung“ in der Region Heidenheim in Baden-Württemberg, „Modellschulen nachhaltige Entwicklung/Lernen in globalen Zusammenhängen“ in Berlin, „Schulen des Globalen Lernens in der Lausitz“ in Brandenburg, „Klimaschulen“ u.a. in Hamburg und Sachsen, „Umweltschulen“ in Hessen, „Schulen der Zukunft“ in Nordrhein-Westfalen, „BNE-Modellschulen M-V“ in Mecklenburg-Vorpommern, „BNE-Schulen“ in Rheinland-Pfalz, „Schulen der Nachhaltigkeit“ im Saarland, „Öko-Schulen“ in Sachsen-Anhalt, „Zukunftsschule.SH“ in Schleswig-Holstein, „Thüringer Nachhaltigkeitschulen – Umweltschulen in Europa“. Häufig erfolgen diese schulischen Initiativen in Zusammenarbeit mit den Umweltressorts und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ).



Abbildung 18: Frau Ministerin für Bildung und Kultur des Saarlands, Christine Streichert-Clivot, und Herr Minister für Umwelt und Verbraucherschutz Reinhold Jost präsentieren die nachhaltig gefertigte Tafel „Schule der Nachhaltigkeit“ / Copyright „Promotion Pictures

- b. Bundesweit agierende Initiativen: UNESCO-Projektschulen, UNESCO-Baltic Sea Project-Schulen, Club-of-Rome-Schulen, Verbraucherschulen (vzbv Bundesverband), FairTrade-Schools, „Eco-Management and Audit Scheme“- (EMAS)-Schulen (in Baden-Württemberg), „Umweltschulen in Europa – Internationale Nachhaltigkeitsschulen“ u.a. in Bayern, Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen, Naturparkschulen (Verband Deutscher Naturparke e.V.), „Grenzenlos – Schulen“ (Globales Lernen in der beruflichen Bildung für berufsbildende Schulen) in Baden-Württemberg, Bayern, Brandenburg, Hessen, Rheinland-Pfalz und im Saarland.
- c. Netzwerke: „BNE-Schulnetzwerk“ (adressiert an alle Schulen des Landes) in Baden-Württemberg, „BNE-Netz Bremen“ (Koordination durch das Bremer Informationszentrum für Menschenrechte und Entwicklung (biz), Schulnetzwerk „Nachhaltigkeit lernen in Hessen“, Regionale BNE-Netzwerke in Hessen (finanziert durch das Ministerium für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz), „Netzwerk der anerkannten außerschulischen Lernstandorte BNE“ in Niedersachsen, „Landesnetzwerk Bildung für nachhaltige Entwicklung“ Nordrhein-Westfalen (gefördert durch das Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz), „Entwicklungspolitisches Landesnetzwerk Rheinland-Pfalz (ELAN) e.V.“ zur Förderung von Kooperationen zwischen Schulen und nichtstaatlichen entwicklungspolitischen Initiativen im Bereich des Globalen Lernens.

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



Lernportale zu BNE

Verschiedene Länder stellen ländereigene Lernportale zu BNE zur Verfügung, u.a. „Future:N“ aus Baden-Württemberg, Internetportal für politische Bildung für bayrische Schulen mit eigenem Bereich BNE, Hamburger Bildungs-

server, hessisches BNE-Portal, BNE-Portal in Nordrhein-Westfalen bei der „Fach- und Koordinierungsstelle Bildung für nachhaltige Entwicklung“, BNE-Portal des Bildungsservers Rheinland-Pfalz, sächsisches BNE-Portal/sächsisches Portal schulische Qualitätsentwicklung.

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



Umweltministerkonferenz (UMK)

Auszeichnung von Vorreiterschulen für BNE

Bei der Auszeichnung von Vorreiterschulen für BNE kooperieren die Umweltressorts der Länder mit den Schul- und Kultusministerien und weiteren Akteurinnen und Akteuren (siehe hierzu im Detail Kapitel 3.3.4.1, KMK Schule, „Vorreiterschulen für BNE und Globales Lernen“). Im „Schuljahr der Nachhaltigkeit“ des Hessischen Umweltministeriums werden Nachhaltigkeitsthemen in Lernwerkstätten jeweils in einem ganzen Jahrgang einer Grundschule bearbeitet und im Rahmen des „Whole School Approaches“ mit der gesamten Schulgemeinde umgesetzt. Die Grundschulen können sich um die Auszeichnungen „Schuljahr“ bzw. „Schule der Nachhaltigkeit“ bewerben und gehören dann zum Schulnetzwerk „Nachhaltigkeit lernen in Hessen“.

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



3.3.4.2 Ressorts

Auswärtiges Amt (AA)

Initiative „Schulen: Partner der Zukunft (PASCH)“

Das Erlernen von Deutsch verbessert den Zugang zu inklusiver, gerechter und hochwertiger Bildung und eröffnet Entwicklungschancen: im eigenen Land, aber auch in Deutschland. Die 2008 vom Auswärtigen Amt (AA) ins Leben gerufene Initiative „Schulen: Partner der Zukunft“ (PASCH) trägt mit ihrem internationalen Netzwerk von etwa 600.000 Schülerinnen und Schülern an etwa 1.800 Schulen in über 120 Partnerländern gezielt zu Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) bei. Nachhaltigkeit und Umweltschutz gehören zu den im PASCH-Netzwerk vermittelten Werten und Inhalten.

Wichtiger Bestandteil des PASCH-Netzwerks sind die 140 von der Zentralstelle für das Auslandsschulwesen (ZfA) betreuten Deutschen Auslandsschulen, an denen in Deutschland anerkannte Abschlüsse abgelegt werden können. Umweltbewusstsein wird dort über Unterrichtsinhalte und Projekte vermittelt. Das Umweltprogramm „Zukunft heute. Ökologisch, gesund, nachhaltig!“ der Deutschen Schule Bogotá zielt beispielsweise auf eine nachhaltige Schule ab. Einen festen Platz hat das Thema Umwelt auch im Schul- und Prüfungsprogramm des Deutschen Sprachdiploms (DSD) der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland (Kultusministerkonferenz, KMK), das an rund 1.100 PASCH-Schulen von der ZfA umgesetzt wird.

Die über 670 vom Goethe-Institut betreuten PASCH-Schulen (sog. Fit-Schulen) sind ebenso zu kreativer Projektarbeit zu Umweltfragen aufgerufen. Beispielsweise wurden im Sommer 2020 rund 1.300 Stipendiatinnen und Stipendiaten zu den Digitalen PASCH-Jugendcamps #VisionenFürDieZukunft eingeladen. Das Goethe-Institut Moskau initiierte 2014 in enger Zusammenarbeit mit deutschen Forschungsinstituten das Vernetzungsprojekt „Umwelt macht Schule: Denken, Forschen, Handeln“, das vom Rat für Nachhaltige Entwicklung (RNE) mit dem Qualitätssiegel „Projekt Nachhaltigkeit 2017“ ausgezeichnet wurde.

Im Vordergrund stehen Themen der nachhaltigen Entwicklung auch bei den durch den Pädagogischen Austauschdienst (PAD) der KMK betreuten PASCH-Schulpartnerschaften zwischen Schulen in Deutschland und der ganzen Welt. Als Orientierung dient hier beispielsweise die Empfehlung zur „Bildung für nachhaltige Entwicklung in der Schule“ (erarbeitet von KMK und Deutscher UNESCO-Kommission) oder der „Orientierungsrahmen für den Lernbereich Globale Entwicklung“ (erarbeitet von KMK und BMZ). In den vom PAD angebotenen Fort- und Weiterbildungen für PASCH-Lehrkräfte sind Umweltthemen fest etabliert.

Als vierter PASCH-Partner widmet sich der Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD) den Partnerschaften zwischen Hochschulen und PASCH-Schulen: Betreuunginitiative Deutsche Auslands- und Partnerschulen (BIDS), dem Schüleraustausch und der Alumniarbeit. Bei den Geförderten äußert sich zunehmendes Interesse an Studiengängen mit den Schwerpunkten Nachhaltigkeit und Umwelt, z.B. Umweltwissenschaften, nachhaltige Energieversorgung oder Städtebau. Zudem wurde auf der vom DAAD betreuten PASCH-Alumni-Plattform im vergangenen Jahr ein erfolgreicher Videowettbewerb zu Umwelt und Klimawandel anlässlich des 250. Geburtstags Alexander von Humboldts durchgeführt.

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



Netzwerk der UNESCO-Projektschulen

Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) stellt einen zentralen Bildungsansatz in der Arbeit der rund 280 UNESCO-Projektschulen in Deutschland dar. Schulleitungen, Lehrkräfte, Schülerinnen und Schüler, Eltern und Akteuren und Akteur außerhalb der Schule entwickeln gemeinsam Konzepte und Maßnahmen, wie BNE im Schulprofil verankert und im Schulalltag gelebt werden kann.

Seit 2019 begleitet die Deutsche UNESCO-Kommission e.V. (DUK) 31 UNESCO-Projektschulen in einem Pilotprojekt dabei, ein Nachhaltigkeits-Qualitätsprofil für ihre Schule zu erarbeiten. In dem Projekt, das von der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU) gefördert und gemeinsam mit Fachpartnerinnen und Fachpartnern umgesetzt wird, entwickeln die Schulgemeinschaften gemäß des Whole Institution Approach (WIA) eigene Ziele und Maßnahmen für einen ganzheitlichen Wandel hin zu einem nachhaltigen Schulalltag. Ein parallel dazu entstehender Methodenbaukasten unterstützt den Transfer in das deutsche und auch (ost-)europäische Bildungssystem. Das Projekt knüpft an das von 26 UNESCO-Projektschulen in Deutschland erfolgreich umgesetzte internationale Climate Action Projekt der UNESCO (2016–2018) an. Im Rahmen des Projekts schlossen sich weltweit rund 250 Schulen des UNESCO Associated Schools Network aus 25 Ländern zusammen, um sich zum Klimawandel auszutauschen und gemeinsam Projekte und Methoden für den Schulalltag zu entwickeln. Gewonnene Erkenntnisse aber auch offenen Fragestellungen aus der Arbeit der UNESCO-Projektschulen mit dem WIA bzw. BNE im Einsatz für die Bildungsagenda 2030 wurden 2017 und 2019 im Rahmen von Schulleitungstagungen im Auswärtigen Amt (AA) bundesweit im Netzwerk geteilt und diskutiert.

Praktische Umsetzungsimpulse für BNE an den Schulen erhalten die UNESCO-Projektschulen darüber hinaus auf den bundesweiten Fachtagungen sowie den Tagungen und Konferenzen auf Länderebene. Die Fachtagungen 2018

und 2019 rückten mit jeweils über 200 Teilnehmenden die Themen der Bildungsagenda 2030 und der Demokratiebildung und Partizipation in den Mittelpunkt, die Online-Tagung 2020 die Frage nach einer zukunftsfähigen BNE im Kontext einer digitalisierten Welt. Die Förderung der Partizipation von Kindern und Jugendlichen in Schule und Kommune bildet einen wichtigen Fokus der UNESCO-Projektschulen (vgl. Handlungsfeld V des Bildungsbereichs Schule des Nationalen Aktionsplans Bildung für nachhaltige Entwicklung (NAP BNE) und zeigt sich u.a. auch an der Einbindung in den Fachtagungen 2018 und 2019.

Auf der Ebene einzelner UNESCO-Projektschulen sind bereits sehr erfolgreiche Umsetzungskonzepte für BNE erkennbar, wie sich auch in der entsprechenden Auszeichnung als BNE-Lernorte oder auch im Rahmen der Nachhaltigkeitsstrategien einzelner Bundesländer zeigt. Die UNESCO-Projektschulen geben ihre Unterrichtskonzepte und Lernmaterialien auch an andere Bildungseinrichtungen wie Universitäten oder Lehrerfortbildungsinstitute weiter und stellen diese öffentlich zur Verfügung. Neben Handlungsfeld III zählen die Aktivitäten der UNESCO-Projektschulen auch auf die Handlungsfelder I, II, IV und V des Bildungsbereichs Schule im NAP BNE ein.

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



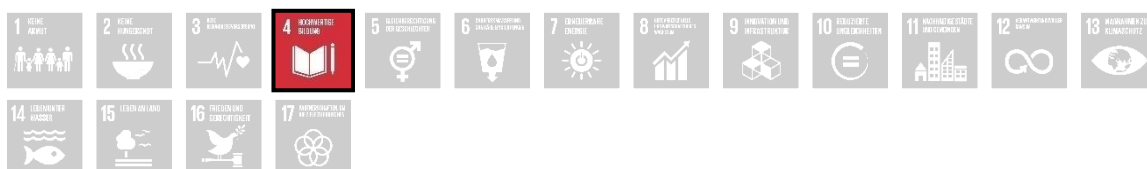
Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)

Ausbau Ganztag

Der Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD für die 19. Legislaturperiode sieht vor, bis 2025 im Sozialgesetzbuch VIII (SGB VIII) einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für alle Kinder im Grundschulalter zu schaffen. Die Bundesregierung sieht die Einführung des Rechtsanspruchs als wichtigen Beitrag an, um Bildungschancen von Kindern sowie die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu verbessern. Zudem dürfte die Einführung dieses Rechtsanspruchs zu höheren Steuer- und Sozialversicherungseinnahmen sowie geringere Ausgaben für Sozialtransfers führen, wie das im Januar 2020 vorgelegte Gutachten des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) „Fiskalische Wirkungen eines weiteren Ausbaus ganztägiger Betreuungsangebote für Kinder im Grundschulalter“ zeigt.

- Es bedarf zur weiteren Umsetzung noch einer Änderung des SGB VIII, mit der der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung eingeführt wird, sowie eines Finanzhilfegesetzes.
- Ende 2020 ist das Investitionsprogramm zum beschleunigten Infrastrukturausbau der Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder gestartet. Ziel dieses Investitionsprogramms des BMFSFJ und Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) in Höhe von 750 Millionen Euro ist es, den Ganztagsausbau zu beschleunigen und so den Weg zu einem bundesweiten Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung zu ebnen. Mit den Mitteln können Planung, Neubau, Umbau, Erweiterung, Modernisierung und Sanierung von Ganztagsangeboten finanziert und Ausstattungen, wie zum Beispiel Kücheneinrichtungen, Mobiliar sowie Sport- und Spielgeräte beschafft werden. Weitere Investitionsmittel des Bundes in Höhe von bis zu 2,75 Milliarden Euro werden zur Verfügung gestellt, wenn sich Bund und Länder auf den Umfang und die Finanzierung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung für Kinder im Grundschulalter geeinigt haben. Die entsprechenden Verhandlungen werden derzeit geführt (Stand 08.01.21).

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



Bundesministerium für Gesundheit (BMG)

Medien für Lehrerinnen und Lehrer zur Gesundheitserziehung und -förderung in der Schule

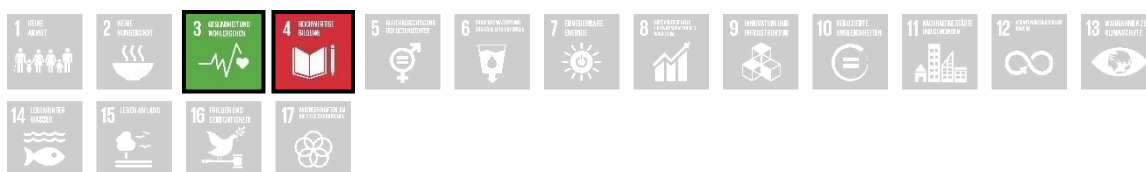
Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA): Die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen ist das themenübergreifende Schwerpunktthema der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA). Ziel ist es, die Gesundheitskompetenz von Kindern und Jugendlichen zu stärken und sie in ihrem Entwicklungsprozess zu unterstützen. Die gesundheitliche Aufklärung von Kindern und Jugendlichen ist in institutionelle und soziale Zusammenhänge eingebettet. Neben der Familie, dem Kindergarten, dem Jugendfreizeitbereich stellt die Schule als Lebens- und Lernraum ein zentrales Interventionsfeld für präventive Maßnahmen dar.

In der Schule können Heranwachsende aus allen sozialen Schichten über einen Zeitraum von zwölf bis 13 Jahren erreicht werden. Zudem ist die Schule gemäß ihres Erziehungs- und Bildungsauftrages verpflichtet, an der Gesundheitserziehung mitzuwirken.

Die in den Schulen tätigen Lehrerinnen und Lehrer sind deshalb für die BZgA eine wichtige Zielgruppe. Sie wirken als Multiplikatorinnen und Multiplikatoren, weil sie direkten Zugang zu den Kindern und Jugendlichen haben, und sie sind aufgrund ihrer Ausbildung und ihrer lehrplangemäßen Aufgaben in der Lage, gesundheitsrelevantes Wissen und Verhalten zu vermitteln und es in den Schulalltag zu integrieren.

Die BZgA entwickelt seit mehr als 20 Jahren spezielle Medien für Lehrerinnen und Lehrer zur Gesundheitserziehung und -förderung in der Schule. Sie erscheinen in der Schriftenreihe „Gesundheit und Schule“. Seit einigen Jahren werden sie ergänzt um Medien für Eltern/Erziehungsberechtigte.

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV)

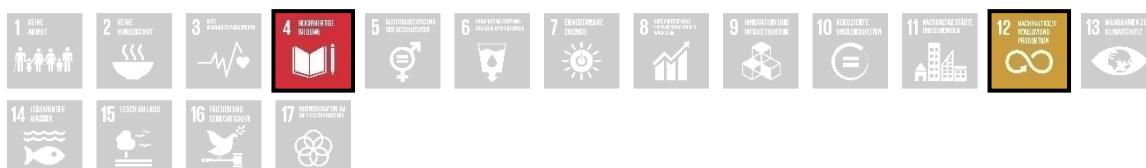
„Materialkompass“ für Verbraucherbildung

Mit der Verstetigung des sogenannten „Materialkompasses“ des Verbraucherzentrale Bundesverbandes e.V. trägt das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) zu einer besseren Orientierung von Lehrkräften bei der Materialauswahl für den Unterricht im schulischen und außerschulischen Kontext bei. Frei zugängliche Bildungsmaterialien, u.a. zum Handlungsfeld „Nachhaltiger Konsum“, werden von unabhängigen Expertinnen und Experten im Hinblick auf inhaltliche Qualität und Didaktik bewertet und mit einer Sternbewertung versehen. Auf ["Materialkompass" für Verbraucherbildung](#) können Lehrkräfte aufgrund dieser Bewertungen geeignetes Unterrichtsmaterial recherchieren und herunterladen. Sie erhalten außerdem Hinweise über mögliche Unterrichtskontexte und Einsatzfelder des entsprechenden Materials.

Weiterführender Link:

["Materialkompass" für Verbraucherbildung](#)

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)

Projekt „Nachhaltiges Facility-Management an öffentlichen Schulen im Libanon“

Im Rahmen des Projektes „Nachhaltiges Facility-Management an öffentlichen Schulen im Libanon“ (Laufzeit: 2019 bis 2021) wird das libanesische Bildungsministerium bei der Entwicklung und Umsetzung eines verbindlichen Orientierungsrahmens für nachhaltiges Facility-Management auf nationaler, regionaler und Schulebene beraten. Zudem werden ausgewählte Schulen mit ressourceneffizienten Technologien ausgestattet und die Schülerinnen und Schüler, Eltern und Lehrkräfte bei der Umgestaltung der Schule durch Umweltbildung einbezogen. Zusätzlich werden die technischen und pädagogischen Kapazitäten öffentlicher Schulen für die Nutzung digitaler Lernmedien verbessert, um auch angemessene Fernlernangebote zu ermöglichen. Des Weiteren erhalten libanesische sowie syrische Schülerinnen und Schüler Zugang zu hochwertiger Schulernährung.

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



BNE digital

Umsetzung und Weiterentwicklung des Orientierungsrahmens für den Lernbereich Globale Entwicklung/Schulprogramm (strukturelle Verankerung von BNE in Schule)

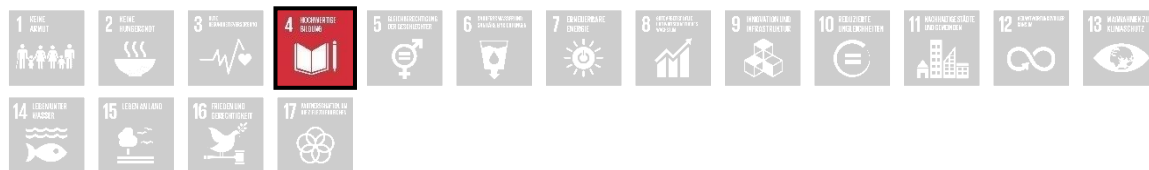
Im Ergebnis der 8. KMK/BMZ Fachtagung zum Orientierungsrahmen Globale Entwicklung (2017) entstand das Diskussionspapier „Orientierung gefragt – BNE in einer digitalen Welt“, das unter Beteiligung von Politik, Verwaltung, Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Schule mit dem fachlichen Hintergrund BNE und Digitalisierung im Juli 2018 veröffentlicht wurde.

Ziel des Diskussionspapiers ist es, eine breite Debatte zu den Anforderungen an Digitalisierung in Bezug auf BNE zu initiieren. Das Papier versteht sich auch als ein Beitrag zur Diskussion um die Gestaltung der Digitalisierung, die durch den Wissenschaftlichen Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) „Digitalisierung braucht dringend Gestaltung“ sowie durch die Umsetzung des Digital Pakts Schule angestoßen wurde. Ansätze des Diskussionspapiers finden sich u.a. im Hauptgutachten des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) „Unsere gemeinsame digitale Zukunft“.



Abbildung 19: Orientierung ist gefragt. BNE in einer digitalen Welt / Foto: Engagement Global

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



Förderung von BNE-Schulentwicklungsprozessen im Rahmen von Länderinitiativen

Das BMZ fördert über Engagement Global in Kooperation mit den Ländern Länderinitiativen zum BMZ/KMK-Orientierungsrahmen für den Lernbereich Globale Entwicklung, die u.a. Maßnahmen zur Umsetzung des Whole System Approaches (WSA) enthalten.

Ziel der im Berichtszeitraum durchgeführten zehn Länderinitiativen zu einem Whole System Approach in BNE ist es, Erfahrung in der Begleitung von Schulen in diesem Bereich zu sammeln und entsprechende Netzwerke zur Weitergabe guter Praxisbeispiele aufzubauen. Projektpartner sind vor allem Bildungsministerien der Länder bzw. diesen unterstellte Landesinstitute, u.a. in Baden-Württemberg, Berlin, Brandenburg, Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein. So wird z.B. in Baden-Württemberg die strukturelle Verankerung von BNE im Schulentwicklungsprozess an sechs Schulen der Region Heidenheim anhand eines Whole System Approaches umgesetzt und durch ein neu etabliertes Schulnetzwerk für nachhaltigkeitsorientierte Schulen systematisch übertragen.

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



Materialien zur Ausgestaltung des Whole System Approaches

Das BMZ fördert über Engagement Global die Entwicklung von Materialien für Schulleiterinnen und Schulleiter auf Grundlage des BMZ/KMK-Orientierungsrahmens für den Lernbereich Globale Entwicklung, die Möglichkeiten zur Ausgestaltung des Whole System Approaches praxisnah beschreiben.

Hierzu dient z.B. die Veröffentlichung „Gemeinsam für Zukunftsfähigkeit“ aus dem Jahr 2020, in der auf Basis wissenschaftlicher Erkenntnisse „Formen und Bedingungen von Kooperationen zwischen Schulen und dem gesellschaftlichen Umfeld im Sinne des Whole School Approach“ dargestellt werden.

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



Zusammenarbeit mit Schulbuchverlagen und offene Bildungsmaterialien

Das BMZ fördert über Engagement Global in Zusammenarbeit mit Verlagen, Fachdidaktikerinnen und Fachdidaktikern und Vertreterinnen und Vertretern von Zivilgesellschaft die Entwicklung von Lern- und Lehrmaterialien auf Grundlage des BMZ/KMK-Orientierungsrahmens für den Lernbereich Globale Entwicklung.

im Rahmen des Umsetzungsprozesses des Orientierungsrahmens werden u.a. Schulbuchverlage beraten. 2018 wurden die Verlagsleitungen und weitere Führungskräfte der Verlage für Bildungsmedien über die aktuellen Entwicklungen im Bereich BNE in einer Veranstaltung am Rande der Bildungsmesse didacta informiert. In einer Fortbildung für Redakteure und Autoren konnte im November 2019 in Kooperation mit dem Sächsischen Staatsministerium für Kultus sowie Arche Nova e.V. konkret für Verlagsmitarbeitende gezeigt werden, wie Verlage BNE in ihren Materialien nutzen können. Eine Handreichung für Verlage soll 2021 vorgelegt werden.

Im Bereich von „Open Educational Resources“, (OER, offene Bildungsmaterialien) wurden im Jahr 2019 ein Positionspapier zur wechselseitigen Ergänzung von BNE und offenen Bildungsmaterialien sowie zahlreiche entsprechende Materialien veröffentlicht. Des Weiteren wurden Erklärvideos als OER zu Themen der Nachhaltigen Entwicklung erstellt, die sich sowohl für den direkten Einsatz im Unterricht als auch für die Integration in andere Materialien eignen.



Abbildung 20: Erklärvideo „Klimawandel“ (Mittelstufe), Foto: Engagement Global

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



Entwicklungspolitisches Schulaustauschprogramm ENSA

Das BMZ fördert über Engagement Global internationale Schulpartnerschaften mit dem Globalen Süden vor allem über das ENSA-Programm.

ENSA fördert im Berichtszeitraum jährlich bis zu 50 Lernreisen für entwicklungspolitische Schulpartnerschaften, an denen pro Jahr bis zu 1.000 Schülerinnen, Schüler und Lehrkräfte allgemein- und berufsbildender Schulen sowie NRO-Vertretende aus Deutschland und dem Globalen Süden beteiligt sind. Das Programm bietet Gelegenheit, sich im Rahmen der Schulaustauschreisen sowie der von ENSA organisierten pädagogischen Begleit- und Qualifizierungsmaßnahmen intensiv mit Fragen globaler Herausforderungen auseinanderzusetzen. Die Programmmaßnahmen wurden aufgrund der Corona-Pandemie seit März 2020 entweder verschoben oder virtuell durchgeführt.

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



Förderung der Internetplattform „Die Eine Welt Internet Konferenz“ (EWIK)

Das BMZ fördert über Engagement Global die Bündelung von Online-BNE-Materialien zum BMZ/KMK-Orientierungsrahmen für den Lernbereich Globale Entwicklung auf der Internetplattform Die Eine Welt Internet Konferenz (EWIK).

Die im Rahmen der Länderinitiativen zur Umsetzung des Orientierungsrahmens entwickelten Materialien zu BNE bzw. zum Globalen Lernen werden dem EWIK-Portal zur Verfügung gestellt. Bis Ende 2020 wurden mehr als 80 umfangreiche Lern- und Lehrmaterialien zu Möglichkeiten der Berücksichtigung von BNE in Schule erstellt. Damit wird ein großes Spektrum sowohl an Themen wie auch an didaktischen Grundsätzen und strukturellen Vorgaben des Orientierungsrahmens der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Insgesamt werden jedes Jahr rund 25.000 Downloads von BNE-Materialien auf der EWIK-Plattform getätigt.

Weiterführender Link:

[Internetplattform „Die Eine Welt Internet Konferenz“ \(EWIK\)](#)

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



3.3.5 Handlungsfeld IV: Strukturelle Verankerung von BNE in Lehr- und Bildungsplänen

3.3.5.1 Länder

Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland (Kultusministerkonferenz, KMK), Schule

Hierzu sei auch auf die Ergebnisse des Nationalen Monitorings hinzuweisen: „Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) in der Schule – Strukturelle Verankerung in Schulgesetzen, Lehrplänen und der Lehrerbildung“ (2020), Kurzbericht zu Beginn des UNESCO BNE-Programms „ESD for 2030“ von Jorrit Holst und Antje Brock verwiesen.

Weiterführender Link:

[Publikation: Bildung für nachhaltige Entwicklung \(BNE\) in der Schule \(PDF\)](#)

Strukturelle Verankerung von BNE in Lehr- und Bildungsplänen: Übergeordnete Referenzdokument zur curricularen Verankerung von BNE

Einige Länder entwickeln Referenzdokumente, Leitlinien, Leitgedanken o.ä. für die curriculare Verankerung von BNE. Dabei zeigen sich unterschiedliche Herangehensweisen: So wird BNE im Bildungsplan Baden-Württemberg

als eine von sechs „Leitperspektiven“ ausgewiesen, um BNE systematisch in den Bildungsplänen für die allgemeinbildenden Schulen (2016) zu verankern. In Berlin und Brandenburg ist BNE und Globales Lernen im „Rahmenlehrplan 1–10“ eines von 13 übergreifenden Themen in den neuen Rahmenlehrplänen. Nordrhein-Westfalen hat mit wissenschaftlicher Unterstützung eine „Leitlinie BNE“ entwickelt, welche als Referenzdokument u.a. für alle zukünftigen Lehrpläne, Richtlinien und Lehrkräftefortbildungen dient. Ähnliches ist in Baden-Württemberg in der Planung. Rheinland-Pfalz und Bremen entwickeln eine BNE-Richtlinie und ein Empfehlungspapier zur Lehrplanarbeit. Thüringen hat Schlüsselthemen von BNE in dem Thüringer Bildungsplan bis 18 Jahre (TBP-18) und den Lehrplänen beigefügte Leitgedanken aufgenommen.

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



Verankerung von BNE in den Lehrplänen der Fächer

In den Bildungs- bzw. Lehrplänen der Länder zeigen sich in allen Ländern inzwischen in vielen Fächern thematische Verknüpfungen von BNE und Globalem Lernen – allerdings in unterschiedlicher Tiefe und auf Grundlage unterschiedlicher BNE-Verständnisse insbesondere hinsichtlich eines transformatorischen Anspruchs von BNE. Schwerpunkte bilden Fächer wie Sachunterricht in der Grundschule, Geographie und Politik bei den Gesellschaftswissenschaften, Biologie, Physik bei den Naturwissenschaften in den weiterführenden Schulen. BNE und Globales Lernen findet sich auch in rahmenden Dokumenten auf der Ebene von Bildungs- und Erziehungszielen. In Bayern wurde BNE in die Lehramtsprüfungsordnung (§ 33 in LPO I, Ordnung für die Erste Prüfung für ein Lehramt an öffentlichen Schulen) aufgenommen. In Hamburg ist BNE im erziehungswissenschaftlichen Studium aller Lehrämter (Drucksache 21/11562 vom 9.1.2018) verankert.

In vielen Ländern, u.a. Baden-Württemberg, Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein wurden bzw. werden Bildungs- bzw. Lehrpläne unter Berücksichtigung von BNE als Querschnittsaufgabe überarbeitet. Im Saarland wird ein „Basiscurriculum BNE“ als Grundlage für die nachfolgende Lehrplanarbeit erstellt.

Es werden Überschneidungen und Bezüge hergestellt zu angrenzenden Querschnittsthemen wie Verbraucherbildung und ökonomischer Bildung, Mobilitätserziehung, kultureller Bildung, Demokratie- und Menschenrechtsbildung, Friedenserziehung und vermehrt auch zu digitaler Bildung.



Abbildung 21: Schülerinnen und Schüler der Evangelischen Schule Neuruppin setzen beim March for Science 2018 mit physikalischen und chemischen Experimenten ein starkes Zeichen für die Wissenschaft / Copyright: Michael Woizick

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



Orientierungsrahmen Globale Entwicklung

In vielen Ländern wird bei der fachlichen Umsetzung von BNE und Globalem Lernen der „Orientierungsrahmen für den Lernbereich der Globalen Entwicklung im Rahmen einer Bildung für nachhaltige Entwicklung der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland (Kultusministerkonferenz, KMK) und des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ)“ genutzt und zum Teil als Länderinitiativen durch Engagement Global/BMZ gefördert. Zurzeit wird durch eine gemeinsame Arbeitsgruppe aus KMK und BMZ eine Übertragung auf die gymnasiale Oberstufe erarbeitet.

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



3.3.5.2 Ressorts

Auswärtiges Amt (AA)

Förderung von Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) im östlichen Afrika

Die Deutsche UNESCO-Kommission e.V. (DUK) unterstützt mit Förderung des Auswärtigen Amtes (AA) im östlichen Afrika die Stärkung von BNE-Ansätzen, z.B. 2018 in Tansania, bei dem in einem Projekt zu Müllvermeidung und Recycling 15 Schulen und 40.000 Schülerinnen und Schüler erreicht wurden.

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU)

Nachhaltiger Konsum

Die Qualifizierung von Verbraucherinnen und Verbrauchern im Hinblick auf Möglichkeiten des umweltbewussten Konsums ist eine wichtige Bildungsaufgabe. Als staatliches Umweltkennzeichen mit hohen Glaubwürdigkeitswerten informiert der Blaue Engel über umweltfreundliche Produktalternativen. Unabhängig und glaubwürdig setzt er anspruchsvolle Maßstäbe für umweltfreundliche Produkte und Dienstleistungen. Der Blaue Engel ist die Orientierung beim nachhaltigen Einkauf. Die Aktion „Secondhand verliebt – Schulstart mit dem Blauen Engel. 100% Recyclingpapier für unsere Umwelt“ soll Eltern sowie Schülerinnen und Schüler für einen nachhaltigen Konsum sensibilisieren. Mit den für alle Schulformen und Jahrgangsstufen geeigneten Unterrichtsmaterialien lernen die Schülerinnen und Schüler das Umweltzeichen kennen, erfahren, wie dadurch die Umwelt geschützt wird und erhalten Anregungen, was sie mit dem Blauen Engel für die Umwelt tun können.

Weiterführender Link:

[Blauer Engel](#)

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



Internationale Klimaschutzinitiative (IKI) – Plan International Deutschland

Im Rahmen der Internationalen Klimaschutzinitiative (IKI) integrierte Plan International Deutschland Lernziele und -inhalte zum Aufbau und zur Stärkung der Anpassungs- und Widerstandsfähigkeit von Kindern und Jugendlichen an den Klimawandel in die Bildungssysteme von Indonesien, den Philippinen und Thailand. Formale und non-formale Bildungskonzepte erweiterten das Wissen der jungen Bevölkerung über die Auswirkungen des Klimawandels, statteten sie mit erforderlichen Fertigkeiten aus und konnten einen Paradigmenwechsel anstoßen, der kinderorientierte gemeindebasierte Anpassungsmaßnahmen ermöglichte.

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)

Nachhaltige Bewirtschaftung von Walnuss-Wildobstwäldern und Weiden im Süden Kirgisistans

Das Programm „Nachhaltige Bewirtschaftung von Walnuss-Wildobstwäldern und Weiden im Süden Kirgisistans“ (Laufzeit: 2018 bis 2023) beweist, dass sich Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) in Programme unterschiedlichster Fokussierung integrieren lässt. In diesem im Kern auf (ökologisch) nachhaltige Wirtschaftsentwicklung ausgerichteten Programm wird in einem Handlungsfeld die Verankerung von BNE-Themen in Schulcurricula anvisiert und Lehrkräfte in Schulen bei der Entwicklung und Umsetzung innovativer Methoden der Umweltbildung unterstützt und zu Umweltbildung fortgebildet. Damit werden Voraussetzungen geschaffen, dass Schülerinnen und Schüler Kompetenzen entwickeln und ihr Umweltbewusstsein steigern, die für die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung bedeutsam sind.

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



Erweiterung des Orientierungsrahmens für den Lernbereich Globale Entwicklung auf die gymnasiale Oberstufe

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) fördert über Engagement Global die Umsetzung, Aktualisierung und Weiterentwicklung des Orientierungsrahmens für den Lernbereich Globale Entwicklung des BMZ und der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland (Kultusministerkonferenz, KMK) u.a. auf gymnasiale Oberstufe, einschließlich der Entwicklung von begleitenden Lern- und Lehrmaterialien.

Nach den Beschlüssen des KMK Schulausschusses vom September 2019 und der KMK Amtschefskonferenz von November 2019 erfolgt die Erweiterung des Orientierungsrahmens für den Lernbereich Globale Entwicklung auf die gymnasiale Oberstufe. Der Gesamtprozess wird durch die KMK/BMZ Projektgruppe begleitet. Sie besteht aus Vertretern von Bundesländern, Wissenschaft, Zivilgesellschaft. Die Leitung der KMK-BMZ Projektgruppe erfolgt durch die KMK-Berichterstatter BNE gemeinsam mit Engagement Global.

Die Beiträge zu den einzelnen Fächern werden von Facharbeitskreisen erstellt, die aus einer Leitung sowie insgesamt bis zu fünf Fachdidaktikerinnen und -didaktiker, Schulpraktikerinnen und -praktiker mit Schwerpunkt Sekundarstufe II und/oder Vertreterinnen und -vertreter der schulischen Unterstützungssysteme wie der Lehrkräftebildung, der Lehrplanentwicklung, der Zivilgesellschaft usw. bestehen. Insgesamt sind 16 Facharbeitskreise geplant. Sie erstellen die jeweiligen Beiträge des OR GOS in den Fächern: Deutsch, Neue Fremdsprachen, Alte Sprachen, Bildende Kunst, Musik und Darstellendes Spiel, Sozialkunde/Politische Bildung, Geographie, Geschichte, Fächergruppe Religion/Philosophie/Ethik, Wirtschaft, Mathematik, Biologie, Chemie, Physik, Informatik und Sport). Im Rahmen der Erweiterung werden für jedes Fach detaillierte Unterrichtsbeispiele erstellt, die als Unterrichtsmaterialien sofort einsetzbar sind und beispielhaft zeigen, wie BNE in der gymnasialen Oberstufe umgesetzt werden kann.

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



Kooperation im Rahmen von Länderinitiativen zur strukturellen Verankerung von BNE

Das BMZ fördert über Engagement Global in Zusammenarbeit mit den Bundesländern Initiativen und Projekte zur Umsetzung des BMZ/KMK-Orientierungsrahmens für den Lernbereich Globale Entwicklung.

Die Länderinitiativen werden von übergeordneten öffentlichen Institutionen im Schulbereich (wie z.B. Bildungsministerien, Landesinstitute für Lehrkräftebildung, Studienseminare, Universitäten, Schulbehörden sowie auch großen Berufsbildungseinrichtungen) in Kooperation mit Engagement Global mit Mitteln des BMZ durchgeführt. Seit 2017 wurden 21 Länderinitiativen in 14 Bundesländern initiiert und zehn Initiativen weitergeführt. Zuletzt (Stand Dezember 2020) sind 19 Länderinitiativen in der Durchführung. Neben der Erarbeitung von Unterrichtsmodellen und der Lehrkräfte(fort)bildung stehen vor allem die Anpassung landesweiter Rahmenlehrpläne sowie die feste Einbindung des Lernbereichs in den Schullalltag (Whole School Approach) im Vordergrund.

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



3.3.6 Handlungsfeld V: Partizipation und BNE

3.3.6.1 Länder

Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland (Kultusministerkonferenz, KMK), Schule

Aktivitäten der Länder im Schulbereich

Eine systematische und ausdrückliche Verankerung ist im Handlungsfeld V eher selten, es gibt jedoch vielerlei Aktivitäten, die direkt an die Adressaten Schülerinnen und Schüler gerichtet sind. Erwähnt seien beispielhaft, um das Spektrum der Aktivitäten zu verdeutlichen, die „col labs: Zukunftslabore“ in Baden-Württemberg, der „Schülerinnen- und Schüler-Kongress der Taten – jetzt mache ich mehr“ in Bremen, die „Klimazukunftskonferenz“ in Berlin, die Einbindung von bis zu 800 Schülerinnen und Schülern bei BNE-Aktivitäten der „BürgerStiftung Hamburg“, „Schools of tomorrow“ in Mecklenburg-Vorpommern, der „Landesdemokratietag“ in Rheinland-Pfalz und das „Landesnetzwerk Entwicklungspolitik Saarland e.V.“.



Abbildung 22: Klimazukunftskonferenz Berlin, vorbereitet und gestaltet mit Schülerinnen und Schülern / Copyright: Johannes Eichstädt, Creative Common Lizenz „CC BY-NC-ND“

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



3.3.6.2 Ressorts

Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL)

Bundesweiter Schulwettbewerb zur nachhaltigen Landwirtschaft und Ernährung

Der bundesweite Schulwettbewerb "Echt kuh-!" lädt Kinder und Jugendliche aller Schularten – von der 3. bis zur 10. Jahrgangsstufe – auf Entdeckungsreise in die Welt der ökologischen und nachhaltigen Landwirtschaft und Ernährung ein. Dabei soll der Wettbewerb auch dazu anregen, darüber nachzudenken wie sich die eigene Ernährung auf Mensch, Tier und Natur auswirken kann bzw. welche Wechselwirkungen jeweils bestehen. In einer aktiven Auseinandersetzung mit dem jährlich wechselnden Wettbewerbsthema sollen schlüssige und nachhaltige Ideen entwickelt und in kreative Beiträge umgesetzt werden: Internetseiten, Hörspiele, Reportagen, (Werbe-)Plakate, Videos, Lieder, Spiele, Collagen und vieles mehr sind denkbar. Auch Schülercafés oder Kochaktionen an den Schulen kommen infrage. Die Beiträge können als Klassen-, Kurs-, Projektarbeiten oder Einzelbeiträge eingereicht werden.

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



3.4 Berufliche Bildung

3.4.1 Einleitung

Die berufliche Bildung zeichnet sich durch eine hohe Arbeitsmarkt- und Praxisnähe, die Einbindung aller relevanten Stakeholder, individuelle und weitreichende Karriere- und Bildungswege sowie die Vermittlung einer hohen Beschäftigungsfähigkeit aus. Sie ermöglicht jungen Menschen durch die Vielfalt der Berufe an gesellschaftlich relevanten Themenfeldern, wie der Energiewende, der nachhaltigen Gestaltung von Land- und Forstwirtschaft und von Technologie oder auch dem sozialen Zusammenhalt aktiv vor Ort mitzuwirken.

Im Folgenden werden die für die berufliche Bildung zu Bildung für nachhaltige Entwicklung (BBNE) erfolgten Aktivitäten und Maßnahmen der Bundesregierung, der Länder und der gesellschaftlichen Akteurinnen und Akteure in fünf Handlungsfelder aufgezeigt: Bestandsaufnahme (HF I), Potenziale der BBNE (HF II), Betriebe und berufliche Schulen als nachhaltige Lernorte etablieren (HF III), Kompetenzanforderungen zur Nachhaltigkeit (HF IV) sowie curriculare und didaktische Umsetzung von beruflicher BNE (HF V).

3.4.2 Übergreifende Themen

3.4.2.1 Ressorts

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) und Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF)

Bundesprogramm „Ausbildungsplätze sichern“

Vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie und der damit verbundenen Krise hat der Koalitionsausschuss am 3. Juni 2020 das Programm „Corona-Folgen bekämpfen, Wohlstand sichern, Zukunftsfähigkeit stärken“ beschlossen. Mit dem Bundesprogramm „Ausbildungsplätze sichern“ wird die Ziffer 30 dieses Koalitionsbeschlusses umgesetzt, die Eckpunkte sind am 24. Juni 2020 vom Bundeskabinett beschlossen worden. Mit dem Bundesprogramm hat die Bundesregierung einen Schutzschirm für Ausbildungsplätze gespannt. Die neuen Hilfen richten sich in erster Linie an kleine und mittlere Ausbildungsbetriebe, und zwar an diejenigen, die trotz erheblicher wirtschaftlicher Schwierigkeiten weiterhin ausbilden und die jungen Menschen damit auch in dieser Zeit eine gute berufliche Perspektive bieten. Durch die Förderungen sollen Ausbildungsbetriebe motiviert werden, ihr Ausbildungsniveau zu halten oder sogar zu erhöhen, Kurzarbeit für Auszubildende zu vermeiden, Auszubildenden aus Corona-bedingt insolventen Betrieben oder Betrieben, die temporär nicht ausbilden können, die Fortführung ihrer Ausbildung zu ermöglichen. Dies soll dazu beitragen, mittelfristig den Fachkräftebedarf in Deutschland decken zu können, zudem sollen junge Menschen auch in der Corona-Krise positiv in ihre berufliche Zukunft blicken können.

Dafür sind folgende Förderleistungen vorgesehen:

- Ausbildungsprämie bei Erhalt des Ausbildungsniveaus,
- Ausbildungsprämie bei Erhöhung des Ausbildungsniveaus,

- Zuschuss zur Ausbildungsvergütung zur Vermeidung von Kurzarbeit,
- Förderung von Auftrags- und Verbundausbildung,
- Übernahmeprämie zur Sicherung der Weiterführung von Ausbildungsverhältnissen bei pandemiebedingter Insolvenz eines Ausbildungsbetriebes.

Die Umsetzung des Bundesprogramms erfolgt in zwei getrennten Förderrichtlinien. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) hat federführend die Erste Förderrichtlinie, die die Ausbildungs- und Übernahmeprämien sowie den Zuschuss zur Ausbildungsvergütung umfasst, in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF), erstellt. Die Erste Förderrichtlinie ist am 1. August 2020, pünktlich zum Beginn des neuen Ausbildungsjahres, in Kraft getreten. Eine erste Änderung der Richtlinie erfolgte mit Wirkung zum 11.12.2020. Die Bundesagentur für Arbeit setzt die Erste Förderrichtlinie um und ist für die Anträge und deren Bewilligung zuständig. Für die Förderung der Auftrags- und Verbundausbildung hat das BMBF eine Zweite Förderrichtlinie erstellt, die am 31. Oktober 2020 in Kraft getreten ist. Für die Umsetzung dieser Förderrichtlinie sowie die Anträge und deren Bewilligung ist die Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See zuständig.

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



Teilnahme an beruflicher Weiterbildung im Strukturwandel erhöhen

Die aktuelle COVID-19 Pandemie verstärkt den digitalen und ökologischen Wandel. Weiterbildung und Qualifizierung sind damit mehr denn je eine zentrale Antwort auf die daraus resultierenden Herausforderungen. Die unter der Federführung von BMAS und BMBF und der Beteiligung von 15 weiteren Partnern aus Wirtschaft, Gewerkschaften, Bundesländern und der Bundesagentur für Arbeit erarbeitete Nationale Weiterbildungsstrategie (NWS) setzt hier an. Das am 12. Juni 2019 verabschiedete Strategiepapier beinhaltet zehn Handlungsziele, unter denen auch die Maßnahmen und Commitments der einzelnen Akteurinnen und Akteure aufgeführt und benannt werden.

Bis Februar 2021 wurden von Seiten des BMAS u.a. folgende Maßnahmen auf den Weg gebracht:

1. Das BMAS hat mit dem Qualifizierungschancengesetz den Zugang zur Weiterbildungsförderung für Beschäftigte und arbeitslose Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erleichtert und die Förderung erheblich verbessert. Beschäftigte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erhalten unabhängig von Qualifikation, Lebensalter und Betriebsgröße grundsätzlich Zugang zur Weiterbildungsförderung, wenn deren berufliche Tätigkeiten durch Technologien ersetzt werden können, die in sonstiger Weise vom Strukturwandel bedroht sind oder die eine Weiterbildung in einem Engpassberuf anstreben.
2. Mit dem „Arbeit-von-morgen-Gesetz“ wurden insbesondere die Förderleistungen strukturwandelbedingter Qualifizierungen für besonders gravierend betroffene Beschäftigte und Unternehmen ausgeweitet und zugleich ein Anreiz gesetzt, Zeiten von Kurzarbeit zur Weiterbildung betroffener Beschäftigter zu nutzen.
3. Darüber hinaus sollen mit dem Bundesförderprogramm „Aufbau von Weiterbildungsverbänden“ die Weiterbildungsbeteiligung der Beschäftigten in KMU gesteigert und regionale Wirtschafts- und Innovationsnetzwerke gestärkt werden. Es werden zunächst bis zu 40 Projekte (Laufzeit: 36 Monate) gefördert. Die ersten zwei Projekte sind im Dezember 2020 gestartet.

4. Mit dem Beschäftigungssicherungsgesetz wurde der Anreiz gestärkt, Zeiten der Kurzarbeit für berufliche Weiterbildung zu nutzen, indem u.a. die Förderung der beruflichen Weiterbildung für diese Fälle vereinfacht und fortentwickelt wurde.

Ein Umsetzungsbeitrag des BMBF im Rahmen der NWS ist der Innovationswettbewerb INVITE, der, die übergeordneten Ziele der NWS aufgreifend, zur Transparenz und Kohärenz des Weiterbildungsmarktes in der berufsbezogenen Weiterbildung beitragen soll. In INVITE werden Projekte gefördert, die bestehende Weiterbildungsplattformen vernetzen, Schnittstellenlösungen und Standards entwickeln sowie durch individualisierte, KI-unterstützte Tools die Nutzerfreundlichkeit und Auffindbarkeit von Weiterbildungsangeboten erhöhen sollen. Damit zahlt INVITE auf das Ziel ein „allen Menschen in Deutschland genau die Weiterbildung zu ermöglichen, die am besten zu ihrer Lebenslage und ihren individuellen Lernbedürfnissen passt – und das möglichst unkompliziert“ (Bundesministerin Anja Karliczek). Attraktivität, Qualität und Gleichwertigkeit der beruflichen Bildung steigern und neue Lernortkooperationen initiieren: Das sind die Ziele von InnoVET. Die 17 Projekte entwickeln und erproben vier Jahre lang attraktive und hochwertige Qualifizierungsangebote für die berufliche Bildung. Diese schaffen Anreize für junge Menschen, eine Aus- oder Weiterbildung zu beginnen. Die Qualifizierungsangebote orientieren sich an den Bedarfen der Unternehmen und tragen dazu bei, hochqualifizierte Fachkräfte auszubilden. Die Projekte sind in sechs Themenclustern aktiv: Gleichwertigkeit schaffen, Branchen stärken, Digitalen Wandel gestalten, Ausbildungsqualität steigern, Lernortkooperation ausbauen und Hybride Bildungsmodelle erproben.

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS)

Stärkung der Weiterbildungsförderung

Im Zeitalter der Digitalisierung und vielfältigen Veränderungen in Branchen, Betrieben und Berufen ist eine kontinuierliche berufliche Weiterbildung unerlässlich für die Sicherung individueller Beschäftigungsfähigkeit. Die Förderung der beruflichen Weiterbildung stellt daher einen wichtigen Schwerpunkt der (aktiven) Arbeitsmarktpolitik dar.

Mit dem am 1. Januar 2019 in Kraft getretenen Qualifizierungschancengesetz wurden die Fördermöglichkeiten weiterentwickelt und der Zugang von beschäftigten und arbeitslosen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zur beruflichen Weiterbildungsförderung erheblich verbessert, um insbesondere qualifikatorische Anpassungsbedarfe vor dem Hintergrund des digitalen Strukturwandels und fortschreitender Automatisierungsprozesse zu unterstützen. Es eröffnet Beschäftigten, deren berufliche Tätigkeiten durch Technologien ersetzt werden können, die in sonstiger Weise vom Strukturwandel bedroht sind oder die eine Weiterbildung in einem Engpassberuf anstreben, nun grundsätzlich unabhängig von Qualifikation, Alter und Betriebsgröße einen Zugang zur beruflichen Weiterbildungsförderung nach dem Dritten und Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB III und SGB II). Zuschüsse können in Abhängigkeit von der Betriebsgröße sowohl an Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer als auch an Arbeitgeber zu den Lehrgangskosten als auch zum Arbeitsentgelt gezahlt werden. Hierbei ist, anders als zuvor, die Förderung der Weiterbildung auch während des Bezugs von Kurzarbeitergeld möglich. Zudem kann Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern seitdem eine Anpassung und Fortentwicklung ihrer beruflichen Kompetenzen ermöglicht werden, wenn sie berufliche Tätigkeiten ausüben, die durch Technologien ersetzt werden können, in sonstiger Weise vom Strukturwandel betroffen sind oder eine Weiterbildung in einem Engpassberuf anstreben.

Mit dem Gesetz zur Förderung der beruflichen Weiterbildung im Strukturwandel und zur Weiterentwicklung der Ausbildungsförderung („Arbeit-von-morgen-Gesetz“) vom Mai 2020 wurden insbesondere die Förderleistungen für besonders vom Strukturwandel betroffene Beschäftigte und Betriebe noch einmal ausgebaut. Zudem wurde für

Personen ohne Berufsabschluss ein grundsätzlicher Rechtsanspruch auf Förderung einer berufsabschlussorientierten Weiterbildung eingeführt. Auch kann Qualifizierung in der Transfergesellschaft nunmehr unabhängig von Alter und Berufsabschluss sowie auch über das Ende des Bezugs von Transferkurzarbeitergeld hinaus gefördert werden.

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



Weiterentwicklung der Ausbildungsförderung

Eine gute Ausbildung wird noch stärker als bisher entscheidend für einen guten und nachhaltigen Einstieg in das Berufsleben sein. Zudem kommt ihr als wesentliche Grundlage für weitere berufliche Entwicklungen und Qualifizierungen eine hohe Bedeutung zu. Im Rahmen des Gesetzes zur Förderung der beruflichen Weiterbildung im Strukturwandel und zur Weiterentwicklung der Ausbildungsförderung („Arbeit-von-morgen-Gesetz“) sind deshalb die Möglichkeiten der Ausbildungsförderung weiterentwickelt worden.

Seit 2015 hat sich das bislang befristete Instrument der Assistenten Ausbildung etabliert und findet Rückhalt bei den beteiligten Akteurinnen und Akteuren. Im Zuge der Weiterentwicklung der Ausbildungsförderung wurde die Assistierte Ausbildung mit dem „Arbeit-von-morgen-Gesetz“ als dauerhaftes Unterstützungsinstrument gesetzlich verankert und weiterentwickelt. Die Assistierte Ausbildung beinhaltet eine individuell an den Bedürfnissen des jungen Menschen ausgerichtete, kontinuierliche Unterstützung und sozialpädagogische Begleitung. Im Rahmen der optionalen Vorphase kann die Integration in eine betriebliche Berufsausbildung unterstützt werden. Ziele während einer Berufsausbildung (begleitende Phase) sind der Abbau von Sprach- und Bildungsdefiziten, die Förderung fachtheoretischer Fertigkeiten, Kenntnisse und Fähigkeiten sowie die Stabilisierung des Berufsausbildungsverhältnisses. Zudem können auch Teilnehmende an einer Einstiegsqualifizierung sowie der jeweilige Betrieb durch die begleitende Phase der Assistenten Ausbildung unterstützt werden.

Durch die Neuregelungen können nun auch junge Menschen, die als Tagespendler im grenznahen Ausland leben und die in Deutschland eine Ausbildung absolvieren, mit der Assistenten Ausbildung gefördert werden.

Junge Menschen können ausbildungsbegleitende Hilfen erhalten, wenn sie zusätzliche Unterstützung benötigen, um eine betriebliche Berufsausbildung beginnen, fortsetzen oder erfolgreich abschließen zu können. Um parallele Strukturen zu glätten, werden die ausbildungsbegleitenden Hilfen im Jahr 2021 mit der Assistenten Ausbildung zusammengeführt.

Bislang erhielten Teilnehmende an einer Einstiegsqualifizierung ausschließlich die vereinbarte Praktikumsvergütung durch die Arbeitgeberin bzw. den Arbeitgeber. Je nach Wegstrecke können dafür allerdings erhebliche Fahrkosten anfallen. Aufgrund dessen wurde eine Regelung geschaffen, durch die Teilnehmenden nach dem SGB III ab dem 1. August 2020 die Fahrkosten erstattet werden können. Fahrkosten für Teilnehmende aus dem Rechtskreis SGB II sind wie bisher auch als Absetzbeträge zu berücksichtigen.

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



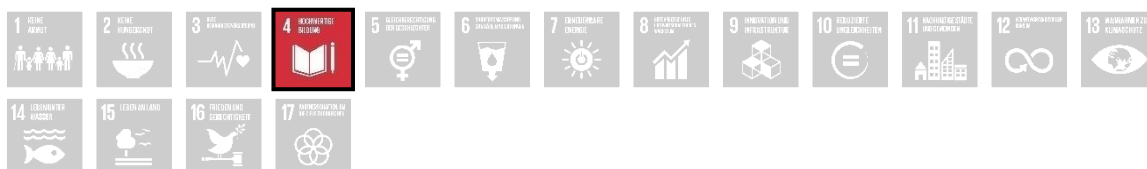
Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF)

Modellversuchsförderschwerpunkt „Berufsbildung für nachhaltige Entwicklung“ (BBNE)

Im Auftrag und aus Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) fördert das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) im Rahmen des Weltaktionsprogramms Bildung für nachhaltige Entwicklung (WAP BNE) die Modellversuche im Förderschwerpunkt „Berufsbildung für nachhaltige Entwicklung (BBNE)“. Das Fördervolumen für drei Förderlinien beträgt zwölf Millionen Euro. Zwölf der insgesamt 18 Modellversuche befassen sich mit der Kompetenzentwicklung zu nachhaltigkeitsrelevanten Aspekten in der betrieblichen Ausbildung in kaufmännischen Berufen (z.B. Kaufleute im Einzel-, Groß- und Außenhandel oder für Speditions- und Logistikdienstleistungen) sowie in Berufen des Lebensmittelhandwerks und der -industrie (z.B. Bäckerin/Bäcker, Fleischerin/Fleischer, Fachkräfte für Lebensmitteltechnik, Milchtechnologin/Milchtechnologe). Sechs weitere Modellversuche entwickeln und erproben Gestaltungsmöglichkeiten, um insbesondere ausbildende Unternehmen zu nachhaltig(er)en Lernorten weiterzuentwickeln. An den 18 Modellversuchen sind insgesamt über 220 Unternehmen und über 85 zuständige Stellen wie Industrie- und Handelskammern (IHK) und Handwerkskammern (HWK), Branchen- und Arbeitgeberverbände oder Gewerkschaften als Praxis- und Strategiepартnerinnen und -partner der Modellversuche beteiligt. So konnten bereits einige Erfolge auf Projektebene erreicht werden, z.B. die Etablierung verschiedener Weiterbildungen und Qualifikationen für ausbildendes Personal sowie für Auszubildende verschiedener Branchen, ein in Kooperation mit der Brancheninitiative Chemie³ veröffentlichter Grundsatzleitfaden für nachhaltigkeitsorientierte berufliche Bildung in der Chemieindustrie oder die Implementierung nachhaltiger Lehr-Lerninhalte in die Ausbildung der Bäckerinnen und Bäcker in mehreren Ausbildungsakademien der Bäckerinnung Nord.

Von 2020 bis 2022 wird mit der neuen Förderrichtlinie „BBNE Transfer“ noch stärker das Ziel verfolgt, die wissenschaftlich fundierten und in der Praxis erprobten Ergebnisse der Modellversuche weiter zu verbreiten und zu verstetigen und damit noch mehr „vom Projekt zur Struktur“ zu bringen. Seit November 2020 wird im Rahmen von sieben Modellversuchen die nachhaltigkeitsbezogene Weiterbildung des betrieblichen Ausbildungspersonals gefördert.

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL)

Bundesweites Traineeprogramm Ökologische Land- und Lebensmittelwirtschaft

Die Biobranche braucht qualifizierten und motivierten Fach- und Führungsnachwuchs. Dafür sorgt das Traineeprogramm Ökologische Land- und Lebensmittelwirtschaft. Mit einer Mischung aus Training on-the-job (im Unternehmen) und Training off-the-job (überbetriebliche Ausbildungselemente) werden junge Akademikerinnen und Akademiker für eine Tätigkeit in Unternehmen der ökologischen Land- und Lebensmittelbranche qualifiziert. Zielgruppe sind junge Hochschul- und Fachhochschulabsolventinnen und -absolventen vorwiegend aus den Studiengängen Agrarwissenschaft, Gartenbau, Ernährungswissenschaft, Lebensmitteltechnologie, Betriebswirtschaft und Marketing.

Die jährlich 25 teilnehmenden Ausbildungsunternehmen bilden die gesamte Wertschöpfungskette ab. Dazu zählen Unternehmen der ökologischen Lebensmittelerzeugung, -verarbeitung und des Handels, aber auch Bio-Kontrollstellen, Bio-Beratungseinrichtungen oder übergreifend tätige Organisationen der Biobranche.

Ergänzt werden die Präsenzeinheiten durch eLearning-Angebote. Bei der Vermittlung von Fachwissen bieten diese eine methodisch sinnvolle Möglichkeit, die Trainees individuell auf die Inhalte der Präsenzseminare vorzubereiten.

In Zusammenarbeit mit weiteren Fachkräften entwickelte das Forschungsinstitut für biologischen Landbau (FiBL) Online-Trainings als Selbstlerneinheiten zu vier Themenfeldern:

1. Grundlagen der ökologischen Land- und Lebensmittelwirtschaft,
2. Gesetze und Richtlinien zur Erzeugung, der Verarbeitung und des Handels ökologischer Produkte,
3. Wertschöpfungsketten: Bio-Produktion praktisch und
4. Wertschöpfungsketten: Die Chancen und Herausforderungen.

Diese Trainings werden im Rahmen des Traineeprogramms und bei kooperierenden Hochschulen in der Lehre eingesetzt. Sie ergänzen die Präsenzveranstaltungen dieser Ausbildungsprogramme. Darüber hinaus ist geplant, diese Online-Trainings auch Unternehmen der Biobranche für ihre neuen Mitarbeitenden zur Nutzung anzubieten. Dies wird nach der Erprobung der Materialien im ersten Jahrgang 2020/2021 erfolgen. Digitale Lernformate ermöglichen zudem eine langfristige Nutzung der in diesem Kontext entwickelten Inhalte auch für Zielgruppen über das Traineeprogramm hinaus und in weiteren Maßnahmen des Bundesprogramms Ökologischer Landbau und andere Formen nachhaltiger Landwirtschaft (BÖLN).

Weitere Informationen zum Traineeprogramm finden Sie unter:

[Traineeprogramm Ökolandbau](#)

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



Weiterbildungsangebote im Bundesprogramm Ökologischer Landbau und andere Formen nachhaltiger Landwirtschaft (BÖLN): Seminare zum Tiergesundheitsmanagement

Die optimale Gestaltung der Haltungsbedingungen von Nutztieren verlangt eine sorgfältige Abwägung tierschutzfachlicher, ethischer und wirtschaftlicher Aspekte. In den Seminaren werden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer darin geschult, die vielschichtigen Zusammenhänge zu erkennen und die Tiergesundheit im eigenen Bestand objektiv zu beurteilen. Die Veranstaltungsreihe Tiergesundheitsmanagement greift hierbei die aktuelle Bedarfsmeldung der tierhaltenden Landwirtinnen und Landwirte auf.

Zentrale Aufgabe aller Tierhalterinnen und Tierhalter ist es, die Gesundheit ihrer Tiere zu erhalten. Dabei spielen verschiedene Faktoren eine Rolle, wie artgerechte Haltungsbedingungen, wirksame Vorbeugung von Krankheiten, oder die bedarfsgerechte Fütterung. Die Seminare haben jeweils eine Nutztierart als thematischen Schwerpunkt. Es werden Seminare für Rinder- (Milch, Fleisch), Schweine-, Kleinwiederkäuer- (Schaf- und Ziege) und Geflügelhalterinnen und -halter angeboten.

Die Seminare stehen Leiterinnen und Leitern von landwirtschaftlichen Unternehmen offen sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von beratenden und kontrollierenden Institutionen.

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



Weiterbildungsangebote im Bundesprogramm Ökologischer Landbau und andere Formen nachhaltiger Landwirtschaft (BÖLN): Informationsveranstaltungen zur Praxis des ökologischen Landbaus

Ziel ist die Stärkung der Wettbewerbsstellung ökologisch wirtschaftender landwirtschaftlicher Betriebe in Deutschland. Dafür finden deutschlandweit bedarfsorientiert Informationsseminare, Workshops und Schulungen statt. Erklärtes Ziel ist es, Informations-, Wissens- und Erfahrungsdefizite bei Landwirtinnen und Landwirten und Beratungskräften abzubauen. Die Maßnahme gliedert sich in zwei Veranstaltungsreihen auf: den Praktiker- und den Fachberatertagen.

Besonders gefragt sind Seminare für Landwirtinnen und Landwirte, die bereits ökologisch wirtschaften oder eine Umstellung ihres Betriebs in Richtung Bio erwägen, die sogenannten Praktikertage. Denn Kenntnisse zu produktionstechnischen und weiteren betriebs- und unternehmensbezogenen Fragen können maßgeblich zum Betriebserfolg beitragen. Hilfreich ist auch der gegenseitige Erfahrungsaustausch. In den Veranstaltungen liegt der Schwerpunkt auf der praxisorientierten Vermittlung von aktuellen Themen, Entwicklungen und Praktiken. Um diesen Maßnahmenbaustein wirkungsvoll umzusetzen, sind aktuelle Entwicklungen im ökologischen Landbau auszuarbeiten. Methodisch sind die Veranstaltungen so konzipiert, dass neben abwechslungsreichen Vorträgen von Fachkräften der Praxisbezug zum Beispiel durch die Besichtigung eines Praxisbeispiels (z.B. ein landwirtschaftlicher Betrieb) gegeben ist, Diskussionen und Fragen der Teilnehmenden gefördert werden und praktische Beispielkalkulationen oder Modelle vorgestellt werden. 35 bis 45 Veranstaltungstage werden pro Jahr als Präsenzveranstaltung bzw. in virtueller Form realisiert.

Bei den Fachberatertagen werden landwirtschaftliche Fachberaterinnen und Fachberater gezielt geschult. Denn sie brauchen sowohl eine hohe fachliche als auch methodische Kompetenz. Ferner ist auch für diese Gruppe ein wechselseitiger Erfahrungsaustausch langfristig sehr bedeutsam. Die Teilnahme von Beratungskräften für konventionell wirtschaftende Betriebe ist möglich. Die Inhalte sind vorrangig auf die Zielgruppe der Fachberatungskräfte für ökologisch wirtschaftende Betriebe ausgerichtet. Es werden 35 bis 45 Veranstaltungstage pro Jahr als Präsenzveranstaltung bzw. in virtueller Form als Fachdialoge, Workshops und Schulungen realisiert. Um sicherzustellen, dass die Veranstaltungen dem Bedarf der Fachberatungskräfte entsprechen, ist für die Planung des Veranstaltungsangebots ein Beraterbeirat mit Vertretern der wichtigsten Beraterorganisationen als beratendes Gremium eingesetzt.

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



Weitere Weiterbildungsangebote für Landwirtinnen und Landwirte im Bundesprogramm Ökologischer Landbau und andere Formen nachhaltiger Landwirtschaft (BÖLN)

Der ökologische Landbau gilt als ein besonders „informations- und wissensintensives“ Managementsystem (siehe ZöL 2017). Deshalb initiiert, koordiniert und betreut das BÖLN vielfältige Weiterbildungs- und Informationsangebote. Es realisiert zurzeit neun verschiedene Wissenstransfer-, Praxis- und Weiterbildungsveranstaltungsreihen vor allem für die Landwirtschaft. Hierbei gibt es Veranstaltungsreihen, die bestimmte Themen wie Tiergesundheit oder Praxisfragen herausgreifen und solche die Prozesse, wie die Überlegung zum Einstieg in den Ökolandbau, die Umstellung auf den Ökolandbau oder die Entwicklung von bestimmten Betriebszweigen, in den Fokus stellen. Auch hier bestimmt der praktische Bedarf die Zielsetzung.

Orientierungs- und Einführungsseminare Ökolandbau

Zur nachhaltigen Stärkung der Angebotsseite in Deutschland bedarf es landwirtschaftlicher Unternehmerinnen und Unternehmer, die in die Produktionsweise des ökologischen Landbaus neu einsteigen. Die Umstellung auf den ökologischen Landbau ist ein großer Schritt für die beteiligten Familien, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie

für die Wirtschaftspartnerinnen und -partner. Die Entscheidung, die Wirtschaftsweise des Betriebs zu ändern, muss daher gründlich vorbereitet und die möglichen Entwicklungswege geplant werden.

Die Orientierungs- und Einführungsseminare geben den Teilnehmerinnen und Teilnehmern u.a. im Rahmen einer Exkursion zu geeigneten Betrieben einen Einblick in die Praxis des Ökolandbaus. Praktikerinnen und Praktiker vermitteln Basiswissen über die ökologische Landwirtschaft und Beraterinnen und Berater berichten über die Voraussetzungen, Notwendigkeiten, Chancen und Risiken einer Umstellung.

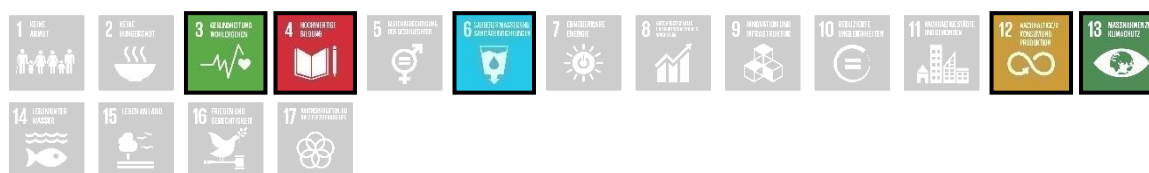
Die Seminare bieten Betriebsleiterinnen und Betriebsleitern Hilfe bei der Entscheidung, ob eine Umstellung für den eigenen Betrieb möglich und sinnvoll sein kann. Von Herbst 2017 bis 2020 wurden insgesamt circa 25 Seminare an verschiedenen Standorten in ganz Deutschland durchgeführt.

Umstellungs- und Betriebsentwicklungsseminare

Inhaltlich bauen die Umstellungs- und Betriebsentwicklungsseminare auf die Orientierungs- und Einführungsseminare auf. Liegt eine Entscheidung zur Umstellung vor, bieten diese ein wichtiges Informationsangebot. Die Umstellung auf den ökologischen Landbau ist üblicherweise ein komplexer und langwieriger Prozess, da der ökologische Landbau als ein besonders „informations- und wissensintensives“ Managementsystem gilt. Eine fundierte Vorbereitung und eine intensive Beratung vor bzw. während einer Umstellung ist für eine erfolgreiche Umstellung von großer Bedeutung. Neben der Umstellung zur ökologischen Wirtschaftsweise ist die regelmäßige, systematische Weiterentwicklung des Betriebes, bzw. einzelner Betriebszweige ein wesentlicher Faktor erfolgreichen Wirtschaftens. Hier setzen die Betriebsentwicklungsseminare an. Eine Veranstaltungsreihe betrachtet bspw. die Betriebsentwicklung in Richtung auf mehr Tierwohl. Im Fokus stehen die Bedürfnisse der jeweiligen Tierart und die Gestaltung des Umfeldes, damit die Tiere die artspezifischen Bedürfnisse möglichst umfassend ausleben können. Neben Landwirten werden auch Berufs- und Fachschullehrerinnen und -lehrer, Beraterinnen und Berater, Tierärztinnen und -ärzte angesprochen. Gerade Lehrerinnen und Lehrer wie Beraterinnen und Berater haben eine starke Multiplikatorenfunktion und können somit die Seminarinhalte in ihrem jeweiligen Berufsfeld (Schüler und praktizierende Landwirte) einbringen.

Von 2019 bis Ende 2020 wurden insgesamt rund 20 meist zweitägige Seminare zu verschiedenen Schwerpunkten an Standorten über Deutschland verteilt durchgeführt.

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



Weiterbildungsangebote im Bundesprogramm Ökologischer Landbau und andere Formen nachhaltiger Landwirtschaft (BÖLN): Qualifizierungsmaßnahmen zur Lebensmittelverarbeitung

Die Nachfrage nach Öko-Lebensmitteln wächst kontinuierlich. Für die deutsche Landwirtschaft erwachsen hieraus neue Marktchancen. Wo es so viel Dynamik gibt, braucht es unterstützende Bildungsangebote. Neben den acht Veranstaltungsreihen für den agrarischen Bereich realisiert das BÖLN daher für die Lebensmittelverarbeitung ein eigenes praxisorientiertes Weiterbildungsprogramm.

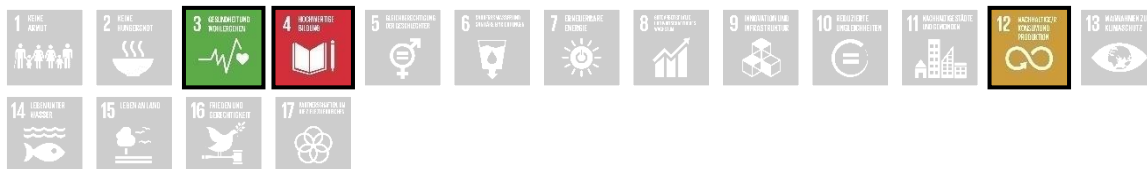
Der Einstieg in die Verarbeitung von Erzeugnissen in Bio-Qualität oder solchen, die maßgeblich und belegbar nachhaltigen Kriterien bei der landwirtschaftlichen Produktion unterworfen sind, ist mit einem hohen und kontinuierlichen Weiterbildungsbedarf bei den Mitarbeitenden der verarbeitenden Unternehmen verbunden. Aus diesem Grund sind praxisorientierte Weiterbildungsangebote zur Stärkung der ökologischen und nachhaltigen Lebensmittelverarbeitung für Entscheidungsträger des Lebensmittelhandwerks, der Außer-Haus-Verpflegung, der verarbeitenden Ernährungswirtschaft und für Institutionen, die diese entsprechend des benannten Ziels beraten,

kontrollieren und ausbilden oder im Bereich der regionalen Wertschöpfung vernetzend tätig sind, notwendig. Die Veranstaltungsreihe geht auf aktuelle Trends (Verbraucherkommunikation), Chancen und Herausforderungen (Marketing) und auf aktuelle Entwicklungen bei der Verarbeitung ein.

Wichtige Themen im Rahmen der vertikalen Kommunikation der Marktpartnerinnen und -partner der Wertschöpfungskette sind die quantitative und qualitative Rohstoffsicherung, eine hochwertige Produktqualität, ein verbessertes Qualitätsmanagement sowie Glaubwürdigkeit und Transparenz bei Verbraucherinnen und Verbrauchern.

Die oben genannten Themen wurden und werden in den Seminaren für die Verarbeitung aufgegriffen. Qualifizierungsmaßnahmen gibt es für die Zielgruppen Bäcker- und Konditorenhandwerk, Fleischerhandwerk, sonstige Branchen des Lebensmittelhandwerks, Ernährungswirtschaft inklusive Lebensmittelindustrie und Köchinnen und Köche.

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)

Geschlechterklischees aufbrechen – Initiative „Klischeefrei“

Neben den bekannten Projekten Boys’Day, Girls’Day und meinTestgelaende 2.0 zielt die Initiative Klischeefrei seit 2016 darauf, eine Berufs- und Studienwahl frei von einengenden Geschlechterklischees bundesweit zu etablieren. Sie bietet allen am Berufswahlprozess Beteiligten (frühkindliche Bildung, Schulen, Hochschulen, Unternehmen, Institutionen, Berufsberatung, Eltern) vielfältige Unterstützung, damit sie Mädchen und Jungen bei einer Berufswahl begleiten können, die sich nach ihren Stärken und Neigungen richtet – und nicht nach Geschlechterklischees.

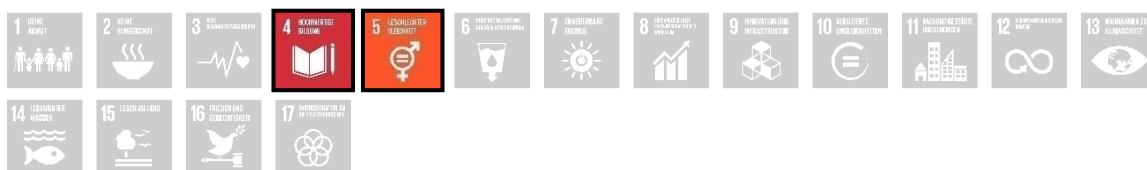
Die Servicestelle berät und vernetzt alle Beteiligten und betreibt die Webseite [Initiative „Klischeefrei“](#). Dort finden sich klischeefrei gestaltete Materialien und Maßnahmen zur Berufswahl, Beispiele gelungener Praxis sowie Hintergrundinformationen. Eine stetig wachsende Zahl an Partnerorganisationen (Stand Februar 2021: 310) sind bisher beigetreten mit der Verpflichtung, sich innerhalb und außerhalb ihrer Organisationen aktiv für eine moderne, geschlechterunabhängige Berufs- und Studienorientierung junger Menschen einzusetzen.

Schirmherrin der Initiative ist Frau Elke Büdenbender, Ehefrau des Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier.

Weiterführender Link:

[Initiative „Klischeefrei“](#)

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



Programm „JUGEND STÄRKEN im Quartier“

Das Modellprogramm des Europäischen Sozialfonds (ESF) „JUGEND STÄRKEN im Quartier“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) und des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat (BMI) unterstützt in der aktuellen ESF-Förderperiode Angebote für junge Menschen zur Überwindung von sozialen Benachteiligungen und individuellen Beeinträchtigungen am Übergang von der Schule in den Beruf. Der Schwerpunkt liegt in benachteiligten Quartieren, in denen die soziale und wirtschaftliche Lage junger Menschen besonders schwierig ist (z.B. Gebiete des Städtebauförderungsprogramms der „Sozialen Stadt“ und vergleichbaren Brennpunkten).

In der zweiten Förderrunde 2019 bis 2022 setzen 161 Modellkommunen in Kooperation mit freien Trägern Projekte zur Förderung junger Menschen im Themenfeld der Jugendsozialarbeit um.

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



Projekt „JUGEND STÄRKEN: Zukunft gestalten“

Im Projekt unterstützen bei den Wirtschaftsjunioren Deutschland e.V. (WJD) organisierte Unternehmerinnen und Unternehmer bzw. Führungskräfte junge Menschen mit schlechteren Startchancen ehrenamtlich beim Übergang von der Schule in den Beruf. Die Wirtschaftsjuniorinnen und -juniorer bieten dazu Einblicke in ihre Unternehmen und Bewerbungstrainings an und organisieren jährlich den bundesweiten Aktionstag „Ein Tag Azubi“. Damit fördern sie die Entwicklung junger Menschen und tragen so zu einer nachhaltigen Entwicklung bei.

Durch das Projekt werden zwei bundesweite Netzwerke – das Unternehmernetzwerk der Wirtschaftsjuniorer Deutschland und das JUGEND STÄRKEN-Netzwerk – zusammengebracht, um lokale Kooperationen zwischen Wirtschaft und Jugendsozialarbeit anzuregen.

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



3.4.3 Handlungsfeld I: Bestandsaufnahme auf allen Ebenen

3.4.3.1 Ressorts

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS)

Berufliche Integration von Personen mit Migrationshintergrund

Der Erwerb guter Sprachkenntnisse ist wesentliche Voraussetzung für gesellschaftliche Eingliederung und spielt eine zentrale Rolle auch bei der Integration in Ausbildung und Arbeit. Mit der Verordnung über die berufsbezogene Deutschsprachförderung, die am 1. Juli 2016 in Kraft trat, wurde deshalb in Deutschland erstmals in den Strukturen der Regelförderung ein Angebot von Berufssprachkursen etabliert, die vorrangig darauf ausgerichtet sind, die Chancen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt zu verbessern.

Die Kurse der berufsbezogenen Deutschsprachförderung stehen Ausländerinnen und Ausländern ebenso offen wie deutschen Staatsangehörigen mit Migrationshintergrund und berufsbezogenem Sprachförderbedarf. Teilnahmeberechtigt sind Personen, die ausbildungssuchend, arbeitsuchend oder arbeitslos gemeldet sind, aber auch Personen, die ein bestimmtes Sprachniveau zur Berufsankennung benötigen sowie Auszubildende, Teilnehmerinnen und Teilnehmer an einer Einstiegsqualifizierung und Beschäftigte.

In der Regel dienen die Berufssprachkurse dem arbeitsweltlich ausgerichteten Spracherwerb ab dem Niveau B 1 bis zum Niveau C 1 des Gemeinsamen europäischen Referenzrahmens für Sprachen (GER). Zusätzlich werden Spezialberufssprachkurse der Sprachniveaus A 2 sowie B 1 mit sozialpädagogischer Begleitung angeboten, die sich vor allem an Personen richten, die an einem Integrationskurs ordnungsgemäß teilgenommen, aber das Sprachniveau B 1 nicht erreicht haben, sowie Spezialberufssprachkurse mit fachspezifischem Unterricht für einzelne Berufsgruppen oder im Zusammenhang mit Verfahren zur Berufsankennung.

Darüber hinaus verfolgt das Förderprogramm „Integration durch Qualifizierung (IQ)“ das Ziel, Personen mit Migrationshintergrund zu den erforderlichen Qualifizierungen oder Anpassungsqualifizierungen zu verhelfen, die zur vollen Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen im Kontext der Anerkennungsgesetze des Bundes (Berufsqualifikationsfeststellungsgesetz, BQFG) und der Länder (L-BQFG) benötigt werden oder die eine bildungsadäquate Erwerbsmöglichkeit der Teilnehmerinnen und Teilnehmer ermöglichen. Dazu gehört auch der Aufbau bzw. die Weiterentwicklung von interkulturellen Kompetenzen der Arbeitsmarktakteure.

Nach erfolgreichem Verlauf der ersten Förderrunde von 2015 bis 2018 begann am 1. Januar 2019 die zweite Förderrunde des Programmes innerhalb der Förderperiode des Europäischen Sozialfonds (ESF) bis 2022. In dieser Förderrunde wurde das Programm um eine flächendeckende Struktur der Beratungsangebote „Faire Integration“ für Geflüchtete und Drittstaatsangehörige sowie um einen vierten Schwerpunkt: „Regionale Fachkräfteplattform – Einwanderung“ erweitert. Im Rahmen dieser Erweiterung wurden flankierend zur Einführung des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes in jedem Bundesland sogenannte „Regionale Koordinationsstellen Fachkräfteeinwanderung“ eingerichtet.

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV)

Projekt „Rassismus und Menschenrechte – Stärkung der Strafjustiz“

Das Bundesministerium für Justiz und Verbraucherschutz (BMJV) hat zusammen mit dem Deutschen Institut für Menschenrechte und den für die Richterfortbildung zuständigen Ländern ein zweijähriges Projekt mit dem Titel „Rassismus und Menschenrechte – Stärkung der Strafjustiz“ durchgeführt. Mit dem Projekt wurden verschiedene Fortbildungsmodulare für Strafrichterinnen und Strafrichter sowie die Staatsanwaltschaft im Themenfeld Rassismus entwickelt. Die in Kooperation mit drei Modellländern erarbeiteten Fortbildungsmodulare sollen Richterinnen und Richter sowie Staatsanwaltschaften dabei unterstützen, angemessen auf rassistische und hasmotivierte Taten zu reagieren, im Strafverfahren mit den Erfahrungen von Betroffenen umzugehen und diesen damit einen wirksamen und diskriminierungsfreien Zugang zum Recht zu ermöglichen. Das Projekt ist 2018 mit der Veröffentlichung von Fortbildungsmaterialien und einem Reader abgeschlossen worden. So können die Länder nunmehr in eigener Regie Fortbildungen zu diesem Thema für die jeweilige Landesjustiz durchführen. Dabei haben sie die Möglichkeit, auf einen Pool von Referentinnen und Referenten zurückzugreifen, der im Rahmen des Projekts aufgebaut und ausgebildet wurde.

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



BNE im Fortbildungsangebot 2018–2021 der Deutschen Richterakademie

Leitlinien und Perspektiven der Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) finden sich auch in dem Fortbildungsangebot der Deutschen Richterakademie für die Jahre 2018 bis 2021 wieder – der vom Bund und den Ländern gemeinsam getragenen zentralen Fortbildungseinrichtung für Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte. Neben Fachveranstaltungen gehören verhaltensorientierte und interdisziplinäre Themen zum Standardprogramm, bei denen insbesondere kritisches Denken, Teamfähigkeit, interkulturelle Kompetenzen und ein internationaler Austausch im Mittelpunkt stehen. So werden z.B. Seminare zu den Themen „Interkulturelle Kompetenz“, „Rassismus – eine Herausforderung für die Justiz“, „Politischer Extremismus“, „Richterliche und staatsanwaltliche Ethik“ und „Umweltstrafrecht“ angeboten. Um den Erfahrungsaustausch mit den Justizangehörigen der anderen EU-Mitgliedstaaten zu ermöglichen, sind einige Tagungen für das Europäische Fortbildungsnetzwerk (EJTN) geöffnet. Die Seminare vermitteln ökologischen Sachverstand, Kenntnisse über eine nachhaltige Wahrnehmung der richterlichen und staatsanwaltschaftlichen Tätigkeit und das Bewusstsein internationaler Verantwortung.

Daneben unterstützt das BMJV auch internationale Projekte wie das Europäische Fortbildungsnetzwerk, in das auch die Deutsche Richterakademie aktiv eingebunden ist, und die Europäische Rechtsakademie in Trier, die ebenfalls Seminare zu europarechtlichen Themen anbietet. Auch hier ist die Vermittlung von Wissen zu Nachhaltigkeit ein wichtiges Thema.

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



3.4.4 Handlungsfeld II: Potenziale der beruflichen BNE

3.4.4.1 Ressorts

Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL)

Bilaterale Kooperationsprojekte

Als Maßnahme zur Förderung einer nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung finanziert und betreibt das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) bilaterale Kooperationsprojekte im Agrarbereich in ausgewählten Partnerländern. Ziel ist es, in den Partnerländern sowohl die nachhaltige, effiziente und ressourcenschonende Erzeugung landwirtschaftlicher Produkte zu fördern, den rechtlichen Rahmen einer nachhaltigen Landwirtschaft zu unterstützen sowie die dortigen Selbstorganisationskräfte im Agrarbereich zu stärken. Auf Fach-ebene wird Know-how durch Weiterbildungsangebote an politische Entscheidungsträgerinnen und -träger, Beraterinnen und Berater, Führungskräfte und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus dem Agrarsektor im Partnerland weitergegeben. Konkret ausgestaltet wird dies durch politische und fachliche Dialoge, Vermittlung von praktischem Fachwissen mithilfe von Schulungen und Seminaren sowie Fachinformationsfahrten, innerhalb derer Agrarbetriebe themenspezifisch besucht werden. Darüber hinaus gibt es Austauschprogramme für Fachkräfte aus dem

Agrarbereich sowie Nachwuchsförderungsprogramme durch Unterstützung von Agrarcolleges in den Partnerländern sowie Hospitationsmöglichkeiten in deutschen Fachbetrieben.

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



„Zukunftsstrategie ökologischer Landbau“ (ZÖL)

Maßnahmenkonzept Nr. 11: Vernetzung und Austausch zwischen den Bildungsakteurinnen und -akteuren initiieren

„20 Prozent Ökolandbau bis zum Jahr 2030“ – das ist das Ziel der Bundesregierung entsprechend der Nachhaltigkeitsstrategie. Denn: Der ökologische Landbau ist eine besonders ressourcenschonende, umweltverträgliche und nachhaltige Wirtschaftsform.

Die „Zukunftsstrategie ökologischer Landbau“ (ZÖL) zielt darauf ab, der ökologischen Land- und Lebensmittelwirtschaft neue Wachstumsimpulse zu geben. Sie enthält fünf Handlungsfelder und 24 Maßnahmenkonzepte. Maßnahmenkonzept Nr. 11 adressiert die Vernetzung und den Austausch zwischen den Bildungsakteurinnen und -akteuren.

Ein im Rahmen des Bundesprogrammes Ökologischer Landbau und andere Formen nachhaltiger Landwirtschaft (BÖLN) finanziertes Forschungs- und Entwicklungs-Projekt (FuE) hat zum Ziel, die relevanten Bildungsakteurinnen und -akteure im Agrarbereich besser miteinander zu vernetzen, um sie für die Bedeutung des ökologischen Landbaus in der beruflichen Bildung zu sensibilisieren und einen Austausch über erfolgreiche Unterrichtsmodule, Lehrpläne oder Prüfungsfragen mit Bezug zum ökologischen Landbau zu ermöglichen.

Auf der Grundlage der Erfahrungen wird am Ende der Projektlaufzeit ein Konzept erarbeitet, aus dem hervorgeht, wie die angestoßene Vernetzung der Bildungsakteure langfristig fortgesetzt werden kann und welche Maßnahmen hierfür notwendig sind.

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV)

Schulung zur Verfassungsbeschwerde

Das Bundesministerium für Justiz und Verbraucherschutz (BMJV) führt in der Ukraine anlässlich der Einführung der Verfassungsbeschwerde Fortbildungen und Fachgespräche mit ukrainischen Verfassungsrichterinnen und Verfassungsrichtern durch. Zielsetzung ist ein fachlicher Austausch zu einer möglichst effektiven Implementierung des Verfassungsänderungsgesetzes vom 02.06.2016.

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



Studienreise mit Schwerpunkt auf Frauenrechten in Deutschland

Für Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte aus Belarus führte das BMJV in Zusammenarbeit mit dem UNESCO-Programm „Management of Social Transformations“ (MOST) eine Studienreise nach Deutschland zum Thema „Frauenrechte in Deutschland“ durch. Auf diese Weise wurde der Informationsaustausch über die rechtliche Regelung des Frauenschutzes gefördert.

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



Konferenz zur Stärkung des Menschenrechtsschutzes

In Vietnam führte die Deutsche Stiftung für internationale rechtliche Zusammenarbeit e.V. (IRZ), Zuwendungsempfängerin des BMJV, eine vom Auswärtigen Amt finanzierte Konferenz zur Stärkung des Menschenrechtsschutzes für das Vietnamesische Institut für Menschenrechte durch. Es wurde zudem eine Studienreise nach Deutschland und Frankreich organisiert. Auf diese Art wurden vertiefte Fachkenntnisse zur Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) vermittelt und ein Beitrag zu Reformdiskussionen geleistet.

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



Seminare zur Verfassungsbeschwerde

Seitens des BMJV wurden in Albanien Seminare sowohl mit dem albanischen Verfassungsgericht als auch der albanischen Rechtsanwaltschaft zum Thema der Verfassungsbeschwerde durchgeführt. Hierbei wurde ein Handbuch, welches im Auftrag der IRZ unter deutsch-albanischer Co-Autorenschaft entwickelt worden war, einbezogen. Durch diese Seminare wurden die Öffentlichkeit und die juristischen Berufsstände für die Thematik des Verfassungsrechts sensibilisiert und zur Erhebung von Verfassungsbeschwerden ermutigt.

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



Schutz von Frauen in der und durch die Justiz

In Ägypten kooperierte das BMJV mit staatlichen Institutionen und auch zivilgesellschaftlichen Organisationen des Landes zur Thematik "Effektiver Schutz von Frauen in der und durch die Justiz". Dadurch wurde ein Beitrag zur weiteren Entwicklung der Rechtsstaatlichkeit, zur Stärkung der Justiz sowie zur Stärkung der Stellung der Frauen in der ägyptischen Gesellschaft geleistet. Zudem konnte die Bewusstseinsbildung im Hinblick auf international verbrieft und anerkannte Frauenrechte gestärkt werden.

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



Projekt zur Strafvollzugsreform

Als Zuwendungsempfängerin des BMJV führte die IRZ in Algerien im Rahmen der Projektförderung des Auswärtigen Amtes ein Projekt zur Strafvollzugsreform durch. Zum Ziel setzte sie sich die nachhaltige Unterstützung des Reformprozesses im algerischen Strafvollzugssystem und die Humanisierung des Strafvollzugswesens durch die Implementierung menschenrechtlicher Prinzipien und internationaler Standards im Strafvollzug. Endprodukte des Projekts sind u.a. ein Handbuch für das Zugangsverfahren nach internationalen menschenrechtlichen Standards sowie zu Qualifizierungs- und Therapieprogrammen für Häftlinge, zudem Handlungsempfehlungen zur Einbeziehung staatlicher und zivilgesellschaftlicher Akteure in die Arbeitsprozesse im Vollzug.

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



Projekt zur Rechtsmedizin

In Marokko setzte die IRZ, Zuwendungsempfängerin des BMJV, mit Mitteln des Auswärtigen Amtes das Projekt „Zusammenarbeit mit dem Königreich Marokko auf dem Gebiet der Rechtsmedizin" um. Es sollte zur Stärkung der mit der Rechtsmedizin zusammenarbeitenden Institutionen zum Schutz und zur Einhaltung der Menschenrechte beitragen und über internationale rechtliche Grundlagen der Arbeit in der Rechtsmedizin fortbilden. Durchgeführt wurden umfangreiche Fortbildungen für die Richterschaft und Staatsanwaltschaft zu Kernbereichen der Rechtsmedizin. Das Projekt leistete zudem Beratungen zum Gesetzentwurf für eine Berufsordnung zur Rechtsmedizin, der Anfang 2020 durch das marokkanische Parlament verabschiedet wurde.

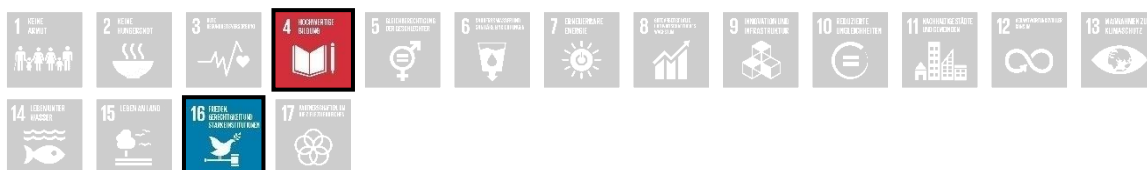
Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



Projekt zur Förderung der Justizreform

Das von der IRZ mit Mitteln des Auswärtigen Amts umgesetzte Projekt „Förderung der Justizreform in Tunesien“ leistete einen Beitrag zur Stärkung der neuen tunesischen Institutionen wie z.B. des Hohen Justizrats, zur Modernisierung der Strukturen bestehender Institutionen wie z.B. des Verwaltungsgerichts sowie zur Implementierung der neuen Gesetze zum Schutz und zur Einhaltung der Menschenrechte in Tunesien. Die Beratungen umfassten auch Aspekte der verbesserten Wahrnehmung der Justizinstitutionen vor allem im Verhältnis zur Öffentlichkeit. Dies hat unmittelbar Eingang gefunden bei der Einrichtung einer Pressestelle beim Hohen Justizrat nach Abschluss des Projekts.

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



Regionalkonferenz zur Religionsfreiheit in der verfassungsrechtlichen Praxis

In Bosnien und Herzegowina fand in Zusammenarbeit mit dem Verfassungsgericht des Gesamtstaats eine Regionalkonferenz der Verfassungsgerichte zum Thema "Religionsfreiheit in der verfassungsrechtlichen Praxis" statt. Das BMJV verfolgt das Ziel, den seit Jahren bestehenden Austausch von Informationen über die Spruchpraxis der beteiligten Verfassungsgerichte (Bosnien und Herzegowina, Kroatien, Montenegro, Nordmazedonien, Slowenien sowie Serbien) und des deutschen Bundesverfassungsgerichtes (BVerfG) fortzusetzen.

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU)

Berufliche Bildung für nachhaltige Entwicklung (BBNE)

Im Bereich der beruflichen Bildung bündelt das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU) seine Angebote in dem Förderprogramm „Berufsbildung für nachhaltige Entwicklung befördern. Über grüne Schlüsselkompetenzen zu klima- und ressourcenschonendem Handeln im Beruf (BBNE)“ im Rahmen des Europäischen Sozialfonds (ESF). BBNE verbindet Inhalte nachhaltiger Entwicklung mit Aspekten der Beruflichkeit und setzt dabei Methoden und pädagogische Zielsetzungen der BNE im Verständnis politischer Bildung sowie der praxis- und erlebnisorientierten offenen Jugendarbeit ein.

Auf Talentsuche gehen, Berufe kennenlernen und erfahren, wie dort nachhaltiges Handeln möglich ist – dies zeigen bundesweit angebotene Workcamp-Projekte.

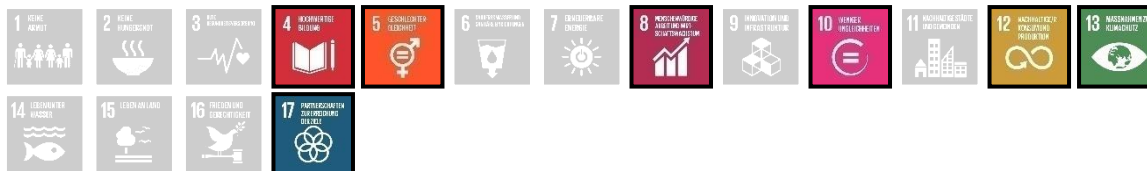
Für Auszubildende und Ausbildungspersonal in Bauberufen bieten die geförderten Projekte Kurse zur gewerkeübergreifenden Zusammenarbeit in der energetischen Gebäudesanierung.

Für Projekte der zweiten BBNE-Förderrunde stellen das BMU und die Europäische Union (EU) im Zeitraum von 2019 bis 2022 rund 9,5 Millionen Euro europäische Mittel und rund 7,7 Millionen Euro aus Bundesmitteln bereit. 14 Projekte der zweiten Förderrunde sind zum Jahresbeginn 2019 gestartet.

Übersicht bisheriger Projekte und Hintergrund zum Programm unter:

- [Nachhaltige Arbeitswelt](#)
- [Berufsbildung für nachhaltige Entwicklung \(BBNE\) \(ESF\)](#)

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



3.4.5 Handlungsfeld III: Betriebe und berufliche Schulen als nachhaltige Lernorte etablieren

3.4.5.1 Ressorts

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi)

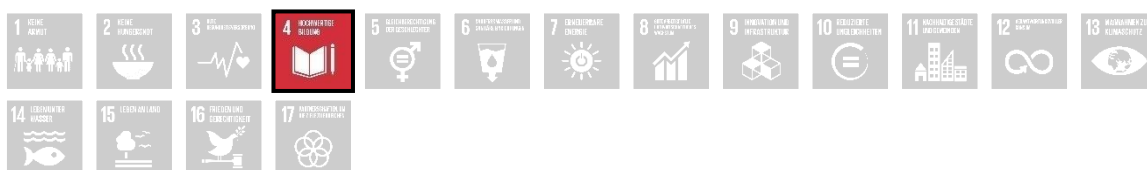
Umweltschutz und Nachhaltigkeit in Ausbildungsordnungen

In allen Ausbildungsordnungen im Bereich der dualen beruflichen Ausbildung, die das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) erlässt, werden nachhaltigkeitsbezogene Lernziele sach- und zielgruppengerecht und den konkreten Anforderungen der Branche und des Berufs entsprechend aufgenommen (vgl. auch Kapitel 3.4.7.11, BMBF, „Neue Standardberufsbildpositionen setzen moderne Berufsbildungsstandards für alle dualen Ausbildungsberufe“).

Mit einer neuen Standardberufsbildposition „Umweltschutz und Nachhaltigkeit“, die von Bund, Ländern und Sozialpartnern gemeinsam erarbeitet wurden, werden künftig verstärkt nachhaltigkeitsbezogene Lernziele in allen ab 2021 neu geschaffenen und modernisierten Ausbildungsordnungen als verbindlicher Inhalt verankert. Für alle bestehenden Berufe soll den Betrieben und Berufsschulen die Vermittlung der neuen Inhalte empfohlen werden.

Über die Standardberufsbildpositionen hinausgehende Nachhaltigkeitsaspekte werden weiterhin berufsspezifisch in allen Neuordnungsverfahren Berücksichtigung finden. So wurden z.B. bei der gemeinsam mit dem Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) vorgenommenen Neuordnung der Berufsausbildung für die Hauswirtschafterinnen und Hauswirtschafter, die zum 1. August 2020 in Kraft getreten ist, in zahlreichen Lernzielen relevante Aspekte der nachhaltigen Entwicklung verankert (Ressourcenschonung bei der Aufgabenerledigung in allen Arbeitsbereichen, Berücksichtigung regionaler und saisonaler Aspekte bei der Ernährungsplanung, Weiterentwicklung des nachhaltigen Handelns im eigenen Arbeitsbereich). Auch die Kaufleute für Groß- und Außenhandelsmanagement berücksichtigen z.B. bei der Auswahl von Verpackungen und von Transportmitteln und -wegen verstärkt ökologische Gesichtspunkte. Bei der modernisierten Berufsausbildung im Laborbereich umfassen die Qualifikationsinhalte der betrieblichen Maßnahmen zum verantwortlichen Handeln Umweltschutz, Arbeits- und Gesundheitsschutz, das Einsetzen von Energieträgern sowie das Umgehen mit Arbeitsgeräten und -mitteln.

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



3.4.6 Handlungsfeld IV: Kompetenzanforderungen zur Nachhaltigkeit

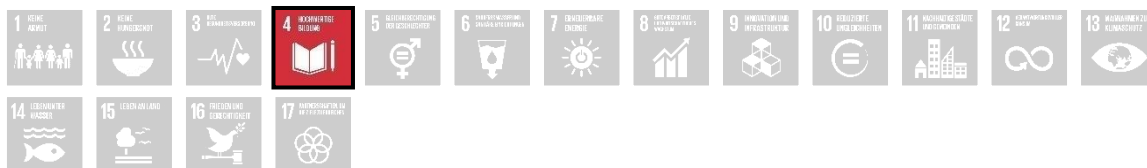
3.4.6.1 Ressorts

Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF)

Modellversuchsförderschwerpunkt „Berufsbildung für Nachhaltige Entwicklung im Transfer für Ausbildungspersonal“ (BBNE-Transfer)

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) stellt von 2020 bis 2022 weitere 2,5 Millionen Euro für die vom Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) durchgeführte Transferförderung besonders tragfähiger und bewährter Ergebnisse der bisherigen Modellversuche aus dem BBNE-Förderschwerpunkt bereit. Die neue Förderung „Berufsbildung für Nachhaltige Entwicklung im Transfer für Ausbildungspersonal“ (BBNE-Transfer) fokussiert insbesondere auf die Weiterbildung und Qualifizierung des ausbildenden Personals, um diese für eine nachhaltige und nachhaltigkeitsorientierte Ausbildung, auch im Kontext von durch Digitalisierung veränderten Arbeitsbedingungen, zu befähigen. Damit setzt das BMBF gemeinsam mit dem BIBB Zusagen aus der Nationalen Weiterbildungsstrategie und dem Klimaschutzprogramm der Bundesregierung um. Gleichzeitig wird mit der neuen Förderung zur Umsetzung des Nationalen Aktionsplans Bildung für nachhaltige Entwicklung (NAP BNE) und zu den Zielen des neuen BNE-Weltaktionsprogramms „Education for Sustainable Development: Towards achieving the SDGs“ (ESD for 2030) beigetragen. Der Start der neuen Transferprojekte ist für den Herbst 2020 vorgesehen.

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV)

Fortbildungen zur Qualitätssicherung in der Rechtspflege

Zur Qualitätssicherung in der Rechtspflege lässt das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) in Umsetzung des Pakts für den Rechtsstaat Fortbildungskonzepte zur Vermittlung psychologischer, digitaler und interkultureller Kompetenzen für Richterinnen und Richter sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälte erarbeiten. Die Fortbildung wird durch ein plattform-gestütztes eLearning mit Präsenzteil („Blended Learning“) für die Themen „Entwicklungsgerechte, vollständige und suggestionsfreie Kindesanhörung“ (psychologische Kompetenz), „Schwierige interkulturelle Kommunikation im gerichtlichen Alltag“ (interkulturelle Kompetenz) und „Digitale Kompetenz für Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte“ (digitale Kompetenz) entwickelt werden. Mit diesem Konzept wird die Fortbildung von Praktikerinnen und Praktikern modern ausgestaltet: Durch eine zeitlich flexibel nutzbare eLearning-Phase, einen kurzen auf das eLearning abgestimmten Präsenzteil sowie eine länderübergreifende Plattform wird für Fortbildungen in der Justiz ein neues Format geschaffen, das die Fortbildungsmöglichkeiten praktisch ergänzen kann.

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



Jährliche Fortbildung der Deutschen Richterakademie zu „Rosenburg-Erkenntnissen“

Im Rahmen der Fortbildung für Richterinnen und Richter sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälte bei der Deutschen Richterakademie veranstaltet das BMJV einmal jährlich eine Fortbildung mit dem Titel „Das Rosenberg-Projekt und die Folgerungen daraus“, die das Aufarbeitungsprojekt des BMJV über Nationalsozialismus-Kontinuitäten (NS) im Bundesministerium der Justiz in der Zeit von 1949/50 bis 1973 zum Inhalt hat. In der Fortbildung werden Fragen des Berufsethos von Juristinnen und Juristen thematisiert sowie psychologische, sozialpädagogische und interkulturelle Aspekte der Rosenberg-Erkenntnisse behandelt, was auch die Themenkomplexe Urteile und Vorurteile, Antisemitismus sowie Rassismus umfasst.

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



Jugendstrafrecht

Zur Wahrung der Schutzrechte von Jugendlichen bei einer rechtsanwaltlichen Vertretung in allen Phasen des Gerichtsverfahrens fanden durch das BMJV vier Seminare in Kooperation mit der kosovarischen Rechtsanwaltskammer statt. So konnten vertiefte Fachkenntnisse im Bereich des Jugendstrafrechts, der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) sowie der Europäischen Richtlinien für eine kinderfreundliche Justiz vermittelt werden.

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



Fachgespräch zu verfassungsrechtlichen Themen im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie

Im Rahmen der langjährigen und kontinuierlichen Zusammenarbeit fand ein Online-Fachgespräch mit Professor Dr. Udo Steiner, ehemaliger Richter des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG), und Richterinnen und Richtern des montenegrinischen Verfassungsgerichts über verschiedene verfassungsrechtliche Fragen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie statt. Das BMJV strebt an, den Einfluss der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts als Orientierungsmaßstab auf diejenige des montenegrinischen Verfassungsgerichts zu erhöhen.

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



3.4.7 Handlungsfeld V: Curriculare und didaktische Umsetzung von beruflicher BNE

3.4.7.1 Ressorts

Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF)

Neue Standardberufsbildpositionen setzen moderne Berufsbildungsstandards für alle dualen Ausbildungsberufe

Die breite Umsetzung von beruflicher Bildung für nachhaltige Entwicklung (BBNE) wird maßgeblich befördert durch die strukturelle Verankerung von nachhaltigkeitsorientierten Kompetenzentwicklungszielen in der Berufsbildung. Im April 2020 haben sich die für berufliche Bildung Verantwortlichen – Bund, Kultusministerien der Länder, Arbeitgeberverbände und die Gewerkschaften – darauf geeinigt, dass künftig grundlegende Kompetenzen aus wichtigen übergreifenden Themenbereichen – u.a. Digitalisierung und Nachhaltigkeit – in jedem dualen Ausbildungsberuf vermittelt werden. Hierfür haben sie sich auf vier modernisierte sogenannte Standardberufsbildpositionen verständigt (vgl. auch Kapitel 3.4.5.1, BMWi, „Umweltschutz und Nachhaltigkeit in Ausbildungsordnungen“). Diese wurden u.a. um Kompetenzen aus den Themenbereichen Digitalisierung („Digitalisierte Arbeitswelt“) und Nachhaltigkeit („Umweltschutz und Nachhaltigkeit“) ergänzt. Die neuen Mindeststandards sind prüfungsrelevant und werden sowohl im Betrieb als auch durch die mit den Ausbildungsordnungen abgestimmten Rahmenlehrpläne der Kultusministerkonferenz in der Berufsschule vermittelt. Die Verankerung von Digitalisierung, Umweltschutz und Nachhaltigkeit in allen Ausbildungsberufen bietet Auszubildenden dabei wichtige Spielräume und Perspektiven, mit denen sie sich auch beruflich für diese wichtigen Zukunftsthemen einsetzen können. Ausbildungsberufe werden somit attraktiver für junge Nachwuchskräfte.

Weitere Informationen zu den modernisierten Standardberufsbildpositionen finden Sie unter:

[Digitalisierung und Nachhaltigkeit in der Ausbildung](#)

Die neuen Standardberufsbildpositionen sind rechtsverbindlich für Verordnungen, die zum 1. August 2021 in Kraft treten. Die Hauptausschussempfehlung Nr. 172 des BIBB empfiehlt darüber hinaus ausbildenden Betrieben und beruflichen Schulen, diese modernisierten Standardberufsbildpositionen auch jetzt schon in der Ausbildung sämtlicher Ausbildungsberufe nach dem Berufsbildungsgesetz und der Handwerksordnung integrativ im Zusammenhang mit fachspezifischen Fertigkeiten, Kenntnissen und Fähigkeiten während der gesamten Ausbildung zu vermitteln, auch wenn sie noch nicht in allen Ausbildungsordnungen enthalten sind. Er appelliert zudem an alle Akteure in der Beruflichen Bildung, dies aktiv zu unterstützen, indem sie ausbildende Betriebe und Berufsschulen auf diese Empfehlung des Hauptausschusses und die Bedeutung der neuen Standardberufsbildpositionen für die Arbeitswelt der Zukunft auf verschiedenen Wegen aufmerksam machen, für deren Umsetzung werben und sie dabei auf geeignete Weise unterstützen.

Die Hauptausschussempfehlung Nr. 172 und die diesbezüglichen „Erläuterungen der integrativ zu vermittelnden Fertigkeiten, Kenntnisse und Fähigkeiten“ finden Sie unter:

- [Hauptausschussempfehlung Nr. 172 \(PDF\)](#)
- [Erläuterungen der integrativ zu vermittelnden Fertigkeiten, Kenntnisse und Fähigkeiten \(PDF\)](#)

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



Forschung und Entwicklung-Programmlinie (FuE) „Zukunft der Arbeit“

Infolge des digitalen und demografischen Wandels in der Arbeitswelt sind die Bereiche „Lernen“ und „Arbeit“ zunehmend enger miteinander verknüpft. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) fördert die Kompetenzentwicklung für die digitale Arbeitswelt der Zukunft im Rahmen des Dachprogramms „Innovationen für die Produktion, Dienstleistung und Arbeit von morgen“. Das BMBF investierte für das Dachprogramm von 2014 bis 2020 circa 1 Milliarde Euro.

In der speziell auf sozio-technische Innovationen ausgerichteten Forschungsprogrammlinie „Zukunft der Arbeit“ (1) werden Vorhaben gefördert, die Herausforderungen, Chancen und Folgewirkungen der Digitalisierung der Arbeitswelt in neun FuE-Handlungsfeldern adressieren, beispielsweise:

- Soziale Innovationen durch neue Arbeitsprozesse möglich machen.
- Arbeiten im Datennetz – digitale Arbeitswelten gestalten.
- Kompetenzen im Arbeitsprozess entwickeln.
- Zukunft der Arbeit durch Nachhaltigkeit sichern – ökonomisch, ökologisch, sozial.

Die Handlungsfelder der Programmlinie „Zukunft der Arbeit“ wurden in FuE-Förderschwerpunkten zu folgenden Themen (2) umgesetzt: „Betriebliches Kompetenzmanagement im demografischen Wandel“, „Präventive Maßnahmen für die sichere und gesunde Arbeit von morgen“, „Arbeit in der digitalisierten Welt“, „Gesundheit in der Arbeitswelt“, „Mittelstand – innovativ und sozial“, „Arbeit in hybriden Wertschöpfungssystemen“ sowie „Arbeiten an und mit Menschen“.

Weiterhin wurden mit dem Innovationslabor für die Industriearbeit der Zukunft „FutureWorkLab“ (3) und den regionalen Kompetenzzentren der Arbeitsforschung neue Instrumente zur Verzahnung von Arbeitsforschung, betrieblicher Praxis und Hochschulausbildung eingeführt. Demnach ist hier eine inhaltliche Fokussierung auf regionale Bedarfe und Spezifika vorgesehen. Der Schwerpunkt der Kompetenzzentren aus der ersten Wettbewerbsrunde liegt auf neuen Formen von Arbeit und Organisation mit Unterstützung von Künstlicher Intelligenz.

Mit dem Wissenschaftsjahr 2018 „Arbeitswelten der Zukunft“ (4) wurde eine breite gesellschaftliche Diskussion über die Gestaltungsmöglichkeiten für die Arbeit von morgen durchgeführt. Mitmachaktionen, Workshops, Diskussionsrunden und Projekte haben Optionen für diese Zukunftsaufgaben erarbeitet. Überdies veranstaltete das BMBF im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft die Europäische Arbeitsforschungstagung beyondwork2020 (5) am 21.–22.10.2020 virtuell mit rund 1500 Teilnehmenden. Hier entstand eine europäische Plattform zur Definition von Forschungsbedarfen und einem interdisziplinären Austausch im Feld der Arbeitsgestaltung.

Weiterführende Links:

- [Bundesministerium für Bildung und Forschung \(BMBF\)](#)
- [Programmlinie "Zukunft der Arbeit"](#)
- [Future Work Lab](#)
- [Wissenschaftsjahr 2018 "Arbeitswelten der Zukunft"](#)
- [Konferenz "beyondwork 2030"](#)

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



Fördermaßnahme „Integriertes Wasserressourcen-Management Iran“

Innerhalb des vom BMBF geförderten Verbundprojektes „Integriertes Wasserressourcenmanagement Iran“ (IWRM Iran) im Einzugsgebiet des Zayandeh Rud (FKZ: WM1353A-G, Laufzeit: 03/2015–04/2019) wurde das Deutsch-Iranische Trainingszentrum (German Iranian Training Center, GITC) für berufliche Bildung im Wasserfach gegründet. Das GITC ist am Isfahan Higher Education and Research Institute in Isfahan angesiedelt, einem Fortbildungszentrum des Energieministeriums. In den Fortbildungszentren des Energieministeriums werden eigene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Ministeriums und der nachgeordneten Behörden geschult. Mit dem GITC wird mittel- bis langfristig ein unabhängiges Bildungszentrum mit dem Fokus auf Wasser und Abwasser aufgebaut, das der Fortbildung sowie dem deutsch-iranischen Erfahrungsaustausch und Technologietransfer dient.

Das GITC steht auf drei Säulen:

1. Bildungsmodule: Fortbildungen im Bereich des Wasser- und Abwassermanagements (Themen: Modellierung, nachhaltige Bewirtschaftung von Grund- und Oberflächenwasser, Bewässerungstechnik, Kläranlagenbetrieb, Kanalwartung und -betrieb); Training-of-Trainer-Maßnahmen „made in Germany“.
2. Deutsche Technologien im Einsatz: Praktische Schulungen an Hand von Pilotprojekten aus dem Verbundprojekt IWRM Zayandeh Rud und von deutschen Technologien, die im Iran bereits eingesetzt werden.
3. Forum für deutsch-iranische Zusammenarbeit („Showroom“): Hier wird deutschen Unternehmen die Möglichkeit geboten, ihre Technologien zu präsentieren und entsprechende Trainings anzubieten, aber auch Konferenzen, Workshops oder Ortsbesichtigungen zu organisieren oder daran teilzunehmen.

Die Zielgruppen sind zunächst Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des iranischen Energieministeriums sowie der nachgeordneten Behörden und Unternehmen. Später soll das Angebot des GITC auf weitere Interessengruppen wie den Privatsektor ausgeweitet werden.

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)

Kooperation mit den Ländern zur beruflichen BNE

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) fördert über Engagement Global in Kooperation mit den Ländern die Länderinitiativen zum BMZ/KMK-Orientierungsrahmen für den Lernbereich Globale Entwicklung. Im Ergebnis entstehen u.a. Materialien zur curricularen und didaktisch-methodischen Umsetzung von beruflicher BNE. Von insgesamt zehn Länderinitiativen im Bereich Beruflicher Bildung (eine Länderinitiative findet länderübergreifend in drei Ländern statt) laufen im Berichtszeitraum fünf in folgenden Bundesländern: Baden-Württemberg, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein.

In Baden-Württemberg wurde neben der Integration von Nachhaltigkeit in den Unterricht und in das Schulleitbild, das Schulprogramm, die Abläufe, die Organisation und in die Personalentwicklung an neun beruflichen Schulen (Whole School Approach, WSA) sowie einem Studienseminar zur Beruflichen Bildung, die Umsetzung von BNE/GL als Leitperspektive in beruflichen vollzeitschulischen Bildungsgängen etabliert. Außerdem wurden Unterrichtsmodulare zum Lernbereich Globale Entwicklung für die berufliche Bildung sowie eine zugehörige Lehrkräftefortbildung erarbeitet und veröffentlicht.

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



Nachhaltige Wasser- und Sanitärversorgung in Mali

Mit dem Entwicklungszusammenarbeit-Programm (EZ-Programm) „Nachhaltige Wasser- und Sanitärversorgung“ in Mali (bis Ende 2021) soll der Zugang der armen, ländlichen und kleinstädtischen Bevölkerung in Mali zu hygienisch unbedenklichem Trinkwasser und angemessener Sanitärversorgung verbessert werden.

Es gibt Qualifizierungsmaßnahmen für Betreiber ländlicher, kleiner Versorgungssysteme für Trinkwasser.

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



3.4.7.2 Länder

Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland (Kultusministerkonferenz, KMK), Berufliche Schulen

Rahmenvereinbarungen und Rahmenlehrpläne der Kultusministerkonferenz

Die Förderung des Erwerbs nachhaltigkeitsorientierter Kompetenzen wurden in der Rahmenvereinbarung über die Berufsschule (Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 20.09.2019) in den Zielen der Berufsschule entsprechend ergänzt bzw. erweitert. Ebenso wurden sie zuvor in der „Handreichung für die Erarbeitung von Rahmenlehrplänen der Kultusministerkonferenz für den berufsbezogenen Unterricht in der Berufsschule und ihre Abstimmung mit Ausbildungsordnungen des Bundes für anerkannte Ausbildungsberufe“ (Veröffentlichung der Kultusministerkonferenz vom 14.12.2018) berücksichtigt. BNE ist somit in allen ab 01.08.2020 wirksam gewordenen Rahmenlehrplänen der Kultusministerkonferenz integriert.

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



Umsetzung in den Ländern

Die Länder haben in einer Bestandsaufnahme auf allen Ebenen (Berufliche Schulen, Landesinstitute, Schulaufsichtsbehörden) die vorhandenen Ordnungsmittel der beruflichen Schulen mit Blick auf Aspekte der Nachhaltigkeit gesichtet. Best-Practice Beispiele wurden in unterschiedlichen Verfahren identifiziert. Sie reichen von Kleinstprojekten bis zu Netzwerken von beteiligten beruflichen Schulen und Einrichtungen.

Die Potentiale der beruflichen Bildung für nachhaltige Entwicklung bei der Verzahnung mit betrieblicher Praxis und informeller Bildung wurden durch eine Vielzahl von Projekten und Initiativen auf Landesebene erschlossen. Der ganzheitliche und praxisorientierte Ansatz steht hierbei besonders im Fokus. Innovationen aus den beruflichen Tätigkeitsfeldern fließen in die betriebliche und berufsschulische Ausbildung ein.

Die beruflichen Schulen greifen im Rahmen ihrer Ausgestaltung des Lernfeldunterrichtes Themen der nachhaltigen Entwicklung sowohl in der beruflichen Erstausbildung wie auch in der beruflichen Weiterbildung auf. Dabei werden die Aspekte der Nachhaltigkeit aus dem unmittelbaren beruflichen Alltag von den Schulen in den Lerninhalten und damit im Kompetenzerwerb der Lernenden verankert. Dabei wird in Lernortkooperation mit Betrieben und regionalen Netzwerken u.a. auch international zusammengearbeitet. Der Aspekt des Globalen Lernens oder des Lernens in globalen Zusammenhängen kann so unmittelbar adressiert werden.

Um alle Lernorte als nachhaltige Lernorte zu etablieren, setzen die Länder für die beruflichen Schulen in unterschiedlicher Ausprägung auf Förderungen, Zertifizierungen bzw. Auszeichnungen von Schulen, Projekten, Initiativen und Wettbewerben.

Zur Förderung des Erwerbs von Kompetenzen, die für ein nachhaltiges Handeln notwendig sind, nutzen die Länder unterschiedliche Regelungsebenen, wie z.B. gesetzliche Vorgaben, verbindliche Richtlinien, Lehrpläne und Handreichungen sowie Veranstaltungen im Netzwerkformat für die beruflichen Schulen.

Gestützt wird dies durch curriculare und didaktische Umsetzung beruflicher BNE, die durchgängig von der Lehrkräfteausbildung über Schul- und Unterrichtsentwicklung sowie Bildungsplanarbeit bis zur Fort- und Weiterbildung der Lehrkräfte angelegt ist.

Die vernetzte Arbeit mit den Partnern der beruflichen Bildung stellt alle Beteiligten vor erhöhte Herausforderungen. Im Rahmen der oben beschriebenen Lernortkooperation gelingt es zunehmend, beide Lernorte, Schule und Betrieb, als nachhaltige Lernorte zu etablieren. Die Qualifikation und Sensibilisierung des Ausbildungspersonals der Lernorte sind dabei genauso wichtig, wie das explizite Verständnis eines nachhaltigen Lernortes. Für den Bereich der beruflichen Schulen wird dies durch die Länder unterstützt. Die Partner in der beruflichen Bildung verfolgen eigene Initiativen und bilden Netzwerke, um diesen Ansatz auch bei ihren Betrieben zu erreichen und zu verbreiten.

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



3.5 Hochschule

3.5.1 Einleitung

Hochschulen sind als Forschungs- und Bildungseinrichtungen zentral für eine nachhaltige Entwicklung. Durch Forschung und Lehre erarbeiten und vermitteln Hochschulen Wissen, Kenntnisse, Kompetenzen und Werte und bilden Multiplikatorinnen und Multiplikatoren und zukünftige Führungskräfte aus. Hochschulen sind u.a. durch die Ausbildung pädagogischer Fach- und Lehrkräfte einer der wichtigsten Hebel, um den gesellschaftlichen Wandel in Richtung Nachhaltigkeit zu befördern.

Durch ihre Forschungstätigkeiten erzeugen Hochschulen Wissen und Innovationen, die für die Gestaltung einer nachhaltigen Entwicklung nötig sind. Wissenschaft in gesellschaftlicher Verantwortung bedeutet nicht zuletzt, dass Hochschulen das für gesellschaftliche Transformationen notwendige Orientierungswissen bereitstellen.

In diesem Kapitel werden in einem übergeordneten Themenbereich und in fünf Handlungsfeldern (HF) die Aktivitäten und Maßnahmen zu Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) im Hochschulbereich dargestellt. Die fünf Handlungsfelder sind im Einzelnen: „Finanzierungs- und Anreizsysteme der Hochschulen auf inhaltliche und strukturelle Nachhaltigkeit und BNE ausrichten“ (HF I), „Forschung und BNE systematisch anhand von Qualitätskriterien verknüpfen“ (HF II), „Eine diversifizierte Hochschullandschaft mit unterschiedlichen BNE-Pfaden sowie BNE-Pioniere und „Second Follower“ fördern“ (HF III), „Studierende und Absolventinnen und Absolventen als zentrale Gestalterinnen und Gestalter nachhaltiger Entwicklung“ (HF IV) und „Transformative Narrative für BNE entwickeln“ (HF V).

3.5.2 Übergreifende Themen

3.5.2.1 Ressorts

Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF)

Das „Professorinnenprogramm des Bundes und der Länder“: Wissenschaft wird weiblicher

Mit dem „Professorinnenprogramm des Bundes und der Länder zur Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern in Wissenschaft und Forschung an deutschen Hochschulen“ wird seit 2008 ein Anreiz zur nachhaltigen Verbesserung der Gleichstellung und insbesondere der Gleichstellungsstrukturen in der Wissenschaft gesetzt. Nach positiven Evaluationen der ersten beiden Programmphasen startete 2018 die dritte Phase des Programms. Im Rahmen eines wettbewerblichen Auswahlverfahrens sind die Hochschulen aufgefordert, ihre zukunftsorientierten Gleichstellungskonzepte (bzw. deren Weiterentwicklung) einem hochkarätigen Gremium von Expertinnen und Experten zur Begutachtung vorzulegen. Die strukturelle Verankerung, die Nachhaltigkeit der Gleichstellungsbestrebungen sowie die Stärkung der Nachwuchswissenschaftlerinnen an den Hochschulen sind zentrale Begutachungskriterien. Auf diese Weise erfolgen eine Sensibilisierung und ein Bedeutungszuwachs für das Thema Chancengleichheit von Frauen und Männern. Es wird ein Anstoß gegeben, die Gleichstellung an der eigenen Hochschule kritisch zu prüfen und die Gleichstellungsaktivitäten zu systematisieren und konzeptionell weiterzuentwickeln.



Abbildung 23: Junge Wissenschaftlerin auf dem Weg zur Professur / Copyright istock by GettyImages

Hochschulen, deren Gleichstellungskonzepte positiv begutachtet wurden, können eine Förderung von drei – in der dritten Phase bei Auszeichnung des Konzepts mit dem Prädikat „Gleichstellung: ausgezeichnet!“ von bis zu vier – Erstberufungen von Wissenschaftlerinnen auf unbefristete W2- und W3-Professuren in Form einer Anschubfinanzierung über max. fünf Jahre erhalten. So wird die Anzahl von Wissenschaftlerinnen in Spitzenfunktionen im Wissenschaftsbereich gesteigert. Darüber hinaus sind Hochschulen im Fall der Förderung von Regelprofessuren (d.h. nicht vorgezogenen Berufungen) aufgefordert, zusätzliche Gleichstellungsmaßnahmen in angemessener Höhe umzusetzen. Durch diese Regelung werden weitere Aktivitäten zur nachhaltigen Verbesserung der Repräsentanz von Frauen auf allen wissenschaftlichen Qualifikationsstufen angestoßen. Die Ergebnisse der Programmevaluationen zeigen, „dass das Professorinnenprogramm seine Ziele – die Erhöhung des Professorinnenanteils und die Verstärkung von strukturellen Gleichstellungswirkungen – umfassend erreicht“ (GESIS 2017; cews public 22).

Weiterführender Link:

[Das Professorinnenprogramm des BMBF](#)

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



Hochschulwettbewerb im Wissenschaftsjahr

Beim Hochschulwettbewerb im Wissenschaftsjahr des BMBF sollen insbesondere Studierende, Promovierende und junge Forschende an Hochschulen in Deutschland für eine aktive Beteiligung am Wissenschaftsjahr gewonnen werden. Sie sind dazu aufgerufen, Projekte zum Thema des Wissenschaftsjahrs zu entwickeln, die auf interaktive Art und Weise ihre jeweilige Forschung für die Bevölkerung verständlich machen und deren gesellschaftliche Bedeutung aufzeigen. Die besten Ideen werden mit jeweils 10.000 Euro zur Umsetzung belohnt.



Abbildung 24: Hochschulwettbewerb im Wissenschaftsjahr / Copyright: WiD / Franziska Schultheiss

Bereits seit dem Wissenschaftsjahr 2013 ruft Wissenschaft im Dialog den Wettbewerb gefördert vom BMBF aus. Die thematische Bandbreite der Wissenschaftsjahre und die gesamtgesellschaftliche Bedeutung der vermittelten Inhalte sollen sich auch in den Projekten des Hochschulwettbewerbs widerspiegeln. Das Format und die Ausrichtung des Hochschulwettbewerbs sind besonders dazu geeignet, eine der wichtigsten Zielgruppen – junge Forschende – als Multiplikatorinnen und Multiplikatoren aktiv in die Entwicklung innovativer Formate der Wissenschaftskommunikation zu integrieren und damit gleichzeitig die Kommunikation und Verbreitung des Wissenschaftsjahres zu fördern. Darüber hinaus festigt das Format die Verankerung des Wissenschaftsjahres nachhaltig an den Standorten und in den Hochschulen selbst und erhält damit eine starke und breite lokale Aufmerksamkeit.

Die Internetseite [Hochschulwettbewerb](#) ist als Blogpage angelegt. Sie kann von den Teams selbst mit Inhalten bestückt werden und stellt das zentrale Medium des Wettbewerbs dar. Die Teams kommunizieren hier selbstständig ihren Projektverlauf, Höhepunkte und Ergebnisse.

Weiterführender Link:

[Hochschulwettbewerb](#)

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



3.5.2.2 Länder

Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland (Kultusministerkonferenz, KMK), Hochschule

Fortlaufende Umsetzung des Nationalen Aktionsplans Bildung für nachhaltige Entwicklung (NAP BNE)

In den Ländern gibt es eine Vielzahl von Strategien und Maßnahmen, die auch mit Bezug zu den die Länder betreffenden Handlungsaufforderungen des Nationalen Aktionsplans Bildung für nachhaltige Entwicklung (NAP BNE) für den Bereich Hochschulen/Wissenschaft zu sehen sind, deren Weiterentwicklung und Aktualisierung für die Relevanz von BNE und Nachhaltigkeit (NH) sensibilisieren und die weitere Umsetzung des Nationalen Aktionsplans BNE befördern. Themenfelder in der Zuständigkeit der Länder sind

- Nachhaltigkeitsstrategien der Länder,
- Verankerung von BNE im Hochschulbereich,
- Ziel- und Leistungsvereinbarungen mit den Hochschulen und
- Finanzierungs- und Anreizsysteme.

Die für diese Themenfelder im NAP BNE festgeschriebenen Maßnahmen sind in fortlaufender Umsetzung. Dabei werden Bewährtes – auch unter Berücksichtigung internationaler Entwicklungen und im Zusammenwirken insbesondere mit den Hochschulen – weiterentwickelt und die Berücksichtigung von BNE/NH-Aspekten in den Beratungen und Aspekte von BNE/NH verstärkt bei aktuellen Beschlüssen der Kultusministerkonferenz eingebracht. Auf die Empfehlungen zur Digitalisierung in der Hochschullehre (Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 14.03.2019) wird beispielhaft verwiesen.

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



3.5.3 Handlungsfeld I: Finanzierungs- und Anreizsysteme der Hochschulen auf inhaltliche und strukturelle Nachhaltigkeit und BNE ausrichten

3.5.3.1 Ressorts

Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF)

Stiftung Innovation in der Hochschullehre

Gute Absolventinnen und Absolventen sind die nachhaltige Sicherung der Innovationskraft Deutschlands. Damit die Hochschullehre zukunftsfähig bleibt, aktuellen Herausforderungen verantwortungsvoll begegnen und neue Bedarfe stetig aufnehmen kann, muss sie sich kontinuierlich und dynamisch anpassen. Diese Dynamik nachhaltig zu stärken, ist Ziel der Stiftung Innovation in der Hochschullehre: Es sollen wegweisende Projekte zu strukturell-strategischen Anpassungen, thematischen Neuausrichtungen und innovativen Ansätzen in der Hochschullehre gefördert werden. Die Stiftung soll Hochschulen und ihre Lehrenden motivieren, sich nachhaltig für gute Lehre einzusetzen. Ferner soll sie den deutschlandweiten Austausch und die (internationale) Vernetzung der Lehrenden

und anderer Akteurinnen und Akteure effektiv organisieren und den Wissenstransfer in die Breite langfristig unterstützen. Ab 2021 wird die Stiftung mit 150 Millionen Euro jährlich dauerhaft gefördert, zunächst alleine durch den Bund und ab 2024 mit einer Länderbeteiligung von 40 Millionen Euro.

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



„Initiative Nachhaltigkeit in der Wissenschaft“ (SISI)

Mit der 2012 gestarteten „Initiative Nachhaltigkeit in der Wissenschaft – Sustainability in Science Initiative“ (SISI) unterstützt das BMBF Hochschulen, außeruniversitäre Forschungsorganisationen und Studierendeninitiativen dabei, Nachhaltigkeit in den verschiedenen Bereichen des Wissenschaftssystems zu implementieren. Dabei verfolgt das BMBF einen gesamtinstitutionellen Ansatz, den sog. „Whole Institution Approach“, der auch im Weltaktionsprogramm Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE) seine Entsprechung findet. Damit bringt das BMBF die Transformation der Hochschullandschaft zu mehr Nachhaltigkeit weiter voran. Im Rahmen von SISI werden innovative Pilotvorhaben gefördert, die dazu beitragen, die nachhaltige Entwicklung im Wissenschaftssystem institutionell zu implementieren und zu professionalisieren.

Das BMBF wird die SISI-Initiative mit einer weiteren Förderphase fortsetzen und neu ausrichten. Ziel der neuen Förderphase ist es, Transformationspfade für mehr Nachhaltigkeit an Hochschulen zu entwickeln, die auf möglichst viele Hochschulen übertragen werden können. Hierzu sollen ab 2022 Forschungsverbünde gefördert werden. Das neue Förderangebot wird in einem Agendaprozess sowohl hinsichtlich möglicher Inhalte als auch Formate gemeinsam mit Akteurinnen und Akteuren aus Wissenschaft und Praxis diskutiert und entwickelt. Abschluss und Höhepunkt des Agendaprozesses ist das 5. SISI-Symposium „Hochschulen gemeinsam für Nachhaltigkeit“, das im März 2021 als Online-Veranstaltung stattfindet.

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



3.5.3.2 Länder

Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland (Kultusministerkonferenz, KMK), Hochschule

Hochschulen und die Nachhaltigkeitsstrategien der Länder

Die weit überwiegende Mehrzahl der Länder verfügt über Nachhaltigkeitsstrategien, Initiativen, Masterpläne oder Leitbilder, in denen die Bereiche Wissenschaft und Hochschulen, unter Berücksichtigung der spezifischen verfassungsrechtlichen Grenzen (Forschung und Lehre), ausdrücklich berücksichtigt sind, und der Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) besondere Bedeutung zugeschrieben wird und mit denen sektorübergreifende Nachhaltigkeitsziele verfolgt werden. So hat sich beispielsweise Berlin zum Ziel gesetzt, bis zum Jahr 2050 die Klimaneutralität der Stadt zu erreichen, wozu auch die Hochschulen einen nennenswerten Beitrag leisten (Vgl. Berliner Energiewendegesetz, EWG Bln).

In einigen Ländern werden diese Strategien oder Leitbilder aktuell unter Mitwirkung der Wissenschaftsministerien, u.a. in interministeriellen Arbeitsgruppen, fortgeschrieben und ausdifferenziert. Beispielhaft zu nennen sind die Fortschreibung der Thüringer Nachhaltigkeitsstrategie (2018) und der Brandenburger Strategie (2019) sowie die Verabschiedung von Länderstrategien in Sachsen (Januar 2019) und in Sachsen-Anhalt (2019). In Schleswig-Holstein befindet sich die Strategie in der landesinternen Abstimmung (November 2020). Auch in Mecklenburg-Vorpommern wird BNE ressortübergreifend in Federführung der Staatskanzlei vorangetrieben.

Modernisierung und Ausbau im Hochschulbereich sollen in allen Ländern unter Berücksichtigung der technischen Entwicklungen und nach Maßgabe der Nachhaltigkeitsstrategien erfolgen. Unabhängig von Zuständigkeiten für den Hochschulbau ist die Einbeziehung der Hochschulen mit ihrem umfangreichen Gebäudebestand in bestehende Klimaschutzpläne, Klimaschutzstrategien und Klimaschutzfonds gewährleistet. In der überwiegenden Mehrheit der Länder sind die Hochschulen zudem einbezogen in (Sonder-)Programme Klimaschutz, energetische Sanierung und/oder klimaneutrale Landesverwaltung bzw. wird die Einbeziehung geprüft. Eine Vielzahl von Hochschulen hat zudem eigene Konzepte für eine klimaneutrale Hochschule, deren Umsetzung in Nachhaltigkeitskommissionen, durch Umwelt- bzw. Nachhaltigkeitsbeauftragte oder sog. „green offices“ begleitet wird.

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



Berücksichtigung von BNE/Nachhaltigkeit im Hochschulrecht

BNE und Nachhaltigkeit (NH) sind schon seit geraumer Zeit grundsätzlich in den Hochschulgesetzen verankert. Verpflichtungen im Kontext BNE/NH lassen sich aus den in den geltenden Hochschulgesetzen verankerten Aufgaben der Hochschulen ableiten.

Bei abgeschlossener (Sachsen-Anhalt), laufender (Bayern, Hessen, Rheinland-Pfalz) oder geplanter Novellierung (Berlin, Brandenburg, Bremen, Niedersachsen, Saarland, Schleswig-Holstein) werden das Ob und Wie einer (geeigneten, weitergehenden bzw. expliziteren) Verankerung von BNE/NH im jeweiligen Landeshochschulgesetz geprüft. So ist z.B. das novellierte Hochschulgesetz für Mecklenburg-Vorpommern Ende 2019 mit einem ergänzten § 3 Absatz 1 („Die Hochschulen orientieren sich in Forschung, Lehre, Weiterbildung am Leitbild der nachhaltigen Entwicklung“) in Kraft getreten. Ähnlich formuliert das Hochschulgesetz des Landes Sachsen-Anhalt vom 02.07.2020 in § 3 Abs. 8: „Die Hochschulen leisten ihren Beitrag zu einer nachhaltigen, friedlichen und demokratischen Welt.“

Einzelne Länder sehen jedoch über die Aufnahme von BNE/NH in den allgemeinen Aufgabenkatalog der Hochschulen hinaus keine Notwendigkeit für eine weitergehende Berücksichtigung im Hochschulgesetz. Sie gehen unter Hinweis auf die Verantwortung der Hochschulen davon aus, dass Nachhaltigkeit im Rahmen der akademischen Selbstverwaltung vor Ort rechtlich gestaltet werden soll und wird (Grundordnungen der Hochschulen) oder greifen das Thema, wie beispielsweise in Thüringen, ergänzend im Zusammenhang mit der jeweils geltenden Rahmenvereinbarung mit den einzelnen Hochschulen auf.

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



Ziel- und Leistungsvereinbarungen/Finanzierung- und Anreizsysteme

Ziel- und Leistungsvereinbarungen sind mit ihrer Verknüpfung von inhaltlichen Zielen und Budgetfragen ein bewährtes Steuerungsinstrument.

Zur Berücksichtigung von BNE/NH in den Ziel- und Leistungsvereinbarungen/Hochschulverträgen bestätigt die überwiegende Zahl der Länder, die dieses Instrument einsetzen, dass BNE/BNE Gegenstand von bestehenden bzw. neu zu verhandelnden Ziel- und Leistungsvereinbarungen ist. Zum Teil werden das UNESCO-Weltaktionsprogramm Bildung für nachhaltige Entwicklung (WAP BNE) (2015–2019) und der Nationale Aktionsplan Bildung für nachhaltige Entwicklung (NAP BNE) in den Vereinbarungen ausdrücklich in Bezug genommen.

Ob und mit welchen Zielen BNE/NH Gegenstand künftiger Verhandlungen mit den Hochschulen sein wird, bleibt zu prüfen und im Miteinander mit den Hochschulen zu gestalten. Der neue Hessische Hochschulpakt 2021 bis 2025 widmet der Nachhaltigkeit beispielsweise ein eigenes Kapitel und legt explizit fest, dass im Rahmen der Zielvereinbarungen mit den Hochschulen konkrete, für die jeweilige Hochschule erreichbare Ziele im Bereich Nachhaltigkeit vereinbart und deren Erfüllung im Rahmen eines gesonderten Budgets, des sog. Profilbudgets, honoriert wird.

Zurückhaltend beurteilt die Mehrzahl der Länder die Notwendigkeit und Wirksamkeit zusätzlicher Finanzierungs- und Anreizsysteme. Die Relevanz der Nachhaltigkeitsproblematik ist von den Hochschulen anerkannt. Außerdem fehlen geeignete quantitative Nachhaltigkeitskennzahlen, die eine der Voraussetzungen für die Integration in die Leistungsorientierte Mittelvergabe (LOM) wären. Unter Hinweis auf die grundsätzliche Problematik der Parametrisierung politischer Programmatiken birgt ein eigener Indikator „Nachhaltigkeit“ die Gefahr, dass über die Notwendigkeit der Operationalisierung (Messbarkeit der Zielerreichung) eine inhaltliche Einengung auf die gemessenen Zielerreichungsparameter erfolgt. Nachhaltigkeit soll aber als allumfassende Strategie alle Leistungsdimensionen und Aktivitäten durchdringen. Für die im NAP BNE angeregte Entwicklung eines Sets von Indikatoren, das den Grad der Umsetzung von BNE/NH in Forschung, Lehre, Betrieb und Transfer von Hochschulen anzeigt, sieht die Mehrzahl der Länder im Interesse eines länderübergreifenden Verständnisses den Bund als Akteur und unterstreicht zugleich die Bereitschaft, den Bund zu unterstützen und Überlegungen der Länder einzubringen. Dieses Set und seine mögliche Berücksichtigung wären dann in den Verhandlungen mit den Hochschulen zu prüfen und umzusetzen.

Beispiele für eine ergänzende programmatische Förderung von BNE/NH durch die Länder sind das bereits 2013 aufgelegte Förderprogramm „Wissenschaft für Nachhaltige Entwicklung“ des Landes Niedersachsen, das Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm (BEK 2030), in dessen Rahmen auch den Hochschulen Fördermöglichkeiten offenstehen, oder die Zuschussvereinbarungen des Freistaates Sachsen.

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



Akkreditierung von Studiengängen und BNE/Nachhaltigkeit

Eine Einbeziehung von BNE/NH in Akkreditierungsverfahren ist nicht sachgerecht. Welche Kriterien bei der Akkreditierung von Studiengängen zugrunde gelegt werden, wird in der in allen Ländern gleichlautenden Rechtsverordnung geregelt, die den Studienakkreditierungsstaatsvertrag aus dem Jahr 2017 näher ausführt. Auf die von der Kultusministerkonferenz am 07.12.2017 beschlossene Musterrechtsverordnung wird verwiesen.

Zugleich wird unterstrichen, dass mit Blick auf die verfassungsrechtlich geschützte Wissenschaftsfreiheit einzelne Studieninhalte nicht als Akkreditierungskriterium festgelegt werden können. BNE/NH als Studieninhalt kann bei der Akkreditierung von Studiengängen daher nicht generell als Kriterium berücksichtigt werden. Ob und welche Aspekte von BNE/NH in einzelnen Studiengängen enthalten sind, hängt vielmehr wesentlich von den jeweiligen

konkreten fachlichen und wissenschaftlichen Anforderungen ab. Dies kann und wird mit Blick auf die verfassungsrechtlichen Rahmenbedingungen ausschließlich in einem peer review-Verfahren unter Federführung von Hochschullehrerinnen und Hochschullehrern überprüft werden. Nachhaltigkeitsaspekte können daher im Rahmen der von den Ländern in der o. g. Rechtsverordnung festzulegenden fachlich inhaltlichen Akkreditierungskriterien nur implizit berücksichtigt werden, soweit hier eine generelle Festlegung der Ziele von Hochschulbildung erfolgt.

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



Professuren, die BNE/Nachhaltigkeit in der Denomination tragen

Voraussetzung für eine aussagekräftige Erhebung ist eine Begriffsklärung. Es wird darauf hingewiesen, dass nicht ausschließlich auf die Denomination abzustellen ist, sondern nachhaltigkeitsbezogene Studiengänge einbezogen und die Vielfalt der Bereiche, in denen BNE/NH eine Rolle spielt, abgedeckt sein müssen. Für entsprechende Berichte und Erhebungen wäre außerdem von einem angemessen großen Zeitabstand auszugehen.

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



BNE-Beauftragte und länderübergreifende Zusammenarbeit

Während es in einzelnen Ländern Beauftragte gibt oder die Benennung geprüft wird, wird in anderen Ländern die Benennung eher zurückhaltend betrachtet. Bezüglich der länderübergreifenden Zusammenarbeit wird auf die in den Ländern bestehenden Gremien/Beiräte in Sachen BNE/NH verwiesen, zu deren Aufgaben die länderübergreifende Zusammenarbeit bereits gehört.

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



3.5.4 Handlungsfeld II: Forschung und BNE systematisch anhand von Qualitätskriterien verknüpfen

3.5.4.1 Ressorts

Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF)

Projekt „Nachhaltigkeit lehren lernen. Förderung der BNE in der Hochschullehre“

Um die Kompetenzentwicklung von Lehrenden im Handlungsfeld Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) zu unterstützen, fördert das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) seit 2020 das am Heidelberger

Zentrum Bildung für nachhaltige Entwicklung der Pädagogischen Hochschule Heidelberg angesiedelte Vorhaben „Nachhaltigkeit lehren lernen. Förderung der Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) in der Hochschullehre“.

Im Gegensatz zum BNE-bezogenen Bildungsangebot für die 2. Phase (Referendariat) und 3. Phase (Weiterbildung) der Lehrkräftebildung existierte bislang für Lehrende im Hochschulbereich kein bundesweites, strukturiertes Weiterbildungsangebot zur Umsetzung der BNE in der Lehre. Diese Lücke wird das Vorhaben schließen: An sieben ausgewählten Hochschulen und Universitäten entstehen fächerübergreifende Einführungsangebote zu den Grundlagen der BNE, Workshops zur Umsetzung der BNE in der Lehre für unterschiedliche Disziplinen sowie individuelle Beratungs- und Unterstützungsangebote (Coaching). Ziel ist es, Hochschullehrende als Auszubildende zukünftiger Lehrkräfte allgemein- und berufsbildender Schulen in BNE weiterzubilden. Dabei gilt es, BNE fächerbezogen und als Querschnittskompetenz strukturell zu verankern und Voraussetzungen zu schaffen, um BNE in die Breite zu tragen.

Die Erkenntnisse aus dem Fördervorhaben fließen in die Beratung der Nationalen Plattform Bildung für nachhaltige Entwicklung (NP BNE), des BMBF und weiterer Gremien, insbesondere des Bildungsbereichs Hochschule, ein.

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



Universität Hamburg – Graduiertenschule School of Integrated Climate and Earth System Sciences (SICSS)

Die Graduiertenschule School of Integrated Climate and Earth System Sciences (SICSS) erforscht am Centrum für Erdsystemwissenschaften und Nachhaltigkeit (CEN) fächerübergreifend die verschiedenen Aspekte des Klimawandels und seinen Einfluss auf die Natur und die menschliche Gesellschaft. Die Schule ist Teil des Exzellenzclusters „Climate, Climate Change and Society“ (CLICCS). Das Verständnis des Klimas und des Klimawandels über die individuelle Forschungsdisziplin hinaus sowie die Verknüpfung verschiedener Forschungsdisziplinen in den Erdsystem- und Klimawissenschaften bilden den zentralen innovativen Ansatz der Schule. Die SICSS fördert in allen Phasen der Ausbildung (Master of Science, MSc – Promotion, Ph.D. – Postdoktorand, PostDoc) mit einem strukturierten Programm die fachliche sowie überfachliche Qualifikation ihrer Mitglieder.

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



Förderung der BNE in der „Initiative Nachhaltigkeit in der Wissenschaft“ (SISI)

Im Rahmen der Initiative „Nachhaltigkeit in der Wissenschaft – Sustainability in Science Initiative“ (SISI) verfolgt das BMBF einen gesamtinstitutionellen Ansatz, den sogenannten „Whole Institution Approach“, um Nachhaltigkeit in der Wissenschaft zu verankern. Das BMBF fördert auch Forschungs- und Best-Practice-Vorhaben zu Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE). Mit der Neuausrichtung der SISI-Initiative, die 2020 in einem Agendaprozess gestartet ist, werden neben Akteurinnen und Akteuren aus der Nachhaltigkeitsforschung auch Akteurinnen und Akteure aus dem Bereich der Hochschulbildung beteiligt. Somit leistet SISI im Rahmen seiner Projektförderungen einen Beitrag zu einer forschungsorientierten Lehre für Nachhaltigkeit an Hochschulen.

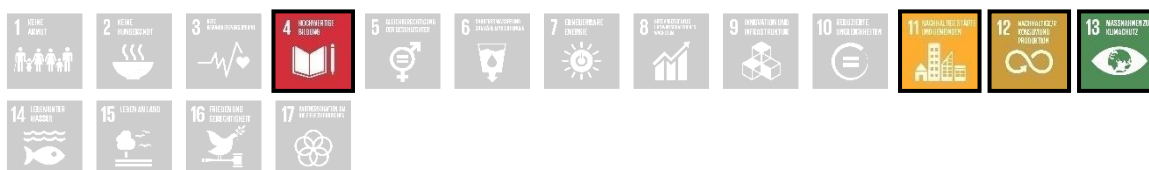
Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



Projekt „Nachhaltigkeit an Hochschulen“ (HOCH-N)

Mit dem Projekt „Nachhaltigkeit an Hochschulen“ (HOCH-N) fördert das BMBF im Rahmen der Initiative „Nachhaltigkeit in der Wissenschaft – Sustainability in Science Initiative“ (SISI) einen Verbund von elf Hochschulen aus acht Bundesländern. Hierbei entstehen im Sinne des Whole Institution Approach für alle Hochschulbereiche (Forschung, Lehre, Betrieb, Governance, Berichterstattung, Transfer) anwendbare Handreichungen zur nachhaltigen Hochschulentwicklung. Denn damit Hochschulen organisationsweit nachhaltig werden, braucht es valide und operationalisierbare Hinweise, mit welchen Schritten dies gelingen kann. Im HOCH-N-Netzwerk sind über 210 Partnerinnen und Partner aus 113 deutschen Hochschulen aktiv beteiligt, damit wurden knapp ein Drittel aller deutschen Hochschulen in das HOCH-N-Netzwerk integriert. Darüber hinaus wurden durch die bundesweiten Veranstaltungen des Verbunds mehrere tausend Menschen erreicht. Im Jahr 2020 wurde aus HOCH-N heraus die Deutsche Gesellschaft für Nachhaltigkeit an Hochschulen (DG Hoch N) gegründet, um das Netzwerk nach Auslaufen der BMBF-Förderung in die Zukunft zu tragen.

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



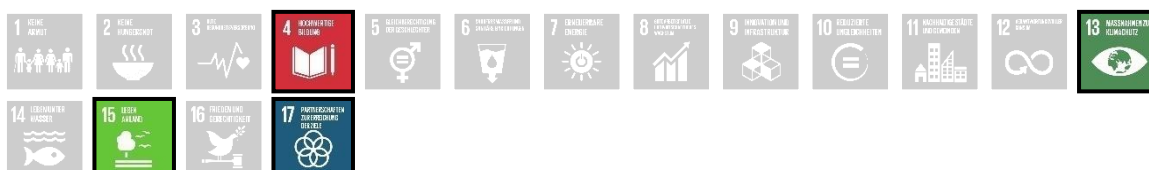
Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU)

Internationale Klimaschutzinitiative (IKI) – Internationale Klimaschutzstipendien der Alexander von Humboldt-Stiftung

Das durch die Internationale Klimaschutzinitiative (IKI) geförderte Stipendienprogramm für Internationalen Klimaschutz der Alexander von Humboldt-Stiftung richtet sich an Nachwuchsführungskräfte aus der Wissenschaft, Wirtschaft sowie aus staatlichen oder nichtstaatlichen Organisationen und fördert den Austausch von Wissen, Methoden und Techniken im Bereich Klima- und Ressourcenschutz. Das Programm unterstützt nunmehr den 10. Jahrgang internationaler Klimaschutzstipendiatinnen und -stipendiaten aus Entwicklungs- und Schwellenländern.

Im Rahmen der IKI entwickelte die Universität Bonn mit Partnerorganisationen und Hochschulen der Elfenbeinküste und Ghanas einen interdisziplinären Master-Studiengang zur Nutzung und Förderung von Schnittstellen zwischen Wissenschaft und Politik im Zusammenhang mit Biodiversität und Ökosystemleistungen und zur Unterstützung der Arbeit des Weltrats für Biologische Vielfalt (IPBES) in Westafrika. Neben dem Wissens- und Kompetenzaufbau dient der Studiengang auch als regionale Vernetzungsplattform für Expertinnen und Experten und wurde erstmals im Jahr 2020 von Studierenden 15 westafrikanischer Länder absolviert.

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



3.5.4.2 Länder

Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland (Kultusministerkonferenz, KMK), Hochschule

Fort- und Weiterbildungsangebote für Hochschullehrende

Zu Fort- und Weiterbildungsangeboten für Hochschullehrende und die Förderung der Entwicklung einer spezifischen Lehrkultur zu Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) ist auf die Hochschulautonomie und die Weiterbildung als Aufgabe der Hochschulen zu verweisen. Ein länderübergreifender oder überregionaler Abstimmungsbedarf zu den Strukturen zur dauerhaften Gewährleistung und Qualitätssicherung entsprechender Angebote wird nicht gesehen. Vielmehr ist auf die existierenden Netzwerke, u.a. zur Hochschuldidaktik, zu verweisen.

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



3.5.4.3 Gesellschaftliche Akteure

Rat für Nachhaltige Entwicklung (RNE)

Beteiligung im Lenkungskreis der Wissenschaftsplattform Nachhaltigkeit 2030

Der Rat für Nachhaltige Entwicklung (RNE) unterstützte bis Anfang 2020 durch seine Beteiligung im Lenkungskreis der Wissenschaftsplattform Nachhaltigkeit 2030 (wbn2030.de) dabei, Nachhaltigkeitsforschung um die Dimension der umsetzungsorientierten Herausforderungen zu erweitern.

Weiterführender Link:

[Wissenschaftsplattform Nachhaltigkeit \(wbn2030.de\)](http://wbn2030.de)

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



3.5.5 Handlungsfeld III: Eine diversifizierte Hochschullandschaft mit unterschiedlichen BNE-Pfaden sowie BNE-Pioniere und „Second Follower“ fördern

3.5.5.1 Ressorts

Auswärtiges Amt (AA)

Grenzüberschreitende Hochschulzusammenarbeit – UNESCO-Lehrstühle

Das Auswärtige Amt (AA) hat 2019 die erste internationale Konferenz der deutschen UNESCO-Lehrstühle finanziert, die von diesen zusammen mit der Deutschen UNESCO-Kommission in Wuppertal organisiert wurde. Ergebnis der Wuppertaler Tagung war, dass sich Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus über 15 Ländern selbst dazu verpflichteten, ihre Arbeit in den Dienst der Agenda 2030 zu stellen und an Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) auszurichten, zivilgesellschaftliche Gruppen stärker in ihre Forschung einzubeziehen und enger mit der Politik zu kooperieren. Zudem werden sie wissenschaftliche Partnerschaften zwischen dem Globalen Süden und Norden weiter vertiefen.

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF)

Interdisziplinäres Fernstudium Umweltwissenschaften (infernum)

Das Interdisziplinäre Fernstudium Umweltwissenschaften (infernum) ist ein universitäres nachhaltigkeitsrelevantes Weiterbildungsangebot für beruflich qualifizierte Fach- und Führungskräfte, das seit 20 Jahren von der Fern-Universität in Hagen in wissenschaftlicher Kooperation mit dem Fraunhofer-Institut für Umwelt-, Sicherheits- und Energietechnik UMSICHT in Oberhausen und der Fraunhofer Academy angeboten wird.

infernum richtet sich an Studierende mit und ohne ersten akademischen Abschluss. Studierende, die bereits einen ersten Hochschulabschluss erworben haben, können bei infernum den akademischen Grad „Master of Science“ (MSc) im Fach Umweltwissenschaften erlangen. Studierende ohne akademische Vorbildung können sich im Zertifikatsstudium individuell zu umweltwissenschaftlichen Themen weiterbilden.

Der Studiengang zeichnet sich durch seine interdisziplinäre Ausrichtung, die fachliche Breite des Lehrangebotes und die Flexibilität der Studienorganisation aus: Das zentrale Ziel des Studiengangs ist die Vermittlung von interdisziplinärem umweltrelevantem Wissen. Die Studierenden eignen sich nachhaltige Gestaltungskompetenz an, um erfolgreiche und wissenschaftlich fundierte Lösungen für Umwelt- und Nachhaltigkeitsprobleme entwickeln zu können. infernum befähigt zum vernetzten Denken und vermittelt eine disziplinübergreifende Begriffs- und Verständnisbasis als Voraussetzung für die Arbeit in multidisziplinären Teams. Die Studierenden werden an interdisziplinäre Betrachtungsweisen und Begrifflichkeiten sowie das jeweilige methodische Handwerkszeug herangeführt. Das Curriculum umfasst Module aus den Natur- und Ingenieurwissenschaften, den Sozial-, Rechts- und Wirtschaftswissenschaften sowie zu interdisziplinären Querschnittsthemen. Je nach Vorbildung und Interessen stellen die Studierenden individuell ihr Studienprogramm zusammen. Durch die Verpflichtung zur interdisziplinären Belegung werden alle drei Nachhaltigkeitsdimensionen (Ökonomie, Ökologie und Soziales) berücksichtigt. Indem die Studierenden lernen, in den verschiedenen „Wissenschaftssprachen“ zu kommunizieren, werden sie darüber hinaus optimal darauf vorbereitet, eine Vermittlerrolle zwischen Wissenschaft und Praxis einzunehmen und als Multiplikatoren zu agieren.

Das didaktische Lehr-/Lernkonzept ist lernendenzentriert und basiert auf einer Struktur des integrierenden Lernens (Blended-Learning-Struktur), die es den Studierenden ermöglicht, sich neben beruflichen und familiären Verpflichtungen weiterzubilden. Hierdurch wird ein wesentlicher Beitrag zur Realisierung des lebenslangen Lernens geleistet.

Das Studienprogramm wird ergänzt durch Angebote, die auch einer breiteren Öffentlichkeit offenstehen (Tagungen, Vorlesungsreihen, Massive Open Online Course (MOOC) zum Thema Klimagerechtigkeit etc.).

Nach mehrmaligen Auszeichnungen als UN-Dekade-Projekt erhielt infernum in den Jahren 2016 und 2018 die Auszeichnung als „Netzwerk des UNESCO-Weltaktionsprogramms Bildung für nachhaltige Entwicklung“.

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



3.5.5.2 Länder

Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland (Kultusministerkonferenz, KMK), Hochschule

Virtuelle Lehrangebote/OER und Vernetzung

In Umsetzung der Digitalisierungsstrategien der Länder (Digitale Agenda, Digitalisierungsoffensive) werden Entwicklung und Bereitstellung hochwertiger Open Educational Resources (OER)-Inhalte über (Landes)Portale und auch in länderübergreifenden Verbänden weiterverfolgt, auf- und ausgebaut und gefördert. Beispielhaft zu nennen sind der Virtuelle Campus Rheinland-Pfalz, die Virtuelle Hochschule Bayern und das Netzwerk Hochschule und Nachhaltigkeit Bayern, die Hamburg Open Online University, die Virtuelle Akademie der Universität Bremen und eine Vielzahl digitaler Angebote (Studiengänge, Module) mit Nachhaltigkeitsbezug.

Das Ministerium für Kultur und Wissenschaft des Landes Nordrhein-Westfalen und die Digitale Hochschule NRW fördern im Rahmen der landesweiten Digitalisierungsoffensive die hochschulübergreifende Produktion und Nutzung von digitalen Lehr-/Lernangeboten mit dem Förderprogramm „OERContent.nrw“. Die hier entwickelten Lehr- und Lerninhalte sollen künftig in das neue Online-Landesportal ORCA.nrw (Open Resources Campus NRW) eingestellt werden und damit allen Studierenden und Lehrenden in Nordrhein-Westfalen zur Verfügung stehen.

Im Freistaat Sachsen hat sich am Hochschuldidaktischen Zentrum ein landesweiter Facharbeitskreis „Bildung für nachhaltige Entwicklung in der Hochschullehre“ gebildet, der zum Austausch, Vernetzung und stärkerer Verankerung von BNE in der Hochschullehre beitragen will. Entsprechende landesweite Fortbildungsangebote wurden bereits entwickelt und angeboten. Beispielhaft wird eine Veranstaltung zum „Nachhaltigkeits-Empowerment in der Lehre – Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) als Impulsgeber für engagierte Lehre“ angeboten.

Handlungsbedarf ergibt sich dabei im Hinblick auf die Weiterentwicklung der technischen Rahmenbedingungen, der Inhalte der Angebote und der Anerkennung der entsprechenden Studienleistungen. Nicht zuletzt deshalb unterstützt die AG „Digitalisierung im Hochschulbereich“ der Kultusministerkonferenz (KMK) den Austausch und die Entwicklung von digitalen Lernmaterialien und Lehr-/Lernangeboten über Hochschul- und Ländergrenzen hinweg. Hierzu stehen die Länderportale in engem Austausch.

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



3.5.5.3 Gesellschaftliche Akteure

Rat für Nachhaltige Entwicklung (RNE)

Hochschulspezifischer Nachhaltigkeitskodex (HS-DNK)

Der Rat für Nachhaltige Entwicklung (RNE) fördert die Nachhaltigkeitsberichterstattung an Hochschulen. Gemeinsam mit dem Verbundprojekt „Nachhaltigkeit an Hochschulen (HOCH-N): entwickeln – vernetzen – berichten“, welches im Rahmen der BMBF-Initiative „Nachhaltigkeit in der Wissenschaft – Sustainability in Science Initiative“ (SISI) gefördert wird, wurde der Nachhaltigkeitsberichtsstandard „Hochschulspezifischer Nachhaltigkeitskodex (HS-DNK)“ erarbeitet. Der HS-DNK besteht aus 20 Kriterien, die die Hochschulbereiche Strategie, Prozessmanagement, Umwelt und Gesellschaft umfassen und nach dem comply-or-explain-Ansatz zu berichten sind. Um die Anwendung zu erleichtern hat HOCH-N einen Leitfaden mit Praxisbeispielen entwickelt.

Weiterführender Link:

[Deutscher Nachhaltigkeitskodex](#)

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



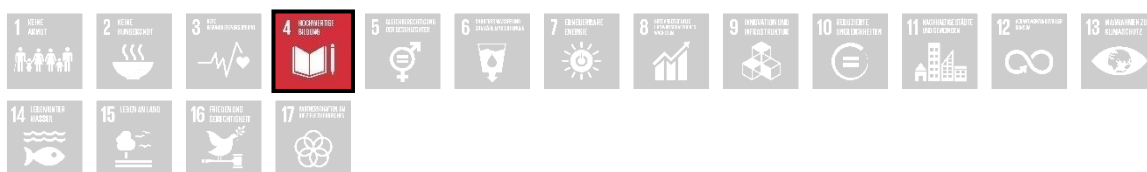
Unterstützung von HOCH-N

Der RNE hat sich als Akteur des Verbundprojekts „Nachhaltigkeit an Hochschulen (HOCH-N): entwickeln – vernetzen – berichten“, welches im Rahmen der BMBF-Initiative „Nachhaltigkeit in der Wissenschaft – Sustainability in Science Initiative“ (SISI) gefördert wird, für eine systematische Implementierung von Nachhaltigkeit in allen Bereichen der Hochschule und einer Vernetzung der Hochschulen untereinander eingesetzt.

Weiterführender Link:

[„Nachhaltigkeit an Hochschulen \(HOCH-N\): entwickeln – vernetzen – berichten“](#)

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



3.5.6 Handlungsfeld IV: Studierende und Absolventinnen und Absolventen als zentrale Gestalterinnen und Gestalter nachhaltiger Entwicklung

3.5.6.1 Ressorts

Auswärtiges Amt (AA)

Hochschulförderung im Ausland

Partnerschaften deutscher Hochschulen mit ausländischen Hochschulen und bilaterale Hochschulkooperationsprojekte stellen als Transnationale Bildungsprojekte (TNB) Leuchttürme deutscher Wissenschaftskooperation in den Partnerländern dar. Sie ermöglichen Bildungszugänge, Kompetenz- und Wissenstransfer in beide Richtungen und bauen in großem Maße interkulturelle Kompetenz auf. Die TNB leisten zudem einen Beitrag zur Wissenschaftsfreiheit, da akademische Werte wie die Freiheit von Wissenschaft und Forschung vermittelt werden und sie in manchen Fällen einen gewissen Schutz für Wissenschaftler bieten.

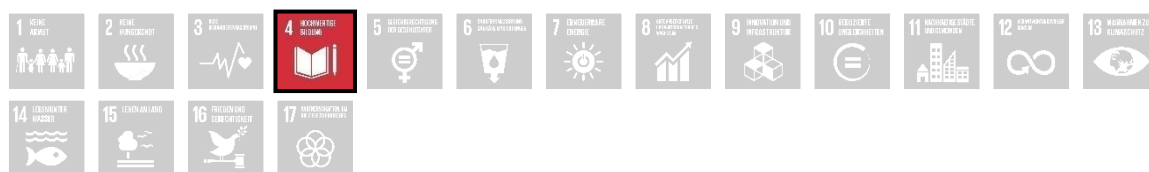
Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



Akademische Ausbildung für Geflüchtete

Die Deutsche Akademische Flüchtlingsinitiative Albert Einstein (DAFI) ist ein Sur-Place-Stipendienprogramm für anerkannte Flüchtlinge zum Studium an einer Universität, Fachhochschule oder äquivalenter Institution. Deutschland nimmt mit seinem Engagement für die Hochschulbildung von Flüchtlingen international eine Vorreiterrolle ein. Akademische Bildung erweitert die Chancen junger Flüchtlinge und ihrer Familien, ein selbstständiges Erwerbsleben zu führen und ist damit ein wichtiger Schritt zur Verbesserung ihrer Lebenssituation.

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



Unterstützung für gefährdete Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler

Mit der Philipp Schwartz-Initiative (PSI) steht ein Sonderprogramm für die Aufnahme und Integration gefährdeter Wissenschaftler/innen in Deutschland zur Verfügung. Gefährdeten Forschenden soll ein sicherer Aufenthaltsort gewährt und ein beruflicher Neustart ermöglicht werden. PSI leistet durch Aufnahme und Integration gefährdeter Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler an deutschen Universitäten und Forschungseinrichtungen einen wichtigen Beitrag zur Stärkung der Wissenschaftsfreiheit.

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



Fortbildungsangebote zu nachhaltigem Wassermanagement

Das deutsche Nationalkomitee für die Wasserprogramme der UNESCO (Intergovernmental Hydrological Programme, IHP) und der Weltmeteorologieorganisation (WMO) (Hydrology and Water Resources Programme, HWRP), dem das AA vorsitzt, organisiert seit 2007 mit der Ruhr-Universität Bochum jährliche Sommerschulen für internationale Studierende v.a. aus Entwicklungsländern. 2019 stand dabei das Thema „Grundwasser und Landwirtschaft“ im Mittelpunkt; 2020 „Grundwasser und Energie“. Das IHP-/HWRP-Nationalkomitee bietet zudem mit dem UNESCO-Lehrstuhl an der Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule Aachen (RWTH Aachen) Online-Kurse (sogenannte Massive Open Online Course, MOOC) zum Thema Hydrologie an.

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF)

Qualitätspakt Lehre

Nachhaltige Entwicklung im Qualitätspakt Lehre

Eines der wichtigsten Ziele des Ende 2020 ausgelaufenen Bund-Länder-Programms „Qualitätspakt Lehre“ (QPL) war die Verbesserung der Studienbedingungen und der Lehrqualität an deutschen Hochschulen. Das Bund-Länder-Programm unterstützte die Hochschulen dabei, ihr Personal für die Lehre, Betreuung und Beratung zu qualifizieren. Weitere Ziele waren die nachhaltige Sicherung und Weiterentwicklung einer qualitativ hochwertigen Hochschullehre.

Universität Konstanz – Lehrangebote zu nachhaltiger Entwicklung

Die Universität Konstanz koordinierte und organisierte Blockveranstaltungen für Studierende im Bachelor- und Masterstudium, u.a. zu den Themen Einführung in Corporate (Social) Responsibility, (C(S)R), Nachhaltigkeit in Wirtschaft und Gesellschaft, Ringvorlesung „Nachhaltigkeit“, Nachhaltigkeit in der Modeindustrie, Kulturbetrieb und Nachhaltigkeit, nachhaltige Unternehmensführung und verantwortungsvolles unternehmerisches Handeln. Für die Lehrveranstaltungen wurden überwiegend externe Expertinnen und Experten aus der Wirtschaft akquiriert, die den Studierenden praxisnah berufsrelevante Kompetenzen vermittelten.

Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde

Das Thema nachhaltige Entwicklung ist an der Fachhochschule Eberswalde und der daraus entstandenen „Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde“ beständig weiterentwickelt worden. Unter dem Motto „Mit der Natur für den Menschen“ agierte die Hochschule im Einklang mit Wirtschaft, Gesellschaft und Umwelt. In diesem Rahmen sollten alle Prozesse und Abläufe in den Fachbereichen, aber auch in Verwaltung und Forschung, nach dem Vorsorgeprinzip gestaltet sein. Somit wurden langfristig Entwicklungschancen für heutige und zukünftige Generationen gesichert und gerecht verteilt. Neben dem Bezug zur Nachhaltigkeit in Lehre und Forschung standen Umweltleistungen beim Betrieb der Hochschule ebenso wie das soziale Miteinander im Vordergrund der eigenen Hochschulentwicklung.

Hochschule Bochum

An der Hochschule Bochum wurde ein neues berufsbefähigendes und anwendungsorientiertes Studienangebot „Nachhaltigkeitswissenschaften“ mit zwei Professuren zu den Themen „Nachhaltigkeit (sozialwissenschaftliche

Ausrichtung)“ und „Nachhaltigkeitsentwicklung/ Organisationsentwicklung/ Innovationsmanagement“ implementiert. Zahlreiche Veranstaltungsreihen innerhalb des Studiengangs konnten durch das Projekt ermöglicht werden. Der Masterstudiengang „Nachhaltige Entwicklung“ wurde eingerichtet.

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



Initiative „netzwerk n“

Mit dem Projekt „Zukunftsfähige Hochschulen - Denken. Handeln. Wandeln.“ fördert das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) im Rahmen der Initiative „Nachhaltigkeit in der Wissenschaft – Sustainability in Science Initiative“ (SISI) die studentische Initiative „netzwerk n“ bei der Etablierung und Professionalisierung von studentischen Nachhaltigkeitsinitiativen und deren Projekten in ganz Deutschland. Das netzwerk n bietet studentischen Initiativen eine kostenlose Weiterbildung an („Wandercoaching“), wie ihr Engagement für Nachhaltigkeit an ihrer Hochschule weiterentwickelt und praxisrelevant eingebracht werden kann. Mithilfe des Wandercoachings konnten in den letzten Jahren über 140 studentische Nachhaltigkeitsinitiativen und über 1.000 Studierende im deutschsprachigen Raum erreicht werden.

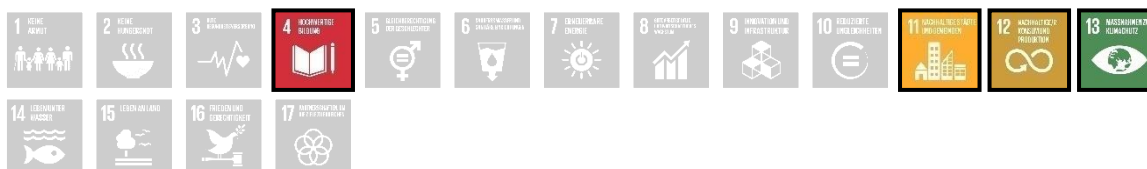
Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



Projekt „Virtuelle Akademie Nachhaltigkeit“

Mit dem Projekt „Virtuelle Akademie Nachhaltigkeit“ hat das BMBF im Rahmen der „Nachhaltigkeit in der Wissenschaft – Sustainability in Science Initiative“ (SISI) die Entwicklung videobasierter Lehr- und Lernangebote zu Grundlagenwissen zu Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE)/Nachhaltigkeit im Hochschulkontext gefördert. Lehr- und Lernangebote der Virtuellen Akademie zum forschenden Lernen haben es Studierenden außerdem ermöglicht, sich aktiv mit dem Forschungsprozess auseinanderzusetzen, sich auszutauschen und ihre eigenen Ergebnisse der Community zur Verfügung zu stellen.

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



Nachwuchsgruppen „Globaler Wandel – 4+1“

Die Nachwuchsgruppen „Globaler Wandel – 4+1“ leisten mit neuen und innovativen Forschungsideen und Fragestellungen zu Themen wie dem Klimawandel oder der zunehmenden Knappheit von Rohstoffen und Wasser wichtige Beiträge, um die Prozesse des Globalen Wandels zu verstehen und zukünftige Entwicklungen gestaltbar zu machen.

Ziel dieser Nachwuchsförderung ist es auch, junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in der Leitung von wissenschaftlichen Teams zu qualifizieren, um ihre Chancen zu erhöhen, sich in ihrem Forschungsfeld zu etablieren und ihnen Perspektiven für wissenschaftliche Karrieren in Deutschland und Europa zu eröffnen. Die Fördermaßnahme „Nachwuchsgruppen Globaler Wandel -4+1“ läuft seit 2013. Bislang wurden in zwei Förderrunden insgesamt 32 Nachwuchsgruppen gefördert.

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



Kompetenzzentren für Klimawandel und angepasstes Landmanagement in Afrika

Mit den Kompetenzzentren für Klimawandel und nachhaltiges Landmanagement (Southern African Science Service Centre for Climate Change and Adaptive Land Management, SASSCAL und West African Science Service Centre on Climate Change and Adapted Land Use, WASCAL) hat das BMBF im südlichen und westlichen Afrika, den vom Klimawandel besonders stark betroffenen Regionen, wissenschaftliche Strukturen und akademische Ausbildung aufgebaut, damit die beteiligten Staaten eigene Expertise weiterentwickeln und selbst valide Entscheidungen etwa im Hinblick auf ihre Landnutzung und Wasserversorgung treffen können. Darüber hinaus werden die Kapazitäten der beteiligten Länder gestärkt, z.B. selbst Klimaprognosen und Szenarien zu entwickeln, Handlungsoptionen aufzuzeigen und in internationalen Verhandlungsprozessen (z.B. United Nations Framework Convention on Climate Change (UNFCCC), Convention on Biological Diversity (CBD) etc.) die Interessen der Länder zu vertreten. Das BMBF hat die Zentren seit ihrer Einrichtung im Jahr 2010 mit rund 140 Millionen Euro unterstützt, im Zeitraum von Mitte 2017 bis Mitte 2021 erhalten die Zentren insgesamt 41,16 Millionen Euro vom BMBF. Bis zum Jahr 2023 sind weitere gemeinsame Forschungsaktivitäten, die Einrichtung neuer Graduiertenschulen und die Ausweitung der Institutionen selbst geplant. Bisher konnten mehr als 550 PhD-, Master- und Bachelorstudierende zu Klima-, Energie- und Landwirtschaftsfragen speziell für den afrikanischen Arbeitsmarkt in Politik, Wissenschaft und Praxis ausgebildet werden.

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



Forschungspartnerschaften für die Bewertung komplexer Prozesse im System Erde in der Region Südliches Afrika – SPACES

Mit der Maßnahme „Science Partnerships for the Adaptation to Complex Earth System Processes in Southern Africa“ (SPACES) soll das Wissen über die Funktionsweise des Systems Erde im südlichen Afrika verbessert werden. Im weltweiten Vergleich sind im südlichen Afrika die klimawandelbedingten Folgen wie Dürren, Überschwemmungen und Nahrungsmittelknappheit in den letzten Jahren deutlich sichtbar geworden. Die Wechselwirkungen zwischen Geosphäre, Atmosphäre und Ozean sowie die Interaktionen zwischen Land und Meer sowie Biosphäre und Atmosphäre stehen daher im Mittelpunkt dieses Forschungsprogramms. Ziel ist es, Mensch und Umwelt besser auf die negativen Folgen des Klimawandels vorzubereiten und widerstandsfähige und anpassungsfähige Landnutzungssysteme zu entwickeln. Diese sollen die Menschen in ihrer nachhaltigen Lebens- und Wirtschaftsweise unterstützen und resiliente Ökosysteme und ihre natürlichen Ressourcen für künftige Generationen bewahren.

Das SPACES-Programm wird durch ein Kapazitätsaufbauprogramm begleitet, das mit den in SPACES-Projekten involvierten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern eng abgestimmt ist und durch Maßnahmen wie Sommer- schulen, Ausbildung auf Forschungsschiffen, Forschungsaufenthalte, Vernetzungsaktivitäten und Workshops mit Entscheidungsträgern begleitet wird.

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL)

Bilateraler Wissenschaftler austausch

Der Bilaterale Wissenschaftler austausch ist ein Instrument des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) zur Förderung projektbezogener Zusammenarbeit deutscher wissenschaftlicher Einrichtungen des Agrar-, Ernährungs-, Forstwirtschafts- und Fischereibereichs sowie des ernährungs- und gesundheitsbezogenen Verbraucherschutzsektors mit ausländischen Forschungsinstituten.

Bei den geförderten Forschungsvorhaben spielen Nachhaltigkeitsaspekte eine wichtige Rolle. Ziel ist es, eine möglichst langjährige, für beide kooperierenden Länder vorteilhafte Zusammenarbeit zu etablieren. Ein zentraler Aspekt dieser Zusammenarbeit ist die Qualifikation von Nachwuchswissenschaftlerinnen und-wissenschaftlern durch ein insbesondere auf Entwicklungs- und Schwellenländer ausgerichtetes Doktorandenprogramm. Dieses trägt zur mittelfristigen Kapazitätsentwicklung in den Ursprungsländern der geförderten Nachwuchskräfte bei.

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV)

Änderung von § 5a Deutsches Richtergesetz – Implementierung der Auseinandersetzung mit dem nationalsozialistischen Unrecht in die juristische Ausbildung

Juristinnen und Juristen kommt eine zentrale Funktion bei der Verwirklichung des demokratischen Rechtsstaats zu. Dies verlangt, dass sie nicht nur Recht und Gesetz fachmännisch anzuwenden wissen, sondern dass sie sich ihrer besonderen Verantwortung bewusst sind und danach handeln. Um dies zu schulen, wird § 5a Deutsches Richtergesetz dahingehend ergänzt, dass in die juristische Ausbildung die Auseinandersetzung auch mit dem nationalsozialistischen Unrecht implementiert wird. Insbesondere die Auseinandersetzung mit dem nationalsozialistischen Unrecht verdeutlicht das Missbrauchspotential des Rechts eindringlich und im Falle des Fehlens eines festen Wertefundaments die Ideologiefälligkeit juristischer Methodik. Die Fähigkeit zur kritischen Reflexion des Rechts, die so vermittelt werden soll, benötigen Juristinnen und Juristen auch heute, an welcher Stelle sie auch tätig werden. Sie müssen immer wieder Entscheidungen in belastenden und belasteten Situationen fällen, die z.B. durch Handlungs-routinen, öffentlichen oder kollegialen Druck oder durch Karriereambitionen entstehen können. Sie sollen solche Situationen erkennen können und die daraus folgende Notwendigkeit, in ihnen für die Grundwerte unserer Verfassung einzustehen.

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)

Aufbau der Pan-Afrikanischen Universität (PAU)

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) engagiert sich bereits in der dritten (und letzten) Förderphase für den Aufbau der Pan-Afrikanischen Universität (PAU). Das Programm hat zum Ziel, das international anerkannte Pan African University Institute of Water and Energy Sciences in Algerien zu befähigen, zur nachhaltigen Entwicklung der Hochschulbildung und der angewandten Forschung in Afrika beizutragen und die Nachhaltigkeitsdimensionen Wasser, Energie und Anpassung an den Klimawandel in der Ausbildung junger Menschen voranzutreiben.

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):

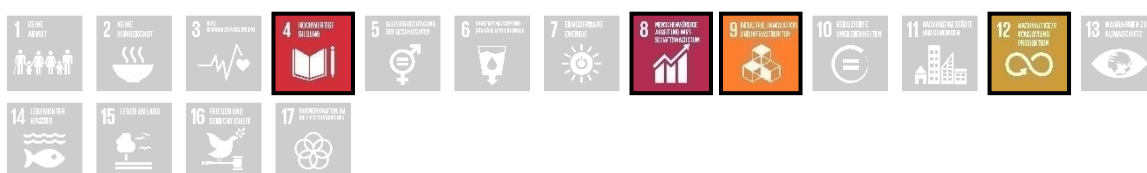


Unterstützung der Deutsch-Mongolischen Hochschule für Rohstoffe und Technologie

Die Unterstützung der Deutsch-Mongolischen Hochschule für Rohstoffe und Technologie in der Mongolei (Projektlaufzeit 2019 bis 2022) hat insbesondere das Ziel, die personellen und sachlichen Ressourcen der Hochschule zur Ausbildung von qualifizierten Fachkräften zu stärken.

Hierfür werden Studiengänge praxisorientiert und an den nationalen Bedarfen ausgerichtet unter Berücksichtigung des Zuganges einkommensschwacher Gruppen.

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



3.5.7 Handlungsfeld V: Transformative Narrative für BNE entwickeln

3.5.7.1 Ressorts

Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF)

Bioökonomie als gesellschaftlicher Wandel

Bioökonomie umfasst die Erzeugung, Erschließung und Nutzung biologischer Ressourcen, Prozesse und Systeme, um Produkte, Verfahren und Dienstleistungen in allen wirtschaftlichen Sektoren im Rahmen eines zukunftsfähigen Wirtschaftssystems bereitzustellen. Als übergreifender Ansatz adressiert die Bioökonomie 11 der 17 SDGs di-

rekt; die „Nationale Bioökonomiestrategie“ ist auf das Erreichen der 17 UN-Nachhaltigkeitsziele (Sustainable Development Goals, SDGs) ausgerichtet. Unter deren Dach bündelt das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) die sozial-, politik- und wirtschaftswissenschaftliche Forschung im Rahmen des Dachkonzepts „Bioökonomie als gesellschaftlicher Wandel“. Das Konzept umfasst vier Module und eine Querschnittsmaßnahme, die jeweils durch Förderrichtlinien umgesetzt werden. Für die Ziele zur Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) sind insbesondere die Maßnahmen zur Förderung von Nachwuchsgruppen (Modul 1) und neuer Formate der Kommunikation und Partizipation (Querschnittsmaßnahme) von Bedeutung, weil diese neben der Erforschung von nachhaltigkeitsrelevanten Fragen auch die langfristige Verankerung dieser Themen in Wissenschaft und Gesellschaft anstreben.

Mit der Förderung von Nachwuchsgruppen trägt das BMBF zu einem verlässlichen Umfeld für die Forschung junger Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern bei und schafft so bestmögliche Qualifizierungsmöglichkeiten. Die Maßnahme zielt darauf ab, Bioökonomie und Nachhaltigkeit langfristig in den Sozial-, Politik und Wirtschaftswissenschaften, aber auch den Kultur- und Geisteswissenschaften zu verankern. Das geschieht auf direktem Weg während der fünfjährigen Förderperiode an Hochschulen, die bis zu sechs Forschenden als akademische Qualifizierungsphase (für eine Habilitation oder Promotion) dient. Strukturelle Wirkung entfaltet die Förderung dadurch, dass sich exzellente Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler Themen erarbeiten, die sie nach einem Ruf auf eine Professur langfristig in Forschung und Lehre festschreiben.

Als Querschnittsmaßnahme fördert das BMBF einen Ideenwettbewerb zu neuen Formaten der Kommunikation und Partizipation in der Bioökonomie. Die geförderten Verbünde setzen sich mit der Frage auseinander, wie eine gesellschaftliche Debatte über Transformationsprozesse im Zuge einer nachhaltigen Entwicklung initiiert und unterstützt werden können. Neuartige Dialogformate und Instrumente werden unter Einbindung verschiedener gesellschaftlicher Gruppen entwickelt, erprobt und begleitend evaluiert. Die Ergebnisse werden – auch über die Laufzeit der Vorhaben hinweg – in Ausstellungen und anderen Formaten einer breiten Öffentlichkeit präsentiert und regen dazu an, sich mit Fragen der Nachhaltigkeit auseinanderzusetzen und miteinander auszutauschen.

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



Kompetenznetzwerk Umweltrecht (KomUR)

Im BMBF-Rahmenprogramm „Forschung für Nachhaltige Entwicklung – FONA“ wird das Kompetenznetzwerk Umweltrecht (KomUR) gefördert. Das Kompetenznetzwerk setzt sich zusammen aus dem Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung (UFZ) und sechs Universitäten. Das Vorhaben dient dazu, die Entwicklung eines nachhaltigen Umweltrechts insbesondere durch entsprechende Arbeiten von Promovierenden voranzubringen. Diese promovieren zu zentralen Rechtsfragen ökologisch nachhaltiger Entwicklung, z.B. zu Themen des Kreislaufwirtschafts-, Emissions-, Wasserhaushalts- und Klimaschutzrechts.

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



3.5.7.2 Gesellschaftliche Akteure

Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU)

Videoclip zum Gutachten „Unsere gemeinsame digitale Zukunft“

Begleitend zum Gutachten „Unsere gemeinsame digitale Zukunft“ (2019) hat der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) einen animierten Videoclip auch mit Blick auf die Zielgruppe Studierende produziert: „Eine große technische Revolution ist im Gang. Wer gibt dieser Revolution Richtung und Sinn? Welchen Zielen dient sie? Dies ist eine Einladung.“

Weiterführender Link:

[Videoclip zum Gutachten „Unsere gemeinsame digitale Zukunft“ \(2019\)](#)

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



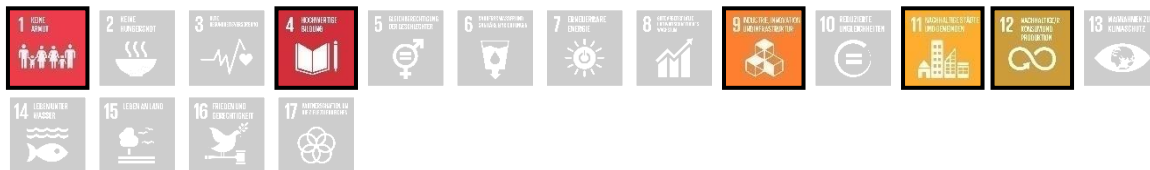
Poster zum Gutachten „Unsere gemeinsame digitale Zukunft“

Als eine Auskopplung zum Gutachten „Unsere gemeinsame digitale Zukunft“ (2019) hat der WBGU ein bunt illustriertes Poster als Handreichung für Seminare oder Workshops veröffentlicht.



Abbildung 25: Unsere gemeinsame digitale Zukunft

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



3.6 Non-formales und informelles Lernen/Jugend

3.6.1 Einleitung

Der Bereich des non-formalen und informellen Lernens/Jugend gewinnt vor dem Hintergrund des lebenslangen Lernens für die notwendige Transformation der Gesellschaft im Sinne der 17 UN-Nachhaltigkeitsziele (Sustainable Development Goals, SDGs) eine immer stärkere Bedeutung.

Unter dem Begriff des non-formalen und informellen Lernens werden alle Bildungsangebote für die unterschiedlichsten Zielgruppen außerhalb des formalen Bildungssystems zusammengefasst. Auch die immer wichtiger werdende Erwachsenenbildung zählt zu diesem Bereich.

Die Aktivitäten und Maßnahmen der Bundesregierung, der Länder und der gesellschaftlichen Akteurinnen und Akteure im breiten Spektrum des non-formalen und informellen Lernens werden in diesem Kapitel strukturiert an sieben Handlungsfeldern (HF) aufgezeigt. Die Handlungsfelder sind im Einzelnen: „Wirksame Beteiligung von jungen Menschen“ (HF I), „Diversität und Inklusion“ (HF II), „Stärkung und Anerkennung von Change Agents und Multiplikatorinnen und Multiplikatoren“ (HF III), „Ausbau von Bildungslandschaften mit dem Fokus auf BNE“ (HF IV), „Bilder und Erzählungen (Narrative) der Transformation entwickeln“ (HF V), „Freiräume schaffen“ (HF VI) und „Tragfähige Finanzierungsmodelle und -instrumente entwickeln“ (HF VII).

3.6.2 Übergreifende Themen

3.6.2.1 Ressorts

Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF)

Geschäftsfeld „Transfer in die Gesellschaft“ der Fraunhofer-Gesellschaft

Die Fraunhofer-Gesellschaft als angewandte Forschungseinrichtung hat ein großes Interesse daran, Bürgerinnen und Bürger – die breite Öffentlichkeit – für ihre Technologien und ihr Forschungs-Know-how zu sensibilisieren. Dieses Bewusstsein schafft Fraunhofer durch Wissenstransfer mithilfe transparenter Kommunikation, um für aktuell relevante Forschungsfragen zu begeistern. Hierfür wagt Fraunhofer gemeinsam – im Zusammenspiel aus Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft – in ihrem neuen Geschäftsfeld „Transfer in die Gesellschaft“ einen wichtigen Schritt. Fraunhofer will eine gelebte Verantwortungskultur sichtbar machen und den sozioökonomischen Erwartungen von Politik, Gesellschaft und Kunden entsprechen. Fraunhofer ist überzeugt, dass die Basis für eine nachhaltige Entwicklung ein frühzeitiges Bewusstsein erfordert und in der späteren Laufbahn ein entsprechendes Fachwissen von Vorteil ist. Hierzu leistet Fraunhofer einen Beitrag zur nachhaltigen Bildung in verschiedensten (Lebens-)Bereichen durch Forschungs- und Entwicklungslösungen, verbunden mit innovativen Lernkonzepten und spielerischen Exponaten. Damit Forschung transparent und leicht verständlich wird, muss sich der bereits begonnene Kulturwandel hin zu einer kommunizierenden Wissenschaft weiter fortsetzen. Der Schwerpunkt des neuen Geschäftsfelds liegt daher auf Vermittlungs-, Dialog und Beteiligungsformate.

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL)

Initiative „BioBitte – Mehr Bio in öffentlichen Küchen“

Die deutschlandweite Informationsinitiative BioBitte – eine Maßnahme der Zukunftsstrategie Ökologischer Landbau (ZÖL) soll dazu beitragen, das Marktpotenzial für Bio-Produkte in der Außer-Haus-Verpflegung besser auszuschöpfen. Wegen ihres großen Warenumsatzes und ihrer besonderen Vorbild- und Multiplikatorenfunktion für die Privatwirtschaft und private Haushalte nimmt die ZÖL dabei insbesondere die öffentliche Verpflegung und das öffentliche Beschaffungswesen in den Blick. Mit BioBitte sollen daher möglichst viele Einrichtungen der Gemeinschaftsverpflegung im Zuständigkeitsbereich des Bundes, der Länder sowie der Kommunen und die dort entscheidungsbefugten Akteurinnen und Akteure erreicht und für das Thema „Bio“ sensibilisiert werden. Insbesondere die Kommunen können mit dem großen Bereich der Kita- und Schulverpflegung eine Vorreiterrolle übernehmen. Die Initiative bietet den Verantwortlichen aus Politik, Verwaltung und Praxis mit zielgruppengerechten Informationsmaterialien Hilfestellung bei der Einführung bzw. Ausweitung des Einsatzes von Bio-Lebensmitteln an und ermöglicht es, sich auf Informationsveranstaltungen zu vernetzen und auszutauschen.

Aktuelle Informationen, Wissenswertes und praktische Tipps unter:

[Initiative „BioBitte – Mehr Bio in öffentlichen Küchen“](#)

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)

Gedenkstättenfahrten

Seit 2015 werden Fahrten junger Menschen zwischen 14 und 26 zu Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus im In- und im Ausland gefördert. Durch diese erinnerungspädagogische Arbeit werden Jugendlichen und jungen Erwachsenen die Mechanismen der systematischen rassistischen, antisemitischen und fremdenfeindlichen Ausgrenzung aufgezeigt und deren Folgen erfahrbar gemacht. Diese Form des informellen Lernens leistet einen wichtigen Beitrag für ein tolerantes und friedliches Miteinander. Denn wer vor Ort erlebt hat, wohin Nationalismus und Rassismus führen, wird mit viel größerer Überzeugung für die freiheitliche Demokratie, eine vielfältige Gesellschaft und ein friedliches Europa eintreten und diese Überzeugung auch an die nächste Generation weitergeben.

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



3.6.3 Handlungsfeld I: Wirksame Beteiligung von jungen Menschen

3.6.3.1 Ressorts

Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF)

BNE-Jugendbeteiligungsbüro youboX

Mit dem Ziel der Einbindung junger Menschen in Entscheidungs- und Umsetzungsprozesse zum Nationalen Aktionsplan Bildung für nachhaltige Entwicklung (NAP BNE) fördert das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) seit Mitte 2017 ein bei der Stiftung Bildung angesiedeltes Jugendbeteiligungsbüro, die „youboX“ (Details siehe Kapitel 2).

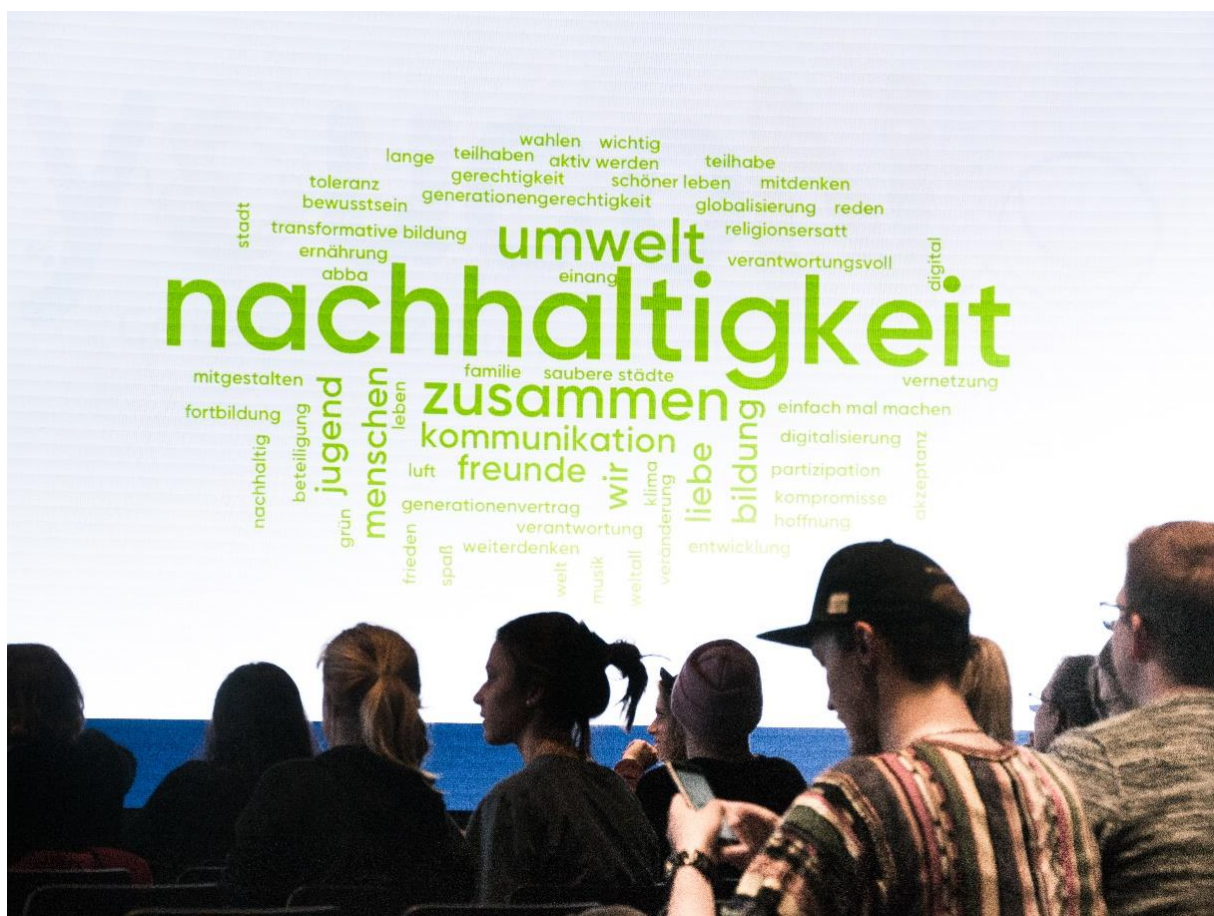
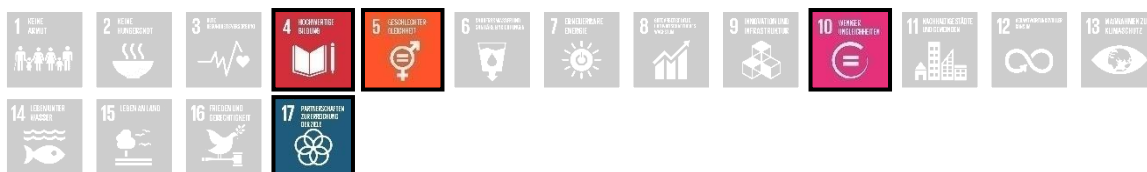


Abbildung 26: Themen der youcoN (BNE-Jugendkonferenz) aus der Sicht der Teilnehmenden. Die youboX (Jugendbeteiligungsbüro) bei der Stiftung Bildung begleitet die Jugendlichen im nationalen BNE-Prozess, Copyright: youpaN 2021 - Stiftung Bildung

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



Förderbekanntmachung „Forschung zur Digitalisierung in der kulturellen Bildung“ (22.02.2017)

Kulturelle Bildung (KuBi) umfasst sowohl die eigene produktive und kreative Auseinandersetzung mit den Künsten als auch die aktive Rezeption von Kunst und Kultur. Dabei verbindet sie kognitive, emotionale und gestalterische Handlungsprozesse. Kulturelle Bildung vermittelt zum einen künstlerisch-kreative Fertigkeiten. Zum anderen ermöglicht sie Bildungserfahrungen in zahlreichen weiteren Bereichen, beispielsweise bezogen auf soziale und emotionale Aspekte. Auch stellt sie wichtige Ressourcen zur Reflexion gesellschaftlicher Herausforderungen bereit. Kulturelle Bildung ist damit ein wichtiger Bestandteil der allgemeinen Bildung und des lebenslangen Lernens.

Die Digitalisierung mit ihren tiefgreifenden gesellschaftlichen und kulturellen Effekten bedingt auch für die kulturelle Bildung Veränderungen, die in ihren Konsequenzen und Potenzialen bislang weitgehend unerforscht sind. Beispielsweise stellt sich die Frage, inwiefern sich ein wechselseitiges Verhältnis zwischen veränderten ästhetischen Wahrnehmungs-, Produktions- und Konsummodi und Prozessen der kulturellen Bildung beschreiben lässt. Thematisch steht die kulturelle Bildung vor der Herausforderung des Umgangs mit neuartigen gesellschaftlichen Themenstellungen und Problemlagen. Die Bedeutung von im Kontext der Digitalisierung entstandenen künstlerischen Praktiken für die kulturelle Bildung bedarf ebenso der wissenschaftlichen Auseinandersetzung wie die Auswirkungen der Digitalisierung auf Angebote und Lehr-Lern-Prozesse der kulturellen Bildung.

Das BMBF fördert vor diesem Hintergrund im Rahmenprogramm Empirische Bildungsforschung interdisziplinär ausgerichtete Grundlagenforschung in acht Verbund- und fünf Einzelvorhaben mit 25 beteiligten Hochschulen und Forschungseinrichtungen.

Ebenfalls gefördert wird ein Metavorhaben an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg (Forschung zur Digitalisierung in der kulturellen Bildung (DiKuBiMeta).

Weiterführender Link:

[Forschung zur Digitalisierung in der kulturellen Bildung \(DiKuBiMeta\)](#)

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



Förderbekanntmachung „Forschung zur kulturellen Bildung in ländlichen Räumen“ (03.01.2019)

Die kulturelle Bildung hat in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen. Insbesondere in Städten und strukturstarken Regionen, die über eine größere Dichte an Kulturinstitutionen wie z.B. Theater, Orchester und Museen verfügen, gibt es eine große Anzahl entsprechender Angebote der Kulturvermittlung. In ländlichen, peripheren Regionen sieht dies hingegen häufig anders aus. Dieser Unterschied ist nicht auf die kulturelle Bildung beschränkt; die Ausprägung von regionalen Disparitäten wird für das Bildungssystem insgesamt im Bildungsbericht 2018 als eine zentrale Herausforderung für das deutsche Bildungssystem benannt.

Bildungspolitisch stellt sich vor diesem Hintergrund die Frage, welche Rolle kulturelle Bildung in ländlichen Räumen spielt und spielen kann sowie nach angemessenen Formen ihrer zukünftigen Ausgestaltung und Förderung.

Das BMBF fördert im Rahmenprogramm Empirische Bildungsforschung Vorhaben, die sich durch einen bildungswissenschaftlich fundierten und in den Diskursen kultureller Bildung verankerten Forschungsansatz auszeichnen und auf der Grundlage einschlägiger Theoriebildung die spezifische Situation in ländlichen Räumen mittels quantitativer und/oder qualitativer sozialwissenschaftlicher Methoden empirisch untersuchen. Die Mehrzahl der Vorhaben bedient sich dabei interdisziplinärer Forschungsansätze (insbesondere aus den Bildungs-, Kultur-, Kunst-,

Raum- und Sozialwissenschaften sowie der Humangeographie) und bindet lokale Akteurinnen und Akteure ein (im Sinne einer community of practice bzw. research).

Derzeit werden 13 Einzelvorhaben, sieben Verbundvorhaben und ein Metavorhaben an der Universität Leipzig (Kulturelle Bildung in ländlichen Räumen, MetaKLuB) gefördert.

Weiterführender Link:

[Kulturelle Bildung in ländlichen Räumen, MetaKLuB](#)

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



Citizen-Science-Aktion „Plastikpiraten“

Seit dem Wissenschaftsjahr 2016*17 Meere und Ozeane erheben Jugendliche zwischen zehn und 16 Jahren aus Schulklassen oder Jugendgruppen bundesweit Daten zu Kunststoffvorkommen an und in deutschen Fließgewässern. Die Citizen Science-Aktion „Plastikpiraten – Das Meer beginnt hier!“, die zwischenzeitlich im Rahmen des Forschungsschwerpunktes „Plastik in der Umwelt“ durchgeführt wird, hat eine doppelte Mission: Durch die Beteiligung der Jugendlichen ist möglich, mehr Datensätzen zur Plastikbelastung der Gewässer in Deutschland zu erhalten als durch wissenschaftliche Studien alleine.

Gleichzeitig sollen die beteiligten Schülerinnen und Schüler für die Problematik sensibilisiert werden, denn die Vermeidung von Plastikmüll in der Umwelt ist auch eine Aufgabe des Einzelnen. Die bisherigen Ergebnisse aus inzwischen sechs Zählzeiträumen lassen sich auf einer digitalen Deutschlandkarte einsehen. Die Kieler Forschungswerkstatt arbeitet mit den gewonnenen Daten weiter: Aus der Analyse der Plastikbelastung eines Flusses von der Quelle bis zur Mündung lassen sich wirksame Schutzmaßnahmen ableiten.



Abbildung 27: Plastic Pirates Go Europe!

Aufgrund des großen Erfolgs der Aktion wird sie im Herbst 2020 parallel in den drei Ländern der Trio-Präsidentschaft im Rat der Europäischen Union 2020/2021, Deutschland, Slowenien und Portugal, durchgeführt („PlasticPirates Go Europe!“). Damit können zusätzliche Daten aus anderen europäischen Flussgebieten gewonnen und Jugendliche in mehreren Ländern an das Thema herangeführt werden.

Weiterführender Link:

[„PlasticPirates Go Europe!“](#)

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)

Bundesprogramm Mehrgenerationenhäuser

Im Bundesprogramm Mehrgenerationenhaus (2017-2020) werden bundesweit rund 530 Mehrgenerationenhäuser (MGH) gefördert, die Treffpunkte für alle Menschen vor Ort sind, unabhängig von Alter, Geschlecht, Herkunft und kulturellem Hintergrund. Die MGH arbeiten in unterschiedlichen Handlungsfeldern und orientieren sich dabei an den konkreten Bedarfen vor Ort. Im Jahr 2019 besuchten rund 62.700 Personen täglich die MGH, in denen sich rund 40.000 Menschen freiwillig engagierten und rund 22.450 Angebote insgesamt stattfanden, davon rund 60 mit aktiver Generationenbegegnung.

Die Angebote der MGH sind in der Regel generationenübergreifend konzipiert wie im Bereich „Generationenübergreifende Bildung“, in dem zum Beispiel Jugendliche gemeinsam mit Erwachsenen einen Sprachkurs besuchen oder eine Geschichts- oder Biografiewerkstatt initiieren. Einige Angebote richten sich aber auch an spezielle Zielgruppen, wie im Bereich „Jugendgerechte Gesellschaft, Förderung von (benachteiligten) Kindern und Jugendlichen“. Zu den 1.523 Angeboten in diesem Handlungsfeld gehörten im Jahr 2019 bspw. Theater- und Musikgruppen für Jugendliche, Lern- und Hausaufgabenhilfen für Schülerinnen und Schüler, Sprachkurse für Jugendliche mit Flucht- oder Migrationshintergrund, die organisatorische Unterstützung von Jugendparlamenten und vielfältige Formen niedrigschwelliger Jugendsozialarbeit.

Auch in den Angeboten im Bereich „Erhöhung der Arbeitsmarktnähe und Integration in Ausbildung und Beschäftigung“ stehen Jugendliche häufig im Fokus. Zu den 672 Angeboten der im Jahr 2019 in diesem Handlungsfeld tätigen MGH zählten bspw. Unterstützungsangebote für Schulabbrechende, Bewerbungstrainings, Vermittlungshilfen in Ausbildung und Arbeit sowie Ausbildungsbegleitungen, wie auch die Bereitstellung und Vermittlung von Plätzen für Jugendfreiwilligendienstleistende.

Seit dem 1. Januar 2021 wird die Arbeit der MGH im neuen „Bundesprogramm Mehrgenerationenhaus. Miteinander – füreinander“ fortgeführt. Zu den wesentlichen Zielen des Förderprogramms zählen die Förderung attraktiver gesellschaftlicher Perspektiven und Teilhabemöglichkeiten für Jugendliche, die Sicherung von Bildungs-, Freizeit- und Kulturangeboten, die Stärkung der Ortsbindung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen sowie die Verhinderung von (Kinder-) Armut und sozialer beziehungsweise gesellschaftlicher Polarisierung. Das „Bundesprogramm Mehrgenerationenhaus. Miteinander – füreinander“ bietet den MGH mit einer achtjährigen Laufzeit Planungssicherheit für die bedarfsgerechte Weiterentwicklung und Umsetzung ihrer Angebote.

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



Jugendstrategie der Bundesregierung

Da politische Entscheidungen in allen Politikfeldern Auswirkungen auf junge Menschen haben können, wurde am 3. Dezember 2019 erstmalig eine Jugendstrategie der Bundesregierung „In gemeinsamer Verantwortung: Politik für, mit und von Jugend“ verabschiedet. Basierend auf einem gemeinsamen jugendpolitischen Verständnis hat die Bundesregierung unter Beteiligung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen für neun jugendrelevante Handlungsfelder die Ausgangslage analysiert, Handlungsbedarfe identifiziert und Maßnahmen benannt. Die Jugendstrategie der Bundesregierung verfolgt das Ziel, Jugendlichen und jungen Erwachsenen bestmögliche Bedingungen zu bieten, um die Herausforderungen der Lebensphase Jugend zu meistern und dabei die Interessen und Bedürfnisse der jungen Generation angemessen zu berücksichtigen.

Die ressortübergreifende Zusammenarbeit zur Verwirklichung dieses Ziels basiert auf den Prinzipien

- Jugend beteiligen,
- Jugend sichtbar machen und
- gemeinsam Verantwortung übernehmen.

Es geht darum, junge Menschen ernst zu nehmen und ihnen wirksame Mitsprachemöglichkeiten zu eröffnen sowie die Mitbestimmung und Selbstbestimmung junger Menschen in sie betreffenden Belangen zu stärken. Es geht darum, Jugend sichtbar zu machen, damit ihre Belange ressortübergreifend im Blick bleiben. Kurzum: Es geht um das Handeln in gemeinsamer Verantwortung für und mit der jungen Generation.

Die Jugendstrategie wird deshalb nicht nur ressortübergreifend, sondern auch mithilfe von unterschiedlichen, möglichst breiten und fundierten Jugendbeteiligungsformaten entwickelt und umgesetzt. Zu den Formaten gehören die JugendPolitikTage, eine Jugendkonferenz, themen- und maßnahmenspezifische Jugend-Audits sowie Online-Konsultationen. Die einzelnen Beteiligungsformate greifen zum einen bei der Überprüfung der Umsetzung der Jugendstrategie und zum anderen bei der Umsetzung konkreter Vorhaben der Bundesregierung im Rahmen der Strategie. So wurden in den neun Handlungsfeldern auch zahlreiche Maßnahmen aufgenommen, die u.a. die Verknüpfung partizipativer Ansätze mit Bildungsangeboten für nachhaltige Entwicklung stärken sollen. Die Möglichkeiten zur Jugendbeteiligung bei der Umsetzung der Jugendstrategie der Bundesregierung eröffnen neue und innovative Formate des inhaltlichen Dialogs zwischen den Ressorts der Bundesregierung und Jugendlichen und jungen Erwachsenen.

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



Freiwilliges Ökologisches Jahr (FÖJ) und Bundesfreiwilligendienst (BFD)

Das Freiwillige Ökologische Jahr (FÖJ), (§ 4 Jugendfreiwilligendienstgesetz) und der Bundesfreiwilligendienst (BFD) (§ 1 BFDG) sind Lern- und Orientierungsdienste. Das FÖJ bietet Gelegenheiten und Gestaltungsfreiräume für das

Engagement junger Menschen zwischen 16 Jahren bis zur Vollendung des 27. Lebensjahres. Der BFD hat die Aufgabe, lebenslanges Lernen zu fördern. Unterstützt von Pädagoginnen und Pädagogen werden eigenständige Projekte im FÖJ und BFD von den Teilnehmenden entwickelt und umgesetzt. In beiden Freiwilligendiensten sind im Rahmen der pädagogischen Begleitung insgesamt 25 Seminartage vorgeschrieben.

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU)

Beteiligung von jungen Menschen

Die Themen im Aufgabenbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU) sind als Zukunftsthemen von hoher Bedeutung für junge Menschen. Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene sollen entsprechend früh aktiv einbezogen und die Auswirkungen politischer Entscheidungen auf ihre Lebenswirklichkeit und ihre Interessen berücksichtigt werden. Über verschiedene Formate lädt das BMU Jugendliche und junge Erwachsene ein, sich aktiv zu beteiligen.

„Zukunft? Jugend fragen!“

Bereits zum dritten Mal erforschen das BMU und das Umweltbundesamt im Rahmen der repräsentativen Studie „Zukunft? Jugend fragen!“, was junge Menschen (14–22 Jahre) bewegt und wie sie sich eine nachhaltige Zukunft vorstellen. Das stark partizipative Forschungsvorhaben wird durchgängig von einem Jugendprojektbeirat begleitet und mitgestaltet. Die Ergebnisse der letzten Studie wurden im Januar 2020 vorgestellt.

Die Studie ist zu finden unter:

[Studie „Zukunft? Jugend fragen!“](#)

Jugendseite / Planet A Umwelt im Internet

Seit dem 11. September 2020 ist die neue BMU-Internetseite „Planet A – Umwelt im Internet“ online, mit der vorrangig junge Menschen angesprochen werden sollen. Die Seite bietet einen zentralen Zugriff auf die vielfältigen jugendspezifischen Aktivitäten des BMU und stellt zugleich ein ebenso umfangreiches wie aktuelles Umwelt-Recherchetool für junge Menschen zur Verfügung.

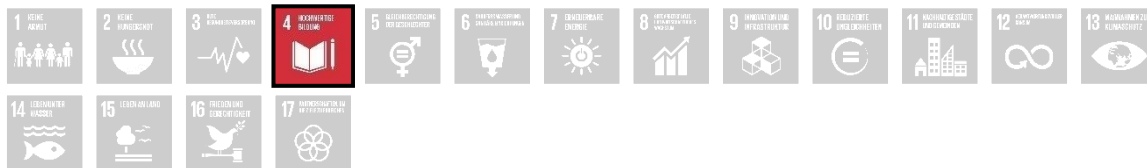
Unter der Rubrik „Wissen“ werden Informationen und Hintergründe zu den verschiedensten Umweltthemen aus der Themenpalette des BMU aufbereitet, die vorrangig auf dem umfassenden und fortlaufend weiter ausgebauten Online-Angebot für Lehrkräfte „Umwelt im Unterricht“ basieren.

Auf der „Machen“-Seite werden die Angebote des BMU für Jugendliche präsentiert und über Projekte und Veranstaltungen berichtet. Diese Seite zeigt überdies, wie junge Menschen in die Arbeit des Ministeriums einbezogen werden. „Geld“ stellt den für 2021 geplanten Jugendklimafonds vor, aus dem Klimaschutzprojekte finanziert werden sollen.

Zu finden ist die neue Jugendseite unter:

[BMU-Jugendseite „Planet A – Umwelt im Internet“](#)

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



Bank „Jugend“ im Aktionsbündnis Klimaschutz der Bundesregierung

Im Aktionsbündnis Klimaschutz der Bundesregierung wurde 2019 eine Bank „Jugend“ eingerichtet, in der Vertreterinnen und Vertreter von etwa 20 Jugendverbänden Mitglied sind. Zu den Mitgliedern zählen beispielsweise der Deutsche Bundesjugendring, die Katholische Landjugend Deutschlands, das Bundesjugendwerk der Arbeiterwohlfahrt (AWO) und die Naturfreundejugend Deutschlands. Das Aktionsbündnis ist das zentrale Dialogforum zur kontinuierlichen Diskussion klimaschutzpolitischer Positionen zwischen den gesellschaftlichen Gruppen und mit der Bundesregierung. Es unterstützt die Bundesregierung bei der Erreichung der Klimaschutzziele für Deutschland und erkennt die Mitverantwortung seiner Mitglieder für das Ziel der treibhausgasneutralen Gesellschaft bis 2050 an.

Das Aktionsbündnis Klimaschutz begreift diesen Wandel als Chance für Modernisierung, Wohlstand, Innovation, Beschäftigung und eine nachhaltige Entwicklung – und unterstützt ihn aktiv. Das Aktionsbündnis soll insbesondere auch die Umsetzung der Maßnahmen des Klimaschutzprogramms 2030 unterstützen, eigene Aktivitäten der Aktionsbündnis-Mitglieder vernetzen und weitere Handlungsmöglichkeiten identifizieren. Neben der neuen Bank „Jugend“ gibt es derzeit 15 weitere Bänke wie etwa „Verkehr“, „Land- und Forstwirtschaft“, „Entwicklungszusammenarbeit“ oder „Kommunen“. Die Bänke organisieren sich selbstständig, entwickeln ihre klimaschutzpolitischen Positionen und wählen für die Sitzungen ihre Sprecherinnen und Sprecher. Neben Vertreterinnen und Vertretern des BMU nehmen an den in der Regel zweimal jährlich stattfindenden Sitzungen auch Vertreterinnen und Vertreter weiterer Bundesministerien teil.

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



Beteiligungsformate im Kontext der Weltklimakonferenzen

Bestehende Beteiligungsformate für die und zwischen den Weltklimakonferenzen (Conference of the Parties, COP) werden fortgeführt. Für die COP 25 beteiligte das BMU Jugendliche durch die Planung des Programms des deutschen Pavillons. Die Jugendlichen führten zusammen mit weiteren Vertretern der Zivilgesellschaft die Hälfte der Veranstaltungen durch.

Im Jahr 2020 förderte das BMU im Rahmen einer Zuwendung das von Klimadelegation e.V. durchgeführte Projekt „Building Bridges for Climate Action“, in dem junge Klimaexpertinnen und Klimaexperten aus Südamerika und der Karibik in Deutschland mit verschiedenen Institutionen und Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern über internationalen Klimaschutz diskutierten. Das Projekt der Klimadelegation e.V. umfasste Kapazitätsaufbau durch Austausch zwischen Jugendlichen und erzielte erfolgreich die Berücksichtigung des globalen Südens in der (Jugend-)Klimapolitik.

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)

Austausch- und Entsendeprogramme für junge Menschen

Jede und jeder Einzelne kann einen wichtigen Beitrag zu nachhaltiger Entwicklung leisten. Daher richten sich die Austausch- und Entsendeprogramme des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) als Angebote des non-formalen Lernens an junge Menschen mit unterschiedlichen Bildungsabschlüssen. Ziel ist es, ein Verständnis für globale Zusammenhänge zu vermitteln und Engagement für nachhaltige Entwicklung anzuregen.

Der entwicklungspolitische Freiwilligendienst „weltwärts“ ermöglicht jährlich mehr als 3.500 jungen Menschen zwischen 18 und 28 Jahren einen sechs- bis 24-monatigen Aufenthalt in BMZ-Partnerländern, der ihnen umfassende Möglichkeiten des Globalen Lernens eröffnet und sie für entwicklungspolitisches Engagement motiviert und stärkt. Die Freiwilligen erwerben wichtige Kenntnisse und Kompetenzen der sozio-kulturellen Kooperation und der sozialen Verantwortung für nachhaltige Entwicklung in einer globalisierten Gesellschaft (SDG 4.7). Ziel ist es auch, die zurückgekehrten Freiwilligen in die entwicklungspolitische Bildungsarbeit im Inland einzubinden.

Junge Menschen aus dem Globalen Süden können über die Süd-Nord-Komponente von weltwärts einen Freiwilligendienst in Deutschland leisten. Neben dem Erfahrungs- und Wissenstransfer durch den Dienst in Deutschland werden auch die Partnerorganisationen in den Entwicklungsländern durch das Engagement der zurückgekehrten Freiwilligen gestärkt und gleichberechtigte Partnerschaften zwischen Globalem Süden und Globalem Norden gefördert (SDG 17.17).

Die Förderlinie „weltwärts – Außerschulische Begegnungsprojekte im Kontext der Agenda 2030“ ermöglicht Jugendgruppen aus Deutschland und BMZ-Partnerländern, gemeinsame Projekte zur Umsetzung der 17 UN-Nachhaltigkeitsziele (Sustainable Development Goals, SDGs) im gegenseitigen Austausch durchzuführen. Dies vertieft die interkulturelle Befassung mit Lösungsansätzen zu globalen Zukunftsthemen. Der Schwerpunkt liegt auf Austausch und Begegnungen mit afrikanischen Ländern.

Mit dem ASA-Programm fördert das BMZ ein entwicklungspolitisches Lern- und Qualifizierungsprogramm für junge Menschen verschiedener Berufs- und Studienfelder, die sich für globale Zusammenhänge interessieren und für nachhaltige Entwicklung engagieren wollen. Eine Projektphase in Afrika, Asien, Lateinamerika oder Südosteuropa, eingebettet in Vor- und Nachbereitungsseminare des Globalen Lernens, geben Raum für vielfältige Perspektiven, um globalen Herausforderungen gemeinsam zu begegnen.

Die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung bildet den curricularen Rahmen bei Vor- und Nachbereitung der Praxisphase. Die Projekteinsätze werden bei Partnerinstitutionen aus Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft durchgeführt und adressieren je nach fachlicher Ausrichtung unterschiedliche SDG. Die Teilnehmenden des ASA-Programms und die Partnerinstitutionen profitieren durch den internationalen Austausch und die Zusammenarbeit an einem konkreten Projekt durch neues Wissen und Kompetenzen, Kontakte und Vernetzung.

Weiterführende Links:

- [„weltwärts – Außerschulische Begegnungsprojekte im Kontext der Agenda 2030“](#)
- [ASA-Programm](#)

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



Programm „Bildung trifft Entwicklung“ (BtE)

Im Auftrag und mit Mitteln des BMZ führt Engagement Global das „Programm Bildung trifft Entwicklung“ (BtE), durch. BtE ist ein bundesweites niedrigschwelliges Programm zum Globalen Lernen/Bildung für nachhaltige Entwicklung, bei dem besonders die Erfahrungen und Kompetenzen von rückgekehrten Fach- und Nachwuchskräften aus der Entwicklungszusammenarbeit und von Menschen aus Ländern des Globalen Südens eingebunden werden. BtE qualifiziert und vermittelt Referentinnen und Referenten für Bildungsveranstaltungen im Globalen Lernen. Eine-Welt-Themen werden bei diesen Bildungsveranstaltungen durch Referentinnen und Referenten mit authentischen Erfahrungen aus dem Globalen Süden durch einen mindestens einjährigen Aufenthalt in Entwicklungsländern erfahrbar gemacht.

Mit BtE wird auch das Ziel verfolgt, junge Menschen zu Engagement im Rahmen der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit zu motivieren und zu qualifizieren sowie ihre Rolle als Multiplikatorinnen und Multiplikatoren zu stärken. Der größte Teil der Veranstaltungen findet mit jungen Menschen als Teilnehmenden statt. Die Nutzung digitaler Medien für das Globale Lernen und den Austausch mit Südpartnern im Rahmen des „CHAT der WELTEN“ ist ein weiterer Schwerpunkt von BtE.

Weiterführender Link:

[„Programm Bildung trifft Entwicklung“ \(BtE\)](#)

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



3.6.3.2 Länder

Umweltministerkonferenz (UMK)

Junge Menschen in politische BNE-Prozesse einbinden

Die Länder binden junge Menschen auf vielfältige Art und Weise in politische Prozesse zur Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) und Nachhaltigkeit ein. In Baden-Württemberg erfolgt dies über eine eigene Jugendinitiative innerhalb der Nachhaltigkeitsstrategie des Landes (z.B. Jugendbeirat, Durchführung eigener BNE-Veranstaltungen, Informations- und Beteiligungsangebote, u.a. auch auf der Projektwebseite "[Wir ernten was wir säen](#)"). Auch Sachsen-Anhalt bindet junge Menschen in die Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie des Landes ein. Rheinland-Pfalz hat ein „Jugendklimaforum“ eingerichtet, innerhalb dessen Jugendliche klimaschonende Politik mitgestalten.

Weiterführender Link:

[Nachhaltigkeitsseite Baden-Württemberg "Wir ernten was wir säen"](#)

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



Unternehmerisches Denken und Handeln für die SDGs fördern

Junges unternehmerisches Denken und Handeln unter dem Leitbild nachhaltigen Wirtschaftens fördert Baden-Württemberg durch Juniorenfirmen. In einer einjährigen Zusammenarbeit der Schülerinnen und Schüler mit realen Unternehmen erlernen und erproben sie das Zusammenspiel ökonomischer, ökologischer und sozialer Ziele.

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



BNE-Projekte und Aktivitäten junger Menschen unterstützen

Innerhalb des partizipativen Jugendnetzwerks „Zukunftsformer – BNE in Kinder und Jugendzentren“ fördert Rheinland-Pfalz BNE-Projektarbeit. Verschiedene Länder führen zudem Aktionstage oder Jugendkonferenzen zu BNE-Themenkomplexen wie Energie, Wasser, Klima, Landwirtschaft, etc. durch. Einige Länder bieten auch entsprechende Multiplikatorinnen- und Multipliktorenausbildungen für junge Menschen an (z.B. Junior-Energie-Detective und Umwelt-MentorInnen Programme in Baden-Württemberg). Diese Aktivitäten zahlen auch auf das Handlungsfeld III ein.

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



3.6.4 Handlungsfeld II: Diversität und Inklusion

3.6.4.1 Ressorts

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)

Jugendmigrationsdienste

Bundesweit werden an über 470 Standorten die Jugendmigrationsdienste gefördert. Sie begleiten junge Menschen mit Migrations- und/oder Fluchthintergrund, die vergleichsweise geringere Chancen als Jugendliche ohne Migrationshintergrund haben. Durch individuelle Förderung, Beratung und durch Gruppenangebote soll die Teilhabe am Schul-, Ausbildungs- und Arbeitsmarkt gefördert und gestärkt werden. Die Jugendmigrationsdienste dienen als Verbindungsstelle zu den Regeleinrichtungen vor Ort und sind somit Teil eines Netzwerks zur Unterstützung junger Menschen zwischen dem 12. und 27. Lebensjahr. Seit dem 01.01.2017 sind die Jugendmigrationsdienste auch für alle jungen Flüchtlinge geöffnet, die sich rechtmäßig oder aufgrund einer ausländerrechtlichen Duldung in Deutschland aufhalten.

Im Rahmen des Modellprojekts Jugendmigrationsdienst im Quartier fördern das gemeinsam an bundesweit 16 Standorten Mikroprojekte zur Stärkung von Jugendlichen. Das Vorhaben wird insbesondere auch in den Themenfeldern Bildung und Kultur in sozial benachteiligten und strukturschwachen Stadt- und Ortsteilen umgesetzt. Es dient der Verbesserung des Miteinanders und der Erhöhung der gegenseitigen Akzeptanz der unterschiedlichen Menschen in den Wohnvierteln, der Aktivierung und Beteiligung der Bewohnerinnen und Bewohner im Quartier sowie dem nachhaltigen Ausbau bestehender Netzwerke und der Quartiersentwicklung.

Das Modellvorhaben Respekt Coaches/Anti-Mobbing-Profis der Jugendmigrationsdienste fördert bundesweit an rund 190 Standorten Respekt, Toleranz und den Abbau von Vorurteilen an Schulen. Schülerinnen und Schüler erfahren den Wert einer vielfältigen Gesellschaft. Ziel ist es, den Blickwinkel zu erweitern und unterschiedliche Weltanschauungen und Lebensweisen besser zu verstehen. Damit trägt das Programm langfristig zu einem gesunden Klassenklima und Zusammenhalt in der Schule bei. Die Jugendmigrationsdienste setzen das Programm in den Schulen gemeinsam mit Partnern der politischen Bildung und Radikalisierungsprävention um.

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV)

Projekt „WebDays“

Mit Förderung des Projekts „WebDays“ wurde eine neue Form der Partizipation junger Verbraucherinnen und Verbraucher geschaffen. Sie haben ihnen die Möglichkeit gegeben, die technologischen Veränderungen in der Gesellschaft zu verstehen, zu begleiten und aktiv mitzugestalten.

Das Projekt diente damit auch der Ermittlung der Bedürfnisse und Erwartungen junger Menschen an eine sie unterstützende Verbraucherpolitik. Ihre Lebenswirklichkeit wurde angesichts des gesellschaftlichen Wandels und der Digitalisierung von Grund auf neu beleuchtet und die Verbraucherpolitik entsprechend den Wünschen und Erwartungen dieser Zielgruppe neu ausgerichtet.

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



3.6.4.2 Länder

Umweltministerkonferenz (UMK)

Gestaltungskompetenz für eine chancengerechte und inklusive BNE fördern

Einen freien Zugang zu hochwertiger Bildung für alle zu ermöglichen – dieser Leitgedanke steht über dem Ziel 4 der 17 UN-Nachhaltigkeitsziele (Sustainable Development Goals, SDGs). Die Fördervorhaben „Weltaktionsprogramm als Chance – BNE trifft Jugendsozialarbeit“ und ab 2021 „Jugendsozialarbeit – mit Bildung für nachhaltige Entwicklung in die Zukunft“ (Bayern) befähigen benachteiligte junge Menschen im Sinn einer Bildung für nachhaltigen Entwicklung (BNE).

Die Ziele einer BNE – Gestaltungskompetenz erlangen, Partizipation ermöglichen, Selbstwirksamkeit und Chancengleichheit in einer demokratischen Gesellschaft erfahren – zeigen viele Parallelen mit dem sozialpädagogischen Ansatz, sodass sich beide Bereiche sehr gut ergänzen. Zunehmend bedeutend wird das Querschnittsthema Digitalisierung, z.B. mit der Frage, wie digitale Medien einen niedrigschwiligen Zugang zu Nachhaltigkeitsthemen und Teilhabemöglichkeiten bieten können.

Das bayerische Pilotvorhaben „Naturschwärmer – ein Familienprojekt für wissbegierige, naturverliebte Weltverbesserer“ resultiert aus den pandemiebedingten Einschränkungen, die die kontaktintensiven Angebote der Umweltbildung/BNE massiv betreffen. Im Mittelpunkt steht eine Webseite, die alle Aktivitäten und Maßnahmen digital bündelt. Von dem Angebot profitieren vor allem auch Corona-Risikogruppen wie Menschen der Generation 60+, die vom notwendigen „Social Distancing“ oft verstärkt betroffen sind. Als barrierearmer Lernort der informellen Bildung für nachhaltige Entwicklung in Berlin kommt dem „Schöneberger Südgelänge“ durch eine barrierearme Stadt-Naturerfahrung kombiniert mit ebenfalls barrierearmen Projekten eine Pilotfunktion zu (u.a. partizipativ mit blinden und sehbehinderten Menschen erarbeitete Ausstellung mit eigener Webseite, „Bahnbrechende Natur“). In Bremen zielt die kostenfreie Broschüre „17 Ziele – in Leichter Sprache“, darauf ab, in der breiten Bevölkerung Aufmerksamkeit für die SDGs zu schaffen.

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



Sensibilisierung, Qualifizierung und Empowerment mit und durch BNE

Um auch kritischen Themen durch außerschulische BNE zu begegnen und somit Exklusion (z.B. im Kontext von Migrations- oder Rassismuserfahrungen) entgegenzuwirken, bieten einzelne Länder Angebote zur Sensibilisierung und Qualifizierung bzw. zum Empowerment an. Rheinland-Pfalz sensibilisiert in seinem mittlerweile auch auf Bundesebene übertragenen Programm „Naturschutz gegen Rechtsextremismus“ Jugendliche dafür, rechtsextreme Botschaften unter dem Deckmantel des Naturschutzes zu erkennen und bestärkt sie darin, sich zu wehren.

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



3.6.5 Handlungsfeld III: Stärkung und Anerkennung von Change Agents und Multiplikatorinnen und Multiplikatoren

3.6.5.1 Ressorts

Auswärtiges Amt (AA)

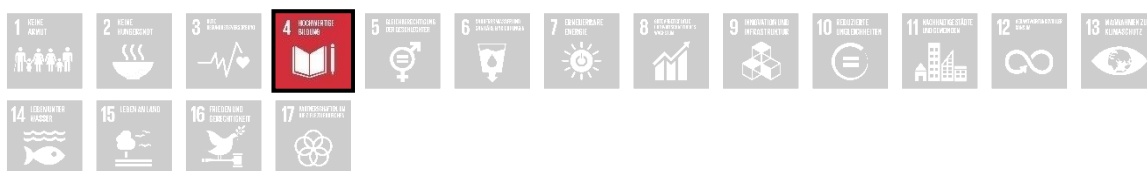
Freiwilligendienste „kulturweit“ und „naturweit“

Die vom Auswärtigen Amt (AA) geförderten und von der Deutschen UNESCO-Kommission e.V. (DUK) durchgeführten Freiwilligendienste in der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik, „kulturweit“ und seit 2019 die neue Programmkomponente „naturweit“, haben Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) als Querschnittsthema in ihrem pädagogischen Begleitprogramm verankert. Während der Seminare, die die Freiwilligen im Alter zwischen

18 und 26 Jahren durch ihren Freiwilligendienst in Ländern weltweit begleiten, wird besonderes Augenmerk auf die theoretische und praktische Auseinandersetzung mit dem Bildungskonzept BNE gelegt. In ihren Einsatzländern wird den Freiwilligen die Möglichkeit gegeben, eigene Projekte mit BNE-Bezug zu gestalten.

Nach ihrem Freiwilligendienst können sich „kulturweit“- und „naturweit“-Alumni in einer zwei- bis dreijährigen Weiterbildung zu sogenannten BNE-Teamerinnen und -Teamern fortbilden lassen, um BNE selbstständig zu vermitteln. Gemäß dem Peer-to-Peer-Ansatz entwickelt die DUK die Fortbildung gemeinsam mit dem Alumni-Verein „kulturweiter“, der von ehemaligen Freiwilligen geführt wird und in der Nationalen Plattform Bildung für nachhaltige Entwicklung (NP BNE) vertreten ist. Im Rahmen der Weiterbildung geben die angehenden BNE-Teamerinnen und Teamer eigenständig Seminare (2 Tage) und Workshops (3 Stunden). Inhaltlich fokussieren sie dabei eins der 17 UN-Nachhaltigkeitsziele (Sustainable Development Goals, SDGs) und besprechen dieses in Tiefe mit den Teilnehmenden. Die Workshops und Seminare stehen allen interessierten Menschen zur Verfügung und werden z.T. öffentlich beworben.

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL)

„Zu gut für die Tonne!“-Bundespreis

Die Arbeit mit Multiplikatorinnen und Multiplikatoren ist im Rahmen von „Zu gut für die Tonne!“ von besonderer Relevanz. Mit dem „Zu gut für die Tonne!“-Bundespreis zeichnet das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) deshalb jährlich herausragende Projekte aus, die sich in besonderer Weise für mehr Lebensmittelwertschätzung und eine Reduzierung der Lebensmittelabfälle einsetzen. Eine weitere Plattform für Aktivitäten von engagierten Privatpersonen, Verwaltungen, Vereinen, Verbänden und Unternehmen bietet die 2020 erstmals stattfindende bundesweite Aktionswoche „Deutschland rettet Lebensmittel!“, welche durch die Bündelung vielfältiger Aktivitäten für mehr Lebensmittelwertschätzung werben soll.

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)

Deutsche Sportjugend

Im Bereich der sportlichen Kinder- und Jugendbildung engagiert sich die Deutsche Sportjugend (dsj) sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene, um einen Beitrag zur Umsetzung der SDGs, insbesondere dem SDG 4 „Hochwertige Bildung“, zu leisten. Dabei liegt jedoch ein ganzheitlicher Bildungsansatz mit Verknüpfungen weit über das SDG 4 hinaus zugrunde. Ziel der dsj und ihrer Aktivitäten ist die Stärkung von BNE im non-formalen Bildungsbereich Sportverein/-verband. Es sollen in den Strukturen des Jugendsports in Deutschland Kompetenzen vermittelt werden, die zur Umsetzung aller nachhaltigen Entwicklungsziele beitragen als auch Maßnahmen aufzeigen, die eine nachhaltige Organisationsentwicklung begünstigen.

2018 wurde die Deutsche Sportjugend durch die Deutsche UNESCO-Kommission für ihr besonderes Engagement im Feld der Bildung für nachhaltige Entwicklung ausgezeichnet. In diesem Zuge schloss die dsj mit dem Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) zwei Commitments zur Umsetzung des Nationalen Aktionsplans Bildung für nachhaltige Entwicklung. In diesen beiden Commitments erklärte die dsj, Bilder und Erzählungen (Narrative) der Transformation zu entwickeln und die Stärkung und Anerkennung von Change Agents und Multiplikatorinnen und Multiplikatoren BNE weiter auszubauen.

In den Jahren 2016 bis 2019 hat die dsj außerdem Juniorbotschafter*innen Bildung für nachhaltige Entwicklung im Alter von 18–26 Jahren ausgebildet. Darüber hinaus bot sie in den Jahren 2019 und 2020 Multiplikatorinnen aus verschiedenen Jugendsportorganisationen Workshops zu BNE an.

Seit 2020 ist die dsj Kooperationspartnerin von Sports4Future, einem Bündnis von Sportlerinnen und Sportlern, Sportvereinen und -verbänden, Fans und Förderern, die sich für die verbindende Kraft des Sports einsetzen, um gemeinsam den Herausforderungen der Klimakrise zu begegnen. In diesem Rahmen lässt die dsj ihren eigenen sozialen, ökonomischen und ökologischen Fußabdruck ermitteln. Ergebnisse werden für 2021 erwartet. Weitere Kooperationen und gemeinsame Projekte betreibt die dsj mit der Naturschutzjugend (Biodiv), UNICEF (Kinderrechte) und dem Sportkreis Heidelberg.

Im entwicklungspolitischen Kontext engagierte sich die dsj im Zuge der „Förderrichtlinie „weltwärts – Außerschulische Begegnungsprojekte im Kontext der Agenda 2030“ zwischen 2016 und 2020 als strategischer Partner des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) für die Erreichung der 17 UN-Nachhaltigkeitsziele (Sustainable Development Goals, SDGs). Inhalt solcher Begegnungsprojekte war die Verknüpfung des Sports mit einem der 17 UN-Nachhaltigkeitsziele. Schwerpunkte für die Jugendbegegnungen im Sport lagen auf den SDGs 4 – Hochwertige Bildung, 5 – Geschlechtergerechtigkeit, 10 – Weniger Ungleichheiten und 17 – Partnerschaften.

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)

Programm „Entwicklungsbezogene Bildung in Deutschland“ (EBD)

Mit dem Programm „Entwicklungsbezogene Bildung in Deutschland“ (EBD), das Engagement Global gGmbH im Auftrag des BMZ durchführt, wird das Ziel verfolgt, Menschen in Deutschland, die bisher wenig bis keinen Kontakt zu entwicklungspolitischen Themen hatten, im Bereich der Ausbildung/tertiären Bildung, der non-formalen und informellen Bildung, in unterschiedlichen Arbeitszusammenhängen und Lebenssituationen für eine nachhaltige Entwicklung zu sensibilisieren und zu entsprechendem Handeln zu ermutigen. Die Umsetzung von EBD wird daher auch am lokalen Bedarf vor Ort ausgerichtet. Um dies zu gewährleisten, wird das EBD-Programm von den dezentralen Außenstellen durchgeführt. Es gibt sechs Außenstellen in Berlin (zuständig für die Länder Berlin und Brandenburg), Düsseldorf (zuständig für Nordrhein-Westfalen), Hamburg (zuständig für Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein), Leipzig (zuständig für Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen), Mainz (zuständig für Hessen, Rheinland-Pfalz und Saarland) sowie Stuttgart (zuständig für Baden-Württemberg und Bayern). Damit wird in Kooperation und im regelmäßigen Austausch mit der Zivilgesellschaft vor Ort und mit ihren Netzwerken sowie mit kommunalen Partnern die lokale Verankerung von entwicklungspolitischen Themen angestrebt. Aktuelle Schwerpunktthemen sind: die Vermittlung der Agenda 2030, fairer Handel und nachhaltiges Wirtschaften, Flucht und Migration sowie Friedens- und Sicherheitspolitik. Diese Themen werden durch ein breites Spektrum an Formaten und Methoden vermittelt, um individuell und maßgeschneidert auf die verschiedenen Zielgruppen wie junge Berufstätige und Auszubildende, Studierende, zuzugehen.

Weiterführender Link:

[„Entwicklungsbezogene Bildung in Deutschland“ \(EBD\) \(Standorte\)](#)

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



3.6.5.2 Länder

Umweltministerkonferenz (UMK)

Unterstützungsstrukturen für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren fördern

Eine große Anzahl an Ländern verfügte im Berichtszeitraum über BNE-Koordinierungsstellen o.ä. als Unterstützungsstrukturen für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren. In Bayern erfüllen diese Funktion regionale „Runde Tische Umweltbildung/BNE“ sowie ein „Arbeitskreis BNE“. In Berlin gibt es seit 2018 eine „Koordinierungsstelle Umweltbildung“. Die 2019 gestartete „Servicestelle BNE für Brandenburg“ baut auf den Erfahrungen der seit 2011 stattfindenden „Runden Tische BNE“ auf. Zusätzlich gibt es in Brandenburg eine „BNE-Steuerungsgruppe“ mit verschiedenen Akteurinnen und Akteuren, die u.a. den nach wie vor jährlich stattfindenden „Runden Tisch BNE“ mit vorbereitet. In Bremen arbeiten die für Kinder und Umwelt zuständigen Ressorts im Bereich BNE/Umweltbildung eng zusammen und unterstützen dadurch die Qualifizierung zentraler Change Agents (u.a. seit 2017 im Projekt „Natur erleben in der Kita“). Die „Koordinierungsstelle Umwelt Bildung Bremen“ unterstützt seit 2008 Multiplikatorinnen und Multiplikatoren zum Thema Umweltbildung für Kinder und Jugendliche durch intensive Netzwerkarbeit sowie Qualifizierungsmaßnahmen und Beratungsangebote. Auf Grundlage einer Richtlinie werden BNE-Projekte gemeinnütziger Organisationen gefördert. In Hessen tauschen sich BNE-Akteurinnen und -Akteure in einem Runden Tisch BNE aus. Zudem gibt es in Hessen Regionale BNE-Netzwerke außerschulischer Akteurinnen und Akteure mit jeweils einer zentralen Koordinierungsstelle, die auch im Bundesprojekt „Regionale Netzstellen Nachhaltigkeitsstrategie (RENN.west)“ des Rates für nachhaltige Entwicklung (RNE) mitarbeiten. In Nordrhein-Westfalen vernetzt die bei der Natur- und Umweltschutz-Akademie des Landes angesiedelte BNE-Agentur seit 2016 die BNE-Akteurinnen und -Akteure, verbunden mit einem breiten Qualifizierungsangebot (siehe unten). Rheinland-Pfalz fördert landesweite, regionale und grenzüberschreitende BNE-Netzwerke. Sachsen-Anhalt verfügt seit 2019 über eine Koordinierungs- und Servicestelle Bildung für nachhaltige Entwicklung.

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



Aufbau von Qualitätsmanagement- und Zertifizierungssystemen

Eng verbunden mit den oben genannten Unterstützungsstrukturen ist der Aufbau von Qualitätsmanagement- und Zertifizierungssystemen für non-formale und informelle BNE in vielen Ländern.

Bayern verleiht jährlich und jeweils für drei Jahre das Qualitätssiegel „Umweltbildung.Bayern“ an außerschulische Einrichtungen, Netzwerke und selbstständig Tätige im Bereich Umweltbildung/BNE. Berlin und Sachsen-Anhalt erarbeiten derzeit in einem partizipativen Prozess landesweite BNE-Leitbilder. Der „Qualitätskatalog für außerschulische Anbieterinnen und Anbieter von Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) im Land Brandenburg“

bildet die Grundlage für die im Jahr 2020 erstmalig vergebenen Zertifizierungen. Seit 2018 zertifiziert Nordrhein-Westfalen außerschulische Bildungs- und Weiterbildungseinrichtungen als „Einrichtung der Bildung für nachhaltige Entwicklung“. Zusätzlich bietet auch der Gütesiegelverbund Weiterbildung NRW e.V., als anerkannte Zertifizierungsstelle des Landes NRW, die BNE-Zertifizierung NRW an. Die hier zugrundeliegenden BNE-Qualitätskriterien wurden speziell für die Einrichtungen der gemeinwohlorientierten Weiterbildung entwickelt. Hessen verleiht gemeinsam mit den Umwelt-, Kultus- und Sozialministerien- und unter Mitwirkung des Wirtschaftsministeriums die Auszeichnung als „Zertifizierter Bildungsträger BNE für nachhaltige Entwicklung in Hessen“. Thüringen verleiht „Qualitätssiegel Bildung für nachhaltige Entwicklung für non-formale außerschulische Anbieter*innen“ aus allen Bildungsstufen. Im Rahmen der „NUN – Norddeutsch und Nachhaltig“ Zertifizierung für außerschulische Lernorte werden in mittlerweile vier Bundesländern (Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein) seit knapp 15 Jahren außerschulische Lernorte für ihre BNE-Arbeit ausgezeichnet. Auch Rheinland-Pfalz und das Saarland verfügen über ein gemeinsames Qualitätsmanagement- und Zertifizierungssystem für außerschulische BNE-Bildungsanbieter.

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



Aus-, Fort- und Weiterqualifizierungsprogramme

Verschiedene Länder bieten innerhalb der o.g. Strukturen Aus-, Fort- und Weiterqualifizierungsprogramme im Bereich der non-formalen und informellen BNE an.

In Bayern führen Einrichtungen, die das Qualitätssiegel „Umweltbildung.Bayern“ tragen, bereits seit 2006 jährlich Qualifizierungsworkshops für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren der außerschulischen Umweltbildung/BNE durch. Ergänzend zur BNE-Zertifizierung hat die BNE-Agentur in Nordrhein-Westfalen ein Angebot zur Weiterqualifizierung von BNE- Multiplikatorinnen und -Multiplikatoren der non-formalen Kinder-, Jugend- und Erwachsenenbildung entwickelt. Das BNE-Qualifizierungsangebot wird seit 2019 als Modellvorhaben erprobt und seitdem weiterentwickelt. In Sachsen-Anhalt bildet die BNE-Koordinierungsstelle des Landes seit 2019 BNE-Multiplikatorinnen und -Multiplikatoren fort und weiter. Auch in Brandenburg führt die Servicestelle BNE Weiterbildungen durch und bietet Fach- und Informationsveranstaltungen an. Um die Perspektiven zur Aus- und Weiterbildung junger BNE-Change Agents zu stärken, führte der landesgeförderte Kinder- und Jugendring Sachsen einen Vergleich der Bundesländer zum Stand der Integration von BNE in den Ausbildungsworkshops zur bundesweiten Jugend Leiter Card (JuLeiCa) durch. Hessen unterstützt Berufstätige, die durch ihre Arbeit einen Beitrag zu BNE und den 17 UN-Nachhaltigkeitszielen (Sustainable Development Goals, SDGs) leisten möchten, durch eine Fortbildungsreihe zu Umwelt- und Klimabildung im Sinne einer BNE. In Schleswig-Holstein erscheint jährlich ein Programmheft des Bildungszentrums für Natur, Umwelt und ländliche Räume (BNUR) mit Informationen zu BNE-Veranstaltungen, z.B. im Bereich Qualifikation für Beruf und Ehrenamt, die teils auch von Kooperationspartnern durchgeführt werden.

Weiterführender Link:

[Jahresprogramm 2020 des Bildungszentrums für Natur, Umwelt und ländliche Räume Schleswig-Holstein](#)

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



3.6.5.3 Gesellschaftliche Akteure

Rat für Nachhaltige Entwicklung (RNE)

Bildungswettbewerb für Nachhaltigkeit „Zukunft, fertig, los!“

Der Rat für Nachhaltige Entwicklung (RNE) hat 2017/18 den Bildungswettbewerb für Nachhaltigkeit „Zukunft, fertig, los!“ durchgeführt, der auf neue Ideen und Ansätze zur Kommunikation, Bekanntmachung und Verbreitung der 17 UN-Nachhaltigkeitsziele (Sustainable Development Goals, SDGs) in den klassischen Bildungsbereichen aufmerksam machen und diese befördern sollte.



Abbildung 28: Bildungswettbewerb für Nachhaltigkeit

Die besten 22 der knapp 100 eingereichten Ideen wurden von einer Jury aus Expertinnen und Experten nominiert und konnten ihren Projektansatz vor 15 Förderern aus Stiftungen, Unternehmen und Politik in einem „Speed-Dating“-Format vorstellen. Rund 50 Prozent der nominierten Projektideen haben im Nachgang der Veranstaltung Förderangebote bzw. konkrete Förderzusagen erhalten.

Weiterführender Link:

[SDG-Bildungswettbewerb](#)

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



3.6.6 Handlungsfeld IV: Ausbau von Bildungslandschaften mit dem Fokus auf BNE

3.6.6.1 Ressorts

Auswärtiges Amt (AA)

UNESCO Global Geoparks

Die sechs deutschen UNESCO Global Geoparks haben ihre Bildungsarbeit seit der Gründung dieses UNESCO Programms 2015 mit Nachdruck und Anspruch auf das Konzept von Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) ausgerichtet. Das vom Auswärtigen Amt (AA) eingerichtete Nationalkomitee und die Deutsche UNESCO-Kommission e.V. (DUK) haben sie dabei intensiv unterstützt, u.a. durch je einen bundesweiten Workshop pro Jahr, durch das 2020 erstmals aufgelegte Förderprogramm von AA und DUK für die Geoparks und bei der Einwerbung von zusätzlichen Fördermitteln für den Aufbau von spezifischen BNE-Angeboten. Auch auf internationaler Ebene positionieren AA und DUK BNE als zentrale Aufgabe von Geoparks.

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



UNESCO-Biosphärenreservate

Das AA und das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU) haben zusammen mit der DUK die 16 deutschen UNESCO-Biosphärenreservate dabei unterstützt, ihre Bildungsarbeit noch stärker auf BNE auszurichten, zum Beispiel durch einen bundesweiten Workshop oder die Unterstützung von Schulpartnerschaften. Sie haben die beispielgebende Arbeit der 16 deutschen UNESCO-Biosphärenreservate national und international positioniert und BNE als wesentliches Thema in neue UNESCO-Dokumente eingebracht.

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



Umweltforschung

Die Deutsche Sektion der Zwischenstaatlichen Ozeanographischen Kommission (Intergovernmental Oceanographic Commission, IOC), die als Koordinierungsstelle für die deutsche Mitwirkung in der IOC der UNESCO existiert und der das AA vorsitzt, sowie das deutsche Nationalkomitee für das Internationale Geowissenschaftliche Programm der UNESCO agieren u.a. an der Schnittstelle von Forschung und Bildung. Sie tragen dazu bei, dass aktuelle Ergebnisse der Umweltforschung in Bildungsprozesse einfließen.

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF)

Wissenschaftsjahre

Die vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) und Wissenschaft im Dialog seit 20 Jahren ausgerufenen Wissenschaftsjahre haben den Auftrag die breite Öffentlichkeit zu informieren, zu begeistern und Diskussionen anzuregen, um Forschung transparent zu machen. Jedes Jahr steht ein neues Forschungsthema im Mittelpunkt, das für die Zukunft der Gesellschaft wichtig ist.

Mit einer Vielzahl interaktiver Exponate aus der Forschung vermittelt Fraunhofer in der Mitmachausstellung die Chancen von Forschungsthemen und gewährt einen tieferen Einblick in die Technologien dahinter. Entdecken, Ausprobieren und Mitmachen – an Fraunhofer-Exponaten stellen junge und erwachsene Gäste an Bord ihre Kompetenzen auf die Probe und lernen spielerisch dazu.

Das BMBF möchte 2020 dazu beitragen, das Wissen um die Potenziale für ein nachhaltigeres Wirtschaften noch umfangreicher in der Öffentlichkeit verankern. Mit der „Nationalen Bioökonomiestrategie“ der Bundesregierung wird die Industriegesellschaft stärker biobasiert und vor allen Dingen nachhaltiger agieren können. Und von diesen Innovationen hängt am Ende die Wettbewerbsfähigkeit und auch der Erhalt unserer Lebensgrundlage ab. Biologische Ressourcen kombiniert mit digitalen Technologien bieten Chancen für viele innovative Produkte.

Eines der diesjährigen Exponate auf der „MS Wissenschaft“ und – in diesem Jahr neu hinzugekommen – auf dem ersten Bürgerbeteiligungsschiff, der MS Halle, ist das „BIO ECONOMY ADVENTURE“-Spiel der Fraunhofer Academy. Das Exponat richtet sich insbesondere an Schülerinnen und Schüler ab circa zwölf Jahren, Familien, aber auch an die ältere Generation und soll anhand verschiedener Anwendungsbeispiele aufzeigen, was Fraunhofer bereits heute zum Thema Bioökonomie erforscht, um nicht weiter und zwingend auf fossile Ressourcen angewiesen zu sein. Die Bereitschaft in der Bevölkerung ihr Handeln und Denken umzustellen setzt voraus, dass die Forschung neue Produkte, Prozesse und Ideen hervorbringt, die eine Umstellung auf biobasierte Lebens- und Produktionsweisen überhaupt erst ermöglichen. Es soll spielerisch die allgemeine Awareness für das Thema Bioökonomie gesteigert werden und gleichzeitig demonstriert werden, wie wichtig die Bildung und Bewusstseinschaffung für Wirtschaft und Industrie in Bezug auf die komplex vernetzten Wirkungszusammenhängen von Natur und Technik ist.

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU)

Nationale Klimaschutzinitiative (NKI)

Das BMU fördert über die Nationale Klimaschutzinitiative (NKI) zahlreiche Bildungsprojekte mit unterschiedlichen Schwerpunkten, die sich mit ihren Aktivitäten an den Kriterien einer Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) orientieren.

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



Internationale Klimaschutzinitiative – Trainingsprogramm „Energiewende für globalen Klimaschutz“ von Agora Energiewende

Das durch die Internationale Klimaschutzinitiative (IKI) geförderte Trainingsprogramm „Energiewende für globalen Klimaschutz“ von Agora Energiewende bildet Fachkräfte unabhängiger, nicht-regierungsgebundener Institute bzw. Think Tanks als Change Agents bzw. Multiplikatorinnen und Multiplikatoren für die Umsetzung der Energiewende in den jeweiligen Partnerländern aus. Modulare Lehrinhalte vermitteln an Teilnehmende neben Fach- auch Querschnittskompetenzen, um die Nutzung erneuerbarer Energien zu verbreiten, aktiv politische Prozesse mitzugestalten und einen Beitrag zur Umsetzung des Pariser Abkommens zu leisten.

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM)

Historische Museen und Gedenkstätten

Die von der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM) geförderten historischen Museen sowie die Gedenkstätten zu einzelnen herausragenden Politikerinnen und Politikern der deutschen Geschichte vermitteln auf sachgerechte und zugleich anschauliche Weise Kenntnisse der deutschen Politik-, Wirtschafts-, Kultur- und Gesellschaftsgeschichte. Sie schaffen dadurch wesentliche Grundlagen für die Auseinandersetzung mit geschichtlichen Zusammenhängen, regen zu Diskussionen über die Gegenwart an, ermöglichen eigene Urteilsbildung und können zur Selbstvergewisserung beitragen.

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



Gedenkstätten zur Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus

Die von der BKM geförderten Gedenkstätten und sonstigen Einrichtungen zur Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus (NS) und mit der Diktatur der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) betreiben eine gegenwartsbezogene und innovative Bildungsarbeit, um alle Teile der Gesellschaft zu erreichen und die Menschen durch diese lebendige, plurale Erinnerungskultur zu einem wachen demokratischen Bewusstsein und solidarischem Miteinander zu ermutigen.

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



Erhalt von und Zugang zu Archiven und Bibliotheken

Erhalt und Zugang zu Zeugnissen der Geschichte und der Vielfalt literarischer Buchproduktion in Archiven und Bibliotheken ist fortlaufende Aufgabe und Herausforderung, um verfügbares Wissen zu erhalten und dauerhaft zu bewahren. Anhand unmittelbarer Quellen und verlässlicher Wissensbestände können somit auch zukünftige Generationen die Entwicklungen der Kultur und der Gesellschaft nachvollziehen und reflektieren, fakten-basierte Entscheidungen treffen und dadurch die Möglichkeit erhalten, sich zu beteiligen und die Zukunft verantwortungsbewusst mitzugestalten.

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



Förderung der kulturellen Bildung

Durch kulturelle Bildung werden wichtige Grundlagen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt geschaffen. Kultur und kulturelle Bildung vermitteln Traditionen, Kenntnisse und Werte, die eine Gesellschaft erst lebenswert machen. Kulturelle Bildung hat eine überragende Bedeutung für die individuelle Persönlichkeitsentfaltung wie auch für das Selbstverständnis und die Teilhabe an unserer Gesellschaft. Deshalb fördert die BKM zahlreiche Projekte und Initiativen, die sich der Vermittlung von Kunst und Kultur widmen. Im Mittelpunkt stehen dabei Menschen, die bislang kaum von kulturellen Angeboten Gebrauch machen.

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



Barenboim-Said-Akademie

Bildung im Geist eines demokratischen Humanismus und Erziehung durch Musik leistet auch die Barenboim-Said-Akademie. Mit ihrer Eröffnung im Jahr 2016 hat die Ausbildung von jungen Stipendiatinnen und Stipendiaten aus Israel und der arabischen Region im pädagogischen Geist Daniel Barenboims und Edward Saids begonnen.

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



Förderung des Deutschen Meeresmuseums in Stralsund

Das von der BKM geförderte Deutsche Meeresmuseum in Stralsund hat die gesamtstaatliche Aufgabe, die Fauna und Flora des Meeres sowie ihre Erforschung und wirtschaftliche Nutzung, aber auch Bedrohung durch den Menschen unter nationalen und internationalen Aspekten museal darzustellen und wissenschaftlich zu bearbeiten. Es leistet einen Beitrag zu Erforschung und Präsentation der Entwicklungsprozesse und ökologischen Zusammenhänge des Lebens im Meer sowie der Wechselbeziehungen zwischen Mensch und Meeresorganismen insbesondere in Ost- und Nordsee und trägt dadurch zu Unterziel 14.a der 17 UN-Nachhaltigkeitsziele (Sustainable Development Goals, SDGs) bei. Über seine Ausstellungen werden jährlich etwa 850.000 Besuchern wissenschaftliche Erkenntnisse über die Meeresumwelt sowie dessen Vielfalt und Bedrohung vermittelt.

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



3.6.6.2 Länder

Umweltministerkonferenz (UMK)

Bildungsbereichsübergreifende Kooperationen und Vernetzungsstrukturen fördern

Die Länder weisen mittlerweile eine große Bandbreite an langfristig angelegten Kooperationen und Vernetzungsstrukturen von formalen Bildungsinstitutionen (Kita, Schule, Hochschule, Aus- und Weiterbildung) mit außerschulischen Lernorten und Anbietern von Inhalten zu Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) vor. Diese reichen von Schullandheimen (Saarland), staatlich anerkannten Umweltstationen (Bayern) oder Vernetzungsstellen Schulverpflegung (Saarland) über Nationale Naturlandschaften (Nationalpark Hunsrück in Rheinland-Pfalz, Nationalpark Hunsrück-Hochwald und Biosphäre Bliesgau im Saarland, Nationale Naturlandschaften Brandenburg und Thüringen) bis hin zu Museen (u.a. in Sachsen, Deutsches Hygiene Museum in Dresden) und Stiftungen (u.a. in Thüringen, Stiftung Naturschutz).

Eine Vielzahl von Ländermaßnahmen unterstützt die Netzwerkarbeit zwischen den unterschiedlichen Partnerinnen und Partnern innerhalb der Bildungslandschaften. Die Landesinitiative „Rheinland-Pfalz isst besser“ kooperiert eng mit Landwirten bei der bildungsbereichsübergreifenden Verbraucherinnen- und Verbraucherbildung, das Saarland nutzt Bauernhofpädagogik zur handlungsorientierten BNE-Vermittlung. In Schleswig-Holstein gibt es das Konzept „Schulklassen auf dem Bauernhof“, welches die Möglichkeit bietet, die heutige Landwirtschaft altersgerecht mit all ihren Besonderheiten kennen und verstehen zu lernen. Derzeit stehen 100 Bauernhöfe für Besuche von Schulklassen zur Verfügung. Bei Aktivitäten zur Stärkung der Biodiversität kooperieren manche Länder z.B. in Bienenprojekten mit Imkerinnen und Imkern (Rheinland-Pfalz, Saarland). Rheinland-Pfalz und das Saarland fördern Kita-, Schul- und Gemeinschaftsgärten. In Hessen sind im Netzwerk Schulgärten Akteure aus Verwaltung, Bildung, Fachleute aus Obst- und Gartenbau und Zivilgesellschaft gemeinsam aktiv. Eine waldbezogene BNE wird in Hessen und Rheinland-Pfalz praktiziert. Rheinland-Pfalz fördert zudem den grenzüberschreitenden Austausch mit Luxemburg, Belgien und Frankreich durch jährliche BNE-Bildungsforen.

Weiterführender Link:

[Schulklassen auf dem Bauernhof](#)

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



Digital-analog verknüpfte BNE-Landschaften gestalten

In den letzten Jahren ist zudem ein verstärkter Auf- und Ausbau digitaler BNE-Landschaften in vielen Ländern zu verzeichnen. Baden-Württemberg verfügt über eine eigene Webseite mit Informationen und Ansprechpartnern zu BNE ([Nachhaltigkeit lernen Baden-Württemberg](#)) und entwickelt zudem derzeit (Stand September 2020) ein adaptives Online-Lernportal zur Förderung einer BNE (FutureN) sowie eine Klimawandel-App zur Vermittlung lokaler Auswirkungen des Klimawandels (KlimReAction). Brandenburg hat eine digitale Broschüre mit Praxisbeispielen und Erläuterungen rund um den Brandenburger BNE-Qualitätskriterienkatalog (siehe HF III) herausgebracht („Der Brandenburger Lernweg“). In Hessen stehen im Rahmen des „Schuljahrs der Nachhaltigkeit“ entwickelte Bildungsmaterialien als open educational resources zur Verfügung; das Online-Portal [Klimabildung Hessen](#) bietet frei verfügbare Bildungsmaterialien zu BNE-/Klimabildung an. Auch Nordrhein-Westfalen, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein bieten zentrale Internetplattformen für BNE an.

Weiterführende Links:

- [Nachhaltigkeit lernen Baden-Württemberg](#)
- [Broschüre "Brandenburger Lernweg"](#)
- ["Schuljahr der Nachhaltigkeit", Hessen](#)
- [Klimabildung Hessen](#)
- [Bildung für nachhaltige Entwicklung Nordrhein-Westfalen](#)
- [Nachhaltiges Nordrhein-Westfalen](#)
- [Bildung für nachhaltige Entwicklung Sachsen-Anhalt](#)
- [Bildung für nachhaltige Entwicklung, Hochschulen, Schleswig-Holstein](#)
- [Bildung für nachhaltige Entwicklung, Schulen, Schleswig-Holstein](#)

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



3.6.7 Handlungsfeld V: Bilder und Erzählungen (Narrative) der Transformation entwickeln

3.6.7.1 Ressorts

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU)

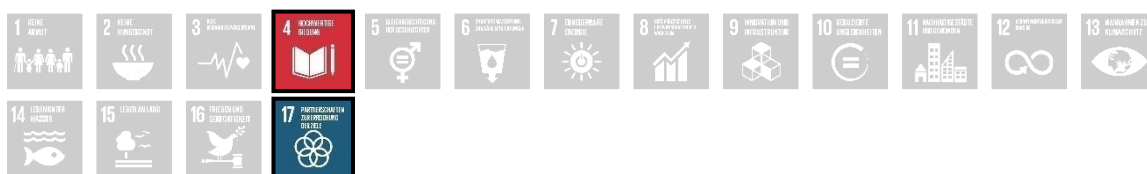
Projekt „Neue Ansichten – Überraschende Einsichten – Schöne Aussichten: Kultur und Nachhaltigkeitspolitik im Dialog“

Das Bundesumweltministerium (BMU) und das Umweltbundesamt (UBA) wollten mit dem 2017 auf drei Jahre angelegten Projekt „Neue Ansichten – Überraschende Einsichten – Schöne Aussichten: Kultur und Nachhaltigkeitspolitik im Dialog“ Kunstpraxis und Kulturpolitik sowie Wissenschaft und Nachhaltigkeitspolitik miteinander ins Gespräch bringen. Ziel war, neue Kommunikationsformate zur Kultur der Nachhaltigkeit im Sinne der Ziele der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie und der von den Vereinten Nationen (United Nations, UN) beschlossenen „Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung“ zu entwickeln sowie Anknüpfungspunkte kultureller Diskurse und künstlerischer Praxis an die Nachhaltigkeitspolitik aufzuzeigen.

Im Rahmen des Projekts wurde im Sommer 2017 ein sechswöchiges Artist in Residence-Stipendium auf der Insel Vilm ausgeschrieben. Es richtete sich an Kunstschaffenden aus den Sparten Bildende Kunst, Literatur und Musik. Aus den 142 Einreichungen wählte eine Jury drei Einzelbewerberinnen und -bewerber und ein Künstlerduo aus. Im Juni 2017 fand auf Vilm ein dreitägiger Workshop statt, an dem die am Projekt beteiligten Institutionen, die Stipendiatinnen und Stipendiaten sowie Expertinnen und Experten aus Hochschulen, Forschungseinrichtungen, des Kunstbetriebs und Initiatoren von Transformationsprojekten teilnahmen. Der Austausch gab wichtige inhaltliche Impulse für das weitere Projekt.

Wie können wir durch das Zusammenspiel von Kunst und Wissenschaft aktuelle gesellschaftliche Herausforderungen artikulieren? Wie Transformationsprozesse kritisch begleiten und wie den Weg in eine nachhaltige Zukunft ebnen? Mit diesen Fragen hatte das UBA im Rahmen des Projektes im Juni 2018 Kunstschaffende eingeladen, sich in einem Tandem-Stipendium für eine Zusammenarbeit mit Fachleuten des UBA zu bewerben. Durch das Tandem-Stipendium sollte der kulturelle Diskurs zwischen Kunst, Wissenschaft und Nachhaltigkeitspolitik befördert werden. Im Mittelpunkt standen dabei neue Formen der Erkenntnisproduktion, die in der Schnittmenge von Kunst und Wissenschaft entstehen. Unter den knapp 90 Einreichungen wählte eine Jury vier junge Kunstschaffende aus, die zu konkreten Fragen gemeinsam mit ihrem wissenschaftlichen Part aus dem Amt arbeiten sollten. Das Stipendienprogramm „Tandem“ wurde von den Mitarbeitenden des UBA und den beteiligten Kunstschaffenden sehr engagiert verwirklicht. Der Dialog zwischen Kunst und Wissenschaft/Umweltpolitik/Verwaltung wurde von allen Teilnehmenden als bereichernd beschrieben. Die Erfahrungen und Ergebnisse werden in einer Publikation dokumentiert.

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



Projekt „Ein Haus für die Bienen“

Insekten zu schützen, ist wichtig für den Erhalt der Ökosysteme und die biologische Vielfalt. Ein besonders prominentes Beispiel ist die Biene, die elementar wichtig ist für die Bestäubung der Pflanzen. Mittlerweile gibt es viele öffentliche Einrichtungen, die ein Zeichen für den Erhalt der Bienen setzen wollen und sich nebensächlich und gemeinschaftlich mit Imkerei beschäftigen. Auch das Umweltbundesamt praktiziert das Teamwork mit den Bienen,

auch weil die Biene als allseits beliebte „Botschafterin“ für den Erhalt der biologischen Vielfalt gilt. In seiner Programmreihe „Kunst und Umwelt“ initiierte das Umweltbundesamt (UBA) im Sommer 2018 das partizipatorische Kulturprojekt „Ein Haus für die Bienen“. Mit dem Einzug von zwei Bienenvölkern auf dem Gelände des UBA-Dienstszites in Dessau wurden drei Imker-Workshops für die interessierte Öffentlichkeit und den Mitarbeitenden des Amtes organisiert, die sich um die beiden Bienenvölker kümmern.

Das Projekt hat einen hohen Identifikationsgrad für die Beteiligten, ermöglicht praktische Erkenntnisse für die Facharbeit und lässt sich zudem für die thematische Öffentlichkeitsarbeit nutzen. Ferner bietet das Projekt vielfältige Möglichkeiten der Vernetzung und des Austausches – zum Beispiel mit Imkervereinen vor Ort und anderen Institutionen und Initiativen, die bereits Imkern oder sich dem Erhalt der biologischen Vielfalt widmen. So hielt der renommierte Neurobiologe und Bienenforscher Randolph Menzel in Dessau einen öffentlichen Vortrag über die Auswirkungen von Pestiziden auf das Verhalten und die Gesundheit der Bienen. Anlässlich des Weltbienentags am 22.05.2019 berichtete Norbert Schäffer, einer der Initiatoren des Volksbegehrens „Rettet die Bienen!“ in Bayern, über diese erfolgreiche Initiative.



Abbildung 29: Ein Haus für die Bienen / Copyright: UBA, Marian Engel

Mit dem Projekt sollten auch die Außenanlagen des Amtes bienenfreundlicher gestaltet werden. In Kooperation mit dem Verein „Urbane Farm Dessau“ und in Eigenarbeit wurden zwei Hochbeete für Pflanzen und Kräuter gebaut und selbst bewirtschaftet. Denn ohne Pflanzen, keine Bienen. Im Sommer 2019 konnte der erste süße Ertrag des Imkerprojekts geerntet werden. Der UBA-Honig firmiert unter dem Titel „Dessauer Vielfalt“ und wird an Gäste und Kooperationspartner des Umweltbundesamtes verschenkt.

Weiterführender Link:

[Ein Haus für Bienen](#)

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM)

Verankerung von Nachhaltigkeit in den Künsten und Kulturwissenschaften

Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM) begrüßt Initiativen der von ihr geförderten Einrichtungen, die Debatte zum Thema Nachhaltigkeit stärker als bisher in den Künsten und Kulturwissenschaften zu verankern. Das Haus der Kulturen der Welt in Berlin zum Beispiel hat immer wieder mit speziellen Veranstaltungsreihen an der Schnittstelle von Kunst und Wissenschaft dem Thema Nachhaltigkeit einen hohen Stellenwert eingeräumt. In Projekten wie „Anthropozän“ oder „Über Lebenskunst“ wurden überkommene Vorstellungen von Natur und von der Rolle des Menschen kritisch reflektiert und ein neues, interdisziplinäres Denken in Bezug auf die Herausforderungen der Zukunft gefordert.

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



3.6.7.2 Länder

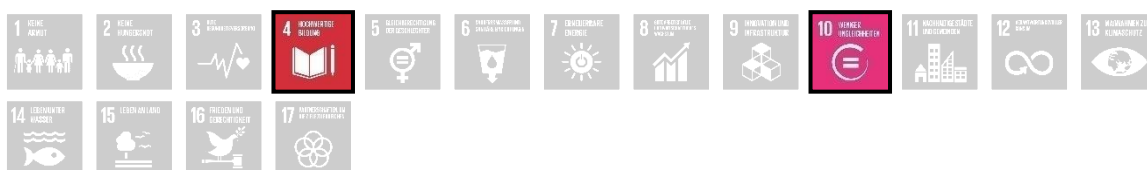
Umweltministerkonferenz (UMK)

Transformationsprozesse begleiten und unterstützen

Der Transformationsprozess, der darauf abzielt, langfristig eine systemische Veränderung des Bildungssystems zu bewirken und Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) vom Projekt in die Struktur zu bringen, findet in den Ländern vor allem durch die in den Handlungsfeldern I–IV und VI–VII aufgeführten Ziele und Maßnahmen statt.

Narrative zur Transformation werden zudem durch wohnortnahe, barrierefreie BNE-Lehr- und Erlebnispfade entwickelt (Bayern). In Brandenburg werden die Ausstellungen der Besucherzentren der Nationalen Naturlandschaften barrierefrei gestaltet und EU-Förderprojekte erhalten ein besseres Ranking, wenn sie barrierefrei ausgerichtet sind. Sachsen-Anhalt bietet Beratungs- und Qualifizierungsangebote für BNE Akteure an, um Bilder und Narrative verstärkt in digitalen Kommunikationsmedien und bei der Erstellung pädagogischer Konzepte in den BNE-Einrichtungen zu nutzen.

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



3.6.8 Handlungsfeld VI: Freiräume schaffen

3.6.8.1 Länder

Umweltministerkonferenz (UMK)

Gezielte Kooperationen aufbauen

Hierzu zählen Maßnahmen der Länder zur Schaffung von Möglichkeiten, z.B. für Jugendliche, sich auf einen Perspektivwechsel einzulassen, Erfahrungen zu reflektieren und Visionen und Handlungsoptionen für nachhaltige Lebensstile zu entwickeln.

Dies kann beispielsweise durch eine gezielte Zusammenarbeit mit einschlägigen Akteurinnen und Akteuren (z.B. Kinder- und Jugendring Sachsen-Anhalt e.V.) oder Jugendprojektfonds für Projekte und Aktionen anerkannter Jugendverbände (Thüringen) erfolgen. Die Integration der Zielsetzungen einer nachhaltigen Entwicklung in kulturelle Angebote, u.a. Thüringen beim Kunstfest Weimar, und die Schaffung von Naturerfahrungsräumen, u.a. durch das Modellprojekt StadtNaturRanger in Berlin, fördern die Selbstreflexion und bieten vielfältige Möglichkeiten, sich aktiv und gestaltend mit anderen Menschen, mit der Kultur bzw. Natur auseinanderzusetzen.

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



3.6.9 Handlungsfeld VII: Tragfähige Finanzierungsmodelle und -instrumente entwickeln

3.6.9.1 Länder

Umweltministerkonferenz (UMK)

Förderinstrumente für außerschulische BNE auf- und ausbauen

In Hessen werden Zertifizierungen bei der Vergabe von Fördermitteln positiv berücksichtigt und leisten somit einen Beitrag zu tragfähigen Finanzierungsmodellen. In Hessen gibt es zudem seit dem Haushalt 2020 ein eigenständiges Förderprodukt für non-formale BNE. Im Rahmen des „BNE-Paktes“ mit 15 regionalen Umweltbildungs- und Nachhaltigkeitszentren in Hessen ist geplant, bis 2024 mit insgesamt 1,5 Millionen Euro Bildungsprojekte, Veranstaltungen oder konzeptionelle Vorhaben zu unterstützen. Nordrhein-Westfalen unterstützt in der aktuell fünften Förderperiode mit rund 2,4 Millionen Euro die Projektarbeit im BNE-Landesnetzwerk mit 25 angeschlossenen Regionalzentren. Jährlich werden landesweite Aktionen gemeinsam geplant und durchgeführt. Die Koordination des Netzwerks erfolgt durch die BNE-Agentur NRW. EU-Fördertöpfe stellen ebenfalls eine Möglichkeit für die Länder dar, um außerschulische BNE über längere Zeiträume zu fördern (z.B. Brandenburg).

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



An bestehende Strukturen anknüpfen

Bund und Länder kooperieren bei der Förderung des Freiwilligen Ökologischen Jahres, welches vielfältige Anknüpfungspunkte für eine gelebte BNE bietet. Die Platzzahl konnte im Berichtszeitraum mancherorts kontinuierlich erweitert werden (z.B. Bremen: 40 Plätze im Jahrgang 2017/2018 über 50 Plätze im Jahrgang 2019/2020 auf 70 Plätze beginnend mit dem Jahrgang 2020/2021).

Auch die Nationalen Naturlandschaften sind stabile Strukturen, in denen sich non-formale und informelle BNE-Angebote optimal auf lokale Gegebenheiten anpassen lassen. Im Berichtszeitraum erreichte u.a. Brandenburg eine Verbesserung der Stellensituation in Nationalen Naturlandschaften mit dem Schwerpunkt BNE.

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



BNE in die Breite tragen

In einzelnen Ländern gibt es zudem niedrighschwellige Förderprogramme für BNE-Mikroprojekte, die dabei helfen, BNE in die Breite zu tragen (Baden-Württemberg: Förderprogramm „Beispielhafte Projekte für eine Bildung für nachhaltige Entwicklung“ für Einzelprojekte bis zu 20.000 Euro, Brandenburg: „Aktion Gesunde Umwelt“ für Einzelprojekte bis zu 2.500 €). Auch landeseigene Stiftungen unterstützen das bürgerschaftliche Engagement für eine nachhaltige Entwicklung, indem sie Gelder für BNE-Projekte zur Verfügung stellen. So stellt bspw. das Land Nordrhein-Westfalen über die Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen pro Jahr ihr rund 5 Millionen Euro aus Lotterieverlösen und Steuermitteln zur Verfügung, die u.a. der BNE-Bildungsarbeit zu Gute kommen.

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



3.7 Kommunen

3.7.1 Einleitung

Wenn der Wandel zu einer nachhaltigen Gesellschaft gelingen soll, muss Nachhaltigkeit lokal verankert und vor Ort mit Leben gefüllt werden. Eine große Zahl von Kommunen hat Nachhaltigkeit bereits als Standortfaktor und Thema der Zukunft erkannt.

Die UNESCO sieht Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) in Städten, Gemeinden und Kreisen als wichtigen Unterstützer für eine gelingende nachhaltige Entwicklung. Sie nennt als wichtige Meilensteine u.a. die Integration von BNE-Programmen und -Perspektiven in die Planungs- und Entscheidungsprozesse auf lokaler Ebene sowie den Ausbau vorhandener BNE-Netzwerke und den aktiven Einbezug öffentlicher Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger.

In den Aktivitäten und Maßnahmen, die fünf Handlungsfeldern zugeordnet werden, wird aufgezeigt, wie BNE in den Kommunen strukturell verankert werden kann. Die Handlungsfelder sind: „BNE als Standortfaktor“ (HF I), „Kompetenzentwicklung BNE in Politik, Zivilgesellschaft und Verwaltung“ (HF II), „BNE-Anreize und Verstetigung für alle Kommunen“ (HF III), „Vernetzung und Partizipation“ (HF IV) und „Kommunalen Nachhaltigkeitskodex entwickeln“ (HF V).

3.7.2 Übergreifende Themen

3.7.2.1 Ressorts

Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF)

BNE-Kompetenzzentrum für Prozessbegleitung und Prozessevaluation (BiNaKom)

Der Nationale Aktionsplan Bildung für nachhaltige Entwicklung (NAP BNE) hebt die Bedeutung bildungsbereichsübergreifender Unterstützungsleistungen in kommunalen Bildungslandschaften hervor. Das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderte Verbundprojekt "Bildung – Nachhaltigkeit – Kommune: BNE-Kompetenzzentrum für Prozessbegleitung und Prozessevaluation (BiNaKom, Verbundleitung: Deutsches Jugendinstitut e.V.)" begleitet für eine Laufzeit von zunächst drei Jahren seit Juli 2020 circa 50 Modellkommunen bundesweit bei der systematischen Weiterentwicklung und Implementierung von BNE auf lokaler Ebene.

Ziel des Kompetenzzentrums ist es, BNE entlang der Bildungskette auf kommunaler Ebene strukturell zu verankern und damit eine notwendige Voraussetzung für eine ganzheitlich nachhaltige Entwicklung in Kommunen zu schaffen. BiNaKom wird hierfür Ansätze und Initiativen einer BNE auf kommunaler Ebene stärker mit dem datenbasierten kommunalen Bildungsmanagement verknüpfen und Prozesse vor Ort empiriebasiert begleiten und kontinuierlich optimieren (formative Evaluation).

Zentrale Aufgabe des Kompetenzzentrums mit vier bundesweit verteilten Standorten ist die Prozessbegleitung der ausgewählten Modellkommunen, die unterschiedliche Entwicklungsstände im Bereich BNE aufweisen. Sie werden in regional differenzierter Zuständigkeit auf Basis eines Beratungskonzeptes begleitet, welches den individuellen Gegebenheiten der jeweiligen Kommune nach einem Baukastenprinzip angepasst wird. Hierbei kommt eine Vielzahl verschiedener Formate zum Tragen. Diese reichen von individuellen, regionalspezifischen bis zu interkommunal-übergreifenden und speziellen europäischen Formaten. Das Vorhaben verknüpft seine Arbeit von Beginn an mit Aktivitäten im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit und des Wissenstransfers.

Die Angebote des Kompetenzzentrums knüpfen an bestehende Strukturen, Prozesse, Maßnahmen und Produkte aus kommunalen Bildungslandschaften, den Ländern und des Bundes an. Die Erkenntnisse aus dem Fördervorhaben fließen in die Beratung der Nationalen Plattform Bildung für nachhaltige Entwicklung (NP BNE), des BMBF und weiterer Gremien, insbesondere des Bildungsbereichs Kommunen, ein.

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



3.7.2.2 Länder

Umweltministerkonferenz (UMK)

BNE-Modellkommunen unterstützen

Damit Landschaften für Bildung für nachhaltige Entwicklung-(BNE) entlang der individuellen Bildungsbiografien einen Beitrag zu gesellschaftlicher Transformation im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung leisten können, sollten sie eng in kommunale Strukturen eingebettet sein.

In Bayern unterstützt das „Zentrum für nachhaltige Kommunalentwicklung“ mit praxisnahen Fortbildungs- und Informationsangeboten Kommunen dabei, ihre Entwicklung an Nachhaltigkeitszielen auszurichten, indem es konkrete und lokal angepasste Handlungsoptionen aufzeigt und den Austausch zwischen Kommunen fördert. Dieses Ziel der verfolgt auch das Projekt „Pfälzerwald: SDG-Modellregion für ein nachhaltiges Rheinland-Pfalz (2019-2021)“, welches gemeinsam mit 8 ausgewählten Modellkommunen kommunale Nachhaltigkeitsstrategien inklusive konkreter SDG-Aktionspläne entwickelt und bei der Umsetzung unterstützt.

Weiterführender Link:

[Zentrum für nachhaltige Kommunalentwicklung in Bayern](#)

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



3.7.2.3 Kommunen

Deutscher Städtetag, Deutscher Landkreistag und Deutscher Städte- und Gemeindebund

BNE-Kompetenzzentrum

Die kommunale Bildungslandschaft ist ein Leitbild der Bildungspolitik vor Ort. Die Kommunen begreifen Bildung als einen zentralen Faktor kommunaler Zukunftsentwicklung. Eine nachhaltige Ausrichtung dieser kommunalen Bildungslandschaften gewinnt in den letzten Jahren zunehmend an Bedeutung, dabei stellt Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) einen zentralen Schlüssel dar. Ein BNE-Kompetenzzentrum als Unterstützungsstruktur für Kommunen, hilft BNE vor Ort weiter zu entwickeln und in den Kommunen zu verankern (siehe auch 3.7.2. Über-greifende Themen, BMBF, „BNE-Kompetenzzentrum für Prozessbegleitung und Prozessevaluation“ (BiNaKom).

Damit können neue Impulse gesetzt werden. Dies ermöglicht Kommunen, ein passgenaues Vorgehen bei der Verankerung von BNE. Die kommunalen Spitzenverbände unterstützten das BMBF mit ihrer Expertise in den Vorbereitungen für ein solches Zentrum und begleiten auch weiterhin beratend in Form eines Projektbeirats. Begleitende Pressearbeit zum Auftakt der BNE-Kompetenzzentrums, der Austausch in den Fachgremien der kommunalen Spitzenverbänden sowie die gezielte Information der Mitgliedschaft sind Teil des Engagements der kommunalen Spitzenverbände.

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



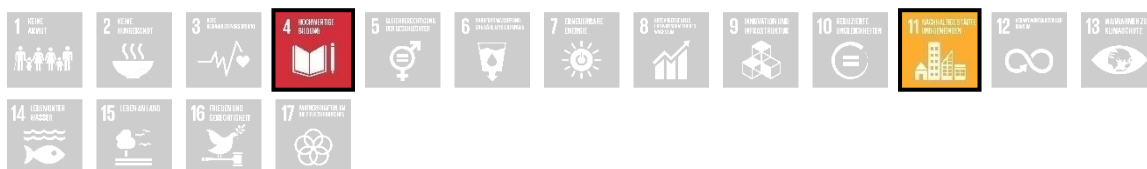
„SDG-Indikatoren für Kommunen“

Die 17 Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen (VN) (United Nations, UN) und die Überprüfung der Entwicklungen durch Indikatoren stellen einen Handlungsrahmen für deutsche Kommunen dar. Das Präsidium des Deutschen Städtetags (DST) bekräftigte in seinem aktuellen Beschluss (September 2020) die Weiterentwicklung des Projektes zu den 17 UN-Nachhaltigkeitszielen (Sustainable Development Goals, SDGs) „SDG-Indikatoren für Kommunen“ als geeigneten Referenzrahmen für ein kommunales Nachhaltigkeitsmanagement. In dem [SDG-Internetportal](#) kann jede Kommune mit über 5.000 Einwohnerinnen und Einwohnern den Stand der eigenen Entwicklung gemessen an den Zielen der Agenda 2030 ablesen oder sich mit einer Kommunen eigener Wahl vergleichen. Dabei wurden für alle SDGs Nachhaltigkeitsindikatoren für deutsche Kommunen identifiziert; das gilt auch für SDG 4 „Hochwertige Bildung“.

Weiterführender Link:

[SDG-Internetportal](#)

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



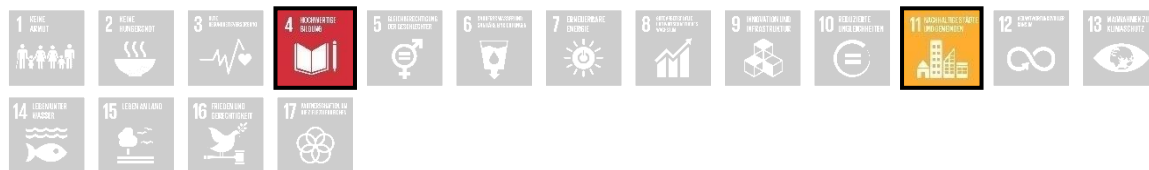
Muster-Resolution „2030 – Agenda für Nachhaltige Entwicklung: Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene gestalten“

Die Muster-Resolution „2030 – Agenda für Nachhaltige Entwicklung: Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene gestalten“ des Deutschen Städtetages, des Deutschen Landkreistages und des Deutschen Städte- und Gemeindebundes sowie des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) wurde inzwischen von über 150 Kommunen unterzeichnet. Damit haben Kommunen ihre Bereitschaft signalisiert, kommunale Strategien für ein Nachhaltigkeitsmanagement zu verfolgen, globale Partnerschaften zu vertiefen, sich an Maßnahmen zur Bekämpfung der negativen Folgen des Klimawandels zu beteiligen oder einen besseren Zugang zu bezahlbarer nachhaltiger Energie zu schaffen.

Weiterführender Link:

[SDG-Internetportal](#)

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



3.7.3 Handlungsfeld I: BNE als Standortfaktor

3.7.3.1 Länder

Umweltministerkonferenz (UMK)

Nachhaltige Beschaffung auf Leitungs- und Handlungsebene unterstützen

Aktivitäten zu Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) können ein Standortfaktor sein, wenn kommunale Spitzen sie sichtbar machen und bewerben.

Thüringen hat hierfür eine Beschaffungsalianz ins Leben gerufen. Mit dem Projektziel, den Kenntnisstand und das Bewusstsein zur fairen und nachhaltigen Beschaffung auf Leitungs- und Handlungsebene zu verbessern, soll der Anteil dieser Produkte in der öffentlichen und auch privaten Beschaffung in Thüringen erhöht werden. In Schleswig-Holstein wurde ein Kompetenzzentrum für nachhaltige Beschaffung und Vergabe (KNBV) ins Leben gerufen. Das Kompetenzzentrum hat zum Ziel, die Kommunen des Landes darin zu unterstützen, soziale, ökonomische und ökologische Kriterien im Einkauf umsetzen zu können.

Weiterführender Link:

[Kompetenzzentrum für nachhaltige Beschaffung und Vergabe \(KNBV\)](#)

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



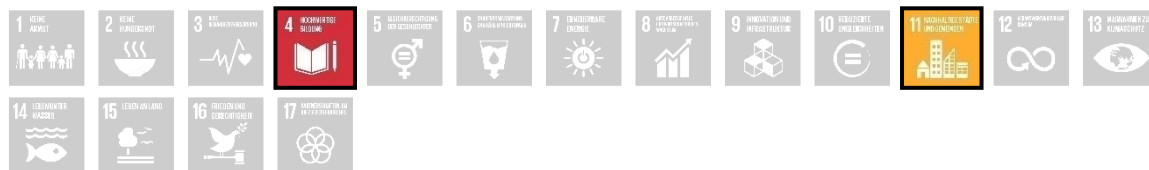
3.7.3.2 Kommunen

Deutscher Städtetag, Deutscher Landkreistag und Deutscher Städte- und Gemeindebund

Aktive Beteiligung am NAP BNE Prozess

Die kommunalen Spitzenverbände tragen die Wertschätzung für Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) sowohl im Rahmen des UNESCO-Weltaktionsprogramm BNE (WAP BNE) (2015–2019) sowie für das 2020 gestartete neue UNESCO-Programm „Education for Sustainable Development: Towards achieving the SDGs“ („ESD for 2030“) mit. Die kommunalen Spitzenverbände beteiligen sich sowohl in den Gremien der Nationalen Plattform BNE (NP BNE) als auch im Forum Kommunen. Sie stehen darüber hinaus im Austausch mit BNE relevanten Akteurinnen und Akteuren auf der Bundes- und der Länderebene. Bei der Entwicklung und Umsetzung des Nationalen Aktionsplans Bildung für nachhaltige Entwicklung (NAP BNE) waren und sind sie beteiligt und werben bei ihren Mitgliedern für die Förderung von BNE-Maßnahmen, der Förderung und Unterstützung von BNE-Netzwerken und der strukturellen Verankerung von BNE vor Ort.

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



3.7.4 Handlungsfeld II: Kompetenzentwicklung BNE in Politik, Zivilgesellschaft und Verwaltung

3.7.4.1 Ressorts

Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF)

Förderung „Ressourceneffizienter Stadtquartiere für die Zukunft“

In der Fördermaßnahme des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) „Ressourceneffiziente Stadtquartiere für die Zukunft“ (RES:Z) werden zwölf inter- und transdisziplinäre Vorhaben unter Beteiligung von über 20 Modellkommunen gefördert, in denen umsetzungsorientierte Konzepte für Wasserwirtschaft, Flächennutzung und Stoffstrommanagement als Grundlage für eine nachhaltige Entwicklung von Stadtquartieren erforscht, entwickelt und erprobt werden.

Unter Verwendung der Ergebnisse der einzelnen Forschungsvorhaben wird als ein zentrales Endergebnis der Fördermaßnahme ein frei verfügbares Schulungsmodul für kommunale Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger sowie Planerinnen und Planer entwickelt. Dieses Schulungsmodul soll Fachwissen und neue Erkenntnisse beinhalten und die Möglichkeit bieten, neue Methoden zur Umsetzung in konkreten Stadtquartieren anzuwenden und zu üben.

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL)

Qualitätsstandards der Deutschen Gesellschaft für Ernährung

Förderung einer ausgewogenen Ernährung in der Gemeinschaftsverpflegung durch die Qualitätsstandards der Deutschen Gesellschaft für Ernährung (DGE) im Rahmen von IN FORM. Die im Auftrag des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) von der DGE erarbeiteten Qualitätsstandards für die Gemeinschaftsverpflegung unterstützen die ausgewogene und nachhaltige Ernährung in Gemeinschaftseinrichtungen wie Kitas, Schulen, Betriebsrestaurants, Kliniken oder Senioreneinrichtungen. Die Qualitätsstandards werden derzeit überarbeitet. Dabei soll der Fokus stärker als bisher auf Nachhaltigkeitsaspekten liegen. Um die Einführung der Qualitätsstandards in den Einrichtungen weiterhin zu unterstützen, fördert das BMEL Projekte der Vernetzungsstellen Kita- und Schulverpflegung in den Ländern. In der Förderphase 2021/2022 werden die Projekte der Vernetzungsstellen schwerpunktmäßig mit dem Fokus auf der Förderung einer nachhaltigen Verpflegung gefördert. Das BMEL stellt dafür jährlich 2 Millionen Euro zur Verfügung. Die Länder entscheiden dabei selbst, welcher Bereich der nachhaltigen Verpflegung in ihrem Projekt bearbeitet wird. Unterstützt werden die Vernetzungsstellen Kita- und Schulverpflegung vom Nationalen Qualitätszentrum für Ernährung in Kita und Schule (NQZ) im Bundeszentrum für Ernährung.

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



Bundesministerium für Gesundheit (BMG)

Kooperationsverbund Gesundheitliche Chancengleichheit

Gesundheitliche Chancengleichheit in Deutschland verbessern und die Gesundheitsförderung bei sozial benachteiligten Gruppen unterstützen, das sind die Leitziele des bundesweiten Kooperationsverbundes. Dem von der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) initiierten Verbund gehören 74 Organisationen an. Der Verbund fördert vorrangig die Qualitätsentwicklung in der soziallagenbezogenen Gesundheitsförderung und die ressortübergreifende Zusammenarbeit. Die zentrale Aktivität der Koordinierungsstellen in den Bundesländern ist die Begleitung kommunaler Prozesse, insbesondere über den Partnerprozess „Gesundheit für alle“.

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



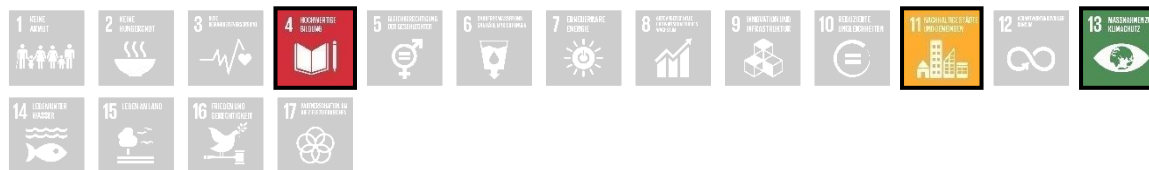
Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU)

NKI-Projekt „Kommunale Klima- und Energiescouts“ vom Deutschen Institut für Urbanistik gGmbH (DIFU)

Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU) förderte das NKI-Projekt „Kommunale Klima- und Energiescouts“ vom Deutschen Institut für Urbanistik gGmbH von 2017 bis 2019 mit Fördermitteln in Höhe von 252.800 Euro.

Im Projekt „Kommunale Klima- und Energiescouts“ wurden interessierte und motivierte Auszubildende in kommunalen Verwaltungen zu sogenannten „Scouts“ geschult, um den Klimaschutz in die unterschiedlichen Ressorts der städtischen Verwaltung zu tragen. Ziel war es, diese jungen Menschen dazu zu befähigen, eigenständig kleine Maßnahmen und Projekte zu Klimaschutz und Energiesparen zu entwickeln, zu deren Durchführung anzuregen und diese umzusetzen. Die Projekte können von der Einführung einer Mitfahrzentrale bis zur Änderung des Nutzerverhaltens durch eine verwaltungsinterne Kampagne zum energiebewussten Heizen und Lüften reichen. Die „Klima- und Energiescouts“ wurden dabei durch eine Mentorin oder einen Mentor aus dem Themenbereich Klimaschutz- und/oder Energiemanagement unterstützt und angeleitet. Das „Handwerkszeug“ für die Durchführung eigener Projekte erlangten die Auszubildenden in Werkstätten. Hier erhalten sie eine Einführung zu unterschiedlichen Themen des Klimaschutzes und damit verbundenen Handlungsmöglichkeiten. Zusätzlich wurden Inhalte, die auf die Umsetzung von Vorhaben in Kommunalverwaltungen zugeschnitten sind, sowie Grundlagen von Präsentationstechniken und Projektmanagement vermittelt. Langfristig sollen „Klima- und Energiescouts“ den Klimaschutzgedanken ganzheitlich und nachhaltig in der kommunalen Verwaltung verankern. Die Etablierung des Klima- und Energiescout-Konzepts bietet Kommunen damit einen niedrigschwelligen Einstieg in die Themenbereiche Klimaschutz und Energie.

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



3.7.4.2 Länder

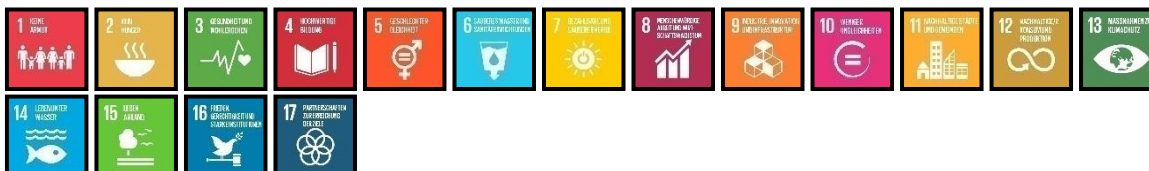
Umweltministerkonferenz (UMK)

BNE-Kompetenzentwicklung auf allen Ebenen stärken

Eine Vielzahl von Ländern verfügt über Strukturen und Kooperationen, um die Kompetenzentwicklung von Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) in Politik, Zivilgesellschaft und Verwaltung auf kommunaler Ebene zu stärken (siehe hierzu auch Kapitel 3.6., insbesondere HF III und IV).

Das Nachhaltigkeitszentrum Thüringen begleitet Thüringer Kommunen hierbei durch vielfältige Maßnahmen, u.a. Bürgermeisterdialog zur nachhaltigen Kommunalentwicklung. Die Freie und Hansestadt Hamburg führt gemeinsam mit den Ländern Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt (seit 2020) die NUN-Zertifizierung („Norddeutsch und Nachhaltig“) durch und entwickelt sie weiter, um zukünftig die 17 UN-Nachhaltigkeitsziele (Sustainable Development Goals, SDGs) noch mehr in die Bildungsarbeit einzubinden. Um die SDGs auch in der Verwaltungstätigkeit zu verankern, bietet Bremen in Kooperation mit dem Aus- und Fortbildungszentrum für den Öffentlichen Dienst entsprechende Fortbildungen für Verwaltungsangestellte an, flankiert durch Wettbewerbe o.ä. In Zusammenarbeit mit der Volkshochschule und künftig auch mit der Stadtbibliothek bietet Bremen zudem SDG-bezogene Erwachsenenbildungsangebote an.

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



3.7.5 Handlungsfeld III: BNE-Anreize und Verstetigung für alle Kommunen

3.7.5.1 Ressorts

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)

Kinderfreundliche Kommunen

Der 2012 gegründeten Verein „Kinderfreundliche Kommunen e.V.“ ist ein langjähriger, verlässlicher Partner des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) bei der Stärkung der Kinderrechte. Trägerinnen und Träger sowie Vertreterinnen und Vertreter des Vereins sind das Deutsche Kinderhilfswerk e.V. und das Deutsche Komitee für UNICEF e.V. Das BMFSFJ fördert die Erweiterung der Initiative „Kinderfreundliche Kommunen e.V.“ derzeit durch den Baustein „Kinderrechte in der Arbeit der Kommunalaufsicht und Kommunen“.

Der Verein zeichnet Städte und Gemeinden als „Kinderfreundliche Kommunen“ aus, die unter starker Beteiligung von Kindern und Jugendlichen für die lokale Umsetzung der Kinderrechte aus der Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen (VN; United Nations, UN) verbindliche Ziele und einen Aktionsplan entwickeln. Derzeit sind 31 Kommunen im Programm, 15 davon sind bereits mit einem Siegel ausgezeichnet.

KINDERFREUNDLICHE KOMMUNEN



Eine Initiative von



Abbildung 30: Kinderfreundliche Kommunen

Da nach dem Verständnis des Vereins bei der Umsetzung kinderfreundlicher Kommunen Kinderrechts- und Umweltaspekte miteinander verzahnt sind, spielen ökologische Themen in den Aktionsplänen der Kommunen eine wichtige Rolle. Drei Beispiele für Städte, die Projekte zu Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) in ihre Aktionspläne aufgenommen haben:

Auf Grundlage der Agenda 2030 widmet sich die Stadt Eltville den Themen Nachhaltigkeit und Gemeinwohlökonomie („Fairtrade-Stadt“) in einem integrierten Stadtentwicklungsprozess. Die Stadt wurde mehrfach als „TOP3“ der nachhaltigen Kleinstädte beim Deutschen Nachhaltigkeitspreis ausgezeichnet und nahm am Kongress der Nachhaltigkeit teil. Die Kritik und die Forderungen der „Fridays-for-Future“-Bewegung greift die Stadt dankbar auf, indem sie Jugendlichen auf kommunaler Ebene die Möglichkeit gibt, aktiv an der aktuellen Klimadebatte mit-zuarbeiten und basisdemokratisch zu handeln.

Sowohl im Konzept „Kinderfreundliches Stuttgart“ als auch im Aktionsplan legt die Stadt Stuttgart einen Fokus auf die Erweiterung von Spielmöglichkeiten im öffentlichen Raum. Die 2019 erfolgreich gestarteten temporären Spielstraßen und die Fußverkehrschecks für sichere Freizeit- und Schulwege werden verstetigt. Erfahrungen und Ergebnisse fließen in aktuelle stadtweite Konzepte wie den „Masterplan Urbane Bewegungsräume“ ein. Während der durch Corona bedingten Schließung von Spielplätzen im Frühjahr 2020 wurden temporäre Spiel- und Bewegungsräume auf Straßen, in Parks und auf Sportanlagen erprobt, um dem Recht von Kindern und Jugendlichen nach Bewegung und Spiel im öffentlichen Raum Rechnung zu tragen.

Die Kommune Weil am Rhein bietet seit 2016 ein niedrigschwelliges Nachtsportangebot in Turnhallen für Jugendliche während der Wintermonate an, das von als Coach ausgebildeten Jugendlichen betreut wird. Außerdem entstehen unter Beteiligung von Kindern und Jugendlichen weitere generationsübergreifende Spiel-, Sport- und Gesundheitsangebote im neuen Rheinpark.

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



Bundesministerium für Gesundheit (BMG)

Bildungsmaßnahmen im Lichte der SDGs 3, 4 und 6 in Deutschland und dem pan-europäischen Raum

Das Bundesministerium für Gesundheit (BMG) fördert die Schaffung von Bildungs- und Wissensgrundlagen in Bezug auf die Zielsetzungsbereiche der UN-Nachhaltigkeitsziele (Sustainable Development Goals, SDGs) SDG 3 (3.3 und 3.9), 4 und 6 in Deutschland und dem pan-europäischen Raum durch Finanzierungsmaßnahmen beim Umweltbundesamt (UBA), bei den Kollaborationszentren der Weltgesundheitsorganisation (World Health Organization, WHO) in Deutschland auf dem Gebiet der Fortentwicklung der Trinkwasserhygiene und des Wassermanagements sowie zum Protokoll über Wasser und Gesundheit des Übereinkommens zum Schutz und zur Nutzung grenzüberschreitender Wasserläufe und internationaler Seen der Vereinten Nationen (VN; United Nations, UN). Bildungsmaßnahmen dienen der Einführung der Instrumente von Risikobewertung und Risikomanagement in Wasserversorgungen (Water Safety Plan-Konzept (WSP) der WHO) und leisten somit Beiträge zur Zielerreichung in den SDG 3 und 6. Zur Unterstützung des SDG 4 (Hochwertige Bildung) ist das durch die Bundesregierung geförderte WHO-Kollaborationszentrum für Wassermanagement und Risikokommunikation zur Förderung der Gesundheit an der Universität Bonn zu nennen, welches durch Unterstützung der WHO in Bezug auf die Verbesserung der Wasser- und Abwasserversorgung und Hygiene (WASH) in Schulen für angemessene und genderechte Gesundheits- und Bildungsvoraussetzungen auf internationaler Ebene sorgen soll.

Deutschland hat unter dem Protokoll zu Wasser und Gesundheit des Übereinkommens zum Schutz und zur Nutzung grenzüberschreitender Wasserläufe und internationaler Seen gemeinsam mit Serbien die Federführung für den Bereich „kleine Systeme“ inne. Das WHO Kollaborationszentrum des UBA entwickelt aktuell englischsprachige Schulungsmaterialien für kleine Trinkwasserversorgungen in der pan-Europäischen Region sowie Ansätze dazu, wie auch Wasserversorgungen in entlegenen, ländlichen Gebieten durch Schulungen erreicht werden können. Zur Verbesserung der Finanzierung kleiner Trinkwasserversorgungen wurde im Juli 2020 ein Webinar für politische Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger zu dem Thema veranstaltet.

Im aktuell geltenden deutschen Trinkwasserrecht sind Ansätze für freiwillige WSP-Maßnahmen (Risikobewertung) bereits enthalten. Ferner sind Vorgaben zur verpflichtenden Risikobewertung und zum Risikomanagement in Wasserversorgungen künftig auf europäischer Ebene durch die erfolgte Revision der Richtlinie der Europäischen Gemeinschaft (EG) über die Qualität von Wasser für den menschlichen Gebrauch (2020/2184) vorgesehen, in der Anforderungen zur Umsetzung von WSP einen verstärkten Fokus auf das Risikomanagement legen. Um die Umsetzung zu befördern, hat das UBA im Rahmen eines BMG-geförderten Projektes Schulungsmaterialien für Trinkwasserversorger und für Gesundheitsämter entwickelt, die das UBA kostenlos zur Verfügung stellt. Eine Gruppe von Trainerinnen und Trainern wurde durch das UBA in der Anwendung dieser Materialien geschult, um das Angebot von Schulungen durch diese Multiplikatorinnen und Multiplikatoren zu befördern.

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



3.7.5.2 Kommunen

Deutscher Städtetag, Deutscher Landkreistag und Deutscher Städte- und Gemeindebund

BNE in die Fachgremien tragen

Die kommunalen Spitzenverbände befassen sich in ihren eigenen Fachgremien verstärkt mit Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE). In den regelmäßig tagenden Fachausschüssen der kommunalen Spitzenverbände wird BNE auf die Tagesordnung gesetzt, um die Kommunen für BNE zu sensibilisieren, die Vernetzung zwischen den Kommunen zu intensivieren und um andererseits den fachlichen Diskurs und damit die Entwicklung vor Ort im

Sinne einer BNE zu fördern und sie dadurch in der Konzeption und Umsetzung ihres BNE-Engagements unterstützen.

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



3.7.6 Handlungsfeld IV: Vernetzung und Partizipation

3.7.6.1 Ressorts

Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF)

Fördermaßnahme „Kommunen innovativ“

Mit der Fördermaßnahme „Kommunen innovativ“ verfolgt das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) das Ziel, die Rolle der Kommunen als Initiatorinnen und Initiatoren, Partnerinnen und Partner und Adressatinnen und Adressaten von Forschung, Entwicklung und Innovation für eine nachhaltige, demographisch angepasste Entwicklung der Regionen in Deutschland zu stärken. Zentral hierbei ist, die räumlichen Auswirkungen des demografischen Wandels mit einer auf Nachhaltigkeit ausgerichteten Stadt- und Regionalentwicklung in Deutschland zu gestalten. Die Vernetzung von Kommunen und die Beteiligung der Zivilgesellschaft sind wichtige Bestandteile in vielen der 30 geförderten Verbundvorhaben. Beispielweise wurden im Rahmen eines Vorhabens Qualifizierungsmaßnahmen für sogenannte „Dorfkümmerer“ entwickelt, um das bürgerschaftliche Engagement für die nachhaltige Gestaltung des eigenen Lebensumfeldes zu unterstützen. In einem weiteren Projekt steht die Bindung junger Menschen an ihre Heimatregion durch Sicherung von Ausbildung im Fokus. Im Rahmen eines kommunenübergreifenden Jugendmobilitätskonzeptes wurde ein mehrere Landkreise übergreifendes Praktikumsnetzwerk initiiert und zielgruppenorientierte Schulungsmodule erarbeitet, um Schülerinnen und Schüler bei der Praktikumsuche zu unterstützen.

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



Fördermaßnahme „Stadt-Land-Plus“

In der BMBF-Fördermaßnahme „Stadt-Land-Plus“ werden 22 Forschungsverbünde und ein Querschnittsvorhaben gefördert, um die Beziehungen zwischen Stadt und Land zu stärken. Die Fördermaßnahme richtet sich an Wissenschaft, Kommunen und kommunale Einrichtungen, Landnutzerinnen und Landnutzer und damit verbundene Wirtschaftszweige (Land- und Forstwirtschaft, Wohnungsbau, Tourismus, Naturschutz, Abfallwirtschaft), Regionalplanerinnen und -planer sowie Regionalentwicklerinnen und -entwickler. Sie ist Teil des BMBF-Rahmenprogramms „Forschung für Nachhaltige Entwicklung – FONA“ und der Hightech-Strategie 2025 „Forschung und Innovation für die Menschen“ im Handlungsfeld „Stadt und Land: Für ein lebenswertes Umfeld und zukunftsfähige Regionen“.

In der Fördermaßnahme wird unter anderem ein frei verfügbares Schulungsmodul für kommunale Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger sowie Landnutzerinnen und Landnutzer basierend auf den Ergebnissen der Projekte erarbeitet. Das Schulungsmodul soll zertifiziert werden und für Fachkräfte sowie für die berufliche und akademische Ausbildung geeignet sein.

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU)

Umfragen zum Umweltbewusstsein in Deutschland

Da erfolgreiche Umweltpolitik eine aktive Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger voraussetzt, geben das Bundesumweltministerium (BMU) und das Umweltbundesamt (UBA) seit über 25 Jahren regelmäßige Repräsentativumfragen in Auftrag, die Erkenntnisse über den Stand des Umweltbewusstseins, das Umweltverhalten der Menschen im Alltag sowie Unterstützungspotenziale für eine soziale und nachhaltige Umweltpolitik liefern.

Ziel ist es, die in der Gesellschaft vorhandenen Denk- und Handlungsmuster zu verstehen, Handlungsbedarfe zu identifizieren und diese Erkenntnisse in die Politikgestaltung einfließen zu lassen.

In den Umfragen zum Umweltbewusstsein in Deutschland zeigt sich traditionell eine Diskrepanz zwischen dem potenziellen und dem heute tatsächlich realisierten bürgerschaftlichen Engagement für den Umweltschutz.

Weiterführender Link:

["Umweltbewusstsein in Deutschland 2018"](#)

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)

Projekt „Global Nachhaltige Kommune“

Das Projekt „Global Nachhaltige Kommune“ (GNK) ist partizipativ aufgebaut. Im Rahmen von Steuerungsgruppensitzungen werden die Akteursgruppen einer Stadt in die Strategieentwicklung eingebunden. Die Teilnehmenden repräsentieren u.a. Bildungseinrichtungen, Wirtschaftsunternehmen oder Verbände und zivilgesellschaftliche Organisationen. Bei dem Beteiligungsformat werden über die Aktivitäten der einzelnen Handlungsfelder diskutiert, u.a. auch zu Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE). Zudem unterstützt das BMZ Nachhaltigkeitskonferenzen, die von den Kommunen in Eigeninitiative organisiert und durchgeführt werden. Ziel ist es, die Agenda 2030 in der Breite der Bevölkerung zu verankern. In vielen Praxisbereichen ergeben sich Überschneidungen zu BNE, v.a. im Sinne non-formalen Lernens. Eine trennscharfe Abgrenzung der für die Konferenzen gewählten Themenfelder von BNE ist selten möglich. Aus diesem Grund sollten die Schnittstellen und Synergiepotenziale noch stärker herausgestellt und ausgebaut werden.

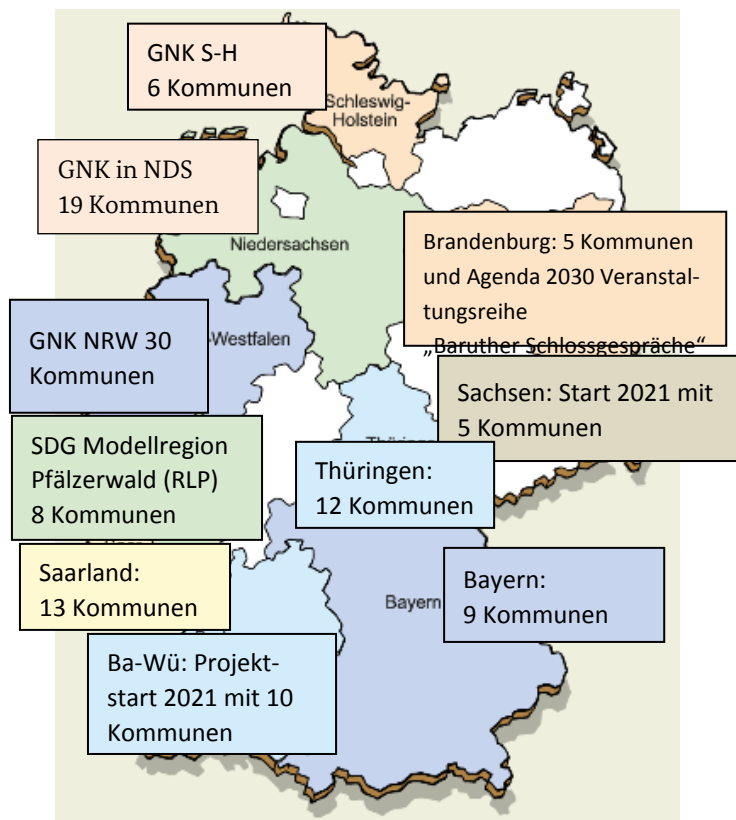


Abbildung 31: Deutschlandkarte mit Nennung der 10 deutschen Länder in denen GNK durchgeführt sind / Copyright: © SKEW/Engagement Global

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



3.7.7 Handlungsfeld V: Kommunalen Nachhaltigkeitskodex entwickeln

3.7.7.1 Ressorts

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)

Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW)

Ziel des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) ist es, kommunale Entwicklungspolitik zur Normalität in deutschen Kommunen zu machen und damit dazu beitragen, die Agenda 2030 und ihre 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDGs) lokal zu verankern. Wir setzen uns dafür ein, dass die globalen Wirkungen lokalen Handelns noch stärker im kommunalen Alltag berücksichtigt werden. Unabhängig von ihren kommunalen Pflichtaufgaben müssen Kommunen auch für das globale Gemeinwohl Verantwortung übernehmen.

Unser Projekt „Globale Nachhaltige Kommune“ (GNK) der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) von Engagement Global unterstützt Kommunen bei der Aneignung der SDGs und der Verzahnung von Maßnahmen

der Entwicklungspolitik und Nachhaltigkeit im Sinne der Agenda 2030. Ziel ist es, Verwaltungsabläufe und Dienstleistungen so nachhaltig wie möglich zu gestalten und die globale Verantwortung dabei in den Vordergrund zu stellen. Wir unterstützen Kommunen dabei, Nachhaltigkeitsstrategien im Kontext der Agenda 2030 zu entwickeln und konkret umzusetzen. Die Relevanz kommunaler Nachhaltigkeitsberichterstattung für eine verbesserte Steuerung einer nachhaltigen Entwicklung steigt vor Ort wie international. Vor diesem Hintergrund bieten wir durch die Maßnahmen des Projektes GNK Beratung zu den Instrumenten des Nachhaltigkeitsmanagements und in der Erstellung von Nachhaltigkeitsstrategien mit dem Fokus auf Globale Verantwortung an.



Abbildung 32: Mitglieder Steuerungsgruppe für die Erstellung einer kommunalen Nachhaltigkeitsstrategie der Stadt Bedburg diskutieren über die Frage, wie eine global gerechte Entwicklung im Themenfeld „Gesellschaftliche Teilhabe“ und Gender aussieht / Copyright: LAG

GNK wurde als Leuchtturmprojekt 2019 von dem Staatssekretärsausschuss für Nachhaltige Entwicklung ausgezeichnet. Aktuell wird das Projekt 117 Kommunen in neun Bundesländern angeboten und erzielt durch den Länderansatz mit einer gleichzeitigen Beratung von mehreren Kommunen große Wirkung. Wertvolle Synergien und Schnittstellen zu Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) ergeben sich bei den einzelnen Bausteinen der Prozessberatung. Einzelne Kommunen legen neben anderen Handlungsfeldern ihren Schwerpunkt auf Bildung, speziell auch BNE, und entwickeln ein Handlungsprogramm zu diesem Themenfeld. Hier wäre eine Anschlussberatung zu BNE durch andere Institutionen wünschenswert, da dies nicht von der Servicestelle wahrgenommen wird. Ihre Aufgabe liegt ausschließlich in der Prozessberatung und in der Fachberatung zu Themenfeldern der kommunalen Entwicklungspolitik.

Der vorläufige Entwurf des Berichtsrahmens Nachhaltige Kommune (BNK) im Kontext des Deutschen Nachhaltigkeitskodex¹ für Kommunen dient für uns als Grundlage für die Erstellung kommunaler Nachhaltigkeitsstrategien und -berichte. Die Verzahnung von Entwicklungspolitik und Nachhaltigkeit ist die Voraussetzung für einen kommunalen Nachhaltigkeitskodex im Sinne der Agenda 2030. GNK ist seit langem im BNE-Fachkreis Kommunen vertreten. Neben Fachbeiträgen durch die Servicestelle werden BNE-Kommunen regelmäßig zu Fachveranstaltungen eingeladen, um eine Plattform für Fachaustausch voranzutreiben und ein Netzwerk aus GNK- und BNE-Kommunen zu etablieren. Zu diesem Zweck steht GNK im regen Austausch mit dem BNE-Kompetenzzentrum und gleichzeitig ist die SKEW auch im Beirat des BMBF-geförderten Projekts BiNaKom vertreten (siehe auch 3.7.2. Übergreifende Themen, BMBF, „BNE-Kompetenzzentrum für Prozessbegleitung und Prozessevaluation“ (BiNaKom).

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



3.7.7.2 Länder

Umweltministerkonferenz (UMK)

Hamburger Masterplan BNE 2030

Als Stadtstaat hat die Freie und Hansestadt Hamburg gemeinsam mit mehr als 100 Akteurinnen und Akteuren der Initiative „Hamburg lernt Nachhaltigkeit“ basierend auf dem Nationalen Aktionsplan Bildung für nachhaltige Entwicklung (NAP BNE) den „Hamburger Masterplan BNE 2030“ ausgearbeitet, um BNE bis 2030 in allen Hamburger Bildungsbereichen strukturell zu verankern.

Dieser Beitrag trägt zur Erreichung folgender SDGs bei (farbig):



4 Ausblick

Die Bundesregierung trägt mit zahlreichen Aktivitäten zu dem Ziel bei, Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) in Deutschland in den Bildungssystemen zu verankern. Dabei wurden die Maßnahmen der Bundesregierung im BNE-Bereich in der 19. Legislaturperiode erheblich ausgebaut.

BNE gelangt immer mehr in die Strukturen der verschiedenen Bildungsbereiche, und das auf allen Ebenen. In den letzten Jahren wurden u.a. BNE-Landesstrategien verabschiedet oder weiterentwickelt, BNE wurde in den Leitbildern von Bildungseinrichtungen verankert, neue Leitperspektiven für Lehrpläne wurden erarbeitet oder Lehrmaterialien für BNE veröffentlicht. Auch wurde 2020 mithilfe einer BMBF-Förderung der Weg für ein BNE-Kompetenzzentrum bereitet, um die Kommunen dabei zu unterstützen, BNE in ihren Bildungsstrukturen zu verankern.

Dem Folgeprogramm des UNESCO-Weltaktionsprogramms Bildung für nachhaltige Entwicklung (WAP BNE) (2015–2019) sieht die Bundesregierung mit großem Interesse entgegen. Das neue internationale UNESCO-Programm „Education for Sustainable Development: Towards achieving the SDGs (ESD for 2030)“ rückt die 17 UN-Nachhaltigkeitsziele (Sustainable Development Goals, SDGs) nun stärker in den Mittelpunkt. Die Bundesregierung begrüßt diese Ausrichtung ausdrücklich und wird dies auch im nationalen Prozess vorantreiben, denn BNE ist ein zentraler Schlüssel für das Erreichen aller SDGs.

Bei der Umsetzung von BNE müssen die Akteurinnen und Akteure im Bildungsbereich beispielsweise in Zukunft vermehrt darauf achten, die Lehrenden zu befähigen, BNE in der Bildungspraxis anzuwenden. Die Weiterbildung von Erzieherinnen und Erziehern und Kita-Leitungen sollte weiter gestärkt werden. Auch in der Berufsbildung und der Hochschulbildung sollen Maßnahmen zur Unterstützung der Multiplikatorinnen und Multiplikatoren umgesetzt werden.

Um die Umsetzung noch weiter zu verbessern, müssen zukünftig die verschiedenen Themen, die aktuell zeitgleich an unterschiedlichen Stellen im Bildungssystem implementiert werden, noch mehr zusammengedacht werden.

Anhang: Grafiken

Verteilung der Beiträge je Bildungsbereich und Handlungsfeld

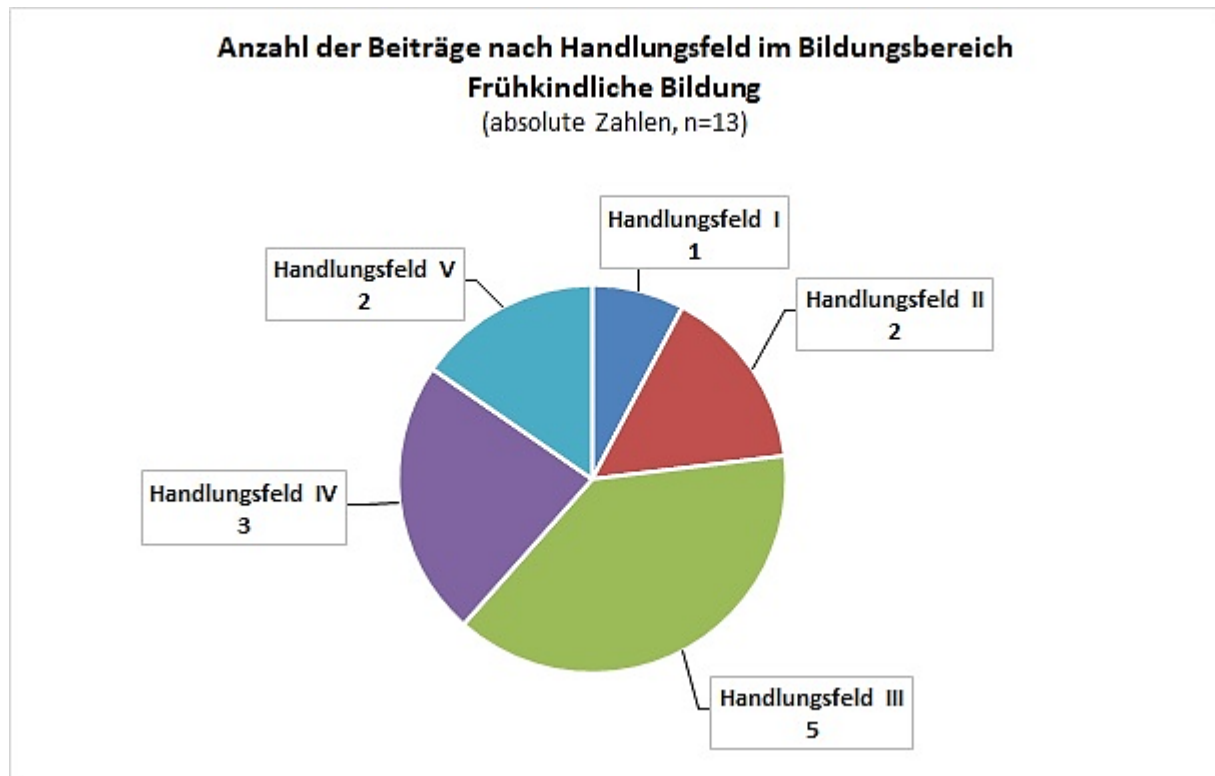


Abbildung 33: absolute Häufigkeit der Zuordnungen der Handlungsfelder im Bildungsbereich Frühkindliche Bildung (n=13)

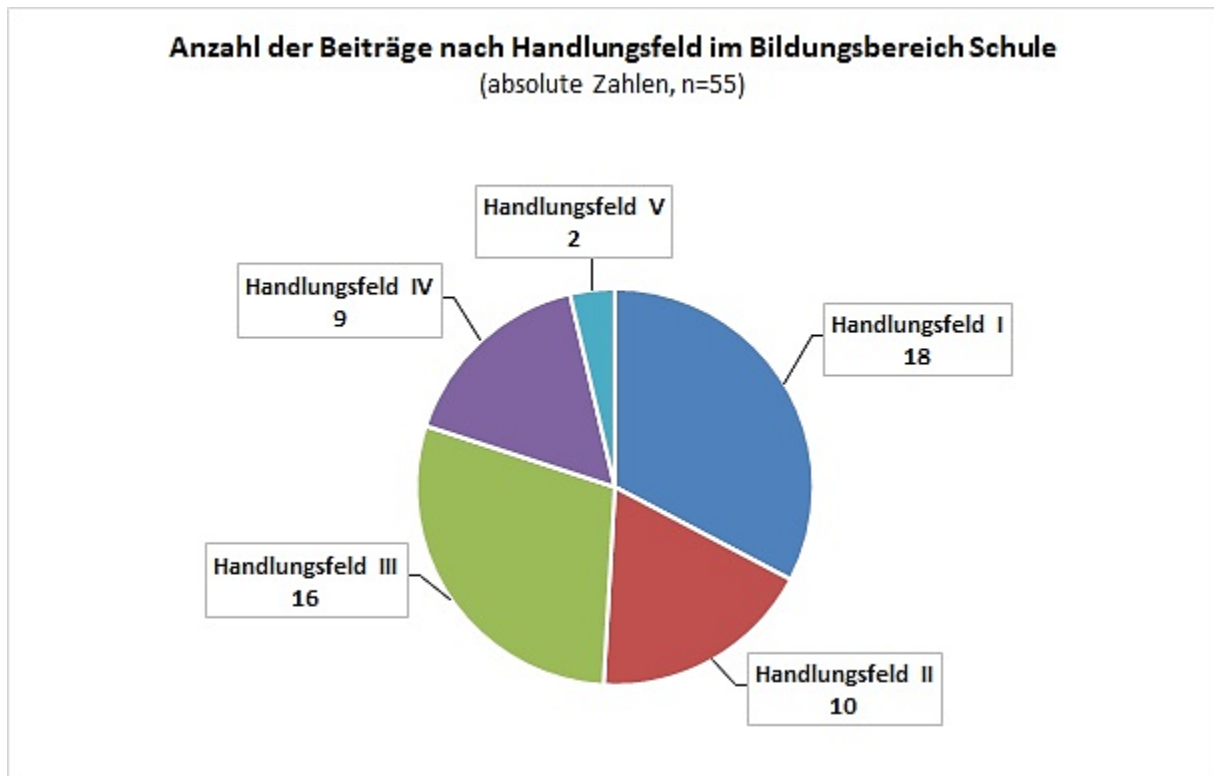


Abbildung 34: absolute Häufigkeit der Zuordnungen der Handlungsfelder im Bildungsbereich Schule (n=55)

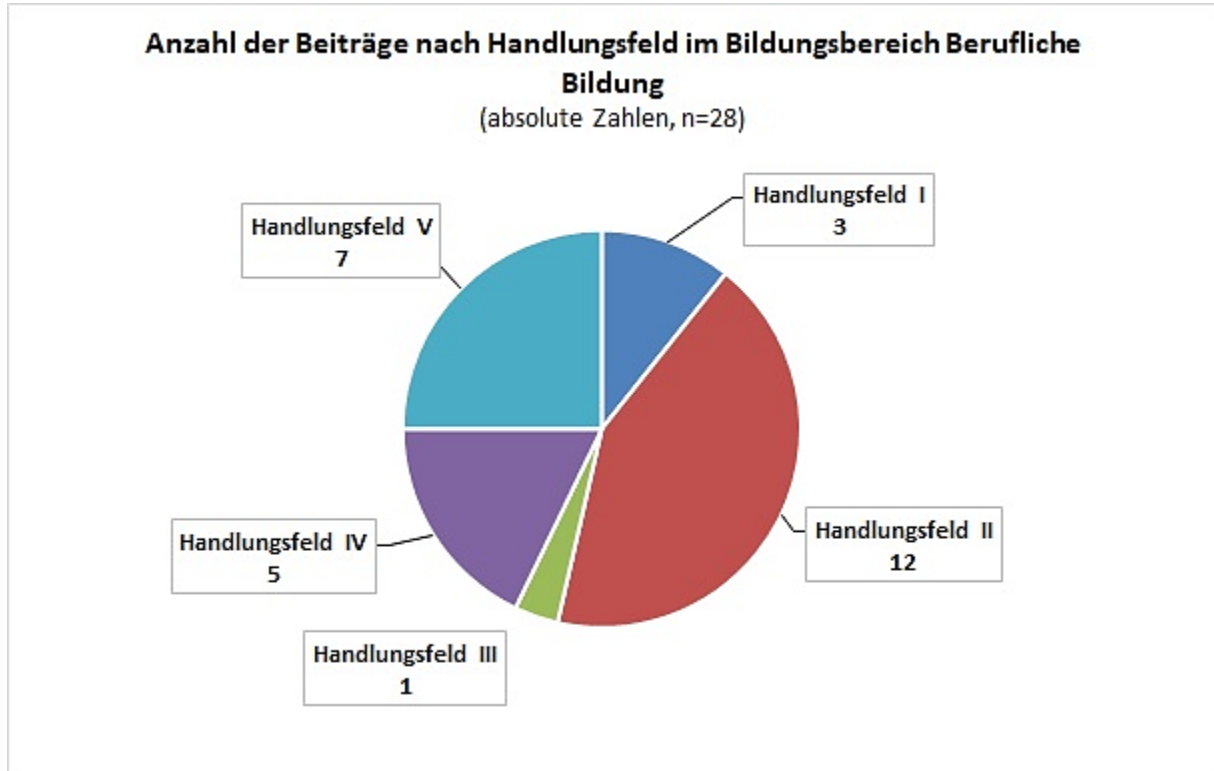


Abbildung 35: absolute Häufigkeit der Zuordnungen der Handlungsfelder im Bildungsbereich Berufliche Bildung (n=28)

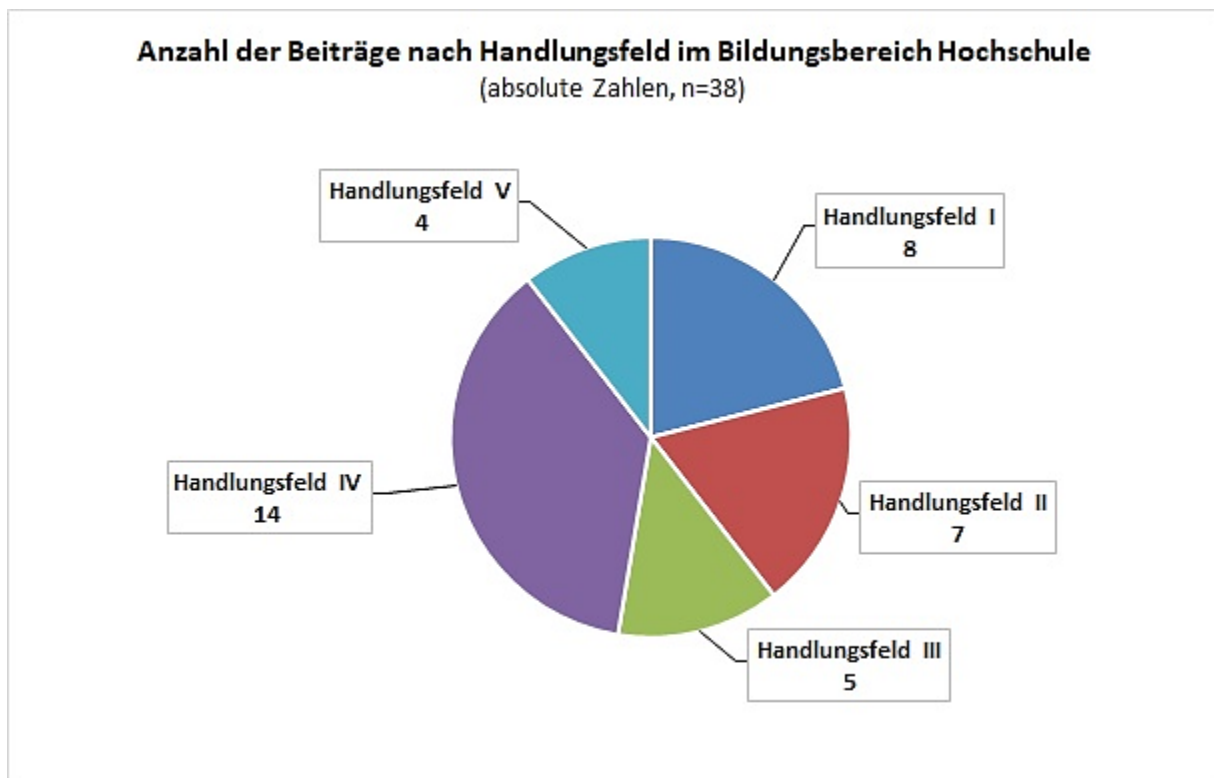


Abbildung 36: absolute Häufigkeit der Zuordnungen der Handlungsfelder im Bildungsbereich Hochschule (n=38)

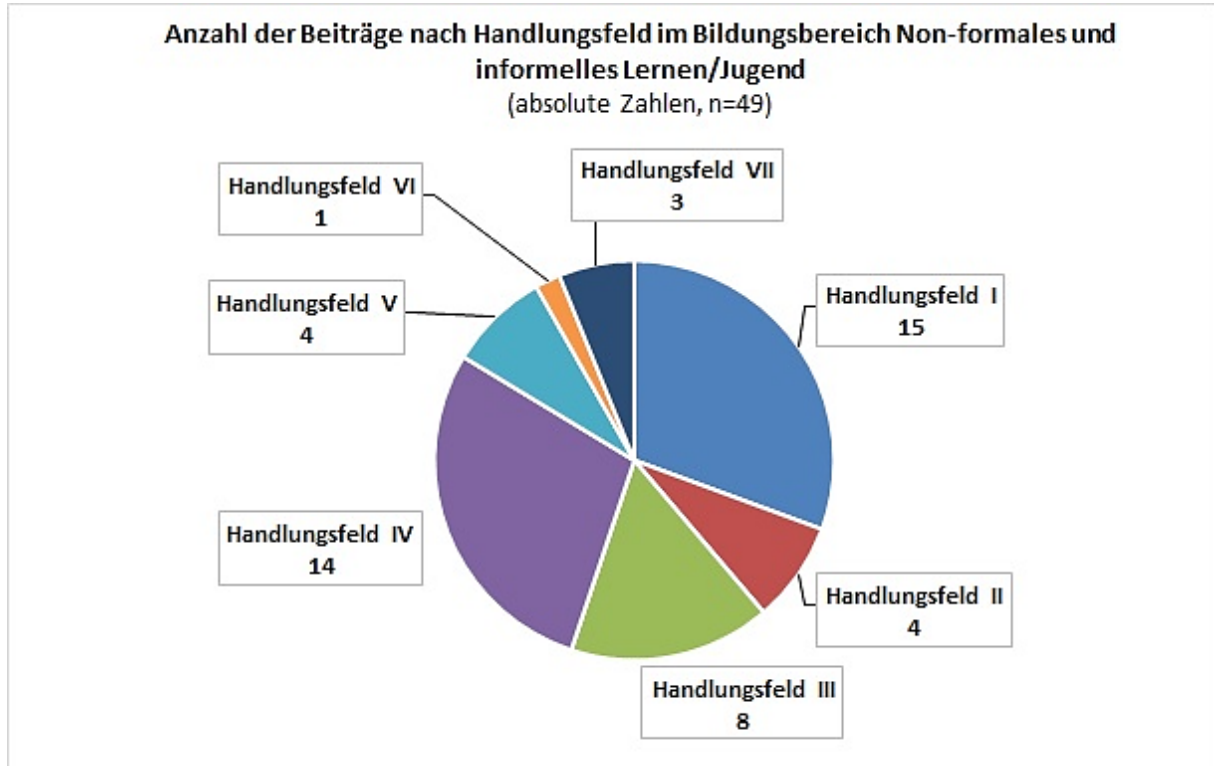


Abbildung 37: absolute Häufigkeit der Zuordnungen der Handlungsfelder im Bildungsbereich Non-formales und informelles Lernen/Jugend (n=49)

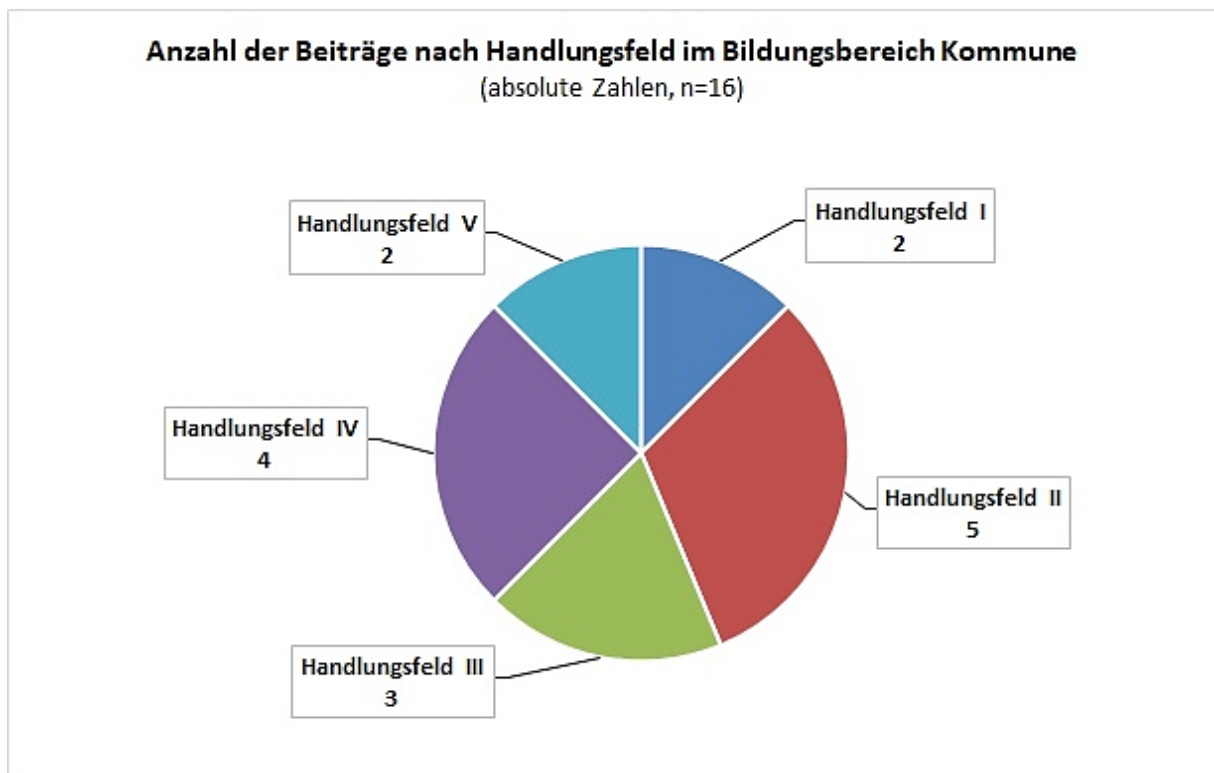


Abbildung 38: absolute Häufigkeit der Zuordnungen der Handlungsfelder im Bildungsbereich Kommune (n=16)

SDG-Zuordnungen je Bildungsbereich

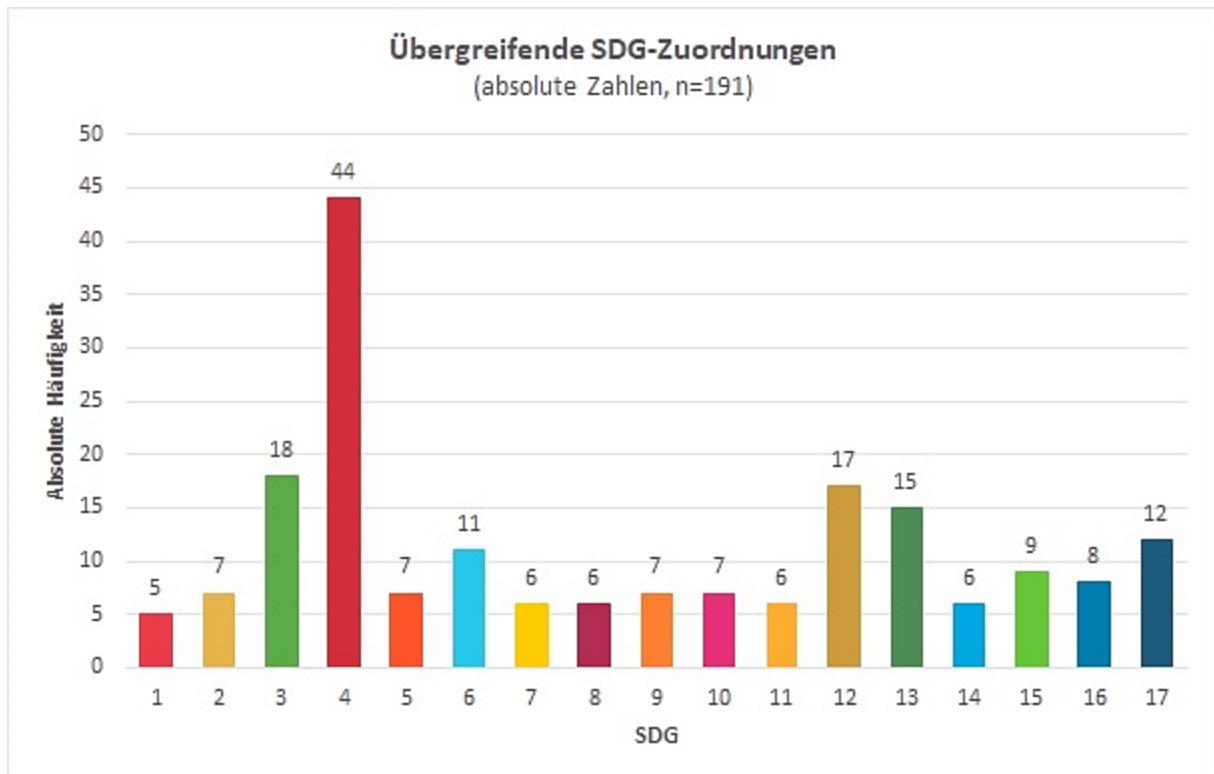


Abbildung 39: absolute Häufigkeit der SDG-Zuordnungen der übergreifenden Beiträge (n=191)

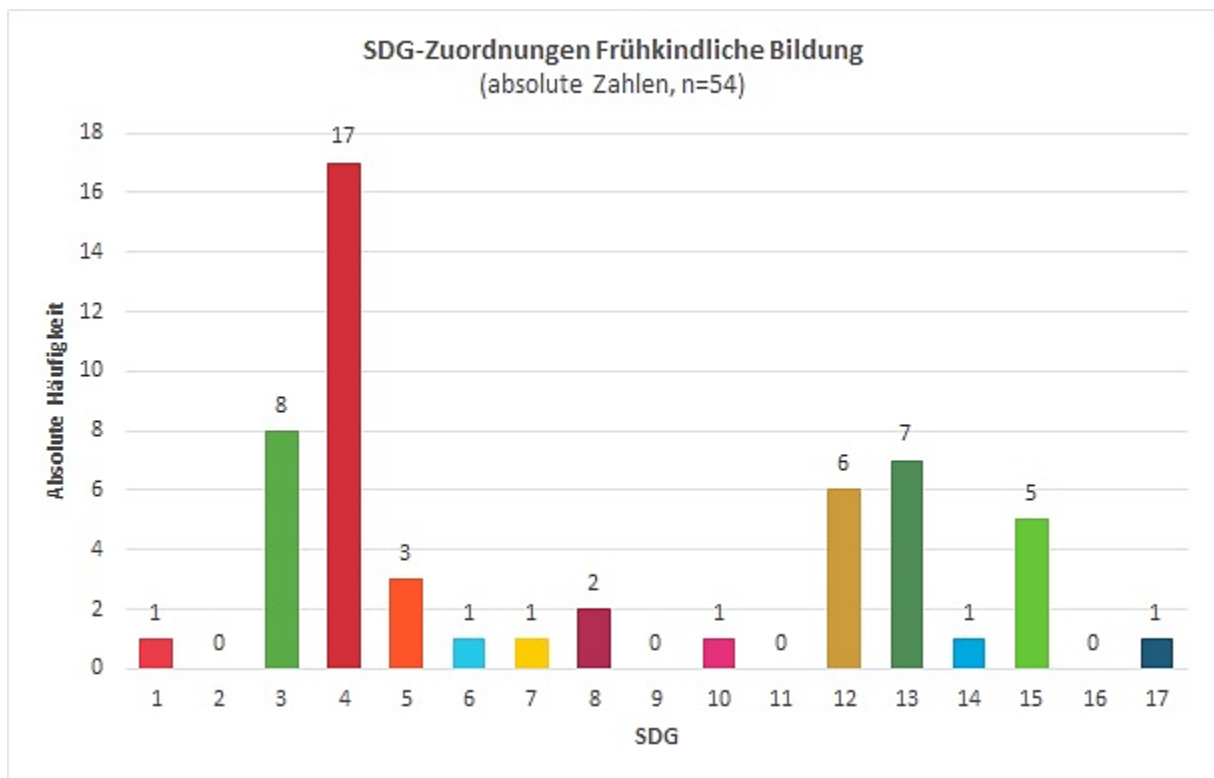


Abbildung 40: absolute Häufigkeit der SDG-Zuordnungen im Bildungsbereich frühkindliche Bildung (n=54)

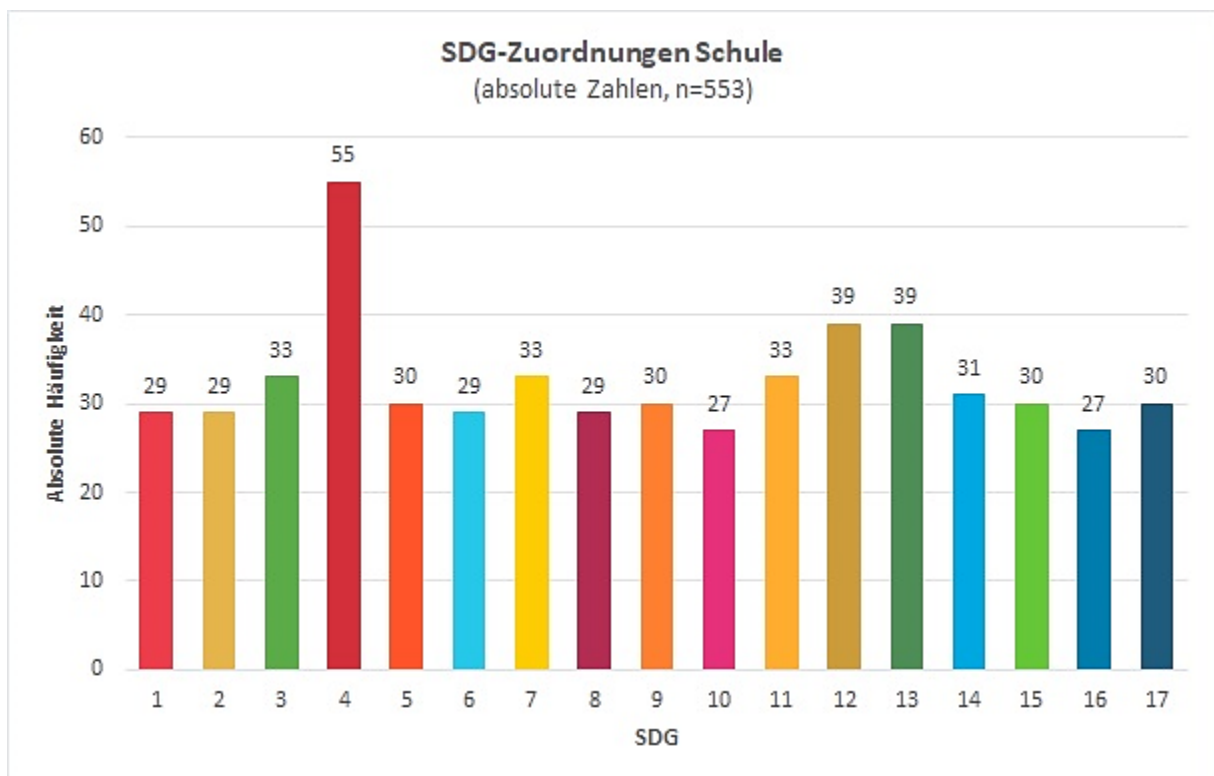


Abbildung 41: absolute Häufigkeit der SDG-Zuordnungen im Bildungsbereich Schule (n=553)

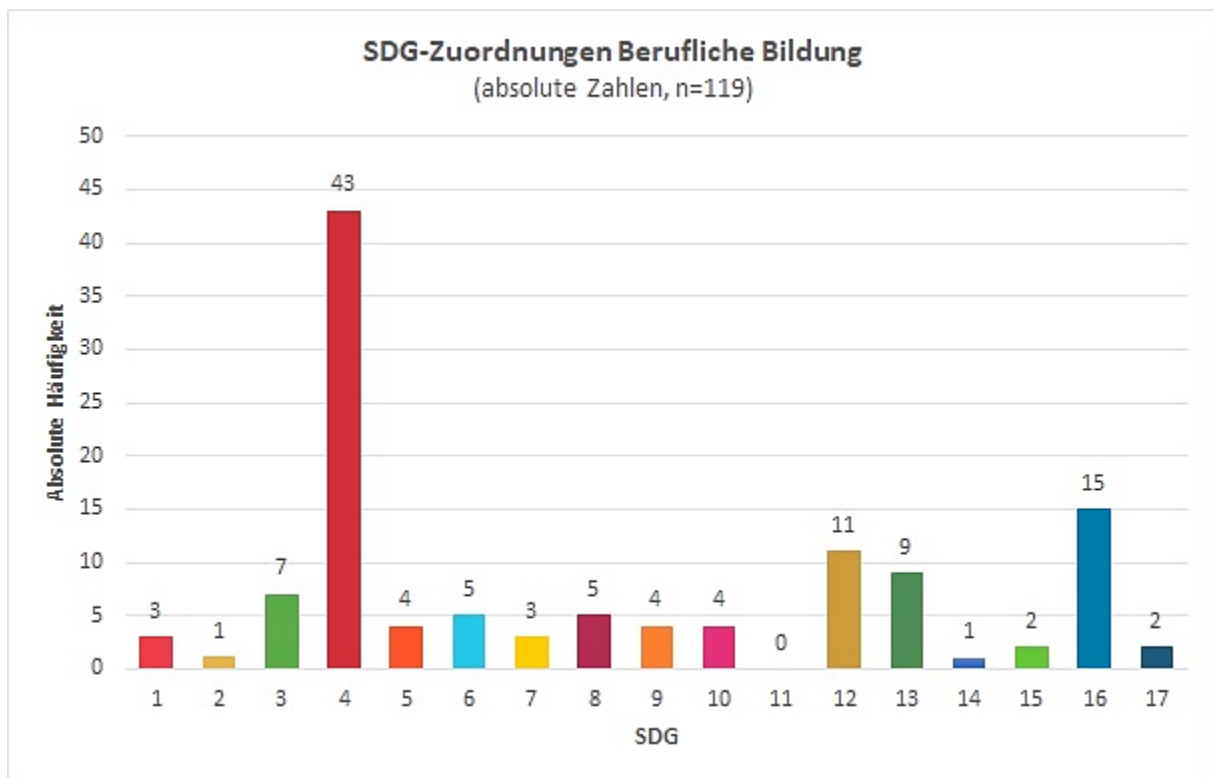


Abbildung 42: absolute Häufigkeit der SDG-Zuordnungen im Bildungsbereich Berufliche Bildung (n=119)

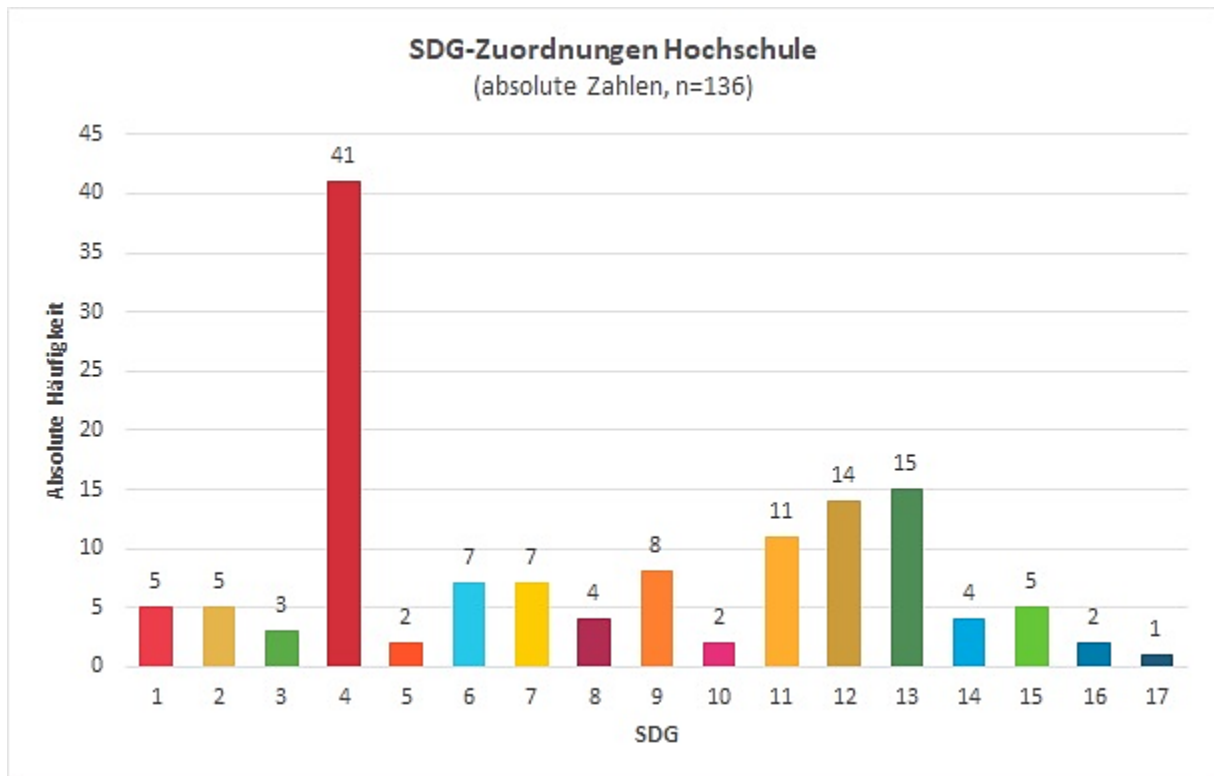


Abbildung 43: absolute Häufigkeit der SDG-Zuordnungen im Bildungsbereich Hochschule (n=136)

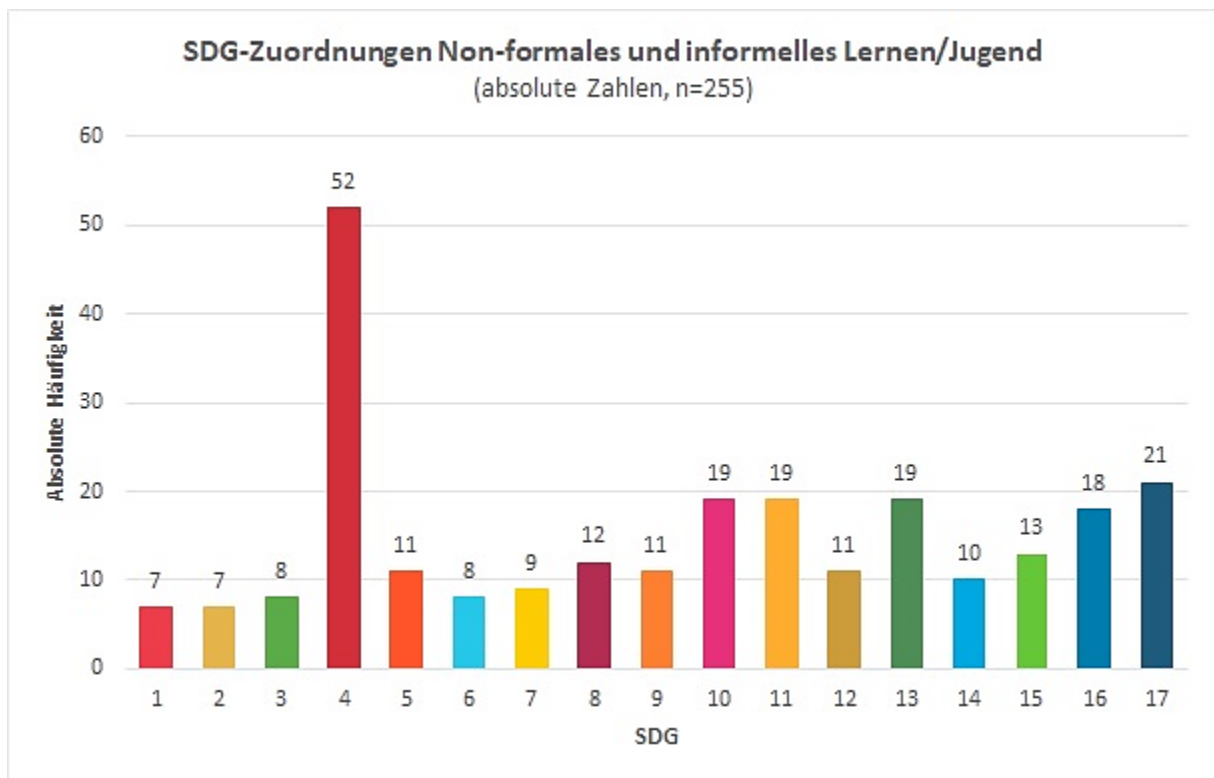


Abbildung 44: absolute Häufigkeit der SDG-Zuordnungen im Bildungsbereich Non-formales und informelles Lernen/Jugend (n=255)

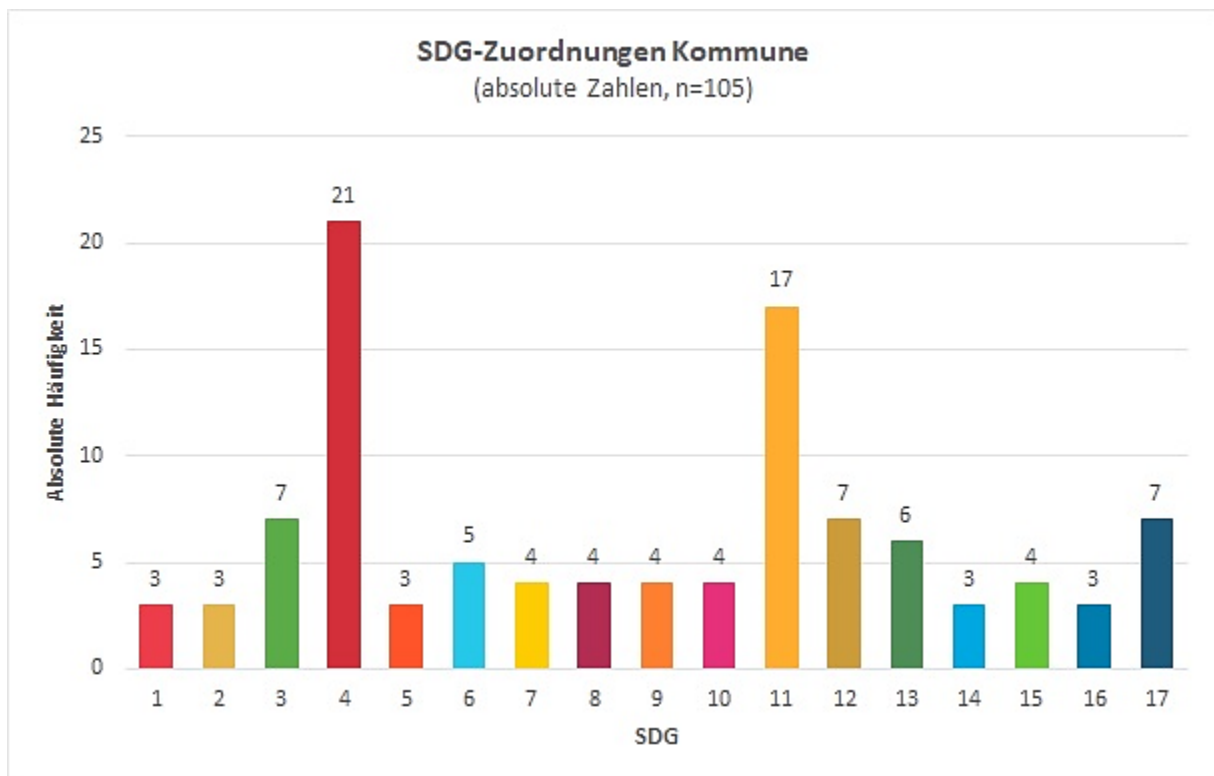


Abbildung 45: absolute Häufigkeit der SDG-Zuordnungen im Bildungsbereich Kommune (n=105)

Index der Autorinnen und Autoren

Auswärtiges Amt (AA)

- 3.1 Übergreifende Themen, S. 19
- 3.3 Schule, 3.3.4 Handlungsfeld III: Lernort/Sozialraum, Kooperation und BNE, S. 79
- 3.3 Schule, 3.3.5 Handlungsfeld IV: Strukturelle Verankerung von BNE in Lehr- und Bildungsplänen, S. 89
- 3.5 Hochschule, 3.5.5 Handlungsfeld III: Eine diversifizierte Hochschullandschaft mit unterschiedlichen BNE-Pfaden sowie BNE-Pioniere und „Second Follower“ fördern, S. 128
- 3.5 Hochschule, 3.5.6 Handlungsfeld IV: Studierende und Absolventinnen und Absolventen als zentrale Gestalterinnen und Gestalter nachhaltiger Entwicklung, S. 131
- 3.6 Non-formales und informelles Lernen/Jugend, 3.6.5 Handlungsfeld III: Stärkung und Anerkennung von Change Agents und Multiplikatorinnen und Multiplikatoren, S. 152
- 3.6 Non-formales und informelles Lernen/Jugend, 3.6.6 Handlungsfeld IV: Ausbau von Bildungslandschaften mit dem Fokus auf BNE, S. 158

Beauftragter der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen

- 3.1 Übergreifende Themen, S. 40

Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM)

- 3.6 Non-formales und informelles Lernen/Jugend, 3.6.6 Handlungsfeld IV: Ausbau von Bildungslandschaften mit dem Fokus auf BNE, S. 160
- 3.6 Non-formales und informelles Lernen/Jugend, 3.6.7 Handlungsfeld V: Bilder und Erzählungen (Narrative) der Transformation entwickeln, S. 166

Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration

- 3.1 Übergreifende Themen, S. 41

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS)

- 3.1 Übergreifende Themen, S. 19
- 3.4 Berufliche Bildung, 3.4.2 Übergreifende Themen, S. 93 und 95
- 3.4 Berufliche Bildung, 3.4.3 Handlungsfeld I: Bestandsaufnahme auf allen Ebenen, S. 102

Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF)

- Vorbemerkung, S. 2
- 2 Einordnung Nationale Ebene: Strukturen schaffen für Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE), 2.1 Der nationale Prozess zu Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE), S. 6
- 3.1 Übergreifende Themen, S. 20

- 3.2 Frühkindliche Bildung, 3.2.5 Handlungsfeld III: BNE in die Aus- und Weiterbildung von pädagogischen Fachkräften integrieren, S. 50
- 3.2 Frühkindliche Bildung, 3.2.6 Handlungsfeld IV: BNE als Basis professionellen Handelns unterstützen, S. 54
- 3.3 Schule, 3.3.2 Handlungsfeld I: BNE als Aufgabe des Bildungswesens, S. 62
- 3.3 Schule, 3.3.3 Handlungsfeld II: Lehr- und (pädagogische) Fachkräfteausbildung für eine nachhaltige Entwicklung, S. 74
- 3.4 Berufliche Bildung, 3.4.2 Übergreifende Themen, S. 93 und 97
- 3.4 Berufliche Bildung, 3.4.6 Handlungsfeld IV: Kompetenzanforderungen zur Nachhaltigkeit, S. 110
- 3.4 Berufliche Bildung, 3.4.7 Handlungsfeld V: Curriculare und didaktische Umsetzung von beruflicher BNE, S. 112
- 3.5 Hochschule, 3.5.2 Übergreifende Themen, S. 117
- 3.5 Hochschule, 3.5.3 Handlungsfeld I: Finanzierungs- und Anreizsysteme der Hochschulen auf inhaltliche und strukturelle Nachhaltigkeit und BNE ausrichten, S. 120
- 3.5 Hochschule, 3.5.4 Handlungsfeld II: Forschung und BNE systematisch anhand von Qualitätskriterien verknüpfen, S. 124
- 3.5 Hochschule, 3.5.5 Handlungsfeld III: Eine diversifizierte Hochschullandschaft mit unterschiedlichen BNE-Pfaden sowie BNE-Pioniere und „Second Follower“ fördern, S. 128
- 3.5 Hochschule, 3.5.6 Handlungsfeld IV: Studierende und Absolventinnen und Absolventen als zentrale Gestalterinnen und Gestalter nachhaltiger Entwicklung, S. 132
- 3.5 Hochschule, 3.5.7 Handlungsfeld V: Transformative Narrative für BNE entwickeln, S. 136
- 3.6 Non-formales und informelles Lernen/Jugend, 3.6.2 Übergreifende Themen, S. 139
- 3.6 Non-formales und informelles Lernen/Jugend, 3.6.3 Handlungsfeld I: Wirksame Beteiligung von jungen Menschen, S. 141
- 3.6 Non-formales und informelles Lernen/Jugend, 3.6.6 Handlungsfeld IV: Ausbau von Bildungslandschaften mit dem Fokus auf BNE, S. 159
- 3.7 Kommunen, 3.7.2 Übergreifende Themen, S. 169
- 3.7 Kommunen, 3.7.4 Handlungsfeld II: Kompetenzentwicklung BNE in Politik, Zivilgesellschaft und Verwaltung, S. 173
- 3.7 Kommunen, 3.7.6 Handlungsfeld IV: Vernetzung und Partizipation, S. 178
- 4 Ausblick, S. 183

Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL)

- 3.1 Übergreifende Themen, S. 26
- 3.2 Frühkindliche Bildung, 3.2.4 Handlungsfeld II: BNE im Sinne eines institutionellen Auftrags von Trägern etablieren, S. 49
- 3.3 Schule, 3.3.2 Handlungsfeld I: BNE als Aufgabe des Bildungswesens, S. 64
- 3.3 Schule, 3.3.3 Handlungsfeld II: Lehr- und (pädagogische) Fachkräfteausbildung für eine nachhaltige Entwicklung, S. 75
- 3.3 Schule, 3.3.6 Handlungsfeld V: Partizipation und BNE, S. 92
- 3.4 Berufliche Bildung, 3.4.2 Übergreifende Themen, S. 97
- 3.4 Berufliche Bildung, 3.4.4 Handlungsfeld II: Potenziale der beruflichen BNE, S. 104
- 3.5 Hochschule, 3.5.6 Handlungsfeld IV: Studierende und Absolventinnen und Absolventen als zentrale Gestalterinnen und Gestalter nachhaltiger Entwicklung, S. 135
- 3.6 Non-formales und informelles Lernen/Jugend, 3.6.2 Übergreifende Themen, S. 140
- 3.6 Non-formales und informelles Lernen/Jugend, 3.6.5 Handlungsfeld III: Stärkung und Anerkennung von Change Agents und Multiplikatorinnen und Multiplikatoren, S. 153
- 3.7 Kommunen, 3.7.4 Handlungsfeld II: Kompetenzentwicklung BNE in Politik, Zivilgesellschaft und Verwaltung, S. 173

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)

- 3.1 Übergreifende Themen, S. 34
- 3.2 Frühkindliche Bildung, 3.2.2 Übergreifende Themen, S. 45
- 3.2 Frühkindliche Bildung, 3.2.7 Handlungsfeld V: Vernetzungsstrukturen zu informellen und formellen Bildungsorten aufbauen, S. 56
- 3.3 Schule, 3.3.4 Handlungsfeld III: Lernort/Sozialraum, Kooperation und BNE, S. 81
- 3.4 Berufliche Bildung, 3.4.2 Übergreifende Themen, S. 101
- 3.6 Non-formales und informelles Lernen/Jugend, 3.6.2 Übergreifende Themen, S. 140
- 3.6 Non-formales und informelles Lernen/Jugend, 3.6.3 Handlungsfeld I: Wirksame Beteiligung von jungen Menschen, S. 144
- 3.6 Non-formales und informelles Lernen/Jugend, 3.6.4 Handlungsfeld II: Diversität und Inklusion, S. 150
- 3.6 Non-formales und informelles Lernen/Jugend, 3.6.5 Handlungsfeld III: Stärkung und Anerkennung von Change Agents und Multiplikatorinnen und Multiplikatoren, S. 153
- 3.7 Kommunen, 3.7.5 Handlungsfeld III: BNE-Anreize und Verstetigung für alle Kommunen, S. 175

Bundesministerium für Gesundheit (BMG)

- 3.1 Übergreifende Themen, S. 26 und 35
- 3.2 Frühkindliche Bildung, 3.2.5 Handlungsfeld III: BNE in die Aus- und Weiterbildung von pädagogischen Fachkräften integrieren, S. 51
- 3.3 Schule, 3.3.4 Handlungsfeld III: Lernort/Sozialraum, Kooperation und BNE, S. 82
- 3.7 Kommunen, 3.7.4 Handlungsfeld II: Kompetenzentwicklung BNE in Politik, Zivilgesellschaft und Verwaltung, S. 174
- 3.7 Kommunen, 3.7.5 Handlungsfeld III: BNE-Anreize und Verstetigung für alle Kommunen, S. 177

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV)

- 3.1 Übergreifende Themen, S. 37
- 3.3 Schule, 3.3.4 Handlungsfeld III: Lernort/Sozialraum, Kooperation und BNE, S. 82
- 3.4 Berufliche Bildung, 3.4.3 Handlungsfeld I: Bestandsaufnahme auf allen Ebenen, S. 103
- 3.4 Berufliche Bildung, 3.4.4 Handlungsfeld II: Potenziale der beruflichen BNE, S. 105
- 3.4 Berufliche Bildung, 3.4.6 Handlungsfeld IV: Kompetenzanforderungen zur Nachhaltigkeit, S. 110
- 3.5 Hochschule, 3.5.6 Handlungsfeld IV: Studierende und Absolventinnen und Absolventen als zentrale Gestalterinnen und Gestalter nachhaltiger Entwicklung, S. 135
- 3.6 Non-formales und informelles Lernen/Jugend, 3.6.4 Handlungsfeld II: Diversität und Inklusion, S. 151

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU)

- 3.1 Übergreifende Themen, S. 37
- 3.3 Schule, 3.3.2 Handlungsfeld I: BNE als Aufgabe des Bildungswesens, S. 65
- 3.2 Frühkindliche Bildung, 3.2.5 Handlungsfeld III: BNE in die Aus- und Weiterbildung von pädagogischen Fachkräften integrieren, S. 89
- 3.4 Berufliche Bildung, 3.4.4 Handlungsfeld II: Potenziale der beruflichen BNE, S. 108
- 3.5 Hochschule, 3.5.4 Handlungsfeld II: Forschung und BNE systematisch anhand von Qualitätskriterien verknüpfen, S. 126
- 3.6 Non-formales und informelles Lernen/Jugend, 3.6.3 Handlungsfeld I: Wirksame Beteiligung von jungen Menschen, S. 146
- 3.6 Non-formales und informelles Lernen/Jugend, 3.6.6 Handlungsfeld IV: Ausbau von Bildungslandschaften mit dem Fokus auf BNE, S. 159
- 3.6 Non-formales und informelles Lernen/Jugend, 3.6.7 Handlungsfeld V: Bilder und Erzählungen (Narrative) der Transformation entwickeln, S. 164
- 3.7 Kommunen, 3.7.4 Handlungsfeld II: Kompetenzentwicklung BNE in Politik, Zivilgesellschaft und Verwaltung, S. 174

- 3.7 Kommunen, 3.7.6 Handlungsfeld IV: Vernetzung und Partizipation, S. 179

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi)

- 3.4 Berufliche Bildung, 3.4.5 Handlungsfeld III: Betriebe und berufliche Schulen als nachhaltige Lernorte etablieren, S. 109

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)

- 3.1 Übergreifende Themen, S. 38
- 3.3 Schule, 3.3.2 Handlungsfeld I: BNE als Aufgabe des Bildungswesens, S. 66
- 3.3 Schule, 3.3.3 Handlungsfeld II: Lehr- und (pädagogische) Fachkräfteausbildung für eine nachhaltige Entwicklung, S. 75
- 3.3 Schule, 3.3.4 Handlungsfeld III: Lernort/Sozialraum, Kooperation und BNE, S. 83
- 3.2 Frühkindliche Bildung, 3.2.5 Handlungsfeld III: BNE in die Aus- und Weiterbildung von pädagogischen Fachkräften integrieren, S. 90
- 3.4 Berufliche Bildung, 3.4.7 Handlungsfeld V: Curriculare und didaktische Umsetzung von beruflicher BNE, S. 114
- 3.5 Hochschule, 3.5.6 Handlungsfeld IV: Studierende und Absolventinnen und Absolventen als zentrale Gestalterinnen und Gestalter nachhaltiger Entwicklung, S. 136
- 3.6 Non-formales und informelles Lernen/Jugend, 3.6.3 Handlungsfeld I: Wirksame Beteiligung von jungen Menschen, S. 148
- 3.6 Non-formales und informelles Lernen/Jugend, 3.6.5 Handlungsfeld III: Stärkung und Anerkennung von Change Agents und Multiplikatorinnen und Multiplikatoren, S. 154
- 3.7 Kommunen, 3.7.6 Handlungsfeld IV: Vernetzung und Partizipation, S. 179
- 3.7 Kommunen, 3.7.7 Handlungsfeld V: Kommunalen Nachhaltigkeitskodex entwickeln, S. 180

Deutsche UNESCO-Kommission e.V. (DUK)

- 1 Ausgangslage/Einordnung Internationale Ebene: UNESCO-Weltaktionsprogramm Bildung für nachhaltige Entwicklung (WAP BNE) (2015–2019) und Nachfolgeprogramm „Education for Sustainable Development: Towards achieving the SDGs (ESD for 2030)“, S. 3
- 2 Einordnung Nationale Ebene: Strukturen schaffen für Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE), 2.2 Auszeichnungen zu Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE), S. 12

Institut Futur (Freie Universität Berlin)

- 2 Einordnung Nationale Ebene: Strukturen schaffen für Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE), 2.3 Die wissenschaftliche Beratung und das Monitoring von Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) in Deutschland, S. 13

Jugend- und Familienministerkonferenz der Länder (JFMK)

- 3.2 Frühkindliche Bildung, 3.2.2 Übergreifende Themen, S. 46
- 3.2 Frühkindliche Bildung, 3.2.3 Handlungsfeld I: BNE in den Bildungsplänen verankern, S. 48
- 3.2 Frühkindliche Bildung, 3.2.4 Handlungsfeld II: BNE im Sinne eines institutionellen Auftrags von Trägern etablieren, S. 49
- 3.2 Frühkindliche Bildung, 3.2.5 Handlungsfeld III: BNE in die Aus- und Weiterbildung von pädagogischen Fachkräften integrieren, S. 51
- 3.2 Frühkindliche Bildung, 3.2.6 Handlungsfeld IV: BNE als Basis professionellen Handelns unterstützen, S. 55
- 3.2 Frühkindliche Bildung, 3.2.7 Handlungsfeld V: Vernetzungsstrukturen zu informellen und formellen Bildungsorten aufbauen, S. 57

Kommunale Spitzenverbände (Deutscher Landkreistag, Deutscher Städte- und Gemeindebund, Deutscher Städtetag)

- 3.7 Kommunen, 3.7.2 Übergreifende Themen, S. 170
- 3.7 Kommunen, 3.7.3 Handlungsfeld I: BNE als Standortfaktor, S. 172
- 3.7 Kommunen, 3.7.5 Handlungsfeld III: BNE-Anreize und Verstetigung für alle Kommunen, S. 177

Parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung (PBnE)

- 3.1 Übergreifende Themen, S. 43

Rat für Nachhaltige Entwicklung (RNE)

- 3.1 Übergreifende Themen, S. 44
- 3.5 Hochschule, 3.5.4 Handlungsfeld II: Forschung und BNE systematisch anhand von Qualitätskriterien verknüpfen, S. 127
- 3.5 Hochschule, 3.5.5 Handlungsfeld III: Eine diversifizierte Hochschullandschaft mit unterschiedlichen BNE-Pfaden sowie BNE-Pioniere und „Second Follower“ fördern, S. 130
- 3.6 Non-formales und informelles Lernen/Jugend, 3.6.5 Handlungsfeld III: Stärkung und Anerkennung von Change Agents und Multiplikatorinnen und Multiplikatoren, S. 157

Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland (Kultusministerkonferenz, KMK)

- 3.2 Frühkindliche Bildung, 3.2.2 Übergreifende Themen, S. 47
- 3.3 Schule, 3.3.1 Einleitung, S. 58
- 3.3 Schule, 3.3.2 Handlungsfeld I: BNE als Aufgabe des Bildungswesens, S. 59
- 3.3 Schule, 3.3.3 Handlungsfeld II: Lehr- und (pädagogische) Fachkräfteausbildung für eine nachhaltige Entwicklung, S. 71
- 3.3 Schule, 3.3.4 Handlungsfeld III: Lernort/Sozialraum, Kooperation und BNE, S. 76

- 3.3 Schule, 3.3.5 Handlungsfeld IV: Strukturelle Verankerung von BNE in Lehr- und Bildungsplänen, S. 86
- 3.3 Schule, 3.3.6 Handlungsfeld V: Partizipation und BNE, S. 91
- 3.4 Berufliche Bildung, 3.4.7 Handlungsfeld V: Curriculare und didaktische Umsetzung von beruflicher BNE, S. 115
- 3.5 Hochschule, 3.5.2 Übergreifende Themen, S. 120
- 3.5 Hochschule, 3.5.3 Handlungsfeld I: Finanzierungs- und Anreizsysteme der Hochschulen auf inhaltliche und strukturelle Nachhaltigkeit und BNE ausrichten, S. 121
- 3.5 Hochschule, 3.5.4 Handlungsfeld II: Forschung und BNE systematisch anhand von Qualitätskriterien verknüpfen, S. 127
- 3.5 Hochschule, 3.5.5 Handlungsfeld III: Eine diversifizierte Hochschullandschaft mit unterschiedlichen BNE-Pfaden sowie BNE-Pioniere und „Second Follower“ fördern, S. 129

Umweltministerkonferenz (UMK)

- 3.1 Übergreifende Themen, S. 42
- 3.2 Frühkindliche Bildung, 3.2.5 Handlungsfeld III: BNE in die Aus- und Weiterbildung von pädagogischen Fachkräften integrieren, S. 53
- 3.3 Schule, 3.3.4 Handlungsfeld III: Lernort/Sozialraum, Kooperation und BNE, S. 79
- 3.6 Non-formales und informelles Lernen/Jugend, 3.6.3 Handlungsfeld I: Wirksame Beteiligung von jungen Menschen, S. 149
- 3.6 Non-formales und informelles Lernen/Jugend, 3.6.4 Handlungsfeld II: Diversität und Inklusion, S. 151
- 3.6 Non-formales und informelles Lernen/Jugend, 3.6.5 Handlungsfeld III: Stärkung und Anerkennung von Change Agents und Multiplikatorinnen und Multiplikatoren, S. 155
- 3.6 Non-formales und informelles Lernen/Jugend, 3.6.6 Handlungsfeld IV: Ausbau von Bildungslandschaften mit dem Fokus auf BNE, S. 162
- 3.6 Non-formales und informelles Lernen/Jugend, 3.6.7 Handlungsfeld V: Bilder und Erzählungen (Narrative) der Transformation entwickeln, S. 166
- 3.6 Non-formales und informelles Lernen/Jugend, 3.6.8 Handlungsfeld VI: Freiräume schaffen, S. 167
- 3.6 Non-formales und informelles Lernen/Jugend, 3.6.9 Handlungsfeld VII: Tragfähige Finanzierungsmodelle und -instrumente entwickeln, S. 167
- 3.7 Kommunen, 3.7.2 Übergreifende Themen, S. 170
- 3.7 Kommunen, 3.7.3 Handlungsfeld I: BNE als Standortfaktor, S. 172
- 3.7 Kommunen, 3.7.4 Handlungsfeld II: Kompetenzentwicklung BNE in Politik, Zivilgesellschaft und Verwaltung, S. 175
- 3.7 Kommunen, 3.7.7 Handlungsfeld V: Kommunalen Nachhaltigkeitskodex entwickeln, S. 182

Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU)

- 3.3 Schule, 3.3.2 Handlungsfeld I: BNE als Aufgabe des Bildungswesens, S. 71
- 3.5 Hochschule, 3.5.7 Handlungsfeld V: Transformative Narrative für BNE entwickeln, S. 138

Literaturverzeichnis

Brock, A. & Grund, J. (2020). Non-formale Bildung für nachhaltige Entwicklung: Divers, volatil und dabei feste Säulen der Nachhaltigkeitstransformation. Berlin.

Brock, A., & Grund, J. (2018). Executive Summary – Bildung für nachhaltige Entwicklung in Lehr-Lernsettings – Quantitative Studie des nationalen Monitorings – Befragung von LehrerInnen. Berlin.

Deutsche UNESCO-Kommission e.V. (DUK) und Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) (2020): Starke Strukturen. Ausgezeichnete BNE vor Ort. Zu Besuch bei ausgezeichneten Lernorten, Netzwerken und Kommunen des UNESCO-Weltaktionsprogramms Bildung für nachhaltige Entwicklung, [Publikation "Starke Strukturen. Ausgezeichnete BNE vor Ort" \(PDF\)](#).

Grund, J., & Brock, A. (2018). Executive Summary – Bildung für nachhaltige Entwicklung in Lehr-Lernsettings – Quantitative Studie des nationalen Monitorings – Befragung junger Menschen. Berlin.

Holst, J., & Brock, A. (2020). Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) in der Schule: Strukturelle Verankerung in Schulgesetzen, Lehrplänen und der Lehrerbildung. Berlin.

Holst, J., & Singer-Brodowski, M. (2020a). Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) in der Frühkindlichen Bildung: Strukturelle Verankerung in Bildungsplänen, Rahmendokumenten und der Ausbildung von pädagogischen Fachkräften. Berlin.

Holst, J., & Singer-Brodowski, M. (2020b). Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) in der Beruflichen Bildung: Strukturelle Verankerung zwischen Ordnungsmitteln und Nachhaltigkeitsprogrammatik. Berlin.

Holst, J., & von Seggern, J. (2020). Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) an Hochschulen: Strukturelle Verankerung in Gesetzen, Zielvereinbarungen und Dokumenten der Selbstverwaltung. Berlin.

Singer-Brodowski, M. (2019). Governance des UNESCO-Weltaktionsprogramm Bildung für nachhaltige Entwicklung in Deutschland. In: Mandy Singer-Brodowski, Nadine Etzkorn und Theresa Grapentin-Rimek (Hg.): Pfade der Transformation. Die Verbreitung von Bildung für nachhaltige Entwicklung im deutschen Bildungssystem (Schriftenreihe „Ökologie und Erziehungswissenschaft“ der Kommission Bildung für nachhaltige Entwicklung der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft (DGfE), S. 375-426-347.

Singer-Brodowski, M.; von Seggern, J. Etkorn, N; Duveneck, A. (2020). [Moving \(Reflexively within\) Structures. The Governance of Education for Sustainable Development in Germany](#). Sustainability. 12. 10.3390/su12072778.

Singer-Brodowski, M.; Etkorn, N.; von Seggern, J. (2019). [One Transformation Path Does Not Fit All-Insights into the Diffusion Processes of Education for Sustainable Development in Different Educational Areas in Germany](#). Sustainability 11 (1), 269.

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Gemeinschaft, Vielfalt und Aktion: Das youpaN (BNE-Jugendforum) zeigt, wie Beteiligung und BNE gelingen, Copyright: youpaN 2021 – Stiftung Bildung.....	7
Abbildung 2: Grafik Gremienstruktur im Rahmen des UNESCO-Weltaktionsprogramms Bildung für nachhaltige Entwicklung (WAP BNE) (bis 2020).....	9
Abbildung 3: Grafik Gremienstruktur im Rahmen des ESD for 2030 (ab Ende 2020)	9
Abbildung 4: Upcycling: Beim Zukunftsfest des BNE-Jugendkongresses (youcoN) wurden neu gewonnene Lieblingsstücke der Kleidertauschparty in der Siebdruckwerkstatt mit Statements versehen, Copyright: Christopher Zentgraf, youpaN 2021 – Stiftung Bildung	11
Abbildung 5: Auszeichnungen nach Bildungsbereichen (2017-2019) / Quelle: Deutsche UNESCO Kommission e.V. (DUK).....	13
Abbildung 6: Wissenschaftliche Beratung der BNE-Gremien & Knowledge Mobilization / Quelle: Institut Futur, FU Berlin	14
Abbildung 7: absolute Häufigkeit der Zuordnungen der einzelnen Beiträge nach Bildungsbereichen (n=274) (alle Bildungsbereiche inkl. Übergreifend).....	17
Abbildung 8: 17 UN-Nachhaltigkeitsziele (Sustainable Development Goals, SDGs)	18
Abbildung 9: absolute Häufigkeit der SDG-Zuordnungen in den einzelnen Beiträgen (n=1.413) (alle Bildungsbereiche inkl. Übergreifend).....	18
Abbildung 10: Rotfuchs (<i>Vulpes vulpes</i>) im urbanen Lebensraum / Quelle: Jon A. Juárez.....	24
Abbildung 11: Schülerinnen und Schüler freuen sich mit ihrer Lehrerin über die Auszeichnung ihrer Schule im Rahmen des NRW-Landesprogramms „Schule der Zukunft“ / Copyright Wattendorf 2020	61
Abbildung 12: Forschungsbörse / Copyright: BMBF/Forschungsbörse.....	63
Abbildung 13: Finale des Song Contests 2018/ Copyright: Engagement Global, Fotografin Lena Siebrasse	68
Abbildung 14: KMK/BMZ Fachtagung zum Orientierungsrahmen Globale Entwicklung, Foto: Engagement Global	69
Abbildung 15: Schulbücher für nachhaltige Entwicklung / Foto: Engagement Global	70
Abbildung 16: „Klima@Helgo - du kannst es ändern!“ an der Oberschule Helgolander Straße: Schüler:innen drehen einen Stop-Motionfilm zum Thema Car-Sharing / Copyright: LIS = Landesinstitut für Schule, Bremen.....	73
Abbildung 17: Baumpflanzaktion an der Gretel-Bergmann-Schule in Hamburg im Rahmen von CREATIV für Klimagerechtigkeit / Copyright: Jan Laackmann.....	77
Abbildung 18: Frau Ministerin für Bildung und Kultur des Saarlands, Christine Streichert-Clivot, und Herr Minister für Umwelt und Verbraucherschutz Reinhold Jost präsentieren die nachhaltig gefertigte Tafel „Schule der Nachhaltigkeit“ / Copyright „Promotion Pictures	78
Abbildung 19: Orientierung ist gefragt. BNE in einer digitalen Welt / Foto: Engagement Global	83

Abbildung 20: Erklärvideo „Klimawandel“ (Mittelstufe), Foto: Engagement Global	85
Abbildung 21: Schülerinnen und Schüler der Evangelischen Schule Neuruppin setzen beim March for Science 2018 mit physikalischen und chemischen Experimenten ein starkes Zeichen für die Wissenschaft / Copyright: Michael Woizick.....	88
Abbildung 22: Klimazukunftskonferenz Berlin, vorbereitet und gestaltet mit Schülerinnen und Schülern / Copyright: Johannes Eichstädt, Creative Common Lizenz „CC BY-NC-ND“	92
Abbildung 23: Junge Wissenschaftlerin auf dem Weg zur Professur / Copyright istock by GettyImages	118
Abbildung 24: Hochschulwettbewerb im Wissenschaftsjahr / Copyright: WiD / Franziska Schultheiss.....	119
Abbildung 25: Unsere gemeinsame digitale Zukunft.....	138
Abbildung 26: Themen der youcoN (BNE-Jugendkonferenz) aus der Sicht der Teilnehmenden. Die youboX (Jugendbeteiligungsbüro) bei der Stiftung Bildung begleitet die Jugendlichen im nationalen BNE-Prozess, Copyright: youpaN 2021 - Stiftung Bildung	141
Abbildung 27: Plastic Pirates Go Europe!	143
Abbildung 28: Bildungswettbewerb für Nachhaltigkeit	157
Abbildung 29: Ein Haus für die Bienen / Copyright: UBA, Marian Engel.....	165
Abbildung 30: Kinderfreundliche Kommunen	176
Abbildung 31: Deutschlandkarte mit Nennung der 10 deutschen Länder in denen GNK durchgeführt sind / Copyright: © SKEW/Engagement Global	180
Abbildung 32: Mitglieder Steuerungsgruppe für die Erstellung einer kommunalen Nachhaltigkeitsstrategie der Stadt Bedburg diskutieren über die Frage, wie eine global gerechte Entwicklung im Themenfeld „Gesellschaftliche Teilhabe“ und Gender aussieht / Copyright: LAG.....	181
Abbildung 33: absolute Häufigkeit der Zuordnungen der Handlungsfelder im Bildungsbereich Frühkindliche Bildung (n=13).....	184
Abbildung 34: absolute Häufigkeit der Zuordnungen der Handlungsfelder im Bildungsbereich Schule (n=55).....	185
Abbildung 35: absolute Häufigkeit der Zuordnungen der Handlungsfelder im Bildungsbereich Berufliche Bildung (n=28).....	185
Abbildung 36: absolute Häufigkeit der Zuordnungen der Handlungsfelder im Bildungsbereich Hochschule (n=38)	186
Abbildung 37: absolute Häufigkeit der Zuordnungen der Handlungsfelder im Bildungsbereich Non-formales und informelles Lernen/Jugend (n=49).....	186
Abbildung 38: absolute Häufigkeit der Zuordnungen der Handlungsfelder im Bildungsbereich Kommune (n=16).....	187
Abbildung 39: absolute Häufigkeit der SDG-Zuordnungen der übergreifenden Beiträge (n=191)	187
Abbildung 40: absolute Häufigkeit der SDG-Zuordnungen im Bildungsbereich frühkindliche Bildung (n=54).....	188
Abbildung 41: absolute Häufigkeit der SDG-Zuordnungen im Bildungsbereich Schule (n=553)	188

Abbildung 42: absolute Häufigkeit der SDG-Zuordnungen im Bildungsbereich Berufliche Bildung (n=119).....	189
Abbildung 43: absolute Häufigkeit der SDG-Zuordnungen im Bildungsbereich Hochschule (n=136).....	189
Abbildung 44: absolute Häufigkeit der SDG-Zuordnungen im Bildungsbereich Non-formales und informelles Lernen/Jugend (n=255).....	190
Abbildung 45: absolute Häufigkeit der SDG-Zuordnungen im Bildungsbereich Kommune (n=105).....	190

Abkürzungsverzeichnis

AA	Auswärtiges Amt
AGP	Aktionsgruppenprogramm
ASA	Arbeits- und Studien-Aufenthalte
AWO	Arbeiterwohlfahrt
BA	Bundesagentur für Arbeit
BAköV	Bundesakademie für öffentliche Verwaltung
BBNE	Berufsbildung für nachhaltige Entwicklung
BBNE-Transfer	Berufsbildung für Nachhaltige Entwicklung im Transfer für Ausbildungspersonal
BEP	Bildungs- und Erziehungsplan
BFD	Bundesfreiwilligendienst
BFDG	Bundesfreiwilligendienstgesetz
BiB	Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung
BIBB	Bundesinstitut für Berufsbildung
BIBS	Bridging in Biodiversity Science
BIDS	Betreuungsinitiative Deutsche Auslands- und Partnerschulen
BiNaKom	BNE-Kompetenzzentrum für Prozessbegleitung und Prozessevaluation
biz	Bremer Informationszentrum für Menschenrechte und Entwicklung
BKM	Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien
BMAS	Bundesministerium für Arbeit und Soziales
BMBF	Bundesministerium für Bildung und Forschung
BMG	Bundesministerium für Gesundheit
BMEL	Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft
BMFSFJ	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
BMI	Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat
BMJV	Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz
BMU	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit
BMWi	Bundesministerium für Wirtschaft und Energie
BMZ	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
BNE	Bildung für nachhaltige Entwicklung
BNK	Berichtsrahmen Nachhaltige Kommune
BNUR	Bildungszentrum für Natur, Umwelt und ländliche Räume des Landes Schleswig-Holstein
BÖLN	Bundesprogramm Ökologischer Landbau und andere Formen nachhaltiger Landwirtschaft

BQFG	Gesetz über die Feststellung der Gleichwertigkeit von Berufsqualifikation (Berufsqualifikationsfeststellungsgesetz)
BtE	Programm „Bildung trifft Entwicklung“
BUND Jugend	Bund für Umwelt und Naturschutz Jugend
BUSS	Beratungs- und Unterstützungssystem
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BZfE	Bundeszentrum für Ernährung
BZgA	Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung
CBD	Convention on Biological Diversity (Übereinkommen für die biologische Vielfalt)
CEN	Centrum für Erdsystemwissenschaften und Nachhaltigkeit
CLICCS	Climate, Climate Change and Society
COP	Conference of the Parties (Weltklimakonferenz)
CS	Citizen Science (Bürgerwissenschaft)
C(S)R	Corporate (Social) Responsibility
DAAD	Deutscher Akademischer Austauschdienst
DAFI	Deutsche Akademische Flüchtlingsinitiative
DBU	Deutschen Bundesstiftung Umwelt
DEULA	Deutsche Lehranstalt für Agrartechnik
DGE	Deutsche Gesellschaft für Ernährung
DiKuBiMeta	Forschung zur Digitalisierung in der kulturellen Bildung
DIW	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung
DRK	Deutsches Rotes Kreuz
DSD	Deutsches Sprachdiplom
DUK	Deutsche UNESCO-Kommission e.V.
dsj	Deutsche Sportjugend
DST	Deutscher Städtetag
EBD	Programm „Entwicklungsbezogene Bildung in Deutschland“
EBV	Eigenbetriebsverordnung
ECOSOC	Economic and Social Council
ECSA	European Citizen Science Association
EFSES	European Forum on Science & Education for Sustainability
EG	Europäische Gemeinschaft
EIT	Europäisches Institut für Innovation und Technologie
EJTN	Europäische Fortbildungsnetzwerk
ELAN	Entwicklungspolitisches Landesnetzwerk Rheinland-Pfalz e.V.
EMAS	Eco-Management and Audit Scheme

EMRK	Europäische Menschenrechtskonvention
ENSA	Entwicklungspolitisches Schulaustauschprogramm
EPS	Eiweißpflanzenstrategie
ESD	Education for sustainable development
ESF	Europäischer Sozialfonds
EU	Europäische Union
EWG Bln	Berliner Energiewendegesetz
EWIK	Die Eine Welt Internet Konferenz
EZ	Entwicklungszusammenarbeit
FEB	Förderprogramm Entwicklungspolitische Bildung
FiBL	Forschungsinstitut für biologischen Landbau
FONA	Forschung für Nachhaltige Entwicklung
FÖJ	Freiwilliges Ökologische Jahr
FU Berlin	Freie Universität Berlin
FuE	Forschung und Entwicklung
GEko	Globale Entwicklung konkret
GER	Gemeinsamer europäischer Referenzrahmen für Sprachen
GEWISS	Dialogprozess
GITC	German Iranian Training Center (Deutsch-Iranische Trainingszentrum)
GNK	Projekt „Global Nachhaltige Kommune“
GPP	Grundsatzpapier Partizipation
GRoW	Globale Ressource Wasser
HdkF	Haus der kleinen Forscher
HF	Handlungsfelder
HKM	Hessisches Kultusministerium
HLPF	Hochrangiges Politisches Forum für Nachhaltige Entwicklung
HMSI	Hessisches Ministerium für Soziales und Integration
HMUKLV	Hessisches Ministerium für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
HOCH-N	Nachhaltigkeit an Hochschulen
HS-DNK	Hochschulspezifischer Nachhaltigkeitskodex
HWK	Handwerkskammer
HWRP	Hydrology and Water Resources Programme
IAIS	Fraunhofer-Institut für Intelligente Analyse- und Informationssysteme
IFP	Staatsinstitut für Frühpädagogik
IHK	Industrie- und Handelskammer
IHP	Intergovernmental Hydrological Programme

IKI	Internationale Klimaschutzinitiative
infernum	Interdisziplinäre Fernstudium Umweltwissenschaften
IN FORM	Initiative und Aktionsplan für gesunde Ernährung und mehr Bewegung für Deutschland
IOC	Intergovernmental Oceanographic Commission (Zwischenstaatliche Ozeanographische Kommission)
IPA	Institut für prospektive Analysen
IPBES	Intergovernmental Platform on Biodiversity and Ecosystem Services (Weltrats für Biologische Vielfalt)
IQ	Integration durch Qualifizierung
IQ	Institut für Qualitätsentwicklung
IQSH	Institut für Qualitätsentwicklung an Schulen Schleswig-Holstein
IRZ	Deutsche Stiftung für Internationale Rechtliche Zusammenarbeit e.V.
IWRM	Integriertes Wasserressourcenmanagement
IZW	Leibniz-Institut für Zoo- und Wildtierforschung
JFMK	Jugend- und Familienministerkonferenz der Länder
JuLeiCa	Jugend Leiter Card
KI	Künstliche Intelligenz
KiFo	Kieler Forschungswerkstatt
KiföG M-V	Kindertagesförderungsgesetz Mecklenburg-Vorpommern
KitaG	Gesetz über Tageseinrichtungen für Kinder
KMK	Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland (Kultusministerkonferenz)
KNBV	Kompetenzzentrum für nachhaltige Beschaffung und Vergabe
KomUR	Kompetenznetzwerk Umweltrecht
KuBi	Kulturelle Bildung
LBB	Lebensbegleitende Berufsberatung
L-BQFG	Berufsqualifikationsfeststellungsgesetz der Länder
LeNa	Deutschsprachiges Netzwerk LehrerInnenbildung für eine nachhaltige Entwicklung
LISA	Landesinstitut für Schulqualität und Lehrerbildung Sachsen-Anhalt
LOM	Leistungsorientierte Mittelvergabe
LPO	Lehramtsprüfungsordnung
MENA	Middle East and North Africa (Nahost und Nordafrika)
MELUND	Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung
MetaKLuB	Kulturelle Bildung in ländlichen Räumen
MGH	Mehrgenerationenhaus
MINT	Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik
MKFFI	Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen

MOOC	Massive Open Online Course
MOST	Management of Social Transformations
MSc	Master of Science
MSGJFS	Ministerium für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren
MULNV	Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen
M-V	Mecklenburg-Vorpommern
NABU	Naturschutzbund Deutschland
NAP BNE	Nationaler Aktionsplan Bildung für nachhaltige Entwicklung
NGO	Non-governmental organization
NH	Nachhaltigkeit
NKI	Nationale Klimaschutzinitiative
NP BNE	Nationale Plattform Bildung für nachhaltige Entwicklung
NQZ	Nationales Qualitätszentrum für Ernährung in Kita und Schule
NRO	Nichtregierungsorganisation
NUA	Natur- und Umweltschutz-Akademie NRW
NUN	norddeutsch und nachhaltig
NWS	Nationale Weiterbildungsstrategie
OER	Open Educational Resources
OR GOS	Orientierungsrahmen für den Lernbereich Globale Entwicklung auf die gymnasiale Oberstufe
PAD	Pädagogischer Austauschdienst
PASCH	Partnerschulnetzwerk
PAU	Pan-Afrikanische Universität
PBnE	Parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung
PFQ	Programm zur Förderung entwicklungspolitischer Qualifizierungsmaßnahmen
Ph.D	Promotion
PostDoc	Postdoktorand
PSI	Philipp-Schwartz-Initiative
QPL	Qualitätspakt Lehre
RCE	Regional Centres of Expertise
RENAC	Renewables Academy AG
RENN	Regionale Netzstellen Nachhaltigkeitsstrategien
RES:Z	Ressourceneffiziente Stadtquartiere für die Zukunft
RGRE	Rat der Gemeinden und Regionen Europas
RNE	Rat für Nachhaltige Entwicklung
RWTH Aachen	Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule Aachen

SASSCAL	Southern African Science Service Centre for Climate Change and Adaptive Land Management
SC	Song Contest
SCHILF	schulinterne Lehrerfortbildung
SCOPE	Scoping Progress in Education
SDG	Sustainable Development Goal (Nachhaltigkeitsziele)
SDW	Schutzgemeinschaft Deutscher Wald
SET-E	Selbsterkundungstool für Menschen im Erwerbsleben
SGB	Sozialgesetzbuch
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SICSS	School of Integrated Climate and Earth System Sciences
SISI	Sustainability in Science Initiative (Initiative Nachhaltigkeit in der Wissenschaft)
SKEW	Servicestelle Kommunen in der Einen Welt
SOEP	Sozio-oekonomisches Panel
S.O.F	Save Our Future Umweltstiftung
SPACES	Science Partnerships for the Adaptation to Complex Earth System Processes in Southern Africa
SPFZ	Sozialpädagogisches Fortbildungszentrum
SWB	Schulwettbewerb zur Entwicklungspolitik
TBI	Tea Bag Index
TBP-18	Thüringer Bildungsplan bis 18 Jahre
ThürKigaG	Thüringer Kindergartengesetz
ThürLbG	Thüringer Laufbahngesetz
TMBJS	Thüringer Ministerium für Bildung, Jugend und Sport
TNB	Transnationale Bildungsprojekte
ToT	Training-of-Trainers
UBA	Umweltbundesamt
UFZ	Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung
UMK	Umweltministerkonferenz
UN	United Nations (Vereinte Nationen, VN)
UNECE	United Nations Economic Commission for Europe
UNESCO	United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization
UNFCCC	United Nations Framework Convention on Climate Change (Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen)
UNICEF	Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen
UNU	Vereinte Nationen Universität
VK Kita	Vertragskommission Kindertagesbetreuung
VN	Vereinte Nationen (United Nations, UN)

WAP BNE	UNESCO-Weltaktionsprogramm Bildung für nachhaltige Entwicklung (2015–2019)
WASCAL	West African Science Service Centre on Climate Change and Adapted Land Use
WASH	Wasser- und Abwasserversorgung und Hygiene
WavE	Zukunftsfähige Technologien und Konzepte zur Erhöhung der Wasserverfügbarkeit durch Wasserwiederverwendung und Entsalzung
WBA	World Benchmarking Alliance
WBGU	Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen
WHO	World Health Organization (Weltgesundheitsorganisation)
WIA	Whole Institution Approach
WiFF	Weiterbildungsinitiative Frühpädagogische Fachkräfte
WJD	Wirtschaftsjunioren Deutschland e.V.
WMO	Weltmeteorologieorganisation
WSA	Whole School Approach
WSA	Whole System Approach
WSP	Water Safety Plan
ZfA	Zentralstelle für das Auslandsschulwesen
ZfsL	Zentren für schulpraktische Lehrerbildung
ZöL	Zukunftsstrategie ökologischer Landbau